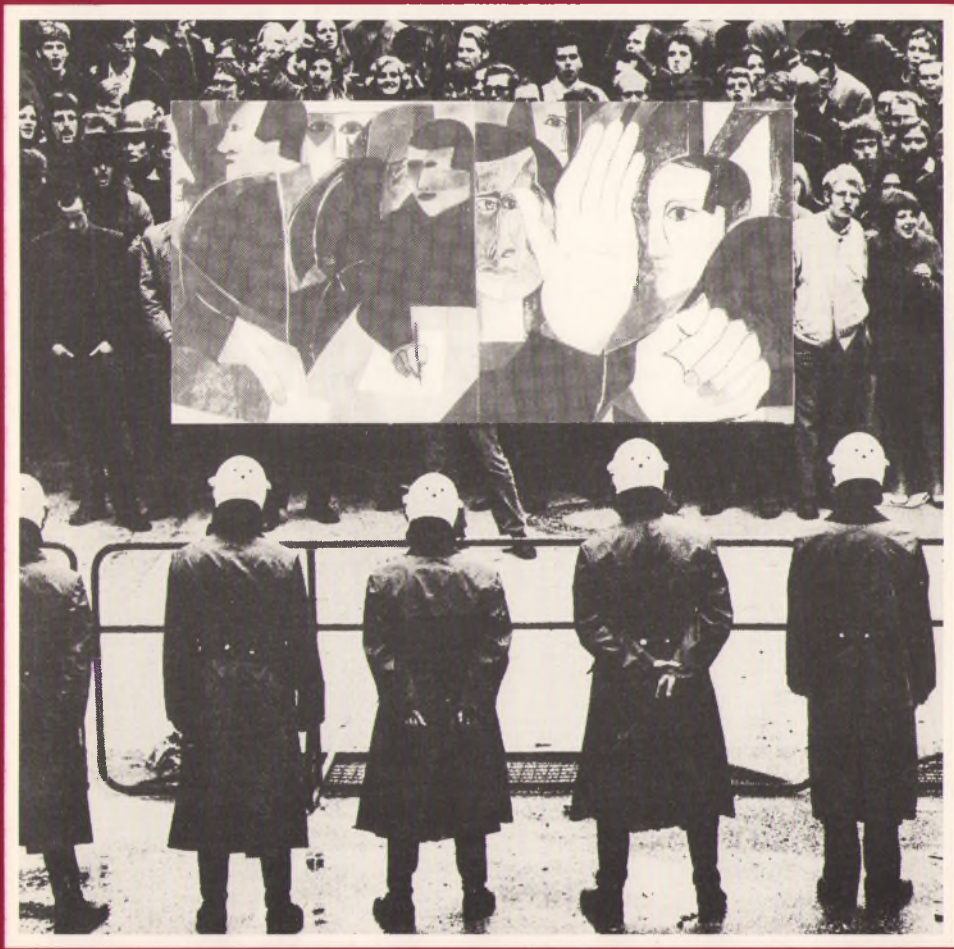


Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft



SPW - 21



Kulturelle Widerstände gegen Rechts

ISSN 0170-4613

9,80 DM

6. Jahrgang — Dezember 1983

Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loe-we (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West).

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Darmstadt), Herbert Grimberg (Bremen), Joachim Günther (Berlin-West), Michael Häupl (Wien), Mechthild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Ludger Rosengarten (Münster), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West).

Redaktion: Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Hans Raßmes, Christiane Rix, Dieter Scholz, Andreas B. Westphal.

Redaktionssekretariat: Christiane Rix

Verlag, Redaktion und Auslieferung: Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38, Tel.: (030) 803 3429

Anzeigen (ohne Tausch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45, Tel.: 030/7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, Berlin/West, HRB 13699
Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz

Sekretäre: Dieter Klumpp und Joachim Pieczkowski

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1983.
Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.
Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. Auflage: 1.-3. Tausend Dezember 1983

Die spw erscheint 1983 in 4 Heften mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.
Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 8300 (BLZ 100 101 11)
Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält eine Klappkarte des spw-Verlags, Berlin/West, sowie — in Teilaufgabe — einen Prospekt des Argument-Verlags, Berlin/West, und die Jahresabo-Rechnung 1984 und eine Zahlkarte des spw-Verlags.

Inhalt

Editorial	403
Verlagsmitteilungen	404
Peter Weiss: Notizbücher 1971-1980	406

Aktuelle Kommentare

<i>Monika Buttgerit und Peter Strieder</i> : Das »Nein« der SPD	407
<i>Andreas Wehr</i> : Willy Brandt und die Dialektik	408
<i>Wolfgang Michal</i> : Sehnsucht der Nation	410

Diskussionsschwerpunkt: Kulturelle Widerstände gegen Rechts

<i>Volker Gransow</i> Notizen zum Neokonservatismus	413
<i>Jörg Wollenberg</i> Lernen aus verpaßten Chancen. Antifaschismus und Arbeiterbewegung in Bremen	417
<i>Paul Oehlke</i> Die »Ästhetik des Widerstands« — heute gelesen	426
<i>Karin Westermann</i> Hehre Ziele — tiefe Abgründe: Eine Einschätzung sozialdemokratischer Kulturpolitik	433
<i>Kersten Albers</i> Museum der Arbeit in Hamburg. Ein Projektbericht	439
<i>Dieter Muth-Kerth</i> Die Mediengewerkschaft. Eine Antwort der Arbeiterbewegung auf medien- und kulturpolitische Herausforderungen	445

Analysen

<i>Ulrich Schöler</i> Schluß mit den Scheingefechten! Einige Anmerkungen zur »Bremer Diskussion« um eine Revision des Godesberger Programms	451
<i>Wolfgang Zellner</i> Nur Diskussion oder wirkliche Veränderungen der Politik? Zur laufenden Programmdiskussion in der SPD	457
<i>Patrik Baab</i> Mit uns zieht die neue Zeit! Ziele und Widersprüche der neuen Programmdiskussion	462
<i>Margret Steffen, Carmen Burian, Karin Griechen-Hepp und Doris Hens</i> Nicht gesellschaftsfähig? Frauen — Gewerkschaften — Wissenschaft	470
<i>Matthias Zipser</i> Stahlkrise und IG Metall	478

Dokumentation

Gewerkschaftspositionen zur Friedenspolitik.

Reden und Beschlüsse des 14. ordentlichen Gewerkschaftstags der IG Metall und des 13. ordentlichen Gewerkschaftstags der IG Druck und Papier	485
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Berichte

Claudia Albert und Uwe Hornauer

Lebensverhältnisse und Kultur der Arbeiterschaft. 2. Tagung der Kommission »Arbeiterkultur« der deutschen Gesellschaft für Volkskunde	493
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Heike Wilke

7. Sommeruniversität für Frauen	496
---------------------------------------	-----

Heinrich Eppe

Das Archiv der Arbeiterjugendbewegung	500
---------------------------------------------	-----

Andreas Westphal

Eine hundertprozentig synthetische Partei. Der Parteitag der PS Frankreich	502
----------------------------------------------------------------------------------	-----

Joachim Günther

Ratlosigkeit in Schlips und Kragen. Fachtagung der SGK zu »Wirtschaftspolitik in Städten, Gemeinden und Kreisen«	505
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Besprechungen

Arbeiterkultur in Österreich 1918-1934 (<i>U. Schöler</i>)	508
--------------------------------------------------------------------	-----

<i>Haug, Frigga (Hrsg.): Frauenformen 2. Sexualisierung der Körper (K. Westermann)</i>	510
--------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

<i>Glaser, Hermann: Im Packeis des Unbehagens (P. Baab)</i>	512
-------------------------------------------------------------------	-----

<i>Carlebach, Emil, und Fritz Noll: Die Meldung als Waffe (D. Muth-Kerth)</i>	514
-------------------------------------------------------------------------------------	-----

<i>Schmidt, Bernhard, u.a.: Frankreich-Lexikon (J. Becker)</i>	516
----------------------------------------------------------------------	-----

<i>Eppler, Erhard: Die tödliche Utopie der Sicherheit (J. Blume)</i>	517
----------------------------------------------------------------------------	-----

Über die Autorinnen und Autoren	520
---------------------------------------	-----

Jahresinhaltsverzeichnis 1983	III
-------------------------------------	-----

Editorial

Außerhalb des Diskussionsschwerpunkts setzen wir eine Diskussion fort, die *Detlev Albers* sowie *Günter Beling* und *Olaf Scholz* über die Entwicklungsperspektiven der Sozialdemokratie nach der Niederlage vom 6. März in Heft 19 begannen. *Ulrich Schöler* sieht in der Kontroverse zwischen Albers und *Heinz-Gerd Hofschien* (vgl. *spw* 20) einen ideologischen Dissenz verschoben auftauchen und argumentiert für das Eingreifen von Marxisten in die laufende sozialdemokratische Programmdiskussion. Der ehemalige Bundesvorsitzende des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB), *Wolfgang Zellner*, nimmt ebenfalls Stellung zur Frage der Revision des Godesberger Programms und den Chancen der SPD-Linken, Änderungen der sozialdemokratischen Politik zu erreichen; eine Programmdiskussion kann nach Zellner unterstützend wirken, entscheidend bleibt die Durchsetzung einer neuen politischen Praxis. Mit dem Themenschwerpunkt »Sozialdemokratische Politik in der Opposition« werden wir die Debatte in *spw* 22 (März 1984) fortsetzen.

Daß Frauen im institutionalisierten Wissenschaftsbetrieb nur wenige Stellen, d.h. auch geringere Arbeitschancen als ihre Kollegen haben, daß Frauenforschung immer noch vielfach als eine exotische Disziplin belächelt wird, sind Tatsachen; die Notwendigkeit der Veränderung ist inzwischen auch in der SPD weithin anerkannt. Schon weniger verbreitet ist unter gewerkschaftsorientierten Linken die Einsicht, daß die Gewerkschaften bei der Artikulation ihrer Wissenschaftsinteressen sowie in der Vertretung der Interessen der wissenschaftlich Tätigen Frauenstandpunkte in der Regel vernachlässigen. Um dieses Defizit geht es vier GEW-Kolleginnen aus Nordrhein-Westfalen in ihrem Beitrag. Sie sehen in der Erweiterung und Reformulierung des Konzepts arbeitnehmerorientierter Wissenschaft Möglichkeiten für die Frauen *und* für die Gewerkschaften. *Matthias Zipser* kritisiert einen anderen Aspekt gewerkschaftlichen Handelns: Die »Krise der Stahlindustrie« erweist sich als eine von der IG Metall nur mühsam angenommene Herausforderung, sich von den alten Programmen der »Modernisierung der Volkswirtschaft«, der Wachstumsorientierung und der Sozialpartnerschaft zu trennen. In der Forderung nach Nationalisierung der bundesdeutschen Stahlindustrie des letzten Gewerkschaftstages der IG Metall besteht ein Ansatzpunkt für die Gewerkschaften, antikapitalistische Alternativen zur bestehenden Organisation der gesellschaftlichen Produktion zu entwickeln. Strategisch mitentscheidend im Kampf für Frieden und Abrüstung ist das Bündnis zwischen Gewerkschaften und Friedensbewegung. Wir dokumentieren Reden und Beschlüsse des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall und des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier zu diesem Thema.

* * *

Den ersten Kultur-Schwerpunkt setzten wir in dieser Zeitschrift vor genau zwei Jahren. Damals fragten wir nach der politischen Kultur und der innerparteilichen Kulturarbeit einer regierenden sozialdemokratischen Partei. Daß die eigene kulturelle Identität heute nicht weniger wichtig ist, belegt *Karin Westermann* an den Widersprüchen sozialdemokratischer Kulturpolitik: ohne eigene Standpunkte, ohne kulturelle Erfahrungen keine Kulturpolitik für andere. Gegen den parlamentarisch stabilen, herrschenden Rechtsblock ist das Problem, wie die Linke auch kulturelle Widerstandskräfte entwickeln kann, noch drängender geworden. Projekte der Linken auf kulturellem Gebiet im weiten Sinn stellen in diesem Heft *Jörg Wollenberg*, *Kersten Albers*, *Heike Wilke* und *Heinrich Eppe* vor.

Ein anderes Projekt der Ausbildung kultureller Handlungsfähigkeit für jede(n) einzelne(n) ist das Lesen der Romantrilogie von Peter Weiss, »Ästhetik des Widerstands«. Über den Nutzen dieses auch für linke Sozialdemokraten so wichtigen literarischen Werks für die kritische Aneignung politischer und kultureller Traditionen schreibt *Paul Oehlke*.

Wolfgang Michal, Redakteur des »Vorwärts«, kommentiert den wieder einmal aktuellen Versuch der deutschen Rechten, die »Nation« als vorherrschenden Wert zu etablieren. In knapper Form stellt *Volker Gransow* einige Grundzüge neokonservativen Denkens vor; seine provokative These lautet, daß die dem US-amerikanischen Neokonservatismus vergleichbare Position bei uns der Sozialdemokrat Richard Löwenthal einnimmt. Über den Stand der organisationspolitischen Fortschritte zur Gründung einer einheitlichen DGB-Mitgliedergewerkschaft im Bereich Kunst und Medien berichtet *Dieter Muth-Kerth* in seinem Beitrag.

Frank Heidenreich

Verlagsmitteilungen

Sonderheft (SH) 4

Im letzten Heft kündigten wir es an, seit Mitte November liegt es vor: *spw* SH 4 mit dem Titel »Wirtschaftskrise und regionale Gegenwehr. Sozialdemokratische Konzepte für Vollbeschäftigung und Lebensqualität«. Der Band umfaßt in Auszügen die fünf Programme einer beschäftigungsorientierten Regionalpolitik für Bremen, Hamburg, Hessen, Ostwestfalen-Lippe und West-Berlin sowie Beiträge von *Horstmann*, *Kisker*, *Wasem* und *Welsch*. — Linke Sozialdemokraten leisten damit ihren Beitrag, um die mangelnde wirtschaftspolitische Kompetenz der Partei zu überwinden. Regionaler Widerstand gegen Dauerarbeitslosigkeit und Sozialabbau verbindet sich mit dem gewerkschaftlichen Kampf für die 35-Stunden-Woche.

ISBN 3-922489-04-4 220 Seiten 16,- DM

spw-Abonnenten können den Band zum Organisationspreis von 10,- DM (zzgl. Versand) beim Verlag beziehen. **Bestellungen bitte auf der beiliegenden Klappkarte an den *spw*-Vertrieb richten!**

35-Stunden-Woche

Warum die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich die Hauptaufgabe gewerkschaftlicher Politik derzeit ist, begründen *Gerhard Bäcker* und *Reinhard Bispinck* in einer ca. 60 Seiten starken Broschüre, die Anfang nächsten Jahres im *spw*-Verlag erscheinen wird (vgl. auch ihren Artikel über »Flexibilisierung der Arbeitszeit« als Gegenstrategie des Kapitals, in: *spw* 20, 281ff.). Dieser allgemeinverständliche Argumentationsleitfaden richtet sich an alle, die Grundlegendes über die Chancen und die Notwendigkeit dieser Form der Arbeitszeitverkürzung wissen wollen.

Jahresabo-Rechnung

Den Exemplaren der Abonnenten liegt in diesem Heft die Rechnung für 1984 bei. Trotz gestiegener Kosten bleiben wir beim alten Preis: 32,- DM für vier Hefte (*spw* 22 bis 25) mit insgesamt 500 Seiten (Auslandsabo 35,- DM).

Wir bitten um Zahlung möglichst umgehend oder spätestens bis Mitte Januar. Zwei Mahngänge bei einem knappen Drittel unserer ständigen Bezieher schaffen nicht nur Ärger, sondern kosten den Verlag viel Zeit und Geld. Deshalb die *anliegende Zahlkarte benutzen, Absenderangabe vollständig ausfüllen und sofort überweisen (aus dem Ausland bitte nur auf Postscheckkonto)!*

Bilanz 1982

Im vergangenen Jahr erfolgte eine weitere Ausdehnung der Geschäftstätigkeit, die sich in der Steigerung der Bilanzsumme von 82.475,- DM (1981) auf 115.102,- DM (+ 39,6%) ausdrückt. Ein geringer Gewinn ist in erster Linie auf die Reaktivierung bereits abgeschriebener Altforderungen zurückzuführen. Die Umsatzentwicklung zeigt ein realistischeres Bild: Bei einer Steigerung von nur 2.030,- DM gegenüber 1981 liegt der Umsatz um 7% unter dem Kapitaleinsatz. Ursache dafür ist nach wie vor das leichte Defizit der laufenden Zeitschrift. Der gute Verkauf des M.A.N.-Buches und des Sammelbandes »Eurolinke« konnte dieses Defizit 1983 ausgleichen.

Korrekturen zu spw 20

Wir entschuldigen uns bei unseren Lesern für folgende Satzfehler in Heft 20:

1. Im Aufsatz von Erich Ott auf Seite 275, 3. Absatz muß es heißen:

»Die Minderung des Beschäftigungseffektes werden vorherrschend mit ca. 50% angegeben; neuere Berechnungen sehen aber begründet auch einen Rationalisierungseffekt von lediglich ca. 35%, d.h. 65% Nettobeschäftigungswirkung.¹³ *Nach diesen Modellrechnungen verbleibt eine Nettobeschäftigungswirkung bei 50% ...*«

2. Auf Seite 290 haben die fehlenden Anmerkungen zum Aufsatz von Gerhard Bäcker und Reinhard Bispinck folgenden Inhalt:

11 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): DIW-Wochenbericht, 4/1982.

12 Statistisches Bundesamt: Ergebnisse des Mikrozensus. In: Wirtschaft und Statistik, 3/1982.

13 Vgl. z.B. Engfer, U., u.a.: Arbeitszeitsituation ..., a.a.O.; Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Lage, Dauer ..., a.a.O.

14 Vgl. dazu Gewerkschaft HBV (Hrsg.): Teilzeitarbeit — nicht nur ein Problem für Frauen. Düsseldorf 1983.

Notizbücher 1971-1980*

Meine Empörung, wenn man mich darauf aufmerksam machen will, daß es eine besondere Leistung sei, kulturell aktiv zu sein und gleichzeitig in einem industriellen Produktionsprozeß zu stehn. Erstens der Standpunkt, das Arbeitsleben in der Fabrik sei etwas Zweitrangiges, zweitens die Überheblichkeit, es koste einen Lohnarbeiter besondere Anstrengungen, Leistungen hervorzubringen, die vor allem von bürgerlich Privilegierten gehandhabt werden. Von meiner Jugend her bin ich es gewohnt, die deutlichsten und überzeugendsten Aussagen über Fragen des Daseins von solchen zu vernehmen, die dieses Dasein von der Seite der schwersten Arbeit her kennen, natürlich meine ich damit Fragen, die mit elementaren Dingen zusammenhängen, nicht mit Dingen überhöhter geistiger Spekulation.

Daß dieser Standpunkt noch kein allzu verbreiteter ist, hängt damit zusammen, daß man uns Lohnarbeitern zumeist mit Gewalt den Mund verstopft, uns mit Schlägen, Zwangsmaßnahmen und alltäglichen Schindereien in eine Art Betäubungszustand versetzt. Ist dieser Zwang, diese konventionelle Bestialität einmal abgeworfen, tritt die eigne Stimme sogleich klar hervor.

Die Untätigkeit, die geistige Verarmung traf ich am häufigsten bei Philistern, auch bei wohlhabenden Bürgern an.

Wütend macht mich auch, daß man uns eine »klasseneigene« Kunst auftischen will, daß man eine bestimmte Ausdrucksweise und Richtung zu der für uns gültigen ernannt, ohne daß man uns je gefragt hätte, ob die nun tatsächlich unsern Anliegen Wünschen Hoffnungen und Visionen entspräche. Es ist eine zurechtgemachte Kultur die von denen ausgegeben wird, die in bürgerlichen und kleinbürgerlichen Regionen großgeworden sind. Mit ihren Spießeridealen wollen sie uns weismachen, daß dies die Höhe des Erstrebenswerten sei, ihre eigne Begrenztheit setzen sie als Dach über unsre ganze Beweglichkeit und sagen gönnerisch, dies hier ist gut für euch, dies hier ist das Maximum an Qualität.

Diese Apostel, die so taten, als seien sie tief verwurzelt in unsrer Welt, als seien sie von gleicher Herkunft, kamen mir immer zynisch vor — schwierig nur, daß auch zwischen ihnen gute, zuverlässige Genossen gefunden werden konnten.

Eine Kunst, die, obgleich sie sich völkisch, solidarisch, sozialistisch gibt, voller Herablassung ist uns gegenüber. Eine Kunst, die von unserm Geschmack, unserm Unterscheidungsvermögen nicht viel hält, die vorgibt unsre Problematik auszudrücken, und die doch nur Almosen der Überlegungen an die geistig Minderwertigen verteilt.

* Peter Weiss: Notizbücher 1971-1980, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1981; Seite 108-110. Mit freundlicher Genehmigung des Suhrkamp-Verlags.

Aktuelle Kommentare

Monika Buttgerit und Peter Strieder

Das »Nein« der SPD

Im völlig überfüllten Congresszentrum Köln fand am 18./19.11. einer der wichtigsten Parteitage der SPD seit Godesberg statt. Das Ergebnis, ein Nein zur Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland, stand schon lange fest. Auf zahlreichen Versammlungen in den Untergliederungen zeichnete sich eine große Mehrheit ab, die bereit war, diese Forderung der Friedensbewegung zu übernehmen.

Mit Spannung erwarteten die Delegierten daher lediglich die Rede Helmut Schmidts und den Leitantrag des Parteivorstands, der als Tischvorlage präsentiert wurde, während das Antragsbuch mit 290 Anträgen zum Thema Frieden seit Wochen vorlag, aber jeder wußte, daß diese Anträge durch den Leitantrag unbedeutend wurden. In Schmidts Rede wurde das Bemühen deutlich, den Bruch mit der Partei zu vermeiden. Dankbar nahmen die Delegierten sein Versprechen auf, im Bundestag nicht mit der Rechtskoalition zu stimmen. Schmidt nutzte die Gelegenheit, auf dem Parteitag nochmals seine »Stetigkeit« in der Verteidigungspolitik darzulegen. Mitzureißen vermochte er nicht. Anders Vogel, der im Anschluß an Schmidt den Leitantrag des Parteivorstandes begründete und dabei die politischen Vorgaben für die künftige Sicherheitspolitik der SPD formulierte. Die große Mehrheit folgte seinem Bekenntnis zur Nato und zur Bundeswehr, aber auch der von ihm formulierten neuen Linie in der Sicherheitspolitik. So dürfte »Gleichgewicht« nicht nur auf den militärischen Bereich bezogen werden, es müßten vielmehr auch ökonomische, soziale, psychologische und andere politische Elemente einbezogen werden. Vogel forderte eine neue Strategiedebatte, an deren Ende die Beseitigung der nuklearen Abschreckungsstrategie und der Ersteinsatzoption von Nuklearwaffen stehen müssen. Sowohl Schritte einseitiger Abrüstung, also auch die Änderung der jetzigen Nato-Strategie der »flexible response« in ein Konzept, das Offensivkraft ausschließt, das die Erhöhung der konventionellen Kapazität verlangt, um die nukleare Schwelle anzuheben, wurde von Bahr und Vogel gefordert. Die gesamte Partei ist nunmehr aufgerufen, sich an dieser Debatte zu beteiligen, die das Raketenzählen überwinden und zur Durchsetzung des Primats der Politik gegenüber den Militärstrategen führen soll. Der nächste ordentliche Parteitag vom 17. bis 23.5.1984 wird sich mit dieser Strategiediskussion befassen, die von einer Arbeitsgruppe unter Bahr und Apel vorbereitet wird.

Es ist ein Ereignis von historischer Bedeutung, daß sich die SPD zu einem »Nein ohne jedes Ja«, oder wie es unter Sozialdemokraten heißt, zu einem »unkonditionierten Nein« in großer Einmütigkeit bekannte. Dieses Nein zählt, nicht seine Begründung, nicht seine Entstehungsgeschichte, die der Leitantrag des Parteivorstands nochmals zu beschreiben versucht. Es gilt, was Eppler formulierte: »Mit dieser Abstimmung gehört die Debatte über den Doppelbeschluß der Geschichte an.« Jetzt kommt es darauf an, die stationierten Raketen wieder abzubauen. Daß sich der vorgelegte Leitantrag nicht dazu äußert, wie dies konkret geschehen soll, ist sein schwerster Mangel. Die Linke ließ sich belehren, daß auch dieses »Wie« auf den Strategie-Bundesparteitag gehöre.

Der Antrag hält an der Logik des Doppelbeschlusses fest: Das Prinzip »Aufrüsten um Abzurüsten« wird (noch) nicht in Frage gestellt. Eine Einschätzung der neuen Qualität der Waffen und ihre Einordnung in eine geänderte Militärstrategie der Nato erfolgt nicht. Diese Schwächen des Antrags wurden von der Parteilinken erkannt und auch in der Diskussion klar benannt. Der Linken ging es aber um ein »Nein«, mit welcher Begründung auch immer. Eine Begründung in Kritik der Logik des Doppelbeschlusses hätte die überragende Mehrheit für den Antrag gefährdet. Die Linke verzichtete daher weitgehend auf Änderungsanträge. Die Geschlossenheit des »Neins« war ihr wichtiger als einzelne Formulierungen.

Der Beifall, mit dem der Parteitag den Auftritt Brandts auf der Bonner Volksversammlung am 22.10.1983 honorierte, und Brandts Bemerkung, er sei lediglich dorthin gegangen, wo vor ihm schon Tausende von Sozialdemokraten waren, läßt die Hoffnung aufkommen, daß die Diskussionen in der Friedensbewegung auch die künftigen Auseinandersetzungen in der SPD über Sicherheitsstrategien beeinflussen werden.

Das Nein der Delegierten des Bundesparteitags ist ein Erfolg derjenigen in der SPD, die von Anfang an gegen den Doppelbeschuß gekämpft und sich in der Friedensbewegung engagiert haben. Es zeigt aber auch die Stärke der Friedensbewegung, deren Aktionen und Diskussionen entscheidenden Einfluß vor allem auch auf die Basisgliederungen der SPD hatten. Aufgabe der Linken wird es nun sein, sowohl in der SPD als auch in der Friedensbewegung die Diskussion über alternative Sicherheitskonzepte mitzubestimmen.

Andreas Wehr

Willy Brandt und die Dialektik der Rüstungsideologen

Auf der Vollversammlung am 22. Oktober in Bonn sprachen zum ersten Mal gemeinsam auf einer Kundgebung Willy Brandt und Petra Kelly, eine führende Vertreterin der Grünen. Der Druck der Friedensbewegung in- und außerhalb der SPD hatte dies möglich gemacht. Trotz dieses nicht nur für die Linke wichtigen Ereignisses konzentrierten sich die Berichte und Kommentare aber auf die Auseinandersetzungen zwischen Kelly und Brandt am Rande der Kundgebung. Vor allem die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« stellte die Konflikte in den Mittelpunkt ihrer publizistischen Tätigkeit:

»Und schließlich: Auch der Mehrheit der 'Friedensfreunde' ist der Schutz des Atlantischen Bündnisses noch immer einiges wert. Um eine historische Parallele zu bemühen: Die Atomtod-Kampagne der ausgehenden fünfziger Jahre war auf der Stelle tot, als Chruschtschow 1958 sein Berlin-Ultimatum stellte. Und die SPD, ehemals Mitbegründerin des Vereins, trat fluchtartig den Rückzug an. Wenn Petra Kelly jetzt in Bonn sagte, sie mißtraue der SPD und man wolle nicht abermals von ihr 'verraten' werden, dann hat sie hier ein Stück historischer Rechtfertigung auf ihrer Seite.

Dies war denn auch die kläglichste aller Vorstellungen des ganzen lauwarmen Herbstes: Willy Brandt und seine ideologischen Mitstreiter abermals auf dem Atomtod-Trip zu sehen.«

Die Linke dürfte sehr unterschiedlich auf diese Darstellung reagieren. Ein Teil wird alles — ein wenig hilflos — als billigen und provokatorischen Angriff auf die eben erst zaghaft zustandgekommene Zusammenarbeit unterschiedlichster Kräfte abtun. Der eher grüne und alternative Teil wird den FAZ-Kommentar schon eher mit gemischten Gefühlen lesen

und etwa mit einem »wo sie recht hat, hat sie recht« kommentieren. Doch es sind hier mehr Fragen zu stellen. Wieso wird die FAZ plötzlich zur Fürsprecherin Petra Kellys? Warum diese Betonung der Differenzen, obwohl doch die Kundgebung als solche ein riesiger Erfolg war? Nach welchen Prinzipien wird das in der FAZ gearbeitet?

Über den »Widerspruch« heißt es bei Brecht in »Meti. Buch der Wendungen«:

»Zu der Praxis Mi-en-lehs [Lenins] gehörte es, in einheitlich erscheinenden Erscheinungen den Widerspruch aufzuspüren. Sah er eine Gruppe von Leuten, welche gegenüber anderen Gruppen eine Einheit bildeten, so erwartete er, daß sie unter sich in bestimmten Dingen doch sehr geschieden, geradezu einander feindlich waren, indem die Interessen der einen von ihnen die Interessen der andern schädigten. Und auch den anderen Gruppen gegenüber verhielten sich die Mitglieder der Gruppe nicht einheitlich, nicht ganz einheitlich und nicht nur einheitlich. So war die Gruppe nicht ganz und gleichförmig und alle Zeit durch der andern und den andern Gruppen entgegengesetzt und feindlich, sondern es gab da wechselnde Beziehungen, welche ständig, wenn auch in verschiedener Stärke, die Einheitlichkeit der Gruppe und ihre Verschiedenheit zu andern Gruppen in Frage stellten. Schon Ka-meh [Marx] hatte die Arbeiter gewarnt, in ihren Unterdrückern eine allzu gleichförmige Einheit zu sehen. Gerade die Aufgabe des Unterdrückens, die die Unterdrückten einte, spaltete sie auch: sie waren untereinander verfeindet und verhielten sich in vielen Fragen verschieden. (...) Viele sahen in Mi-en-leh einen schlaun Betrüger, der sich mit Feinden anfreundete, um sie endlich zu besiegen, aber das war ganz falsch, ob man nun, je nach dem Standpunkt, den man einnahm, einen solchen Betrug verurteilte oder begrüßte. Es gab wirklich Fragen, in denen ein Teil der Unterdrückten in seinem Kampf gegen andere Teile die Interessen der Arbeiter verfocht, nicht weil es Interessen der Arbeiter, sondern weil es ihre eigenen waren.«

Ein Vergleich des beschriebenen Denkens der Klassiker mit dem Vorgehen der FAZ macht deutlich: Die intelligentesten publizistischen Verteidiger des Kapitalismus bedienen sich des dialektischen Denkens. Sie verteidigen die Aussage der Grünen und »freunden« sich damit in dieser Angelegenheit mit seinen Feinden an. So gewinnt man bessere Möglichkeiten, um gegen den wichtigeren Feind, gegen die den Standpunkt der Sozialdemokratie verändernden Kräfte, vorgehen zu können. Die »Freundschaft« mit den Grünen nimmt man dabei in Kauf, sind sie doch von ihrer Größe durchaus zu vernachlässigen und: ihr Potential für das Kapital ist eh' abgeschrieben. Wichtiger ist es gegenwärtig, den Keil tiefer in die SPD zu treiben, die auf Umorientierung drängenden Teile in ihr zu isolieren und damit diese Entwicklung umzukehren. Dies erfordert zum einen, daß die »Mehrheit links von der CDU« auf Dauer eine Schimäre bleibt — auch mit Hilfe des immer wieder geschürten Mißtrauens der grünen und alternativen Kräfte gegenüber der SPD. Zum anderen müssen die vorsichtigen Schritte führender Sozialdemokraten hin zur Friedensbewegung als feindlich und als der »ehrwürdigen Arbeiterpartei« ganz und gar unwürdig dargestellt werden. Dem dient gegenwärtig vor allem die Diffamierung des Verhaltens von Brandt als anbiederisch und opportunistisch. Auch hier versucht man, sich mit der gewerkschaftlichen Parteilinken als dem kleineren Gegner »anzufreunden« — mit »Freunden«, die man bei anderer Gelegenheit, so bei den Tarifaueinandersetzungen, wieder vehement angreift.

Es ist an der Zeit, daß die Linke sich der Vorgehensweise ihrer Gegner bewußter wird, dieses Handeln studiert und *vor allem selbst wieder die Waffen des dialektischen Denkens gebrauchen lernt*. Nur dann wird sie auch lernen, ihre eigenen Widersprüche konstruktiv auszutragen. Dies ist das einzige Mittel, um sich der von außen betriebenen Spaltung und Zersplitterung erfolgreich widersetzen zu können.

Sehnsucht nach der Nation

»Der Widerspruch in der Haltung der Neokonservativen besteht darin«, schreibt *Iring Fetscher* in dem soeben erschienenen Buch *Neokonservative und »Neue Rechte«*, »daß sie die Folgen einer Entwicklung beklagen, die sie gleichwohl für das Nonplusultra der Geschichte halten.« Dieses Nonplusultra ist die kapitalistische Industriegesellschaft mit ihrer fortschreitenden Verallgemeinerung des Konkurrenzkampfes — und eben auch ihren unvermeidlichen, von den Neokonservativen lauthals beklagten Folgekosten: Verlust der Autorität in Schule, Hochschule, Armee, Kirche, Betrieb und so weiter, Auflösung der sozialen Bindungen, Zunahme von Egoismus, Mißtrauen, Feindseligkeit und Kriminalität, Verlust traditioneller Werte wie Mäßigung, Respekt, Anstand, Fleiß und Disziplin sowie rücksichtslose Durchsetzung persönlicher Lustbedürfnisse. Es ist eine Welt von »häßlichen Hedonisten«. Also kehret um und tuet Buße!?

Diese Quadratur des »Wende«-Kreises — hierzulande pathetisch »geistig-moralische Erneuerung« genannt — bestünde allerdings darin, die alten *Werte* wieder herzustellen, ohne die demokratisch verfaßte Industriegesellschaft in ihren *Strukturen* anzutasten. Für solche »unlösbaren« Aufgaben gibt es nur einen Ausweg: die Schaffung von »massenweise« falschem Bewußtsein, von Ideologie. Das heißt, wir werden — je mehr sich die wirtschaftliche Krise verschärft — eine beispiellose Reideologisierung des geistig-kulturellen Bereiches erleben (und — in der Gegenbewegung — eine Renaissance von Gramscis Hege-monie-begriff).

Einer der führenden Köpfe dieser Ideologisierung, *Fürst Nikolaus Lobkowicz*, ehemals Präsident der Universität München, hat die *geplante Abkoppelung des Bewußtseins vom Sein* Anfang des Jahres bei einem Kongreß der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung ohne Umschweife formuliert: »Wir bedürfen einer Zuversicht, die unabhängig [!] davon ist, wie die Welt faktisch aussieht und wieviel-uns in ihr faktisch gelingt«. Diese Zuversicht muß aus der Geschichte kommen, »und diese Geschichte kann nicht, wie man heute noch gerne meint, eine Geschichte von Emanzipationen sein...« Es muß eine Geschichte sein, »von der wenigstens wesentliche Teile als vorbildlich und insofern unantastbar vorgestellt werden können.« Lobkowicz spricht in diesem Zusammenhang von einer »volkspädagogischen Aufgabe« — und nicht von einer politischen.

Gewollt ist eine Entpolitisierung der Geschichte durch den Rückgriff auf vopolitische (= vordemokratische) Zeiten. Thomas Mann hat in seinen »Betrachtungen eines Unpolitischen« (die neuerdings wieder aufgelegt werden) die Identität beider Begriffe belegt: »Politisch«, das war bis zum Ende des Ersten Weltkrieges gleichbedeutend mit »demokratisch«. Für unsere »Wendemacher« heißt das: Geschichte ist nicht mehr dazu da, daß neue Generationen aus ihr lernen, sondern dazu, daß »wir alle« stolz auf sie sein können. Je schlimmer die Wirtschaftsprobleme, desto heftiger werden wir auf unser »kulturelles Erbe« verwiesen, auf religiöse Überlieferung und Brauchtumspflege, Vaterland und Volksgemeinschaft. Je zerrissener sich die Gesellschaft präsentiert, desto heller wird das Loblied der geschlossenen und überschaubaren kleinen Welt gesungen.

Diese Rückbesinnung auf die Werte des christlichen Abendlands reicht von Wilhelm I. bis zu Karl dem Großen; Gedenkstätten werden wie Pilze aus dem Boden schießen, und Trachten- und Schützenvereine werden Sonntag für Sonntag durch die Straßen stolzieren, um das 800jährige Bestehen eines Dorfes hier und das 1000jährige Bestehen eines Voror-

tes dort geschichtslos, aber fremdenverkehrsfreundlich zu feiern. Für die bürgerliche Elite werden die staatlich subventionierten Kulturinstitutionen mit neuen Inhalten ausgestattet, mit *einem* Inhalt, dem deutschen Allzweck- und Sehnsuchtsbegriff »Nation«. Wie in West-Berlin, wo der neue Intendant der Staatlichen Schauspielbühnen ein Nationaltheater veranstalten will, im Stile eines Volkshochschul-Schnellkurses: Im 1. Jahr Griechische Tragödie, im 2. Jahr Römische Komödie, im 3. Jahr bürgerliches Drama und so fort. Denn wirtschaftlicher Protektionismus, Ausländer-raus-Bewegung und nationales Selbstbestimmungsrecht im Nachhall zur Raketen-Debatte legen den Deutschen das Deutschsein wieder ans Herz. Und gar nicht mal als Manipulation von oben. Zur Flucht ins Irrationale sind — laut SINUS-Studie über latenten Rechtsextremismus — inzwischen wieder viele »freiwillig« bereit. Was aber tut die Linke?

Die sozialliberale Regierungskoalition war zu keiner Zeit bereit, diesen irrationalen Kompensationsprozeß zu fördern. Sie hielt tapfer daran fest, auszusprechen, was »Sache« ist — aber die SPD verzichtete gleichzeitig auf die Veränderung der Wirtschaftsstrukturen. Dieses (entweder als hilflos oder als zynisch empfundene) Verhalten wurde am 6. März entsprechend quittiert. Die neue konservativ-liberale Regierung erscheint dagegen glaubwürdig. Sie scheitert nur an *den* Wünschen, die sie öffentlich propagiert. Und das kann schließlich jedem mal passieren.

In der Zwischenzeit wird die klassische liberale Kulturpolitik vom Tisch gewischt. Der Neue Deutsche Film und die linken Theaterregisseure werden vom Publikum ausgehungert und vom Staat nicht weiter gepöppelt. Die Verlage drucken bestsellersichere Selbstbestätigungsliteratur und kalendarische Geschichtswälzer in Illustriertenmanier, die Museen und Ausstellungen präsentieren »unantastbare« Abschnitte deutscher Geschichte (Staufener statt documenta), die Bundeshauptstadt und die Auswärtige Kulturpolitik schalten voll auf »Repräsentation« (Bundesgartenschau statt Filmfestival), und die gekürzten kommunalen Kulturetats werden durch großzügiges Mäzenatentum à la »Kulturkreis des BDI« ersetzt.

Die intellektuellen »Zivilisationsliteraten«, die sich dieser Ideologisierung widersetzen und angebrannten Kakao weiterhin angebrannten Kakao nennen werden, wird man deshalb zu Sündenböcken machen müssen für die Zerstörung der alten Werte, die jetzt, im Zeitalter der kapitalistischen Durchdringung aller Lebensbereiche, des Kaisers neue Kleider sind. Dies allerdings kann nur gelingen durch einen Abbau der Demokratie. Nach den Neokonservativen kommt die »Neue Rechte«.

DAS ARGUMENT

Argument-Vertrieb
Tegeler Str. 6
1000 Berlin 65



Detlev Albers
Versuch über Otto Bauer
und Antonio Gramsci
Zur politischen Theorie
des Marxismus

Bauer und Gramsci — beiden ging es um die Erneuerung des Marxismus angesichts der ungelösten Probleme einer »Revolution im Westen«: kulturelle und ideologische Hegemonie; die Gefahr des Faschismus; die Haltung zum Sowjetsozialismus; die Bedeutung der marxistischen Theorie für die politische Praxis. Beim Vergleich von Bauer und Gramsci unter dem Gesichtspunkt eines »integralen Marxismus« kommen Elemente einer — im weitesten Sinne — »eurolinen« Strategie in den Blick.

192 S., frz. Br. DM 24,-/Ln. DM 34,-



Frank Heidenreich
Arbeiterbildung und Kulturpolitik
Kontroversen in der sozialdemokratischen Zeitschrift
»Kulturwille« 1924-1933
Vorwort von Walter Fabian

Es geht um Arbeiterbildung im Spannungsfeld zwischen Kultur und Politik; um die Zeitschrift »Kulturwille«, die — in der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung verankert — inhaltlich den revolutionären Traditionen Liebknechts und Luxemburgs verpflichtet blieb. Der Sozialdemokrat Heidenreich (»spw«-Redakteur) will die historischen Erfahrungen fruchtbar machen für die Wiederentdeckung kultureller Handlungsfelder durch heutige Sozialisten.

SH 58, 160 S., m. Fotos, DM 9,80

Diskussionsschwerpunkt

Volker Gransow

Notizen zum Neokonservatismus

I

Das öffentliche Interesse am Neokonservatismus ist in der letzten Zeit deutlich gestiegen. Die Ursache hierfür ist leicht zu finden: Dauerhaft kann die Machtausübung durch CDU, CSU, FDP nur gesichert werden, wenn es gelingt, einen neuen politischen Block zu bilden, der weit in die Mittelschichten und die Arbeiterschaft hineinreicht. An die Stelle der bröckelnden sozialliberalen Integrationsversuche tritt die Spaltung der Gesellschaft in eine Mehrheit, die aus Angst auf Wachstum und Sicherheit, kapitalistische Modernisierung und Gesundheitsrumpfung setzt, und eine ausgegrenzte Minderheit auf der anderen Seite. Die neokonservative Begründung einer solchen Politik folgt einem einfachen Schema:

»Die moderne Welt ist die Welt des technischen Fortschritts und des kapitalistischen Wachstums; modern und wünschenswert ist jede soziale Dynamik, die letztlich auf private Investitionen zurückgeht; schutzbedürftig sind auch die Motivbestände, von denen diese Dynamik zehrt. Gefahr droht hingegen von kulturellen Wandlungen, von Motiv- und Einstellungswechseln, von Verschiebungen in den Wert- und Identitätsmustern, die kurzschlüssig auf den Einbruch kultureller Innovationen in die Lebenswelt zurückgeführt werden. Deshalb soll der Traditionsbestand nach Möglichkeit eingefroren werden.« (Habermas 1983, 350)

Nicht zufällig sind die USA eine Hochburg der Neokonservativen. Die Vereinigten Staaten sind das kapitalistische Laboratorium dieses Jahrhunderts — als Land der wirtschaftlichen Konzentration, der technologischen Erneuerung, der Segmentierung der Gesellschaft, einer imperialen Außenpolitik und — last not least — als Land einer industrialistischen Kultur, die mit Jeans und Turnschuhen, Coca-Cola und Chewing Gum weltweit Normen setzt. Sie sind ein Land mit fest integrierter Arbeiterbewegung, gleichzeitig aber mit einer hochentwickelten Protestkultur, die vom gewaltfreien Widerstand der Bürgerrechtsbewegung über die Schwulen bis zur Frauenbewegung reicht. Auch hier markieren die USA Ausgangspunkte für internationale Entwicklungen, was von deutschen Linken gerne verdrängt wird. Daß die USA weder Feudalismus noch Faschismus erlebt haben, erklärt letztlich, warum amerikanische Neokonservative Demokratie und Industriegesellschaft leichter akzeptieren als deutsche Konservative (zum Teil bis heute).

II

Bei einem Vergleich zwischen deutschem und amerikanischem Neokonservatismus wird deshalb häufig das Unterschiedliche betont. Ich meine allerdings, daß darüber die Gemeinsamkeiten nicht vernachlässigt werden sollten. Sie sind bisher meist im Vorübergehen gestreift worden. So schreibt *Jürgen Habermas*, seit der Krise der Sozialliberalen an Stelle von *Karl Popper* mehr und mehr ein Fixstern am Himmel der sozialdemokratischen Ideologie: »Aber in der Bundesrepublik geben nicht jene Neukonservativen den Ton an, die man, wie Richard Löwenthal oder Kurt Sontheimer, als ein Pendant zu den geistesverwandten amerikanischen Kollegen ansehen könnte.« (ebd., 346)

Er verfolgt diesen Gedanken¹ leider nicht weiter, sondern beschäftigt sich mit Joachim

Ritter, Ernst Forsthoff und Arnold Gehlen. Ob die wirklich in der Bundesrepublik den Ton angeben und Löwenthal oder Sontheimer nicht? Rüdiger Hillgärtner äußert in einer *spw*-Rezension von Daniel Bells »Zukunft der westlichen Welt« ebenfalls die Auffassung, Bell gehe von »einer Position aus, die Berührungspunkte mit konservativen Strömungen des Sozialliberalismus in der BRD und Westeuropa aufweist.« (Hillgärtner 1983, 250) Diese Ansicht scheint mir ausbaufähig.

III

Zunächst soll festgehalten werden, um wen oder was es beim US-amerikanischen Neokonservatismus sich eigentlich handelt. Anders als Liberalismus, Anarchismus, Sozialismus hat das Wort »Konservatismus« keinen wie vage auch immer bestimmten Inhalt und ist also räumlich und zeitlich besonders variabel. Da es vom Wort her nur um das »Bewahren« von etwas geht, muß immer gesagt werden, *was* bewahrt werden soll. Deshalb halte ich die Unterscheidung von Struktur- und Wertkonservatismus für sinnlos. Welche Strukturen, welche Werte — das ist entscheidend! Die amerikanischen Neokonservativen, die sich seit den sechziger Jahren öffentlich äußern, bejahen in der Regel technischen Fortschritt, parlamentarische Demokratie und bestimmte Elemente des Sozialstaats. Bewahren wollen sie überkommene Werte und Institutionen, Religion, Familie, westliche Hochkultur; abbauen wollen sie den Interventionsstaat. Zu ihnen gehören Professoren und Politiker wie Daniel Bell, Irving Kristol, Jeane Kirkpatrick, Seymour Lipset, Daniel Moynihan. Ihre Thesen lassen sich politisch als Reaktion auf die sozialpolitischen Programme der sechziger Jahre, auf die Bewegungen von Frauen, Schwarzen und Homosexuellen, auf den »Wertwandel«, die Wirtschaftskrisen und Watergate begreifen (vgl. Lösche 1983). Iring Fetscher meint zum Neokonservatismus nicht grundlos, er sei vielleicht eine Ideologie des neuen Mittelstandes und verängstigter Teile der Intelligenz.

»Angehörige einer Schicht, die meist selbst nur aufgrund von Glück, überdurchschnittlicher Anstrengung und Leistung aufgestiegen sind und nun gut dotierte Posten innehaben, fürchten jetzt sowohl um den eigenen Status als auch und vor allem um den ihrer Kinder, wenn der Wohlfahrtsstaat die 'natürlichen Barrieren' sozialen Aufstiegs niederreißt oder erfolgreich kompensatorisch die für Bildungsausgaben unzulänglichen Einkommen der Unterschicht aufstockt.« (Fetscher 1983, 28f.)

Angst vor sozialem Abstieg und der Gefährdung der sozialen Positionen der eigenen Kinder läßt dann eine Ursachenforschung entstehen, welche die Wurzeln des möglichen Niedergangs im sozialökonomischen System deshalb nicht berücksichtigt, weil damit die Legitimationsmuster des eigenen sozialen Aufstiegs unstimmig würden (»Der Tüchtige schafft es! Man denke ebenfalls an den »amerikanischen Traum« des Aufstiegs »vom Tellerwäscher zum Millionär«). Es müssen also andere Deutungen gefunden werden. Da bietet sich die Kritik an Staatsausgaben, die auf Verringerung sozialer Unterschiede zielen, geradezu an. Sie erscheinen als eigentliche Verursacher der Krise, hervorgerufen durch zu viel Begehrlichkeit der Menschen, die in einer »Anspruchsinflation« klassische Tugenden des sparsamen Haushaltens außer Kraft zu setzen suchen. Es werden mithin permanent Ursachen und Wirkungen durcheinandergerührt, wenn nicht verwechselt (vgl. Offe 1979).

IV

So wird die Komplexität der Krise auf die Kulturkrise reduziert, selbst bei einem weniger vordergründig argumentierenden Autor wie *Daniel Bell*. In seiner Analyse der kulturellen Widersprüche des Kapitalismus stellt er die Krise als das Auseinanderdriften von Ökono-

mie, Politik und Kultur dar. Diese Bereiche waren ehemals durch Leistungsmoral, Autorität und ästhetischer Objektivierung verpflichtete Kunst verbunden. Jetzt aber ist es Bell zufolge so,

»daß ein radikaler Gegensatz zwischen den Normen und Strukturen des techno-ökonomischen Realitätsbereiches (dessen durchgängiges Prinzip funktionale Rationalität und Effizienz und dessen Struktur bürokratisch ist), dem politischen Gemeinwesen (dessen durchgängiges Prinzip in westlichen demokratischen Gesellschaften Gleichheit ist; die Strukturen sind solche der Repräsentation und der Partizipation) und der Kultur (deren herrschendes Prinzip das der Selbstverwirklichung und in seinen Formen das der Selbstbefriedigung ist) besteht.« (Bell 1980, 329f.)

Es seien die Spannungen zwischen den Normen in diesen drei Realitätsbereichen — Effizienz und Bürokratie, Gleichheit und Individualrechte, Selbsterfüllung und der Wunsch nach Veränderung —, welche die Widersprüche der modernen Welt formten, Widersprüche zumal, die im Kapitalismus verstärkt würden, da der technisch-ökonomische Realitätsbereich so gestaltet sei, daß er nicht ökonomische Notwendigkeiten, sondern die kulturellen Begierden einer hedonistischen Welt² befördere. Das Kapital schaufele sich also quasi das eigene Grab, wenn es die ökonomische Rationalität zur Befriedigung des kulturellen Hedonismus einsetzt. Abhilfe käme nach Bell³ durch eine neue Moral der Disziplin und Askese, durch ein am Gemeinwohl orientiertes staatliches Budget und eine neue Religiosität.

V

An dieser Stelle muß daran erinnert werden, daß Bell Anhänger in der Bundesrepublik hat. In seinem Buch »Gesellschaftswandel und Kulturkrise«, das in der Einleitung mit einer Verbeugung vor der »Einzigartigkeit des Westens« beginnt, hat der sozialdemokratische Denker *Richard Löwenthal* ein Kapitel Daniel Bell gewidmet. Löwenthal kritisiert hier den seines Erachtens zu engen Kulturbegriff; er bemängelt eine Unterschätzung demokratischer Potentiale und internationaler Entscheidungen. Danach schreibt er allerdings: »Doch so wichtig diese einzelnen Einwände sein mögen, so berühren sie doch nicht die Kernfrage. Bell hat zweifellos recht, daß zwischen der ungehemmten Verfolgung materieller Gruppeninteressen in einer modernen, pluralistischen Demokratie und den funktionellen Erfordernissen wirksamer Leitung eines zunehmend gemeinwirtschaftlichen Systems ein innerer 'Widerspruch' besteht.« Daher, so fährt Löwenthal fort, »bleibt auch mir nur seine Alternative — die freiwillige Begrenzung der Gruppenansprüche durch einen breiten Konsens über eine gemeinsame Auffassung vom öffentlichen Interesse. Die Herstellung eines solchen Konsensus ist in der Tat die Grundaufgabe demokratischer Führerschaft unter modernen Bedingungen.« Löwenthal schließt seine Betrachtungen zu Bell mit der Bemerkung: »Bell ist auf Grund seiner Beschäftigung mit den Erscheinungen von Kulturkrise und kulturellem Zerfall im Westen in letzter Zeit von manchen Kritikern als 'konservativ' bezeichnet worden. Doch die Richtung, in der er eine Lösung sucht, ist keinesfalls konservativ — es ist die gleiche Richtung, in die alle demokratischen Sozialisten blicken.« (Löwenthal 1979, 99f.)

VI

Wenn man diese Löwenthal-Sätze noch einmal liest, dann kann man mit Fug und Recht feststellen, daß zumindest die Parallelen zwischen Bell und Löwenthal so groß sind, daß in diesem Zusammenhang von einem sozialdemokratischen Neokonservatismus gesprochen werden kann. Diese Vermutung läßt sich weiter erhärten durch einen Blick auf die famo-

sen Löwenthal-Thesen vom Dezember 1981, in denen der Autor klar für eine Spaltung der Gesellschaft plädierte. Er forderte damals, die Sozialdemokratie müsse sich für das Primat der Lebensfähigkeit »unserer« (wessen?) Industriegesellschaft entscheiden, für die große Mehrheit der Berufstätigen und gegen die Randgruppe der Aussteiger. Das ist nach wie vor Wasser auf die Mühlen jenes großen Teils der CDU, der auf ähnliche Rezepte setzt. Gewollt oder ungewollt wird damit politisch-kulturell eine »Große Koalition« institutioneller oder informeller Art vorbereitet. Diese Perspektive ist bisher gegenüber den Chancen eines »rot-grünen« Bündnisses in der linken Diskussion zu kurz gekommen.

VII

Bei einer solchen Diskussion, die hier nur angedeutet werden kann, sollte man die Schwächen der Bell/Löwenthalschen Theoreme klar benennen: Zum einen wird ein Zerrbild des »Wertwandels« gezeichnet, eine Umdeutung in blanken Hedonismus, wo die tatsächliche Sensibilität für natürliche und gewachsene Umwelten wie für menschliche Beziehungen nahezu völlig ignoriert wird. Zum anderen aber sollte man den Widerspruch zwischen Ökonomie und Kultur im Kapitalismus nicht zu einer grandiosen Neuentdeckung im Zeichen einer Zerfalls-Analyse hochstilisieren. Dieser Widerspruch gehört zum Kapitalismus. Seine Existenz bringt Konservative wie Neokonservative immer wieder in Argumentationsschwierigkeiten. Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Der Postminister Schwarz-Schilling will (*ökonomisch* konservativ) zwecks Sicherung und Ausbau der Marktwirtschaft die Bundesrepublik flächendeckend verkabeln lassen. Das wird sich aller Voraussicht nach negativ auf den Zusammenhalt der Familie auswirken, der (*kulturell* konservativ) ebenfalls wünschenswert ist. Dieser Familienzusammenhalt wird dann nämlich effektiver durch den Daueraufenthalt nicht nur der Kinder vor der Glotze zerstört, als es eine Armee von Hedonisten je könnte. Solche Beispiele sind Legion. Die Lösung des durch sie illustrierten Widerspruchs dürfte in einer anderen Richtung zu finden sein als in der Larmoyanz der Neokonservativen.

Anmerkungen

- 1 Nicht nur aufgrund dieser Bemerkung läßt sich fordern, diese Punkte auch im Rahmen des neugegründeten SPD-Kulturforums zu diskutieren, zu dessen Gründungsmitgliedern Jürgen Habermas gehört und dem Willy Brandt unter Bezug auf Antonio Gramsci die Aufgabe gestellt hat, die »kulturelle Hegemonie« der Sozialdemokratie zu schaffen (vgl. Kulturpolitische Mitteilungen, Nr.22 III/83, 29).
- 2 Der Begriff »Hedonismus« ist griechischen Ursprungs und meinte die philosophisch ausgearbeitete Auffassung, wonach körperliche Lust die höchste Tugend sei. Hedonismus setzt (sinnliche und geistige) Genußfähigkeit als Ziel und Maßstab menschlichen Handelns.
- 3 Eine nicht besonders schmeichelhafte Charakterisierung Bells findet sich bei *Urs Jaeggi* in seinem Roman »Brandeis«, der allen empfohlen sei, die sich für Bell oder allgemeiner für den US-amerikanischen Wissenschaftsbetrieb näher interessieren.

Literaturverzeichnis

- Bell, D., 1980: *The Winding Passage*, New York
- Fetscher, I. (Hrsg.), 1983: *Neokonservative und »Neue Rechte«*, München
- Habermas, J., 1983: *Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und der Bundesrepublik*, in: *Praxis International*, H.4, London
- Hillgärtner, R., 1983: Rezension zu D. Bell, *Die Zukunft der westlichen Welt*, in: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* — spw, 6.Jg., H.19, 250ff.
- Löschke, P., 1983: *Thesen zum amerikanischen Konservatismus*, in: *Saage/Hennig 1983*
- Löwenthal, R., 1979: *Gesellschaftswandel und Kulturkrise*, Frankfurt/M.
- Offe, C., 1979: »Unregierbarkeit«. Zur Renaissance konservativer Krisentheorien, in: *Stichworte zur »Geistigen Situation der Zeit«*, hrsg. von J. Habermas, Frankfurt/M.
- Saage, R., 1983: *Rückkehr zum starken Staat?*, Frankfurt/M.
- ders. und E. Hennig (Hrsg.), 1983: *Konservatismus — Eine Gefahr für die Freiheit?*, München
- Schissler, J. (Hrsg.), 1983: *Neokonservatismus in den USA*, Opladen

Jörg Wollenberg

Lernen aus verpaßten Chancen

Antifaschismus und Arbeiterbewegung in Bremen

»Die Vorstellung, als wären die politischen Haupt- und Staatsaktionen das Entscheidende in der Geschichte, ist so alt wie die Geschichtsschreibung selbst und ist die Hauptursache davon, daß uns so wenig aufbewahrt worden ist über die sich im Hintergrund dieser lärmenden Auftritte still vollziehende und wirklich vorantreibende Entwicklung der Völker.«

Friedrich Engels, »Anti-Dühring«, in: MEW 20, 148

Die schon 1878 von Engels im »Anti-Dühring« geforderte »Umwälzung der Wissenschaft« gewinnt in den letzten Jahren vor allem in der Regional- und Lokalgeschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung an Resonanz. Die neuen Forschungsrichtungen der Sozialgeschichte des Alltags und der »Oral History« signalisieren exemplarisch das veränderte Interesse an der Aufarbeitung der politischen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen sozialen Handelns in Geschichte und Gegenwart. Ist dieser neue Trend zur Erkundung jener »schweigenden Mehrheit« geeignet, das in Gewerkschaftskreisen zunehmende Bedürfnis zu befriedigen, sozialgeschichtliche Rahmenbedingungen der heutigen Situation besser zu erfassen, in den tagespolitischen Auseinandersetzungen über einen historische Erfahrungen einbeziehenden verlässlichen Maßstab zu verfügen und durch geschichtliche Einsichten handlungsfähiger zu werden? Lassen sich über den Ansatz zur Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung, der die Betroffenen selbst zu Worte kommen läßt und die Kommunikationszusammenhänge in den Vorfelddorganisationen der Arbeiterbewegung zu berücksichtigen versucht, die Voraussetzung zur Vermittlung historischer Kenntnisse auch dort verbessern, wo die Aufarbeitung der Geschichte eher Kontroversen erzeugt, über die unterschiedliche Aneignungsform von Traditionen Geschichte leicht zum Ersatzschauplatz für verdeckte Richtungskämpfe in der Arbeiterbewegung wird?

Der Beitrag will ein Forschungsprojekt vorstellen, das solche Richtungskämpfe wohl nicht ausklammert, sie jedoch vor dem Hintergrund der konkreten Erfahrungen von Augenzeugen (Arbeiterveteranen) einzuordnen versucht. Die Sammlung und Aufarbeitung dieser Erfahrungen erfolgt nicht auf dem Campus, sondern bei den Betroffenen selbst. Die ersten Versuche der Vermittlung der gemeinsam erarbeiteten historischen Einsichten suchen die Orte des einstigen und heutigen Lernens und Handelns der Befragten auf: die Gewerkschaftshäuser, die Weiterbildungseinrichtungen und Schulen, die Initiativgruppen, Kulturläden und Bürgerhäuser im Stadtteil. Es handelt sich um ein Forschungsvorhaben zur Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung und Arbeiterbildung Bremens im 20. Jahrhundert. Dieses Projekt wurde als Pilotforschungsstudie über »Krisenverlauf und Krisenreaktion in der Bremer Arbeiterschaft von 1928-1933« zunächst von der »Zentralstelle für die Durchführung des Kooperationsvertrages zwischen der Universität und der Arbeiterkammer Bremen« unterstützt und jüngst im Verlag Cooperative unter dem Titel »Von der Krise zum Faschismus. Bremer Arbeiterbewegung 1929-1933« (Frankfurt/M.

1983) veröffentlicht. Es versteht sich als historischer Teil eines noch zu entwickelnden Forschungsschwerpunkts Arbeiterbildung der Universität Bremen und wird im Augenblick mit einem Forschungsvorhaben über den antifaschistischen Arbeiterwiderstand in Bremen fortgesetzt.

Methodischer Ansatz der Untersuchung

Im Rahmen des Forschungsprojektes wird ein methodischer Ansatz favorisiert, der sich von vorherrschenden Standards der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung dadurch unterscheidet, daß er nicht die Abläufe der ökonomisch-politischen Kämpfe, die Geschichte der Arbeiterorganisationen, die Etappen und Ergebnisse der Theoriebildung zum ausschließlichen Thema wählt. Diese der Form nach kollektiven Prozesse werden auch durch individuelles Verhalten strukturiert, das selbst wieder geprägt wird durch das, was man als »proletarische Lebensweise« bezeichnen kann. Dieser Begriff umfaßt ein Ensemble von sozialen Lernorten (Familie, Betrieb, Freizeit, Wohnen, gewerkschaftliche und politische Organisationen, kulturelle Betätigungen usw.) und verweist zugleich auf spezifische der Klasse zugehörige Weisen der Erfahrungsverarbeitung. Ohne den politischen Raum und den betrieblichen Bereich als wesentlichen Erfahrungshintergrund auszuklamern, gingen wir zunächst davon aus, für einen begrenzten Zeitraum die Reaktion der Vertreter der Bremer Arbeiterbewegung auf die sich entwickelnden ökonomischen und politischen Verhältnisse der Weltwirtschaftskrise seit 1929 zu untersuchen, um eine Vorarbeit zur Darstellung einer detaillierten Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung in der Krise zu leisten. Wir hofften, dieses Ziel durch Interviews mit über 50 Arbeiterveteranen zu erreichen. Wir wollten die Subjekte, die diese Kämpfe ausgefochten, diese Theorie entwickelt und diese Organisationen mit aufgebaut hatten, über eine intensive Befragung in den Mittelpunkt der Untersuchung stellen — und nicht als Illustration oder Beleg für den »eigentlichen«, weil schon objektivierten geschichtlichen Ablauf nutzen.

Den subjektiven Erinnerungen der Erzähler dürfen wir uns dennoch nicht voraussetzungslos aussetzen. Denn diese Erinnerungen können durchaus brüchig, ausschnittshaft, verzerrt oder von individuellen Verdrängungen beherrscht sein. Das gilt auf andere Weise auch für die Befrager und Wissenschaftler selbst. Ohne Wissen um die ökonomisch-politischen Gegebenheiten der Zeit müssen die Fragen zufällig sein. Wer für einen bestimmten Zeitraum die Reaktion der Vertreter der Bremer Arbeiterbewegung auf die vorgefundenen oder sich entwickelnden und verändernden ökonomischen und politischen Tatbestände der Jahre 1929-1933 untersuchen will, kann auf die traditionellen Quellen der Geschichtswissenschaft nicht verzichten. Deshalb gingen den biographischen Gesprächen mit den Arbeiterveteranen nicht nur methodische Vorüberlegungen voraus. Es wurden zunächst einmal unter Aufarbeitung der in den Archiven vorhandenen Primärquellen und der Sekundärliteratur Skizzen angefertigt. Ziel dieser Vorarbeiten war es, die Befrager auf den Stand der notwendigen historischen Erkenntnisse über die Endphase Weimars zu bringen, Fragestellungen zu entwickeln, mit deren Hilfe das Erinnerungsvermögen der Befragten angeregt werden sollte, auf Vergessenes hingewiesen werden konnte und Brüche zwischen individueller und kollektiver Geschichte möglicherweise transparenter wurden.

Diese Arbeit über die ökonomische Situation (Lage der Werften, Bankrott der Nordwolle z.B. als Indikatoren), über die politischen Verhältnisse (Krisenabwehr und Verschuldung des Staates, Einfluß der Reichspolitik, Aufkommen der Nazis), den Zustand der Arbeiterorganisationen, die ökonomischen Kämpfe (Werftarbeiter- und Hafentarbeiterstreiks) ist durch weitere Analysen ergänzt worden. Nur auf der Grundlage solcher Vorar-

beiten kann man zu einem wechselseitigen Dialog mit jenen Augenzeugen vordringen, die sich in der Regel recht schnell als Experten und nicht nur Lieferanten von standardisierten Teilaspekten erwiesen, die Wissenschaftler ihnen durch einen Fragebogen vorgaben. Gerade durch einen mit den Vorarbeiten intensivierten Kommunikationszusammenhang wurden uns über die Archivmaterialien hinaus zahlreiche Unterlagen zur Verfügung gestellt und Privatarchive zugänglich gemacht. Schriftliche, noch nicht veröffentlichte Aufzeichnungen der Augenzeugen geben einen Einblick in eigene Verarbeitungsstrategien.

Wir haben den Vorgang des sich Erinnerns als aktive Tätigkeit aufgefaßt, die die Gegenwart einschließt. Aber dieses Erinnern, die Reaktivierung proletarischer Erfahrungsprozesse, ist häufig defensiv. Vielfach werden von den Augenzeugen nicht die »große Geschichte«, sondern kleine, authentische sozialgeschichtliche Einzelheiten vermittelt, deren Logik nicht auf der Gradlinigkeit des Gesamtprozesses beruht. Selbst die »Haupt- und Staatsaktionen« erhalten bei den befragten Zeitzeugen in der Regel ihre alltägliche Authentizität. Sie beschreiben eben nicht nur den Staatsakt eines Hitlerbesuches auf der AG-Weser oder einer Göring-Rede bei Borgward, sondern die Auswirkungen des alltäglichen Faschismus im Betrieb und im Stadtteil, die Verweigerung des Hitler-Grußes beim Stapellauf usw. Zwar verfügen die von uns befragten Veteranen durchaus über die Geschichte der »Haupt- und Staatsaktionen«, jedoch verschweigen sie dabei nicht die Überlebenszwänge des Alltags im Faschismus.

Wie Situationen, Handlungen und Ereignisse erlebt werden und das autobiographische Gedächtnis prägen, ist bei den befragten Zeitzeugen auch davon abhängig, daß in der Regel nachfolgende Lebensabschnitte die vorausgegangenen Erfahrungen nicht nur nachträglich prägen, sondern sie gelegentlich auch umformen. Die Endphase der Weimarer Republik wird von den engagierten Vertretern der Bremer Arbeiterbewegung heute durchgängig als Vorgeschichte des Faschismus und des Widerstands erinnert. Dies führt in der Regel bei den Schilderungen zu Widersprüchlichkeiten. Zwischen der großen Bedeutung, die die Endphase der Weimarer Republik im direkten Erleben hatte (Arbeitslosigkeit, Höhepunkt politischer Aktivität für fast alle der Befragten), und dem Stellenwert, den diese Ereignisse im Nachhinein durch den Hitler-Faschismus für den einzelnen Antifaschisten erlangten, besteht eine deutliche Diskrepanz. Und in diesem Zusammenhang machte es sich besonders bemerkbar, daß die befragten Vertreter der Arbeiterbewegung auch nach 1945 wieder aktive Kämpfer und politische Funktionäre wurden, d.h. sie setzten die damaligen schwierigen Ereignisse oft unmittelbar mit gegenwärtigen Entwicklungen in Verbindung (z.B. Aufstieg des Faschismus damals und Neo-Nazis heute, für Kinderspeisung statt Panzerkreuzer damals, für eine atomwaffenfreie Zone Europa, gegen die Stationierung neuer US-Atomraketen in Westeuropa heute.)

Wer hinter solchen subjektiven Arrangements im Rahmen biographischer Verarbeitung der gemachten Erfahrungen Bruchstücke kollektiven Gedächtnisses wiederentdecken will, wird bei der Auswertung der Interviews zu berücksichtigen haben, daß die Organisationen der Arbeiterbewegung zwar im Faschismus zerschlagen wurden, bestimmte Strukturen politischen und persönlichen Zusammenhalts für die Befragten aber aufrechterhalten blieben. Diese sind über ihre heutige unterschiedliche Organisationszugehörigkeit nicht zu erfassen, sondern deuten zweifelsohne jene Reste einer Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung an, die vor 1933 nicht nur die Mitgliedschaft in Partei- und Gewerkschaftsorganisation einschloß, sondern vielfältige kollektive Lebenszusammenhänge neben den Parteien und Gewerkschaften kannte und über die Mitgliedschaft in Bildungsorganisationen, Arbeitersportverbänden, Arbeitersängerbünden und Agitprop-Gruppen, Arbeiterjugendorganisa-

tionen und Freidenkerverbänden Politik und Leben zusammenführte. Auch wenn nach 1945 auf ihre Reorganisation verzichtet wurde, sind wir im Rahmen unseres Forschungsprojektes in Bremen auf eine Fülle von Kommunikationssträngen der aktiven Kämpfer gestoßen, die darauf verweisen, daß nach wie vor in bestimmten kulturellen Formen Bewußtseinsformen von Gemeinsamkeiten über Parteigrenzen hinweg verankert sind, die bislang noch kaum erfaßt sind und Gegenstand historischer Forschung werden müssen.

Forschungsergebnisse in der Bildungsarbeit

Die enge Kooperation mit den Zeitzeugen der Bremer Arbeiterbewegung begünstigte trotz aller inhaltlichen Kontroversen die in der Anlage des Forschungsprojektes enthaltene Tendenz, die Ergebnisse in der Arbeiterbildung umzusetzen und den Verwendungszusammenhang historischer Erkenntnisse für die politische Bildungsarbeit hervorzuheben. So läuft z.B. seit Oktober 1980 im Bremer Gewerkschaftshaus eine von dem Forschungsprojekt zusammen mit DGB, VHS, Arbeit und Leben und der Arbeiterkammer getragene Augenzeugenreihe, in der im monatlichen Abstand die Zeitzeugen auf der Grundlage eigener lebensgeschichtlicher Erfahrungen der jüngeren Generation Einsichten und Erkenntnisse vermitteln. Nach der Aufarbeitung der Faschismuserfahrungen wird im Augenblick wegen der Zuspitzung der gegenwärtigen Situation im Werften- und Stahlbereich in einer Diskussionsreihe mit den Zeitzeugen, heute tätigen Betriebsräten und Vertrauensleuten aus den Bremer Großbetrieben sowie mit gewerkschaftlich engagierten Wissenschaftlern der Frage nachgegangen, wie die Vertreter des Kapitals und der Arbeiterbewegung damals und heute auf die Krise reagier(t)en.

Ebenfalls in Zusammenarbeit mit den Veteranen hat sich ein vom Forschungsprojekt initiiertes und von der Volkshochschule und Arbeit und Leben getragener Arbeitskreis konstituiert, der schon seit Jahren eine Dauerausstellung zur Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert vorbereitet und dessen Ergebnisse in zwei Ausstellungen zum 50. Jahrestag der Machtergreifung eingegangen sind (Senatsausstellung »Trotz alledem« im Rathaus und die gewerkschaftsorientierte Ergänzungsausstellung »Bremen 1933-45. Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede« im Kulturzentrum Schlachthof). Neben diesen Ansätzen werden in Verbindung mit der Medienabteilung der Zentralstelle zur Durchführung des Kooperationsvertrags von Universität und Arbeiterkammer Interviews durchgeführt und auf Video festgehalten, die in der Bildungsarbeit der Gewerkschaften ebenso Verwendung finden, wie sie in den Schulen sinnvoll eingesetzt werden können. Arbeitshefte und ausgewählte Dokumente zur Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung werden als Lehrmaterialien zur Verfügung gestellt. Erste Erfahrungen mit diesen Materialien liegen im Rahmen von Seminaren und Bildungsurlaubsmaßnahmen z.B. in Verbindung mit der IG-Metall-Verwaltungsstelle Bremen, der HBV, dem Hauptvorstand der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, dem Arbeiterbildungszentrum der Arbeiterkammer Bremen und mit Arbeit und Leben Bremen vor.

Ein Teil der Interview- und Forschungsergebnisse gingen zusätzlich ein in eine Sendereihe, die von Januar bis März 1983 in Kooperation mit mehreren Redaktionen von Radio Bremen zu dem Thema »Bremen 1933-Arbeiterbewegung und Widerstand« durchgeführt wurde. Diese Sendereihe stieß wohl bei der Bevölkerung auf große Resonanz, veranlaßte jedoch einige Parteivertreter im Rundfunkrat von Radio Bremen wie auch die Bremer Sektion des Bundes Freiheit der Wissenschaften, zu behaupten, daß hier »Zeitgeschichte im 'Agitprop-Stil' kommunistisch ... umgeschrieben wird«. Kronzeugen für diesen bewußt regionalspezifischen Zugriff auf das Thema sind Zeitzeugen, die sich zusätzlich an Füh-

rungen im Rahmen der antifaschistischen Stadtrundfahrten oder an Sonderveranstaltungen mit unterschiedlichen Zielgruppen beteiligen. Vor allem sind sie auch die Träger vielfältiger Vermittlungsebenen im Rahmen des Geschichts- und Politikunterrichts der Schulen in Bremen.

Die positive Resonanz auf bisherige Umsetzungsversuche und die Präsentation von Teilaspekten des Forschungsprojekts haben nicht nur zur Stabilisierung und Intensivierung der Arbeit beigetragen, sondern auch Studenten einen neuen Weg zum Verständnis gewerkschaftlicher Probleme und zur Notwendigkeit der Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung als Gegenstand der politischen Bildungsarbeit eröffnet. So wurde eine gemeinsam von Wissenschaftlern, Veteranen und Studenten erarbeitete Ausstellung über den Krisenverlauf und die Krisenreaktion der Bremer Arbeiterschaft von 1929-1933 im Rahmen der Kulturtage des DGBs zum 1. Mai 1981 sowie auf Stadtteilfesten und in Bürgerhäusern gezeigt — als Vorübung für die größere Ausstellung im Rathaus und im Schlachthof — und durch Informationsveranstaltungen (Führungen, Videofilme, Augenzeugenberichte) sinnvoll ergänzt.

Pädagogische und politische Ziele des Forschungsvorhabens

Wenn die Geschichte auch niemals ein Lehrbuch ist, das exakte Handlungsanweisungen für die Gegenwart vermittelt, so ergeben sich aus der Analyse von historischen Brennpunkten in der Entwicklung der Gesellschaft Erkenntnisse und Erfahrungen, die für das Verständnis aktueller Probleme von Bedeutung sind. Denn die gegenwärtige ökonomische Krise hat nicht nur den Kampf um Lohn und Profit verschärft, sondern auch auf ideologischer Ebene die Fronten klarer hervortreten lassen, die in der Schärfe der Auseinandersetzungen immer mehr an die Ereignisse in der Endphase der Weimarer Republik zu erinnern beginnen (vgl. »Tabu-Kataloge« der Unternehmer heute mit Denkschriften des Reichsverbandes der Industrie nach 1929).

Von welchen Maßstäben soll sich aber eine Aufarbeitung der Geschichte leiten lassen, die ein wesentliches Verursachungsmoment für den Sieg des deutschen Faschismus in der Spaltung der Arbeiterbewegung sieht und deshalb fragt, ob die politischen Organisationen der Arbeiterbewegung selbst zu ihrem Untergang beigetragen haben. Zwar darf die Bedeutung des ökonomisch-militärischen Komplexes bei dem Aufstieg des Hitler-Faschismus zur Macht nicht unterschätzt werden. Aber es geht auch um den Versuch, aus verpaßten Chancen zu lernen. Der Gegenwartsbezug solcher historischer Probleme fordert dazu auf, der Frage nachzugehen, ob man aus den Fehlern der Vergangenheit lernen kann. Insofern liegt ein Hauptziel des Forschungsvorhabens auch darin, einen politischen Bildungsprozeß nachzuzeichnen, der im Zusammenhang der Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung nicht nur verschiedene Fraktionen, sondern auch unterschiedliche Generationen zusammengeführt hat, und der den mühsamen und schwierigen Weg nicht scheut, die Fehler der Arbeiterbewegung zu thematisieren. Das Suchen nach Antworten ist als ein Diskussionsprozeß der heute noch politisch Handelnden zu begreifen, abgesichert mit wissenschaftlichen Methoden der geschichtlichen Analyse.

Um diese Lernprozesse nachzeichnen zu können, mußten wir auch die subjektiven Formen der Verarbeitung von Erfahrungen mitberücksichtigen, konnten wir uns nicht auf die Beschreibung politischer, ökonomischer und sozialer Entwicklungen in Bremen in der Krise von 1929 bis 1933 beschränken. Das traditionelle Interpretationsmuster, das die politische Entwicklung als Widerspiegelung eines ökonomischen Prozesses versteht, wurde ergänzt durch die Aufarbeitung des kollektiven Lernprozesses jener Subjekte, die innerhalb

der einzelnen Fraktionen der Arbeiterschaft wirkten und nach wie vor von unterschiedlichen Wahrnehmungen und Deutungsmustern geprägt werden. Ein solches Vorgehen erfordert nicht nur, die Hauptetappen der Bremer Arbeiterbewegung nachzuzeichnen, den Konstitutionsprozeß von Spaltung und Einheit der Arbeiterbewegung vor dem Hintergrund der aufkommenden Weltwirtschaftskrise zu thematisieren. Es gilt, jene Lernprozesse zu berücksichtigen, die die betroffenen Subjekte aus dem historischen Entwicklungsprozeß selbst gezogen haben.

Unabhängig von dem unterschiedlichen politischen Standort gehört es zum politischen Vermächtnis gerade der politisch nach wie vor motivierten Vertreter der Arbeiterbewegung, nicht bei der Erforschung der Schuldfrage stehenzubleiben, vielmehr jene Erkenntnis weiter zu tragen, die sich auch in anderen Ländern durchsetzte, wo der Faschismus an die Macht gelangen oder wo seine Machtergreifung abgewehrt werden konnte: Der Kampf gegen den Faschismus setzt ein einheitliches Vorgehen der Arbeiterbewegung voraus und macht darüber hinaus ein breites Bündnis auch mit all jenen gesellschaftlichen Gruppierungen notwendig, die bereit sind, gegen den Faschismus zu kämpfen. Fast einvernehmlich sehen die befragten Vertreter der Bremer Arbeiterbewegung eine der tieferen Ursachen für das Versagen von 1933 in der Spaltung der Arbeiterbewegung und in dem tiefen Haß und Mißtrauen der Arbeiterorganisationen untereinander. Der Mangel an theoretischer Klarheit über die historischen Ursprünge, den Klasseninhalt und die Eigenarten des deutschen Faschismus bildete die eigentliche Ursache für dieses Versagen. In solchen grundsätzlichen Einschätzungen gründet die Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln. »Nie wieder Faschismus — Nie wieder Krieg« war und ist die Konsequenz aus der Erfahrung jener Generation, die noch von der einst stärksten Arbeiterbewegung der Welt geprägt wurde. Wir finden deshalb diese Antifaschisten bei allen größeren Aktionen nach 1945 wieder, die im Zusammenhang des Kampfes gegen Remilitarisierung und gegen den Neo-Faschismus stattfinden. Alle Befragten gehören zu denjenigen, die im Laufe der letzten Jahre immer wieder auf Kundgebungen anzutreffen waren, die an die Verpflichtung antifaschistischer Tradition erinnerten und die Notwendigkeit des Friedenskampfes betonten. Für diese Zeitzeugen erwies sich damals wie heute der Antikommunismus innerhalb der Arbeiterbewegung als Hemmschuh für eine gewisse Strategie des Antifaschismus. Schon damals bestand jene Unklarheit über das Verständnis von Aktionseinheit, die der ehemalige Vorsitzende der Industriergewerkschaft Druck und Papier, Leonhard Mahlein, für das Prinzip der Einheitsgewerkschaft definierte:

»Insofern bedeutet für mich Einheitsgewerkschaft nicht nur die Heimat für Mitglieder verschiedener politischer Herkunft, sondern auch die Einheit gegen rechts — gegen die politische Reaktion.« (Vgl. Frankfurter Rundschau, 22.2.1983)

An Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung ist das Ende von Weimar die Warnung vor einer Politik, die der Abwälzung von Krisenlasten auf die Arbeiterschaft und militärischer Aufrüstung zustimmt oder wie SPD und ADGB-Mehrheit am 20. Juli 1932 den rechten Kräften kampfflos das Feld überläßt.

Präsentation der Forschungsergebnisse und Kritik der Zeitzeugen

Wie ist es nun zu erklären, daß bei einem so weitgehenden politischen Grundkonsens, der auch die Mitarbeiter des Forschungsprojekts einschließt, eine öffentliche Kontroverse über die Veröffentlichung von Ergebnissen entstehen konnte? Liegt es nur daran, weil der heute noch politisch handelnde Arbeiterveteran durch die Darstellung zum »Objekt« der Untersuchung, zum »erzählenden Materiallieferanten« geworden ist und sich mit Recht

gegen jede Interpretation sträuben muß, die sich nicht mit seinen Ansprüchen auf Selbstachtung und Selbstinterpretation des eigenen Lebens decken?

Auf jeden Fall konnten die Ergebnisse erst nach einer monatelangen und nicht immer erfreulichen Diskussion der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, weil ein Teil der Befragten sich nicht mit den Verarbeitungen ihrer Interviewteile einverstanden erklärte. Und in der Tat wird jede schriftliche Vorlage der Interviews dann zum Problem, wenn die Interviewaussagen zerstückelt und in einen systematischen Zusammenhang gestellt werden. Diese Form der »Objektivierung« nimmt den persönlich gefärbten und in den meisten Fällen politisch gemeinten Aussagen ein Teil ihrer Substanz. Da auch die Forscher ihre Vorstellungen haben und ganz bestimmten wissenschaftlichen Ansprüchen verpflichtet sind, kann es auch bei der intensivsten Form der Kooperation zu Auseinandersetzungen kommen. Insbesondere die Altkommunisten vermuteten in manchen kritischen Interpretationen der KPD-Politik einen »subtilen Antikommunismus« der Autoren. Da trotz intensiver Diskussion ein inhaltlicher Konsens nicht in allen Fällen herzustellen war, entschlossen sich die Interviewpartner wie die Forschungsgruppe zu einem nachträglichen, von den Verantwortlichen der Schriftenreihe der Kooperationsstelle kritisierten Vorgang: Der Forschungsbericht wurde um eine Stellungnahme der in der Studie erwähnten Altkommunisten und heutigen DKP-Mitglieder ergänzt. Diese Stellungnahme mußte nun wiederum bei denjenigen Zeitzeugen Widerspruch hervorrufen, die zu anderen Interpretationen und politischen Auffassungen neigen.

In der jetzt vorliegenden Veröffentlichung erscheinen diese Stellungnahmen nun nicht im Anhang, sondern im Einleitungskapitel als integraler Bestandteil der vorgelegten Studie. Damit hoffen wir einen Prozeß transparenter zu machen, der auch nach Abschluß der Aufarbeitung bestimmter Abschnitte der Geschichte die befragten Subjekte wieder und weiter in die Diskussion einbeziehen möchte und sie nicht wie traditionelle Quellen in den Zettelkasten ablegt. Zugleich erhält der Leser mit dieser Präsentation unterschiedlicher Interpretationen die Chance, für Fragestellungen sensibilisiert zu werden, die in der Geschichtsschreibung nach wie vor kontrovers diskutiert werden und auch bei den von diesem Ereignis betroffenen Augenzeugen nach wie vor offensichtlich nicht konsensfähig sind: Mit einer solchen Veröffentlichung der Stellungnahmen ergänzen wir unsere »Werkstatt der Erinnerungen über lebensgeschichtliche und politische Zusammenhänge« (Detlef Peukert) um jene Verarbeitungsstrategien, welche die von uns objektivierten Aussagen der befragten Zeitzeugen relativiert und sie in den Prozeß einer notwendigen Überarbeitung und Fortsetzung der Studien mit einbezieht.

Die Zunahme der Auseinandersetzungen um die Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung — insbesondere nach der Kontroverse um das Gewerkschaftsbuch von Deppe u.a. — mußte die Zeitzeugen für Fragestellungen sensibilisieren, die an alte Kämpfe und Niederlagen erinnerten. Deshalb erscheint es angesichts der Kontroversen um die historische Tradition der Einheitsgewerkschaft (vgl. die Diskussion um die Präambel zum neuen Grundsatzprogramm des DGB) oder der Auseinandersetzungen um die »Aktionseinheit mit Kommunisten« im Zusammenhang der Unterzeichnung eines Aufrufs der Initiative »Nie wieder Faschismus — nie wieder Krieg« zum 50. Jahrestag der Machtergreifung nicht unwichtig, darauf hinzuweisen, daß sich die für Bremen historisch und aktuell wichtigen Fraktionen der Arbeiterbewegung an der Aufarbeitung der Geschichte Bremens über dieses Forschungsprojekt beteiligen. Teilweise sitzen ihre Vertreter nach jahrelanger gegenseitiger Abgrenzung und Bekämpfung im Rahmen dieses Projekts zum ersten Mal wieder zusammen, um über den mühsamen Weg der Darstellung der Geschichte der Ar-

beiterbewegung als Betroffene und immer noch Handelnde deren Stellenwert für die heutigen Kämpfe auf der Grundlage eigener Erfahrungen wie der unterschiedlichen Verarbeitungsformen von Siegen und Niederlagen zu reflektieren. Dieses soll verhindern, die Geschichte nur aus der Sicht einer theoretischen oder politischen Strömung der Arbeiterbewegung zu sehen und zu beurteilen. Dennoch entstehen gerade bei einem solchen Versuch zahlreiche Probleme. So dominieren z.B. bei den Zeitzeugen jene Vertreter, die nach wie vor engagiert für eine sozialistische Perspektive eintreten und keinesfalls Frieden mit der politischen Ordnung und dem kapitalistisch verfaßten Wirtschaftssystem geschlossen haben. Das gilt auch für die befragten Mitglieder der Sozialdemokratie, die allerdings größtenteils erst nach 1945 über den »Umweg« der SAP, KPO oder KPD zur Sozialdemokratie kamen oder zurückkehrten.

Es ist sicher ein Nachteil dieser Studie, daß jene Mitglieder in ihren Aussagen zu kurz kommen, die die offizielle Haltung der sozialdemokratischen Partei verteidigt haben und die Politik des kleineren Übels, der Tolerierung der Präsidialkabinette für die angemessene Möglichkeit politischen Handelns in der Krise hielten oder halten. Hier dominieren auf sozialdemokratischer Seite jene Vertreter der Bremer Arbeiterbewegung, die nach neuen Handlungsmöglichkeiten suchten und aus den Kämpfen der 30er Jahre lernten, sich auf den illegalen Abwehrkampf vorzubereiten. Da die Masse der Arbeiterschaft jedoch weder ihnen noch den linkssozialistischen oder kommunistischen Parteien folgte, sondern auch in Bremen diszipliniert hinter der Führung von SPD und ADGB-Gewerkschaften in den faschistischen Abgrund ging, erfahren wir zu wenig von jenen Kräften, die die Mehrheit innerhalb der Arbeiterschaft bildeten. Besteht so möglicherweise die Gefahr, die im Forschungsbereich dominierende Kritik der Zeitzeugen an der gescheiterten Politik der Arbeiterorganisationen zu überschätzen? Achten wir zu wenig darauf, von welchen Intentionen aus diese Aussagen heute getroffen werden? Ist da vielleicht »Trauerarbeit« im Spiel über das als Versagen verstandene Nichthandeln der Arbeiterbewegung 1932/33? Werden hier nicht möglicherweise Wertungsabsichten heutiger Einsichten in die vergangene Zeit zurückgetragen, und sind wir als Historiker ausreichend gewappnet, diese Wertung kritisch zu überprüfen? Wird in den Aussagen der begründet Enttäuschten vielleicht zu wenig sichtbar, daß sich die Kampfbereitschaft der Kampfwilligen in der ökonomischen Krise verringern mußte?

Perspektiven der weiteren Arbeit

Die Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung Bremens konzentrierte sich nicht allein auf den Krisenverlauf und die Krisenreaktion der Arbeiterschaft von 1929 bis 1933. Es ging im Forschungsprojekt auch darum, zu prüfen, ob und inwieweit in dem Krisenzusammenhang jene festgefügt, über Jahrzehnte verankerten, informellen, schichtenspezifischen Kommunikationen den Vorgang politischer Sozialisation und Aktion der Arbeiterschaft in Bremen gefördert haben — bzw. möglicherweise nach wie vor begünstigen. Wir hoffen, zu einem späteren Zeitpunkt in einer Fallstudie über einen traditionellen Arbeiterstadtteil wie Bremen-Gröpelingen diesen Zusammenhang konkreter aufhellen zu können. Denn erst mit der Untersuchung eines von der Arbeiterbewegung geprägten Stadtteils können nähere Einzelheiten über den Erfahrungszusammenhang von proletarischer Lebensweise, deren klassentypische Existenz und Handlungsbedingungen gewonnen werden. Der Rückgriff auf lebensgeschichtliche Erfahrungen und die sich in ihnen spiegelnden kollektiven Erinnerungen könnte vor allem zur Stärkung jener Dimension beim Versuch der Rekonstruktion der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung beitragen, die

Geschichte nicht als Quelle von Legitimation und ideologischer Beweisführung versteht, sondern sie als Geschichte von Arbeits- und Lebenserfahrung zu fassen sucht. Ein solcher Ansatz dürfte zugleich die Materialien, Erkenntnisse und Ergebnisse liefern, die zur Fundierung und Intensivierung der politischen Bildungsarbeit benötigt werden und die bei ihrer Verwendung in der örtlichen oder regionalen Arbeiterbildung auch den jüngeren Kollegen die historische Dimension ihrer gegenwärtigen Arbeiterexistenz vermitteln und erklären helfen. Die Realisierung eines solchen Vorgehens setzt voraus, nicht bei allgemeinen Aussagen über die Avantgardefunktion des Bremer Proletariats (Stichwort Räterepublik oder Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus) stehenzubleiben oder den besonderen Radikalismus der Arbeiter in der Wertindustrie hervorzuheben, sondern fordert dazu auf, neben den großen Ereignissen auch die Anonymität der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterbevölkerung in den einzelnen Stadtteilen zu beschreiben.

Gerade in einem solchen Prozeß lassen sich politische und soziale Bewegungen nicht ausschließlich als mechanischer Reflex eines ökonomischen Prozesses darstellen. Die Antworten beziehen Alltagserfahrungen mit ein und setzen über die subjektive Verarbeitung des alltäglichen Handelns jenen Prozeß kollektiven Lernens in Gang, der Möglichkeiten schafft, die Konflikte im Spannungsfeld von Wahrnehmung, Interessenartikulation und Interaktion zu beschreiben. Mit einem solchen Vorgehen beabsichtigen wir, den Wirkungsgrad gerade jener Beeinflussungsmechanismen zu berücksichtigen, die über den Besuch von Bildungsstätten, Büchereien oder das Selbststudium hinaus zu eigenständigen Formen der Verarbeitung konkreter historischer Erfahrungen führten oder führen. Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit nach 1929 konnten sich politische Verhaltensweisen der Arbeiterschaft nicht mehr eng mit den Produktionserfahrungen und deren Verarbeitungen verknüpfen. Die zentrale Bedeutung des Betriebes für das Denken und Handeln der Arbeiterschaft entfiel. Und damals wie heute stellt sich die Frage, welche Antworten die Organisationen der Arbeiterbewegung dann geben, wenn der subjektive Faktor politischer Entscheidungs- und Handlungsstrukturen zunimmt und andere Formen kollektiven Handelns entwickelt werden müssen.

Für die von uns befragten Zeitzeugen blieb es zeitlebens prägend, daß sie nach den großen Niederlagen in den zunächst noch politisch geführten Abwehrkämpfen und Straßenschlachten zwischen 1919 und 1923 in der Weltwirtschaftskrise durch Arbeitslosigkeit den Betrieb als zentralen Lernort politischer Arbeit und Agitation verloren. Die damit verbundene Verunsicherung korrespondierte mit einem zunehmenden Bedürfnis nach Aufklärung und Bildung und schlug sich in einer verstärkten Mitarbeit im Rahmen der Kulturorganisationen der Arbeiterbewegung nieder. Dieses Aufklärungsbedürfnis fand seine Entsprechung auch in der Zunahme des Selbststudiums. Die Gesamtzahl der entliehenen Bücher aus der Arbeiterzentralbibliothek wuchs in der Krise. Der Lesesaal dieser Bibliothek war schon in den Morgenstunden überfüllt. Und viele der befragten Veteranen der Bremer Arbeiterbewegung holten hier ihre Informationen ab oder opferten ihre letzten Pfennige für ein Abonnement bei den Arbeiterbuchgemeinschaften.

Diese Angebotsstrukturen der Arbeiterorganisationen spielen nicht nur in den Erinnerungen der Augenzeugen von damals eine Rolle. Sie machen bei einer genaueren Analyse möglicherweise auch verständlich, warum nach dem Verbot und der Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterbewegung die Widerstandsfähigkeit gegenüber Unterdrückung und Ausbeutung durch den Hitler-Faschismus nicht abnahm und andere Formen kollektiven Handelns im Widerstand entwickelt werden konnten.

Die »Ästhetik des Widerstands«* — heute gelesen

I

Über diesen Roman ist schon viel geschrieben worden, zunächst eher diffamierend in großbürgerlichen Zeitungen wie FAZ und Zeit, schließlich mit etwas mehr Verständnis bei anderen Kritikern. Die Leidensgeschichte des antifaschistischen Widerstands scheint bis heute nicht in das wiedererstarkte Rumpfdeutschland zu passen. Mit den Faschisten wurde Nachsicht geübt, man brauchte sie wieder für den Kampf gegen den Kommunismus, stellt Peter Weiss am Ende des Buches fest. So durften die Herrschaftsträger in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft nahezu ungebrochen zwei Weltkriege überdauern. Dem entspricht die von ihnen vertretene juristische Fiktion von der Kontinuität des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937. In diesem Geschichtsverständnis hatte allenfalls und in legitimatorischer Absicht die Opposition bürgerlicher Gruppen, vorzugsweise aus christlicher und militärischer Tradition einen Platz. Die fortdauernden Schranken der herrschenden Vergangenheitsbewältigung treten in den Auseinandersetzungen um die Ehrung des demokratischen, jahrelang gefolterten Intellektuellen *Carl von Ossietzky* zutage.

Eine breitere Öffentlichkeit erreichte die Danzig-Trilogie (Blechtrummel, Hundejahre, Katz und Maus) von *Günter Grass*, der den sozialpsychologischen Zusammenhängen von Kleinbürgertum und Faschismus nachspürt. Die Anfänge des proletarischen Widerstands in *Anna Seghers* »Das siebte Kreuz« dagegen sind der Vergessenheit anheimgefallen. Eher reüssieren Autoren wie der sich im Zuge der Moskauer Prozesse vom Kommunismus abwendende *Manès Sperber*. In seiner Romantrilogie »Wie eine Träne im Ozean«, der von *Körtler* sogenannten »Saga der Komintern«, verneint er revolutionäre Hoffnungen. Und in seiner Dankrede für den 1983 verliehenen Friedenspreis des Deutschen Buchhandels redet er einer verstärkten europäischen Aufrüstung das Wort, spricht sich für die neuen amerikanischen »Abwehrmittel« aus und beklagt die »aggressive Undankbarkeit« der Friedensdemonstranten. Unser Autor dagegen hält trotz der physischen Liquidierung zahlreicher Revolutionäre an der Perspektive eines humanen Sozialismus fest. Seine Hoffnungen begründen sich aus einem Drang zum Widerspruch und zur Gegenwehr, die sich über alle Kontinente auszubreiten beginnt. Die Unterdrückten »müßten selber mächtig werden«, um den »furchtbaren Druck ... endlich hinwegfegen zu können« (3, 268).

Der konjunktivische Schluß formuliert auch die Erfahrung der Vernichtung des antifaschistischen Widerstands in Deutschland. Schon die marxistischen Klassiker sprachen von der Möglichkeit des gemeinsamen Untergangs der kämpfenden Klassen, und wir fügen heute hinzu: der antagonistischen Machtblöcke. »Sage niemand, er habe es nicht wissen können«, steht auf einem weit verbreiteten Plakat, das über meinem Schreibtisch hängt. Ich erinnere mich an zahlreiche zeitgenössische Warnungen, daß mit Hitler der Krieg gewählt wurde. Trotzdem wagten Gewerkschafts- und Parteivorstände nicht, im Namen der längst entmächtigten Demokratie gegen den sich einrichtenden Nationalsozialismus zu widerstehen. Man hatte nicht lernen wollen, daß der »Burgfrieden« schon auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs begraben worden war. Die bitteren Lehren aus der Anpas-

* Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands, Suhrkamp Verlag, Band 1, 1975, Band 2, 1978, Band 3, 1981; Auflage für die dreibändige Ausgabe in einem Band, Frankfurt/M. 1983 (zusammen 955 S., kart., 25,- DM)

sung an die vorgegebenen Herrschaftsverhältnisse und aus der Spaltung der Arbeiterbewegung mußten in Gefängnissen und Konzentrationslagern gezogen werden. Hier überlebten nur wenige, und die Widerstandskämpferin Lotte Bischoff fragte sich am Ende: »Was sollte werden aus diesem Land, das jetzt fast all derer beraubt war, die ihm ein neues Gesicht hätten geben können« (3, 239).

Indem die vielen toten Kampfgefährten noch einmal sterben, zwingt uns Weiss zum Überdenken unseres eigenen Standorts. Dieser wird gleichsam von rückwärts her beleuchtet in den sich ineinander schiebenden Handlungs- und Diskussionssträngen, in die wiederum Exkurse zu sozialen und politischen Entwicklungen, Interpretationen von einzelnen Bildern und Romanen einfließen. Reflexion und Dialog, Montage und Experiment erzeugen einen vielschichtigen Gesamteindruck, der in die Gegenwart hineinreicht. Diese Wirkung hat freilich die genaue Verarbeitung unzähliger Materialien und Quellen sowie unzählige Diskussionen mit Überlebenden wie Bischoff, Mewis und Wehner in einem solchen Ausmaß zur Voraussetzung, daß bei dem Erzähler selbst Reales und Erdichtetes untrennbar zu einer Art innerer Wahrheit verschmelzen, wie Weiss in seinen Notizbüchern (1971 -1980, 2 Bde., Frankfurt/M. 1981, S.872f.) bekennt. Die geistige Anstrengung einer solchen Verdichtung des eigenen Lebens drückt sich in der reflexiven sprachlichen Organisation der unterschiedlichen Stoffe aus, die sich einem raschen Zugriff entzieht. Dadurch wird die Einlösung des von ihm selbst formulierten Anspruchs, die »Kluft zwischen der Erkenntnis und der Sprachlosigkeit« (1, 37) zu überbrücken, beträchtlich erschwert. Die komplizierte, über weite Strecken theoretisch-abstrakte Darstellungsform läuft Gefahr, der inhaltlichen Zielsetzung, die Bildungsprivilegien der Besitzenden aufzuheben und Einblick in die historischen und kulturellen Zusammenhänge zu gewinnen, ein Bein zu stellen. Andererseits hat die nötige Lesearbeit jedoch den Vorteil, daß der einmal erfaßte Widerstand zu einem Pfeiler unseres eigenen werden kann, der von den gleichen Fragestellungen geprägt ist: Die nicht vorhandene Einheit der sozialen Bewegungen herzustellen, um die menschliche Kultur und natürlich uns selbst vor der Vernichtung zu bewahren.

II

Der in den Tod gehende *Leuschner* hinterließ einen Zettel, darauf stand: »Schafft die Einheit« (3, 239). Aus dieser Perspektive erinnert Peter Weiss schonungslos an die zum Teil gewaltsam unterdrückten Widersprüche und Brüche in der Arbeiterbewegung. Lebendig wird wieder die Genossin *Marcauer*, die im Spanischen Bürgerkrieg, den Krieg gegen die Vertreter abweichender Meinungen in den eigenen Reihen leidenschaftlich anklagend, von der Militärpolizei abgeholt wird. Der trotzig Blick bei Goyas aufständischen Arbeitern und Bauern hatte sie nicht mehr losgelassen. Nun sieht der Erzähler »das Weiße in den aufgerissenen Augen, die dicht aneinandergereihten Rücken der Exekutionskommandos« (1, 314), deren Krümmung auf dem Bild die zukünftige Niederlage signalisierten. Die doppelte Bildlichkeit führt den individuellen Tod der Genossin ins Politische, läßt etwas von der Arbeiterbewegung sterben wie auch in der Vorstellung jener Sekunde im Wald der hügeligen Landschaft zwischen Rhône und Isère, »in der sich das Seil um Münzenbergs Hals zusammenzog, die Sekunde unter dem Ast, an dem er aufgehängt worden war, die Sekunde, als die Gedächtnisbläschen in seinem Gehirn zerplatzten und die dichte einzigartige Welt in der grauen Substanz explodierte ... und Lenin, zusammen mit ihm, noch einmal starb, Lenin, der ihm, dem jungen erwartungsvollen Revolutionär, entgegengekommen war, steif vor Schmerzen ... Beschaffen Sie mir Morphium, hatte er ihn angefleht ... und er hatte ihm, mit Hilfe Brupbachers, des anarchistischen Arbeiterarztes, das Betäubungs-

mittel beschafft« (3, 23f.). — Weiss holt die verdrängten Revolutionäre in unser Bewußtsein zurück, legt ihre politische und menschliche Authentizität von allem Schutt frei. Hiermit widerlegt er nicht nur all die groben und kleinlichen Geschichtsfälschungen; worum es ihm wirklich geht, ist zugleich das, was ihn so gefährlich macht: daß er den noch frostigen Boden in den verschiedenen Fraktionen der Arbeiterbewegung, überhaupt verhärtete Standpunkte in den verschiedenen sozialen und alternativen Bewegungen, auftaut, dadurch Möglichkeiten zur Annäherung erschließt und Bündnisse vorbereitet. Dahinter verbirgt sich die Einsicht, daß die Zukunft nicht ohne die Öffnung zur Vergangenheit bewältigt werden kann. Aus der gleichen Erfahrung schöpft auch *Wolfgang Abendroths* »Leben in der Arbeiterbewegung«, das die gescheiterten Einheitsbestrebungen kommunistischer und sozialdemokratischer Oppositionsgruppen wie der KPO und SAP bewahrt und für den Widerstand gegen die restaurative Entwicklung in der Bundesrepublik vergegenwärtigt. Im Unterschied zu vorwiegend politischen und wissenschaftlichen Texten macht der Erzähler auch das Empfinden, Denken und Handeln verschiedener Individuen transparent. Da er sich rückhaltlos auf die jeweilige Logik der verfeindeten Standpunkte einläßt, kann er deren relative Wahrheit vor dem Hintergrund unterschiedlicher Erfahrungen herausarbeiten, ohne von hoher Warte aus richten oder eine Synthese anbieten zu müssen. Die Form des herrschaftsfreien Diskurses in den theoretischen Debatten hat bereits eine einheitsstiftende Dimension, die sich inmitten der Verfeindungen, Spaltungen und Mordanschläge nur beschränkt einlösen läßt.

Doch findet Peter Weiss immer wieder Halt bei den Menschen, die ihrer Haltung nach Internationalisten waren: »Sie standen, ob Sozialdemokraten oder Kommunisten, außerhalb der Parteifehden und traten, während über ihre Köpfe hinweg die entscheidende Politik geführt wurde, ohne viel von sich reden zu machen, ideologisch immer das Gemeinsame anstatt das Trennende suchend, für ihre Überzeugung ein« (1, 34). Aus ihnen rekrutieren sich schließlich die kleinen Gruppen, die Meldungen weiterleiten, Druckschriften herstellen, an Granaten und Geschützen fehlerhafte Teile einbauen: »tief unten war die Solidarität intakt, tief unten, in primitiven Werkstätten, wurden Änderungen an Ausweispapieren vorgenommen, Fotos ausgetauscht, Stempel durch darübergerollte, nicht zu hart gekochte geschälte Eier übertragen, tief unten wurde kein unnützes Wort geäußert, beim emsigen Kampf gegen die ungeheuren Bauten des Feinds« (2, 129). Jeder, der seine Bereitschaft zur Gegenwehr zu beweisen hatte, war Mitglied; ob Parteimitglied oder parteilos, »ob Arbeiter oder Intellektueller, ob aus dem Mittelstand oder dem Bürgertum, sie hätten alle einzugehn in die Front, aus der eine neue Nation entstehen könnte« (3, 229).

Die Perspektive von unten als zur Einheit drängender Impuls schlägt bei Weiss nicht in einen antiorganisatorischen Affekt um. Vielmehr handelt es sich bei den bohrenden Fragen des kommunistischen Sexualpsychologen *Max Hodann*, dem reflexiven Mittelpunkt des Romans, um eine Kritik von innen, die selbst ein Moment der Annäherung des Autors an eine kommunistische Partei (die schwedische »Linkspartei«) darstellt, den Eintritt lange verzögert, aber nicht verhindert. Das Innen und Unten verkörpern jedoch zwei aufeinander bezogene Frauen: von der Klasse her die Mutter, die sich angesichts des Schreckens in die Sprachlosigkeit zurückzieht und von der Partei her *Lotte Bischoff*, die alle Zerschlagung des Widerstands überlebt: »Daß sie übriggeblieben war, wunderte sie nicht, sie wußte, es kam daher, daß sie so unscheinbar war, und sie würde es verstehn, weiter unscheinbar zu bleiben« (3, 221). Sie betrachtete sich, von Stockholm nach Deutschland geschickt, um die Kontakte mit den deutschen Genossen wiederherzustellen, als Glied in einer Kette, in der jeder seinen Wert hatte: »Mit der Hinrichtung von Saefkow, Jakob und Bästlein ...

waren wohl alle leitenden Kader gefallen, die Organisation aber war immer noch vorhanden« (3, 221), ohne deren namenlose Kettenglieder sie die beiden letzten Jahre nicht durchgehalten hätte.

Trotz der häufigen Kurswechsel der KPD, großmachtpolitischer Wendungen der Sowjetunion und immer wieder: der unverständlichen Verurteilung, Hinrichtung und Ermordung der Trotzki, Bucharin, Sinowjew, Radek, Tuchatschewski und der vielen anderen Bolschewiki; auch wenn einzelne Kommunisten wie Hodann an diesen Widersprüchen zugrundegingen und andere wie Herbert Wehner sich dem stalinistischen Zugriff durch den Übergang zur Sozialdemokratie entzogen, bleibt für Peter Weiss die Hauptkraft des antifaschistischen Widerstands in die kommunistische Organisationsgeschichte — und das heißt auch: in die sowjetische Strategie und Taktik — eingebunden, so sehr der Hitler-Stalin-Pakt die Kommunisten zeitweise isolieren mochte: »In einem Land hatte der Gedanke gesiegt. Für uns war dieses Land die Gewähr dafür, daß der Gedanke auch hier nicht erstickt werden konnte« (2, 45). Die im Kampf Stehenden hatten bei der Isolierung der Spanischen Republik und der bürgerlichen Verurteilung des Sowjetstaats gar keine andere Wahl; sie mußten die sie in den Kampfpausen bedrängenden Widersprüche aushalten. Der Autor macht die Verschränkung äußerer Bedrohung und innerer Machtexzesse durch die unmittelbare Verknüpfung von geographisch getrennten Ereignissen sichtbar: »Mit kleinem Tintenstift machte Bucharin, von Lenin der »Liebling der Parte« genannt, sich noch fieberhaft Notizen zu seiner Verteidigungsrede, da fielen Quinto und Montalban, und die italienischen Brigaden des Schwarzen Pfeils, die Einheiten der Fremdenlegion, die maurischen Truppen durchbrachen die republikanischen Linien, die Weltpresse begann zu den Detonationen der deutschen Fliegerbomben vom nah bevorstehenden Ende des spanischen Bürgerkriegs zu sprechen. Bucharins letztes Wort, um sechs Uhr abends am zwölften März, ging unter im Dröhnen der Panzerwagen, im Stampfen der fünfundsechzigtausend Mann, die in Österreich einmarschierten« (1, 300). Mit der von Dos Passos in seiner USA-Trilogie vollentwickelten Montagetechnik des kontrastierenden Nebeneinander und Überblendens werden zugleich unterschiedliche Proportionen und Gewichtungen angedeutet: hier das einzelne Individuum, dort der faschistische Vormarsch. Er sollte schließlich durch die millionenfachen Opfer des Sowjetvolks und die Rote Armee gebrochen werden. Deren Sieg eröffnete zwar die Voraussetzung für Humanität und Sozialismus; doch sollte er dort erbaut werden, wo es keine Bereitschaft dafür gab und die allgemeine Rückständigkeit groß war. Der befleckte Kapitalismus im Westen würde dagegen einer neuen Blüteperiode entgegengehen und sich mit den Faschisten gegen die vermeintliche Bedrohung aus dem Osten arrangieren.

Die Proletarier aller Länder haben sich zwar nicht vereinigt, aber antikoloniale Befreiung und Sozialismus haben sich weder in Asien noch in Afrika oder Lateinamerika aufhalten lassen. Nach dem Sieg revolutionärer Volkskräfte in Kuba, Vietnam und Angola wollen die Vereinigten Staaten das Rad der Geschichte zurückdrehen. Der fühnbare und gewinnbare Atomkrieg gegen die Sowjetunion (nach Reagan »das Zentrum des Bösen in der Welt«) und den Kommunismus wird von der gegenwärtigen amerikanischen Führung offen propagiert. Wenn der amerikanische Präsident sagt, daß die Zivilisation sich des Kommunismus entledigen wird »als eines traurigen, bizarren Kapitels der Menschheitsgeschichte, dessen letzte Seiten just in diesem Augenblick geschrieben werden«, so sind das nicht nur leere Worte. Anlässlich des Überfalls auf Grenada und der wiederholt angekündigten Einmischung im Nahen Osten hat der amerikanische Präsident erneut den Zusammenhang mit der Stationierung amerikanischer Erstschlagwaffen in Europa gegen die Sowjetunion formuliert.

III

Bei der von ständigen Rüstungs- und Kriegsnachrichten unterbrochenen Lektüre der »Ästhetik des Widerstands« hat sich meine Einsicht verstärkt, daß es keine einseitige Parteinahme für die sowjetische Intervention in Afghanistan, indirekte Einmischungen in Polen oder sonstwo auf der Welt bedeutet, wenn Christen, Parteilose, Grüne und Sozialdemokraten gemeinsam mit Kommunisten, die Menschen tief unten gegen die amerikanischen Massenvernichtungsstrategien aufstehen, sich in vielfältigen und solidarischen Protesten und Aktionen zur Wehr setzen. Das heutige Ringen um die Bewahrung menschlicher Existenzen und Kultur steht in der Tradition und Kontinuität des antifaschistischen Widerstands, überhaupt der Auflehnung gegen Unterdrückung und Barbarei, die in die Ursprünge der Gesellschaft zurückreicht. Konzentrierte Zeugnisse dieses fortwährenden Kampfes mit all seinen Brechungen, Sackgassen und neuen Anläufen sind die Mythen des Herakles und die Bildhauereien des Pergamonaltars, mit deren Darstellung der Roman beginnt: »Rings um uns hoben sich die Leiber aus dem Stein, zusammengedrängt zu Gruppen, ineinander verschlungen oder zu Fragmenten zersprengt, mit einem Torso, einem aufgestützten Arm, einer geborstnen Hüfte, einem verschorften Brocken ihre Gestalt andeutend, immer in den Gebärden des Kampfs, ausweichend, zurückschnellend, angreifend, sich deckend, hochgesteckt oder gekrümmt, hier und da ausgelöst, doch noch mit einem freistehenden vorgestemmtten Fuß, einem gedrehten Rücken, der Kontur einer Wade eingespannt in eine einzige gemeinsame Bewegung« (1, 7). Die steingemeißelte Kraft dieser Bewegung von unten strahlt auf das ganze Romanwerk aus, sei es auf den von Brecht bearbeiteten Stoff des schwedischen Freiheitskämpfers Engelbrekt an der Schwelle zur frühbürgerlichen Revolution oder die Darstellung der grauenvollen Auslöschung der »Roten Kapelle« durch den bereits angeschlagenen Nationalsozialismus: »Da hingen sie alle, unter der Schiene, der Hals lang gezerrt, der Kopf abgeknickt, zu erkennen waren sie nicht mehr, nur ihrer Reihenfolge nach hätte Schwarz ihre Namen noch nennen können, doch die verloren sich auch schon in einer Leere« (3, 220).

Weiss ist eine »Faszination des Schreckens« angekreidet worden; für mich drückt die minutiös beschriebene Strangulierung der Jugendfreunde Coppi und Heilmann dagegen eine innere Wahrhaftigkeit aus, die vor der Alltäglichkeit von Folter, Mord, tausendfachem Sterben nicht die Augen verschließt. Angesichts der Unmöglichkeit, einer derartigen Wirklichkeit alleine standhalten zu können, bringt sich die Dichterin Boye um. Die Mutter kann die millionenfachen Massenmorde nicht mehr aussprechen, ihre Sprachlosigkeit nimmt Auschwitz nach innen. Es ist zugleich die stumme Anklage der geschändeten Mutter Erde gegen den patriarchalischen Aspekt von Tod, Leiden und Krieg, gegen die »Raserei der Männer«, die nicht einmal zwei universale Vernichtungskriege hat erschöpfen können, wie Hodann dachte. Das Leben, das sich in dieser absoluten Zerrissenheit erhält, kann nur Widerstand heißen, der unsere Kultur ausmacht: »Kultur sei Widerstreit, sagte er, und Auflehnung. Zu messen sei die Stärke der Auflehnung am Grad der Unterdrückung. So lange der Wille zur Gegenwehr vorhanden sei, sei auch Kultur vorhanden« (3, 246). Entsprechend könne die Erneuerung Deutschlands, so Hodann im Kulturbund der Emigranten in Schweden, nur von denen ausgehen, die am Widerstand festhielten.

Der Widerstand als Ausdruck der Lebenskraft ist zugleich Nährboden für die immer wieder erstickten und neu aufflammenden Hoffnungen, die in der Kunst eine übergreifende Existenz gewinnen können. In Goyas Bild von der Erschießung der Aufständischen starren die Arbeiter, Bauern, ein Mönch, den Mündungen unmittelbar gegenüber, in wildem Trotz: »Gab es auch nirgends Hilfe, und war das unmittelbar folgende Krachen der

Schüsse auch sicher, so ging doch von der Schar der Insurgenten der Sieg aus, und die Rücken der Soldaten, automatengleich aneinandergereiht, waren gebeugt von der kommenden Niederlage« (1, 346). Der winkende Afrikaner auf dem Floß der Medusa von Gericault läßt inmitten der Toten und Sterbenden den Gedanken an die Befreiung aller Unterdrückten aufkommen. Selbst das Grauen der Vernichtung in Picassos *Guernica* kann die kampfgeliebten Hoffnungen nicht auslöschen: »Sein ganzes Leben, hatte er bei der Konzeption dieses Bilds erklärt, sei nichts anderes als ein fortwährender Kampf gegen die Rückständigkeit des Denkens und gegen den Tod der Kunst, und er verstand mit diesen Worten die Übergriffe der Reaktion auf das Volk und die Freiheit in Spanien. Er setzte den Kampf um die Wahrheit in der Kunst der Auflehnung gegen die Demagogie gleich, für ihn war die künstlerische Arbeit untrennbar von der sozialen und politischen Realität. Das Zerstörerische, das sich über Spanien hermachte, wollte nicht nur Menschen und Städte, sondern auch die Ausdrucksfähigkeit vernichten.« (1,335)

Für Weiss ist eine Form des Widerstands hiergegen die Bewahrung und Aneignung von Literatur und Kunst als unverzichtbarem Ferment der eigenen Bewußtseinsentwicklung. Darunter versteht er aber nicht eine einfache Übernahme der herrschenden Kultur, sondern vor allem die Aufdeckung ihrer verborgenen Widerstandselemente. Diese haben letztlich ihren Grund im Tätigsein der arbeitenden Klassen und im Ringen der Künstler mit der Ausführung des Stoffs, was ausführlich am Pergamonfries beobachtet wird. In diesem Sinne sagt auch der Vater: »Unsre Kultur, das ist das Tragen, Ziehen und Heben, das Aneinanderknüpfen und Befestigen. Diese Kultur tritt mir entgegen ... wenn ich sehe, wie einer das gehackte Holz aufschichtet, die Sense schleift, das Netz flickt, die Balken zum Dachstuhl zusammenfügt, die Kolben der Maschine poliert« (1, 353). In der Arbeit als schöpferischem Prinzip sieht er über ihren Zwangs- und Froncharakter hinaus die Voraussetzung für die Entwicklung der grundlegenden Fähigkeiten zur kulturellen Instandsetzung und Übernahme der Macht. Dazu bedarf es in der Perspektive der Aufhebung von Hand- und Kopffarbeit einer Wissenschaft, deren Anliegen darin besteht, die Vorboten der proletarischen Kämpfe in Zeichnungen, Holzschnitten, Gemälden, Skulpturen aufzufinden. Diesem Programm entsprechend erkennt der Autor in den Bewegungen der Steinklopfer von Courbet etwas von der Kraft der Aufstände im Februar und Juni 1848. Die Wiedergabe der proletarischen Energie wie der materiellen Gewalt der Freiheitsidee in der Barrikade von Delacroix waren künstlerische Verarbeitung von Veränderungen, die über den unmittelbaren Anlaß hinaus für das Bewußtsein festgehalten wurden. Schon die Baumeister des Pergamonaltars und der Tempelanlage von Angkor Wat hatten sich bei aller Verherrlichung der starr und kalt gemeißelten Göttlichkeiten vor allem den kämpfenden Menschen zugewandt: »Auf ihren Felstürmen, erzogen zur Jenseitigkeit, lächelten die Gotthaften zur Lebenszeit schon als Tote, ihre Untertanen jedoch hatten gelebt, ein jeder für sich, gemeinsam waren sie dem Tod entgegengegangen, hatten im Gleichschritt das Knie angehoben, den Fuß vorgesetzt« (3, 103).

Die künstlerische Darstellung durchbricht hier bei den frühen Meistern ihren apologetischen Auftrag. Auch unter den Bedingungen des anhaltenden revolutionären Stellungskrieges darf die Kunst sich nicht auf die Idealisierung und Heroisierung der sozialen Erregenschaften beschränken; ihr Realismus zeichnet vielmehr Widersprüche, Veränderungen, Prozesse auf, die in neuen Formen, Bewegungen und Sehweisen ihren Ausdruck finden. So gelingt es den Künstlern, die materiellen Schranken ihrer Zeit zu durchbrechen und auf ihre Weise zur Entwicklung des Bewußtseins beizutragen. Von dieser Position aus lehnt Peter Weiss Unterordnung, Disziplinierung und Maßregelung ab: »Wir stimmten

nicht dem Gesichtspunkt zu, daß der Schund der Preis war, der für die Wahlfreiheit bezahlt werden mußte, wir verurteilten den Abfall, der sich täglich aus den Kloaken der Massenmedien über die Bevölkerung ergoß, doch was zur Literatur, zu den bildenden Künsten gehörte, durfte keine Zurechtlegung erfahren. So verlief unser Bildungsgang nicht nur konträr zu den Hindernissen der Klassengesellschaft, sondern auch im Widerstreit zum Grundsatz einer sozialistischen Kultursicht, nach dem die Meister der Vergangenheit sanktioniert und die Pioniere des zwanzigsten Jahrhunderts exkommuniziert wurden. Wir bestanden darauf, daß Joyce und Kafka, Schönberg und Strawinski, Klee und Picasso der gleichen Reihe angehörten, in der sich Dante befand, mit dessen Inferno wir uns seit einiger Zeit beschäftigten« (1, 79).

Den widersprüchlichen Zusammenhang zwischen kultureller und sozialer Bewegung schildert der Autor in der humorvollen Erinnerung von Münzenberg an die Spiegelgasse in Zürich während des Ersten Weltkriegs. Hier waren sich die Künstler ihrer Aufgabe, die politische Revolution zu ergänzen, ebensowenig bewußt wie die Politiker, die der Kunst keine umwälzenden Fähigkeiten zutrauen wollten: »Seit dem Frühjahr Sechzehn beherbergte die Spiegelgasse die ganze Revolution, denn nun war auch Lenin dort eingezogen. Der Alte, wie wir ihn nannten, denn einem solchen glich der Fünfundvierzigjährige schon, mit seinem fast kahlen Schädel, verurteilte den Spleen der Künstler, die Verherrlichung des Unnützen, wie sie bei den Vorstellungen in der Grotte zum Ausdruck kam. Hoch oben an der buckligen Gasse, da fand das Planen statt, tief unten, da entlud sich die phantastische Unvernunft. Die Spiegelgasse wurde zum Sinnbild der gewaltsamen, doppelten, der wachen und geträumten Revolution« (2, 58f.). Das hinderte den in ästhetischen Fragen eher traditionalistisch eingestellten Lenin nicht, die kritische Potenz der Kulturrevolution aufzunehmen, die verbrauchte Konventionen abwarf, überholte Normen zertrümmerte, mit ihren Träumen, Ideen und Plänen an der Wirklichkeit arbeitete. Sie sollte den politischen Kampf erweitern, vertiefen und ein Gegengewicht gegen institutionelle Erstarrungen und Bürokratisierungstendenzen in Partei und Staat bilden. Hiermit ist ein produktives Spannungsverhältnis von Politik und Kultur umschrieben, das in der »Ästhetik des Widerstands« die verdunkelte Perspektive von Humanität und Sozialismus offenhält.

Zur Entwicklung dieser Perspektive gehört nicht nur die kritische, gegen den Strich erfolgende Aneignung der herrschenden Kultur, sondern auch die Ausgrabung der offiziell kaum überlieferten anderen zweiten Kultur, deren Widerstandspotential hier vernachlässigt wird. Das mag zum Teil daran liegen, daß deren Traditionslinien hierzulande, auch durch die Mißbräuche im Faschismus, weitgehend verblaßt sind, verglichen etwa mit Zeugnissen der lateinamerikanischen Volkskultur wie der Bildersprache der Revolution bei den großen mexikanischen Wandmalern oder dem neuen chilenischen Volkslied. Erleben wir nicht selbst, daß unsere weiter anschwellende Friedensbewegung von unzähligen kulturellen Aktivitäten getragen wird; und kommt in ihnen nicht auch ein Streben nach Einheit zum Ausdruck, die in der »Ästhetik des Widerstands« so eindringlich beschworen wird. Wenn wir uns am Ende ihrer Odyssee mit dem Erzähler Peter Weiss vor den Fries begeben, auf dem die ...

Karin Westermann

Hehre Ziele — tiefe Abgründe: Eine Einschätzung sozialdemokratischer Kulturpolitik

Fahrt doch mal, wenn Ihr das nächste Mal in Berlin seid, nach Spandau. Die Zitadelle? Ja, die ist sicher auch schön, ebenso die Spandauer Altstadt. Aber ich wollte Euch auf eine etwas verstecktere Sehenswürdigkeit hinweisen. Mit dem 54er Bus laßt Ihr die U-Bahnbaustelle Spandauer Rathaus hinter Euch, biegt in die Schönwalder Straße ein und an der übernächsten Haltestelle — Lynarstraße — steigt Ihr aus. Jetzt sind es noch ein paar Schritte die Lynarstraße hinunter, und Ihr steht auf dem Lutherplatz. Ein völlig normaler Platz werdet Ihr sagen. In seiner Mitte eine mäßig hübsche Backsteinkirche, rund herum verlottertes Buschwerk, einige Bäume und eine Straße. An drei Seiten die üblichen, schnell um die Jahrhundertwende hochgezogenen Wohnblocks, links ein Krankenhaus mit Park, zur Straße hin begrenzt durch eine Mauer. Aber da, in dieser Mauer, die auf der Ecke einknickt, weil ihretwegen nicht ein Baum gefällt werden sollte, da wachsen so seltsame Betonnasen aus der Wand. Abends werden sie von Jugendlichen als Sitzgelegenheit genutzt. Sie treffen sich hier, rauchen, albern herum ... Weiter rechts entdeckt Ihr etwas für Berlin sehr Untypisches. Einen Mauerdurchbruch mit den Umrissen eines Menschen. Und Ihr seht Euch, wenn Ihr davorsteht, denn der Durchbruch ist von einem Mosaik aus Spiegelglas umgeben. Vorsicht! Nicht über die Beine des steinernen Mädchens stolpern, das neben dem vergitterten Eingangstor des Krankenhauses sitzt und auf Euren Besuch wartet. Hinter ihr ein maurisch anmutendes schwarz-weiß-Mosaik. Neben ihr eine, diesmal für Berlin typische Erscheinung: Jemand will durch diese Wand schreiten, die seinen Weg versperrt. Mit dem Kopf ist er schon durch, das Schrittbein nach vorn geknickt, aber dann schien die Mauer doch stärker zu sein als er. Ein versteinertes Versuchen der Grenzüberschreitung. Nun werdet Ihr, hoffe ich, ein bißchen neugieriger sein. Ihr geht um den Platz herum und entdeckt rechts und links der großen Eingangstüren der Häuser Mosaiktafeln. Jemand hat hier sein Motorrad mit dem Kennzeichen B-PE 14 verewigt, daneben, exakt nachgebildet aus roten und weißen Steinchen, eine Cola-Dose, dann ein altertümliches Telephon, eine Glühbirne und eine Rakete — eigentlich wenig künstlerische Mosaikmotive. Und dennoch, daß der Platz in den Anfängen einer künstlerischen Umgestaltung steckt, ist spürbar. Denn zu absurd ist leider die Vorstellung, daß sich hier die Bewohner jedes Hauses eines abends zusammensetzten und fragten, wie können wir unsere Häuser schöner, persönlicher gestalten, wie lernen wir uns besser kennen, warum nutzen wir unseren Lutherplatz nicht gemeinsam und ändern ihn nach unseren Interessen und Bedürfnissen.

Andererseits sähe aber auch eine klassische künstlerische Platzgestaltung anders aus: Eine nette, gepflegte Grünanlage mit Bänken, orientiert auf einen Brunnen, den ein Künstler gestaltete. Eines morgens steht eine — natürlich zumeist männliche — Abordnung des Bezirksrathauses und ein Senatsvertreter um ihn herum. Man beteuert, man täte alles für das Wohl »seiner Bürger«, und damit ist der Brunnen eingeweiht. Fortan plätschert das Wasser.

Nein, hier auf dem Lutherplatz in Spandau ist das mal anders gelaufen. Der Senat lobte zusammen mit dem Bezirksamt einen offenen Wettbewerb aus, wobei die Künstler — nicht wie sonst üblich — einzelne Kunstobjekte für ein Wasserobjekt einreichen sollten. Aufgabe war vielmehr die Gesamtgestaltung des Lutherplatzes. Damit nicht genug; als

Bestandteil der Wettbewerbsleistung erwartete man zugleich ein Konzept zur Einbeziehung der Anwohner bei der Neugestaltung des Platzes und des Wasserobjektes.

Bürgerbeteiligung will gelernt sein, und darum beauftragten die Wettbewerbsauslober die Künstler Eckhardt Haisch und Anita Lüdke, vor der Realisierung des Wettbewerbsergebnisses, mehr als ein Jahr intensiv mit den Platzanwohnern künstlerisch zu arbeiten.

Die Situation war ziemlich schwierig. Die deutschen Anwohner, viele alte, viele arbeitslose, lehnen fast alle ihre türkischen Nachbarn ab. Die Kirchengemeinde macht seit Jahren Sozialarbeit, aber sie kann mit den Konflikten nicht fertig werden.

Von diesen Problemen wußten wir, bevor wir angefangen haben zu arbeiten. Gleichzeitig bestand aber auch noch von Seiten des Bezirks Mißtrauen uns gegenüber. Wir hatten den Eindruck, die warten nur darauf, daß irgendetwas schiefgeht. Wenn wir mal zu spät kamen, hieß es gleich »die Künstler ...« (E. Haisch in »Kunst am Bau«, Informationsdienst des BBK Berlin, Nr. 12, Oktober 1982).

Es ging dann aber doch. Eckhardt und Anita begannen mit einer »Verspannaktion«: Über eine Straße spannten sie sehr dünne Polyesterfäden, die dann wie ein feines weißes Spinnweben über der Straße hingen und den Bewohnern die Dimensionen des Platzes erfahrbar machten. Bald halfen auch Passanten mit, danach stellten sie sich Stühle unter das Netz und diskutierten mit den Künstlern über die Neugestaltung des Platzes. Es bildete sich eine erste Interessensgemeinschaft. In einer vom Bezirksamt gestellten Wohnung vor Ort klebten die Anwohner unter Anleitung der Künstler Collagen über ihre erste Aktion, ließen sich informieren über andere Kulturarbeitsprojekte, man lernte sich besser kennen, organisierte ein Fest:

Für das Fest haben wir außerdem ein Feuer-Rauch-Objekt gebaut. Dieses Objekt spielte in unserem ursprünglichen Konzept eine große Rolle: einmal das Element Feuer als Gegensatz zum Element Wasser, das mit dem Brunnen auf den Platz kommen würde — zum anderen, weil immer wieder Grillmöglichkeiten auf dem Platz gewünscht wurden. Das Gerüst für das Feuer-Rauch-Objekt haben Schüler der Bartning-Schule im Unterricht gebaut, und die Rohre sind flexible Heizungsrohre, die wir so befestigt hatten, daß sie sich noch im Wind bewegen konnten. Unter dem Objekt brannte ein Feuer, in dem Kartoffeln geröstet wurden. Innen haben wir Rauchbomben gezündet und bengalische Lichter abgebrannt.

Die Mosaik entstand in einem zweiten Schritt. Gegen den Widerstand der Hausbesitzer — einige wehren sich bis heute gegen die Befestigung der fertigen Platten — fanden sich neun Hausgemeinschaften zusammen, die nach Buchvorlagen und eigenen Ideen 14 Tage lang ihre Mosaik legten. Kulturarbeit nennen die Künstler diese für ihren Berufsstand übliche künstlerische Tätigkeit. Und ihren Kritikern, die die ästhetische Qualität der Arbeiten der Platzbewohner in Zweifel ziehen, halten sie entgegen:

Sicher kann man an eine Laienarbeit, auch an eine angeleitete, nicht die Maßstäbe anlegen, mit denen z.B. Wettbewerbsarbeiten gemessen werden. In den Mosaiktafeln drückt sich die Ästhetik der Platzanwohner aus; sie sind Dokument eines ästhetischen Empfindens, das kilometerweit von dem fachlich geschulten entfernt ist — das meinen wir ohne Wertung. Was an diesen Tafeln das wichtigste ist, ist die Tatsache, daß hier Menschen ein Stück Öffentlichkeit gewagt haben, denen sonst in dieser Form kaum Äußerungen möglich sind. Daß sie zum ersten Mal in dieser Zusammensetzung — Hausgemeinschaft — gemeinsam geplant, konzipiert und durchgeführt haben. Daß sie einen Beitrag zur Gestaltung ihres Platzes geleistet haben, was bedeutet, Auseinandersetzungen und Klärungen von Bedürfnissen, kompetenter werden, wenn es darum geht, diesen Platz zur »Heimat«, wie eine Anwohnerin formulierte, werden zu lassen.

* * *

Grundlage dieser kulturpolitischen Wende war in Berlin die Neuregelung des Kunst-am-Bau-Verfahrens. 1971 trafen sich bildende Künstler aus der gesamten Bundesrepublik in der Frankfurter Paulskirche. Hier diskutierten sie über ihre gesellschaftliche Funktion und Situation, hier gaben sie den Startschuß für den Kampf um bessere, selbstverwaltete Produktions- und Distributionsmöglichkeiten. Ganz ähnlich anderen Dienstleistungen, die der Staat finanziert und die für uns heute selbstverständlich geworden sind, forderten die Künstler eine staatliche Unterstützung und damit auch eine gesellschaftliche Anerkennung ihrer Arbeit. Als vorbildlich galt und gilt bis heute die new-Deal-Politik Präsident Roosevelts zu Beginn der 30er Jahre in den Vereinigten Staaten, in der zum ersten Mal in einem Arbeitsbeschaffungsprogramm auch bildende Künstler Beschäftigung fanden.

Kunst am Bau wurde in diesem Zusammenhang in Berlin zum zentralen Konfliktpunkt. In der Bundesrepublik, aber besonders hier in Berlin, sahen die verantwortlichen Politiker in einem solchen staatlichen Beschäftigungsprogramm Traditionslinien zur Nazi-Zeit, in der viele Künstler in Goebbels Propagandaapparat zu Arbeit und Brot kamen und sich so in den Prozeß zentraler Lenkung und faschistischer Agitation einspannen ließen.

Erst 1961 erließ der Senat »Richtlinien für künstlerische Arbeiten bei öffentlichen Bauvorhaben«, wonach »... bei Bauvorhaben, deren Charakter, Bedeutung oder Lage einen besonderen, von bildenden Künstlern zu entwerfenden Schmuck, eine künstlerische oder kunsthandwerkliche Ausgestaltung rechtfertigt ...« 0,5 bis 2% der Bausumme für Kunst ausgeben werden sollte.

Im folgenden wiederholte sich bei jedem neuen Bauvorhaben die Ausdifferenzierung des Künstlerischen aus der Gesellschaft. Da es Behörden und Architekten mit der besagten Verwaltungsvorschrift frei gestellt war, die Mittel auszugeben oder einzusparen, verstärkten sich Künstlerarbeitslosigkeit und die Ideologie des genialen Hungerkünstlertums. Die Dominanz der Architektur und der Stadtplaner gegenüber den Künstlern prägte nicht nur das Bild unserer Städte, sondern sie verstärkte auch die »l'art pour l'art«- Haltung der Künstler. Weil Kunst-am-Bau-Regelungen reine Verwaltungsvorschriften sind, können sie von keiner Öffentlichkeit eingeklagt werden, der Staat organisiert so das Desinteresse der Öffentlichkeit bei der Gestaltung ihrer Lebensräume. Öffentliche Wettbewerbe fanden kaum statt, denn sparten die Bauherren die Kunst-am-Bau-Mittel nicht ein, vergab man die Aufträge unter der Hand. Architekten hielten sich ihre Künstler, diese reagierten mit Konkurrenz untereinander oder mit Frustration und Desinteresse für diesen Bereich künstlerischer Produktivität. Selbst dem fortschrittlichsten Künstler wäre eine Einbeziehung der Nutzer oder eine andere Überschreitung seiner klassisch-gesellschaftlichen Wirkungsgrenzen bei diesen Arbeitsbedingungen schwer gefallen, zudem die Künstler erst mit ihrer Arbeit begannen, als die Gesamtplanung des Gebäudes vollendet war. Also begaben sich die Künstler entweder in kontrapunktische Spannung und ernteten Lob der Profiföfentlichkeit und Unverständnis beim Rest der Bevölkerung. Übten sie ästhetischen Gleichklang und Verständlichkeit ihrer Kunst, rümpften die Kritiker die Nase mit dem Hinweis, dies sei ja ganz nettes Kunstgewerbe. Es folgte die Phase der abstrakten Plastiken, die notdürftig die räumliche Leere der neuen Stadträume füllen wollten, meist aber nur die menschliche Kälte und Verlorenheit der Betonneuburgen unfreiwillig unterstrichen.

Es vergingen fast 10 Jahre, bis in Berlin zwei Entwicklungen eine Symbiose bildeten: zum einen der Neuaufbruch der Künstler mit einer aktions- und kampffähigen Interessenvertretung, dem Berufsverband bildender Künstler (BBK) in der Gewerkschaft Kunst, zum anderen eine sich langsam in der SPD durchsetzende Hinwendung zur Stadtpolitik, ein allmähliches Begreifen der Bedeutung des Ästhetischen und ein Erahnen der Funktion

von Kunst und Kultur für den von der SPD gewollten und initiierten Prozeß der Demokratisierung der Gesellschaft durch Partizipation. Zumindest in einigen Großstädten setzten sich nach 10 Jahren Diskussion die Kulturpolitiker der SPD durch, die seit Ende der 60er Jahre für eine »Wiedergewinnung des Ästhetischen« stritten, für eine, die traditionellen Abgrenzungen von Kunst, Gesellschaft und Staat überschreitende Kulturpolitik kämpften.

Immerhin, 1979 kam es zur Neuregelung des Kunst-am-Bau-Verfahrens in Berlin. Aus einer »Kann« wurde eine behördliche »Soll«-Vorschrift, deren Geltungsbereich sich über den Hochbau hinaus auch auf den Garten- und Landschaftsbau und den kommunalen Tiefbau erstreckt. Darum spricht man in Berlin auch nicht mehr über Kunst-am-Bau, sondern über *Kunst im öffentlichen Raum*. Zum einen weil nicht nur rein objekt-, sondern zunehmend mehr stadtraumbezogene Aufträge vergeben werden, zum anderen weil hier die Perspektive einer öffentlichkeitsbezogenen Kunstgestaltung und Kulturarbeit angestrebt wird. Die Neuregelung setzte feste Regelsätze an und verdreifachte darüber hinaus den finanziellen Rahmen nichtobjektbezogener, künstlerischer Gestaltungsaufgaben. Um die Alleinentscheidungskompetenz von Architekten und Senatsabteilungen abzubauen, etablierte man einen Beratungsausschuß, in dem der BBK, Architektenverbände, die Akademie der Künste und zwei Senatsressorts repräsentiert sind. Damit diese Änderungen auch eine entsprechende Wirkung zeigen, finanziert seither der Kultursenator das Kunst-am-Bau-Büro des BBK. Dies ist eine Informations- und Beratungsstelle, die bei Wettbewerben, Verträgen, Ausführungen hilft, auf die Behörden einwirkt, Künstler für Aufträge vermittelt und einen regelmäßigen Informationsdienst herausgibt. Natürlich ist diese Neuregelung noch nicht optimal, so enthält sie z.B. keine Wettbewerbsvorschriften, aber immerhin bietet sie die Chance staatlicher Kompetenzabgabe an die Öffentlichkeit, ist eine Möglichkeit der Demokratisierung und Öffnung des Verhältnisses von Künstlern, Architekten und Bevölkerung.

* * *

Viele Beispiele einer »anderen« sozialdemokratisch verantworteten Regierungskulturpolitik ließen sich anführen, so die Förderung Freier Gruppen, der Museumspädagogische Dienst oder der Modellversuch Künstlerweiterbildung, wo Künstler diese neue Kulturarbeit in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen erlernen. Die Reform der Kunst-am-Bau-Regelung zeigt einen, wie ich meine typischen Zug sozialdemokratischer Kulturpolitik. Anders als etwa die Reform des § 218 oder — um ein aktuelleres Beispiel zu nennen — der Kampf um die Beibehaltung der Mietpreisbindung in Berlin, initiierte nicht die SPD diesen Veränderungsprozeß. Dazu ist bis heute das Verhältnis der Partei zu Intellektuellen, speziell zu Künstlern, zu gestört. Die veränderte Weichenstellung entsprach nicht einem umfänglichen, von allen getragenen kulturpolitischen Konzept. Ein solches hat die SPD nicht. Die Mandatsträger waren gut beraten oder selbst kulturpolitisch versiert genug, zum richtigen Zeitpunkt zu handeln und ihre Regierungsfunktionen zu nutzen, um durch die Veränderung von Regeln oder durch eine Umschichtung der staatlichen Geldvergabe institutionalisierte Verkehrsformen umzustrukturieren, neue Entwicklungen zu ermöglichen.

Aber jetzt, in der Opposition, zeigen sich die Schwächen dieser Politik. Das große Thema, die »Demokratisierung des Ästhetischen«, scheint in der SPD selbst nur halb umgesetzt, halb verstanden und akzeptiert. Da soll in Berlin ein bisher totes, geschichtsvergeßenes Terrain in Kreuzberg umgestaltet und in das Bewußtsein zurückgeholt werden — das Prinz-Albrecht-Palais-Gelände, der einstige Hauptverwaltungssitz der Gestapo, des SD

und der SS. Der Regierende Bürgermeister lobte gemeinsam mit der IBA (Internationale Bauausstellung) einen nationalen wie internationalen Ideenwettbewerb aus, an dem sich Künstler und Architekten beteiligen sollten. Erst nach langen Diskussionen sind die Kultursprecher der SPD bereit, sich nachträglich für eine Änderung der Wettbewerbsbedingungen einzusetzen. Es dürfen sich auch Betroffene mit Ideen beteiligen, selbst wenn sie nicht die Berufsqualifikation eines Künstlers oder Architekten vorweisen können.

Schön! Nur reicht jetzt die alleinige Veränderung einer Weichenstellung aus? Wäre es nicht sinnvoll, als Organisation eigene Ideen einzubringen? Für die SPD scheinen immer nur die anderen die Betroffenen zu sein, sie selbst sind die »Macher«, die als Regierende die Betroffenenbeteiligung ermöglichen. Der Anspruch einer »Kultur für alle« verwandelt sich unter der Hand zu einem therapeutischen Modell, mit dem wir als kleine Helmut Schmidts den Bürger zufriedenstellen, dies selbst aber nicht nötig haben. Und wo anders kann die SPD Betroffenheit einklagen, wenn nicht bei Verfolgung und Widerstand durch die Nazis? Nur dazu muß man *kulturell* aktiv werden, muß eigene Konzepte entwickeln, Kontakt mit einst verfolgten Genossen aufnehmen und vielleicht sogar mit den kulturellen Institutionen sprechen, denen ein sozialdemokratischer Kultursenator zumindest finanziell auf die Beine half. Aber wer kennt schon solche Initiativen, welcher Ortsverein hat sie schon mal besucht, sich mit ihren Problemen und Erfolgen vertraut gemacht? Wer interessiert sich denn in der SPD dafür? — Stolz verkündete letzters ein Genosse, seine Abteilung ginge jetzt einmal zusammen ins Theater. Übrigens, die Freie Volksbühne ist 93 Jahre alt! Da kann es nicht verwundern, daß ein weiterer Genosse trocken anmerkte: »Wahrscheinlich zu Harald Juhncke, an den Kudamm ...«

Wie hartnäckig alte, überkommene Traditionen sind, und wie wenig die SPD den Anschluß an den Zeitgeist gefunden hat, zeigt ein anderes Beispiel: Der Kreuzberger Kreisvorstand diskutierte die Pläne für die zukünftige Nutzung des Martin-Gropius-Baus. Soll er ein Geschichtsmuseum beherbergen oder ein Kommunikationszentrum der zeitgenössischen Kunst und eine Ausstellungsstätte der modernen Kunst? Linksradikal rümpften die Genossen die Nase über die »Zeitgeist«-Ausstellung, die sei »bürgerlich«, so etwas wollten sie nicht im Gropius-Bau. Nein, ein Museum der deutschen Geschichte sei schon gut, es müsse nur die »richtige« Geschichte, die der Arbeiterbewegung, zum Gegenstand haben. Welche Abgründe stecken hinter der Abwertung des Begriffs »bürgerlich«! Sicherlich verbirgt sich zum Teil der Traum von der Neubelebung der Arbeiterkultur der Jahrhundertwende dahinter. Nur daß sie, aus der Not geboren, Ghetto-Züge trug, eine Lagermentalität produzierte, an der die SPD heute noch krankt, will keiner sehen. Mit der positiven Übernahme des »Proletarischen« im Gegensatz zur »bürgerlichen« Herrschaft akzeptieren diese Genossen zugleich die Institution »Museum«, deren Geschichte leider älter ist als die »bürgerliche« Herrschaft und an der gerade die nur halb geglückte bürgerliche Emanzipation in Deutschland nachzuzeichnen ist.

Nicht nur avantgardistische »bürgerliche« Intellektuelle, auch der von der SPD initiierte Museumspädagogische Dienst in Berlin sucht — mit Erfolg! — nach einer anderen Form der Beschäftigung mit Industriekultur und Arbeiterquartieren als der musealen. So z.B. in Borsigwalde. Da gibt es gemeinsam mit den Bewohnern erstellte Dia-Serien und eine Ausstellung, einen regen Gesprächskreis, der auch mal historisch kocht, und den Versuch, einen neuen Heimatverein entstehen zu lassen. Alles Formen einer »Demokratisierung des Ästhetischen« außerhalb überkommener Institutionen, in die die Trennung des Ästhetischen vom Politischen, Alltäglichen eingeschrieben ist. Das Elend dieser kulturellen Trutzburgen ist nicht, daß sie bürgerlich sind, sondern daß die Befreiungsbewegungen des letz-

ten Jahrhundert sie nicht grundsätzlich umzustrukturieren vermochten. — Aber wie ergeht es erst Gruppen, die wirklich einen kulturpolitischen Stein ins Rollen bringen? Vor einem Jahr hörte eine Gruppe von SPD-Frauen durch Freunde — zumeist freie Mitarbeiter des SFB —, daß ein der SPD nahestehender Verwaltungsmann gedenke, seine Karriere dadurch voranzutreiben, daß er massiv Einsparungen im Frauen- und Jugendprogramm des SFB durchsetzt. Im Gespräch mit den betroffenen SFB-Frauen stellte sich heraus, daß wie manches andere üble, so auch dieses Gerücht auf Tatsachen beruhte. Die SPD-Frauen starteten eine kleine, aber sehr erfolgreiche Unterschriftenkampagne gegen die beabsichtigten Kürzungen. Sie hatten nicht nur Erfolg. Zugleich erschlossen sich ihnen eine Reihe von Kontakten zu Mitarbeitern des SFB, zu anderen Frauengruppen, die die Kampagne unterstützt hatten und zu Mitarbeitern anderer Medien. Es entstand die Idee, eine Frauenmedieninitiative zu gründen, den Rundfunk und das Fernsehen kritisch zu beobachten, die Kontakte in den Sender hinein durch den Austausch von Informationen zu vergrößern, um rechtzeitig Öffentlichkeit herzustellen und Gegenmaßnahmen anzukurbeln. Erste Diskussionen über das Privatfernsehen und -radio entwickelten sich. Als nächstes wollte man sich mit dem angekündigten Medienerprobungsgesetz beschäftigen.

Zufällig standen gerade neue Rundfunkratswahlen an, und von dreien von der SPD entsandten Vertretern kandidierte nur einer erneut. Von den beiden anderen hatte man sowieso nie etwas gehört, wie vielen Genossen völlig unklar war, nach welchem Modus die Partei ihre Vertreter entsandte. Dies hatte bisher die Fraktion des Abgeordnetenhauses geregelt, und da diese Funktion wenig begehrt war, gab es auch eigentlich nie Probleme. Mit dem Hinweis auf ihre Medienarbeit, für die sie dringend weiter Information und Kontakte benötigten, beanspruchten die Frauen einen der drei zu vergebenden Sitze. Aber Frauen, wie überhaupt Initiativen von unten, haben ja keine Ahnung von der großen Politik! Da der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Gefahr sei — es änderten sich aufgrund der erfolgreichen sozialdemokratischen Politik die Mehrheitsverhältnisse im Rundfunkrat —, müsse diese Funktion »hochkarätig« besetzt werden. Die hochwichtigen Funktionäre des Berliner Landesverbandes hatten zwar keine Erfahrung mit der Medienarbeit, auch — im Unterschied zu den Frauen — keinerlei Konzept, wie sie eine kritische Medienöffentlichkeit herstellen könnten, um die Mehrheitsverhältnisse wieder zu wenden, aber sie wurden von der Fraktion entsandt, auch in der Partei gab es zu dieser Wahl keine Öffentlichkeit. Die kandidierende Frau durfte sich bei der Fraktionssitzung übrigens noch nicht einmal vorstellen. Schmerzlich registrierten die Frauen, daß die AL (Alternative Liste) ohne weitere Debatten eine Feministin in den Rundfunkrat wählte.

Nun haben wir drei männliche Rundfunkratsvertreter. Keiner hat bisher eine Initiative gegen den konservativen Intendanten Löwe gestartet, keiner hat Kontakt zu den Frauen aufgenommen, um mit ihnen zusammenzuarbeiten, keiner hat sich öffentlich über die Disziplinierung und Umsetzung kritischer Journalisten empört. Aber heute las ich im Informationsdienst der SPD, »Intern«:

»Der SPD-Vorsitzende Brandt hat alle sozialdemokratischen Mitglieder in den Aufsichtsgremien der Rundfunk- und Fernsehanstalten zu erhöhter Wachsamkeit aufgerufen. Der Grund: Die erklärte Gleichschaltungsabsicht des Presseamtes der Bundesregierung, die — wie der Fall-Franz Alt zeigt — offensichtlich ihre Wirkung tut und die darauf abzielt, die Kritiker des Regierungskurses in der friedenspolitischen Diskussion mundtot zu machen.«

Es folgte eine in Bonn verfaßte Erklärung, die tatsächlich von einem Berliner Sozi unterschrieben war!

Genossen, bald ist Weihnachten! Wie wär's mit einer Videoanlage ...

Kersten Albers

Museum der Arbeit in Hamburg

Ein Projektbericht

Seit 1979 laufen in Hamburg die Planungen und Vorbereitungen für ein neues Museum — das »Museum der Arbeit«. Aus einer kleinen Initiative wurde ein Trägerverein mit über 300 Mitgliedern, aus einer Idee wurde ein Projekt, das täglich konkretere Gestalt annimmt. Getragen wird das Projekt bislang gemeinsam von der Hamburger Kulturbehörde und dem Museumsverein, in dem sich Gewerkschafter, Historiker, Fachleute aus anderen Museen, pensionierte Facharbeiter, kulturpolitisch interessierte Bürger und nicht zuletzt viele Sozialdemokraten — aus allen Richtungen und Strömungen dieser »großen Partei« engagieren.

Ziele und Funktionen

Die Inhalte des »Museum neuen Typs«

Aufgabenstellung für das geplante Museum ist die Darstellung der Geschichte der Arbeitswelt, des Alltagslebens der Arbeiter und Angestellten und der Arbeiterbewegung in Hamburg seit dem Einsetzen der Industrialisierung um 1850. Damit soll ein gravierendes Defizit in der Museumslandschaft der Hamburger Museen, aber auch der Museen in der Bundesrepublik insgesamt wenigstens im Ansatz ausgeglichen werden. — Ein Defizit übrigens, das sich ebenso sehr aus der spezifischen Sammlungsgeschichte der kulturgeschichtlichen Museen als ursprünglich fürstlicher und großbürgerlicher Einrichtungen, wie aus der Fachausbildung der meisten hier tätigen Wissenschaftler erklären läßt.

Bei der Darstellung der Geschichte der Arbeitswelt wird der Schwerpunkt liegen bei den Wirtschaftszweigen, die in Hamburg von besonderer Bedeutung waren. Dazu gehören die Hafenarbeit und die Arbeitsbedingungen in der Schifffahrt, Maschinenbau und Schiffbau, Grafisches Gewerbe, Nahrungsmittel- und Tabakindustrie, Chemieindustrie, Baugewerbe, Versorgungs- und Entsorgungsbetriebe sowie das Büro- und Kontorwesen in Handel, Banken und Versicherungen.

Für diese Wirtschaftszweige soll die Entwicklung der großen Firmen, von neuen Produkten und neuen Produktionstechniken nachgezeichnet werden. Im Vordergrund sollen dabei die Arbeitsbedingungen stehen, wie sie die Betroffenen ganz konkret erlebt haben. Zu zeigen ist also die Geschichte der Arbeit »von unten«, nicht aus Sicht der »großen Unternehmerpersönlichkeiten«, der Erfinder und der »technischen Spitzenleistungen«, sondern aus der Sicht des Arbeitsalltags mit Lärm, Staub, Hitze, Kälte und körperlicher Anstrengung, mit überlangen Arbeitszeiten, ungenügenden Arbeitsschutzeinrichtungen, mit Berufskrankheiten und Arbeitsunfällen, mit Akkord- und REFA-Systemen, mit Rationalisierung und Arbeitslosigkeit. Geschichte der Arbeitswelt ist aber auch die Geschichte der Fachfertigkeit und Qualifikation, des Berufsstolzes und Selbstbewußtseins der Kollegen, die ja mit ihrer Leistung und ihrem Geschick die wirtschaftliche Grundlage allen gesellschaftlichen Reichtums und aller sozialen und kulturellen Einrichtungen erst geschaffen haben. Geschichte ist eben nicht nur Geschichte der Herrschenden, sondern immer auch Geschichte der »Unteren«. Ihren Anteil an der Geschichte offenzulegen und zur Diskus-

sion zu stellen, die eigene Interpretation der Betroffenen zu Gehör zu bringen, Pluralität auf diesem zentral wichtigen Feld des öffentlichen und gesellschaftlichen Bewußtseins überhaupt herzustellen — das ist das Anliegen dieses neuen Museums.

Als zweiten inhaltlichen Schwerpunkt soll das Museum den Alltag außerhalb des Betriebes dokumentieren, insbesondere also die Wohnverhältnisse und Freizeitmöglichkeiten der Arbeiter und Angestellten, die Versorgung bei Krankheit und Alter, die Lebensbedingungen der Kinder, die Situation der Frauen und die Arbeitsverteilung im Haushalt sowie die Ernährungsgewohnheiten.

Vor diesem Hintergrund befaßt sich der dritte inhaltliche Schwerpunkt schließlich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer verschiedenen Organisationen, der Parteien, der Gewerkschaften, der Arbeiterpresse und der Genossenschaften, der Theater- und Literaturvereinigungen, der Arbeiterchöre und Arbeitssportvereine. Auch bei diesem Schwerpunkt sollen die Alltagsverhältnisse im Vordergrund stehen, die Arbeit in den Ortsvereinen und Betriebsgruppen, das Schicksal der örtlichen Funktionsträger usw.

Mit diesem Themenspektrum steht das Museum der Arbeit nicht allein; es läßt sich vielmehr durchaus einreihen in die vielen »Geschichtswerkstatts«-, »Stadtteilgeschichts«- und »Oral-history«-Projekte, die landauf-landab in der Zusammenarbeit von jungen Historikern und engagierten Laien entstehen, und die sich die Darstellung der Alltagsgeschichte zur Aufgabe machen. Aber auch auf größere Ausstellungen, die sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigt haben, läßt sich als Vorbild verweisen, so z.B. auf die 1982 in Hamburg gezeigte Ausstellung »Vorwärts und nicht vergessen — Arbeiterkultur in Hamburg um 1930« oder die Ausstellung »Mit uns zieht die neue Zeit« zur Geschichte der Wiener Arbeiterbewegung. Im Unterschied zu diesen soll das Museum der Arbeit in erster Linie die Geschichte der Arbeitswelt behandeln — insoweit wird in Hamburg auch Neuland beschritten, wobei vielleicht die Darstellung der Arbeitswelt bei der Firma Opel im Museum der Stadt Rüsselsheim ein Vorbild sein könnte. Mit großem Interesse werden in Hamburg natürlich auch die Museumsgründungen in Nürnberg, Mannheim, West-Berlin und Nordrhein-Westfalen verfolgt, soweit sie sich — mit unterschiedlichen Akzenten und Fragestellungen — ebenfalls mit der Geschichte der Arbeitswelt befassen, die im Laufe der 80er Jahre eröffnet werden sollen.

Methodische Probleme eines »Museum neuen Typs«

Auch in methodischer Hinsicht werden all diese Museumsprojekte neue Wege gehen müssen. Eine alte Fabrik kann man eben nicht so bequem inventarisieren und magaziniere, wie eine Porzellantasse. Dies gilt erst recht für die Erfahrungen und Erlebnisse der Kollegen, für die Arbeitsbedingungen und für die Arbeit im engeren Sinne. Die Belastung einer Zehn-Stundenschicht als Heizer oder Kohlentrimmer, die Monotonie der Arbeit der Bogen-Anlegerin in einer Druckerei lassen sich dem Museumsbesucher bei einem zweistündigen Rundgang nicht »so ohne weiteres« vermitteln. Daher muß das Museum der Arbeit ein »Museum neuen Typs« werden mit dem Einsatz zusätzlicher Medien wie Film, Dias, Tonband — und vor allem Videoaufzeichnungen. Ein ausführliches Interview mit einem pensionierten Kollegen erhellt persönliche Betroffenheit und Erfahrung besser als viele Statistiken und Tabellen. Eine Videostudie über bestimmte Arbeitsprozesse und Techniken ist aussagekräftiger als die einzelne Maschine.

In Anlehnung an die positiven Erfahrungen der Freilichtmuseen werden komplette Arbeitsabläufe in den verschiedenen Branchenabteilungen unter fachkundiger Anleitung rea-

litätsgerecht demonstriert werden können: Das »Museum der Arbeit« besteht dann aus einer Reihe von *Museumswerkstätten*. So ist für die »Museumsdruckerei« geplant, die Produktion einer Drucksache vom leeren Bogen, über den Handsatz/Maschinensatz/Lichtsatz zum Druck und zur buchbinderischen Verarbeitung vorzuführen. Diese Art der Präsentation ist nicht nur attraktiver als die herkömmliche Ausstellung der einzelnen Maschine, sie dokumentiert auch wichtige Funktionszusammenhänge in der Produktion dar. Schließlich wird das Museum der Arbeit auch insoweit methodisches Neuland beschreiten, als es in ganz besonderer Weise auf Gruppenarbeit angelegt sein wird. Diese »Gruppenarbeit im Museum« ermöglicht es, z.B. in wöchentlichen Treffs von *Museumsbenutzern* unter fachkundiger Anleitung selbständig bestimmte Probleme zu erarbeiten, die eigene Geschichte zu erforschen und damit zum Aufbau und zur Fortschreibung des Museums beizutragen.

Das Museum als Kulturzentrum und Volksbildungsstätte

Klassische Aufgabe jeden Museums ist das Sammeln, Erhalten und Ausstellen historischer Objekte. Über diese — wichtige — Aufgabe hinaus soll das Museum der Arbeit Zentrum werden für die verschiedensten Aktivitäten im Stadtteil und aus der Arbeiterschaft. Auch heute noch gibt es ja zahlreiche — wenn auch meist versprengte — künstlerische und kulturelle Initiativen, in denen sich Arbeiter/innen und ihre Angehörigen zusammengeschlossen haben. Erwähnt seien hier z.B. die Werkkreise »Literatur der Arbeitswelt«, die Foto- und Video-Arbeitsgemeinschaften und Veranstaltungsprogramme von *Arbeit und Leben*. Die Identität und Selbstbewußtsein stiftende Wirkung von Kultur wird — gerade in der Gewerkschaftsjugend — zunehmend erkannt; gewerkschaftliche Kulturarbeit könnte das neue Museum anregend unterstützen. »Feierabend-Museum« wäre in diesem Sinne nicht Schimpfwort, sondern Auszeichnung.

Von besonderer Bedeutung wird für das neue Museum auch die Arbeit als Volksbildungsstätte sein. Geplant sind Veranstaltungen und Seminare in Zusammenarbeit mit *Arbeit und Leben* im Rahmen von Bildungsurlaubsprogrammen. Dieser Bereich wird umso wichtiger werden, als es gelingt, im Zusammenhang mit dem Kampf um Arbeitszeitverkürzung die bisherige Bildungsurlaubsfinanzierung entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften zu verbessern und die Erwachsenenbildung insgesamt auszubauen. Sowohl im Arbeitslehreunterricht als auch an den Berufsschulen könnte das Museum sinnvolle Lerneinheiten zu den historischen Voraussetzungen der heutigen Verhältnisse in der Arbeitswelt anbieten, und in den Museumswerkstätten einen Teil der Berufsausbildung übernehmen. Einen sinnvollen Beitrag leisten könnte das Museum schließlich im Rahmen der Seniorenbildung, die ja häufig an der beruflichen Erfahrung der älteren Menschen anknüpft.

Zum Stand der Realisierung des Projekts

Die politische Beschlußlage

Die Anregung und Initiative zur Gründung eines Museums der Arbeit in Hamburg gingen von Gewerkschaftern, Historikern und interessierten Bürgern aus, die sich seit 1980 im Museumsverein zusammenfanden. Gleichzeitig wurde vom Deutschen Gewerkschaftsbund Hamburg, von zahlreichen Gewerkschaftsgliederungen und vom Hamburger Landesparteitag der SPD die unverzügliche Einrichtung eines solchen Museums gefordert. In-

zwischen sind diverse Gewerkschaftsgliederungen, so z.B. Bezirk und Ortsverwaltungsstelle der IG Metall und der IG Bau-Steine-Erden dem Verein beigetreten, führende Hamburger Gewerkschafter arbeiten im Vorstand mit.

In der Kulturbehörde wurden erste Überlegungen zur Konzeption des geplanten Museums im Mai 1982 von der Deputation beschlossen. Wolfgang Tarnowski und Helga Schuchardt als zuständige Senatoren haben das Projekt auch mit ihrem persönlichen Engagement unterstützt.

Die Hamburger SPD hat die Einrichtung des Museums als zentralen Punkt ihrer Kulturpolitik in das geltende Wahlprogramm aufgenommen, der Senat hat die Vorbereitung des Museums in seiner Regierungserklärung angekündigt. Die Bürgerschaft hat auf Antrag der SPD-Fraktion ca. 300.000,- DM jährlich seit 1982 zur Verfügung gestellt. Ab 1. Januar 1984 werden dem Museum vier Mitarbeiter (2 Historiker, 1 Maschinenbauer, 1 Dokumentar) zur Verfügung stehen. — Die abschließende Entscheidung über Umfang und Konzeption des Museums steht jedoch in Senat und Bürgerschaft noch aus.

Der Standort: Mitten in Barmbek ...

Auch die endgültige Standortentscheidung ist bislang nicht getroffen worden. Kulturbehörde, Museumsverein und die zuständigen sozialdemokratischen Kommunalpolitiker setzen sich jedoch gemeinsam für die Unterbringung des geplanten Museums in der Maurienstraße, unmittelbar am Barmbeker U-/S-Bahnhof ein.

Das in Aussicht genommene ehemalige Fabrikgelände der New York-Hamburger Gummiwaaren-Compagnie ist als Standort annähernd optimal: Barmbek ist in Hamburg der bekannteste und traditionsreichste Arbeiter- und Industriestadtteil. Die Industrialisierungsgeschichte Hamburgs ist hier besonders gut abzulesen. Überreste der alten Fabriken, die nach 1871 im Gründerboom entstanden, prägen ebenso das Stadtbild wie die zunächst gründerzeitliche Wohnbebauung, die später durch den genossenschaftlichen und städtischen Wohnungsbau der zwanziger Jahre ergänzt wurde.

Ein typisches Beispiel der Industrialisierungsgeschichte Hamburgs und Barmbeks ist die ehemalige Fabrikanlage der New York-Hamburger Gummiwaaren-Compagnie. Diese Fabrik wurde in den Jahren ab 1871 bis zum ersten Weltkrieg erbaut, später im zweiten Weltkrieg massiv bombardiert. Die Reste der Anlage vermitteln immer noch die alten Funktionsbestimmungen als Maschinensäle, als Kesselgebäude, Torgebäude und Kontorflügel usw. Der gepflasterte Fabrikhof diente früher der Lagerung von Rohstoffen und Halbfertigprodukten und der Unterbringung des Fuhrparks. Insgesamt handelt es sich um ein Ensemble mit historischer Aussagekraft, so daß schon von den Räumlichkeiten her ein inhaltlicher Bezug zur Aufgabenstellung des Museums hergestellt wird. Das größte der alten Fabrikgebäude wird seit etwa einem Jahr zur Lagerung und Aufarbeitung von Maschinen und historischen Objekten genutzt. Die Nahverkehrsanbindung ist für Hamburger und Auswärtige optimal. Die zur Verfügung stehenden Flächen erlauben eine spätere Erweiterung des Museums auf bis zum 15.000 m² Geschoßfläche im Endausbau. Die unmittelbare Nachbarschaft zur öffentlichen Bücherhalle, zum Ortsamt und zum Wochenmarkt sorgt für zusätzliche Belebung. Bei einer späteren Erweiterung des Museums könnte eine Mehrzweckhalle errichtet werden, die zugleich als das — lange von der SPD geforderte — Stadtteilkommunikationszentrum genutzt werden könnte.

Die praktische Arbeit beim Aufbau des Museums

In den letzten beiden Jahren konnte bereits ein beachtlicher Sammlungsbestand an alten Maschinen, Geräten, Fotos, politischen und gewerkschaftlichen Dokumenten und Publikationen usw. zusammengetragen werden, obgleich die praktische Realisierung des Museums noch ganz am Anfang steht und erst seit eineinhalb Jahren von zunächst nur einem hauptamtlichen Mitarbeiter betreut wird.

Innerhalb des Museumsvereins konzentriert sich die Arbeit auf die Branchengruppen, die die einzelnen Abteilungen des Museums erarbeiten werden. Seit längerer Zeit schon gibt es eine Branchengruppe »Grafisches Gewerbe«, die bereits eine komplette Museumsdruckerei (Stand ca. 1930) aufgebaut hat. Dazu gehören zwei Setzergassen für den Handsatz, mehrere Setzmaschinen, eine Chemiographieanlage (Klischeeherstellung) und eine frühe Reprokamera sowie mehrere Druck-Tiegel- und Schnellpressen. Der Abbau und anschließende Wiederaufbau dieser Druckerei zeigt allerdings auch die Grenzen dessen, was man mit ehrenamtlicher Arbeit bewältigen kann. Ohne die finanzielle Hilfe der Stadt und das dauernde Engagement eines pensionierten Buchdruckermeisters und des Hauptamtlichen wäre dieser Zwischenstand noch lange nicht erreicht. Im Moment bereitet die Branchengruppe eine erste »Workshop«-Ausstellung zur Entwicklung des Grafischen Gewerbes und der Druckereiarbeiterschaft in Hamburg vor, die zunächst einmal nur die Fragen und Probleme ausstellungsmäßig auflistet, die dann später eingehender aufgearbeitet werden müssen.

Als zweite Branchengruppe sind die »Metaller« zu nennen, die mit den Vorbereitungsarbeiten für die Maschinenbau- und die Schiffbauabteilung begonnen haben und inzwischen eine ganze Reihe alter Drehbänke, Nietwerkzeuge, Bohrmaschinen und Hobelbänke beschafft haben. Die Branchengruppen »Hafen« und »Nahrungsmittelindustrie« sind im Aufbau. Zwei weitere Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit der Frauenfrage — Frauen in der Arbeitswelt und in der Arbeiterbewegung — und den Wohnverhältnissen der Arbeiterschaft.

All diese Arbeitsgruppen setzen sich jeweils aus Kolleginnen und Kollegen zusammen, die heute im Arbeitsprozeß stehen, aus Pensionären und Auszubildenden. Hinzu kommen eine Reihe von jungen Historikern und Geschichtsstudenten, gelegentlich arbeiten auch Fachleute aus den anderen Museen und aus der Hochschule für bildende Künste mit. Auf diese Weise treffen die verschiedensten Qualifikationen und Erfahrungen in den Arbeitsgruppen aufeinander. Dies ist auf der einen Seite sehr fruchtbar, erfordert auf der anderen Seite aber viel Geduld und gegenseitiges Verständnis. Das Arbeitsprogramm der Branchengruppen umfaßt die Sichtung, Beschaffung und Wiederherstellung geeigneter Museumsobjekte, die Erarbeitung eines Detailkonzepts für die einzelne Ausstellungsabteilung/Museumswerkstatt und die Veröffentlichung der jeweils erreichten Zwischenergebnisse. Bei Gelegenheit und Bedarf werden auch Intensiv-Interviews mit alten Kollegen gemacht, die aus eigener Erfahrung bestimmte Arbeitsabläufe und Arbeitsbedingungen erläutern können.

Diese Arbeit der Branchengruppen ist zugleich ein Stück Zielgruppenarbeit des neuen Museums. Ziel ist dabei, die Fragestellungen und Ausstellungsschwerpunkte mit dem Sachverstand der Betroffenen zu bestimmen und junge und alte Kollegen als die späteren Benutzer des Museums von Anfang an in den Aufbau einzubeziehen.

Schlußbemerkung

Das Museum der Arbeit wird nicht von heute auf morgen aus dem Boden gestampft werden. Das ist weder von der finanziellen noch von der sachlichen Seite (Sammlungsaufbau usw.) her möglich. Der schrittweise Aufbau mit einzelnen Ausstellungen und ständiger Diskussion der Zwischenergebnisse eröffnet zugleich aber eine Chance, die Fragestellungen ständig weiterzuentwickeln und auf den gesellschaftlichen Diskussionsstand zu bringen, damit das fertige Museum nicht bereits »von gestern« ist. Die Einrichtung eines solchen Museums ist also ein längerer Prozeß, der gleichwohl mit aller Kraft vorangetrieben werden muß. Denn wichtige Zeitzeugen stehen uns nur noch auf begrenzte Zeit zur Verfügung, interessante Maschinen und Dokumente wandern auf den Schrott oder in den Müll.


Vor diesem Hintergrund hat Hamburg als Stadt der Arbeit und der Arbeiterbewegung die Aufgabe, ein neues Museum aufzubauen, das die Geschichte der Arbeitswelt und der Arbeiterbewegung in der Großstadt dokumentiert und für die Arbeiter und Angestellten von heute und ihre Familien zugänglich macht. Gerade in einer Phase tiefgreifender technologischer Umbrüche und der Gegenreform in allen Bereichen der Gesellschaft, angesichts einer in die Defensive gedrängten Arbeiterbewegung wird die Auseinandersetzung mit der eigenen Identität und Geschichte noch wichtiger.

Aerobic für Linke

Du wirst aus meinen Briefen ersehen haben, daß ich die Scheiße, wie gewöhnlich, wenn ich selbst darin stecke und nur nicht von weitem davon höre, mit großer Indifferenz durchwate.
Karl Marx in einem Brief an Engels

*Geeint sein
und straff, hart
sein und beweglich
bleiben!*
Mao

Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück.
Lenin



Lenins Position war nicht nur deshalb so stark, weil er die Gesetze des Klassenkampfes verstand, sondern auch, weil er ein scharfes Gespür für alle Regungen der in Bewegung geratenen Massen besaß. Leo Trotzki

Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung. Karl Marx

Aus: »Aerobic für Linke«, den ersten Band der Edition Kulturschock im Verlag Jugend und Politik, 80 Seiten, 7 Mark

Dieter Muth-Kerth

Die Mediengewerkschaft

Eine Antwort der Arbeiterbewegung auf medien- und kulturpolitische Herausforderungen

Die rasanten medien- und kulturpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre verdienen nicht nur Widerspruch. Sie fordern eine gewerkschaftliche Antwort, die den Interessen der lohnabhängig Beschäftigten und ihrer Familien Geltung verschafft. Eine solche Antwort kann nur von einer starken und einheitlichen Organisation gegeben werden. Bis Anfang dieses Jahres war es jedoch unklar, ob die Bildung einer einheitlichen Medien- und Kulturgewerkschaft im DGB möglich sein würde. Die unterschiedlichen Detailinteressen, politische Vorbehalte, aber auch Organisationsborniertheiten schienen zu groß, um eine Vereinheitlichung der »Einzelkämpfer« zu erreichen. Hatte nicht schon im Jahre 1962 der langjährige Rundfunk- und Fernseh-Union-Vorsitzende Helmut Haselmayr die Auffassung zum Ausdruck gebracht, »daß das Zustandekommen einer mächtigen Gewerkschaft der Kulturschaffenden eine besonders vordringliche Aufgabe dieser Zeit«¹ sei?

Getan hatte sich seit dieser Zeit, gemessen an dem hohen Anspruch, nur wenig, und auch dies nur verhältnismäßig langsam und schwerfällig:

- 1965 Überführung des Bundesverbandes der Deutschen Kulturorchester in der DAG als Deutsche Orchestervereinigung — DOV in die Gewerkschaft Kunst im DGB
- 1968 Fusion der Rundfunk- und Fernseh-Union (RFU) mit der Deutschen Film-Union (DFU) zur Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU)
- 1973 Beitritt des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in die IG Druck und Papier
- 1974 Die Landesverbände Berlin, Baden-Württemberg, Hessen und NRW des Bundes deutscher Landesberufsverbände Bildender Künstler schließen sich zur Bundesvereinigung der Gewerkschaftsverbände Bildender Künstler (BGBK) zusammen und treten der Gewerkschaft Kunst im DGB als weitere Kartellgewerkschaft bei.
- 1975 wird die AG Publizistik unter Beteiligung der IG Druck und Papier und der Gewerkschaft Kunst sowie später der ÖTV, der HBV und der Deutschen Postgewerkschaft gegründet, um »eine einheitliche gewerkschaftliche Vertretung der Arbeitnehmer im Publizistik-Bereich zu erreichen und damit eine einheitliche Mediengewerkschaft innerhalb des DGB organisatorisch vorzubereiten«, wie es im Vertrag programmatisch hieß.
- 1980 IG Druck und Papier und RFFU unterzeichnen einen Kooperationsvertrag und fordern darin »insbesondere die anderen Organisationen der Gewerkschaft Kunst auf, sich der Kooperation anzuschließen«. In Ausführung des Vertrages wird eine Mediengewerkschaftskommission gegründet, deren Aufgabe es ist, »das Konzept einer einheitlichen Gewerkschaft für die Bereiche Kunst und Medien vorzulegen und organisationspolitische Vorschläge zu erarbeiten.«²
- 1982 Der Deutsche Journalistenverband (DJV) und die BGBK beteiligen sich an der Arbeit der Mediengewerkschaftskommission.

Nach all diesen Mühen stellte sich die Organisationsstruktur im Bereich Kunst und Medien folgendermaßen dar:

Im DGB organisiert sind:

1. Die IG Druck und Papier mit ihren Berufsgruppen
Druck, Druckformherstellung, grafische Hilfskräfte, Papierverarbeitung/Buchbinderei, Angestellte, dju, VS,
insgesamt 144000 Mitglieder (davon 6000 dju und 2300 VS).

2. die Kartellgewerkschaft Kunst. Ihr gehören folgende selbständige Einzelgewerkschaften an:

	Mitglieder
BGBK Bundesvereinigung der Gewerkschaftsverbände Bildender Künstler	4600
DMV Deutscher Musikverband	1050
DOV Deutsche Orchestervereinigung	7400
GDBA Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger	7000
GDMK Gewerkschaft Deutscher Musikerzieher und Konzertierender Künstler	3050
IAL Internationale Artistenloge — Berufsverband Show und Unterhaltung	1050
RFFU Rundfunk-Fernseh-Film-Union	20000
SBK Schutzverband Bildender Künstler	250
insgesamt ca.	45000

3. die Fachgruppe Buchhandel, Verlage in der HBV

4. in Medien- und Kulturberufen Beschäftigte im Organisationsbereich der ÖTV

5. mit Übertragungstechnik beschäftigte DPG-Kolleginnen und -Kollegen

6. GEW-Mitglieder an Musikschulen

Außerhalb des DGB finden sich zusammen

1. der Deutsche Journalistenverband	13 000
2. der Berufsverband Bildender Künstler (BBK)	10 000
3. mehrere kleine, ständisch organisierte Berufsgruppen sowie die in bezug auf Zusammenarbeit kontraproduktiv wirkende Bundesfachgruppe Bühne, Film, Fernsehen (BBF) in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG).	

Wenn es gelänge, diese organisatorische Zersplitterung zugunsten einer einheitlichen, schlagkräftigen Mediengewerkschaft aufzuheben, wäre nicht nur die institutionelle Voraussetzung, sondern auch die politische Grundlage geschaffen, die Interessen der abhängig Beschäftigten in die Kultur- und Medienpolitik erfolgreich einbringen zu können. Ein Blick auf eine Tabelle über Erwerbstätige und Umsatz der Hauptmedienbereiche in der BRD und Berlin (West) 1975/76 verdeutlicht dies.³

Bereich	Erwerbstätige	Umsatz / Mrd. DM
Autoren/Künstler	ca. 30 000	2,00
Presse	120 000	13,15
Buchhandel	ca. 60 000	6,00
Bibliotheken/Museen	ca. 65 000	1,50
Bühnen	30 000	1,40
Filmwirtschaft	22 000	3,36
Hörfunk/Fernsehen	23 000	3,36
Tonträger	ca. 15 000	1,70
zusammen	365 000	30,71

In Anbetracht dieser Situation führte Lothar Zimmermann, im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand zuständig für Kultur- und Medienpolitik, im September 1982 — wenige Wochen vor dem 12. Ordentlichen Gewerkschaftstag der RFFU — vor dem DGB-Bundesausschuß u.a. aus:

»Von Beginn der Diskussion um eine Mediengewerkschaft an war klar, daß eine der Voraussetzungen für eine Mediengewerkschaft die Aufgabe der Autonomie der Verbände der Gewerkschaft Kunst zugunsten einer Mediengewerkschaft Kunst sein müßte. Der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB hat diese Konzeption seit 1975 unterstützt. Handelt es sich doch bei

diesen Verbänden der Gewerkschaft Kunst — mit Ausnahme der RFFU — um klassische berufsständische Organisationen, einem Organisationsprinzip, das wir 1945 hinter uns gelassen haben. Diese Organisationsform stimmt nicht mit unserem Industriegewerkschaftsprinzip überein. Der jetzige Zustand muß also aus gewerkschaftspolitischen und aus gewerkschaftsorganisatorischen Gründen beendet und geändert werden. (...)

Die Mehrheit der Verbände, die auch die Mehrheit der Mitglieder der Gewerkschaft Kunst präsentiert, ist zur Neugestaltung bereit. (...) Bleibt es aber bei der ablehnenden Haltung der Deutschen Orchestervereinigung und der Gewerkschaft Deutscher Bühnenangehöriger, dann ist heute schon abzusehen, daß eine Umwandlung der Gewerkschaft Kunst im Mai 1983 [Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst, d. Verf.] nicht erfolgt. (...)

Falls der Austritt aus der Gewerkschaft Kunst notwendig werden sollte, möchte die RFFU eine Vertretung im DGB behalten. (...) Die Verbände, die schon heute mitmachen, haben unsere volle Unterstützung. (...)

Wir wollen, daß mit dieser Maßnahme Bewegung in die Umwandlungsfrage der Gewerkschaft Kunst in eine Mitgliedergewerkschaft kommt und daß die Bildung einer Gewerkschaft für den gesamten Medienbereich beschleunigt wird.«⁴

Diese Haltung wurde von Bundesvorstand und Bundesausschuß des DGB eindeutig und einstimmig durch folgenden Beschluß bekräftigt:

- »a) Der Bundesausschuß unterstützt die Bemühungen, die Gewerkschaft Kunst umzuwandeln mit dem Ziel, eine Mediengewerkschaft zu bilden.
- b) Die Absicht der RFFU, aus der Gewerkschaft Kunst auszutreten, wenn der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst einen entsprechenden Beschluß nicht faßt, wird zur Kenntnis genommen.
- c) In diesem Fall kann die RFFU davon ausgehen, daß sie nach § 3 der Satzung des Bundes in den Bund aufgenommen wird. (...)
- d) Der Bundesausschuß erwartet von den übrigen Organisationen der Gewerkschaft Kunst, daß sie die Bildung der Gewerkschaft Medien und Kultur unterstützen.«⁵

Dieser Beschluß des DGB erwies sich als bahnbrechend. Hatte es vorher noch substantielle Diskussionen innerhalb der RFFU gegeben, ob die oben skizzierte Absicht in die Tat umgesetzt werden sollte, so brachte der 12. Ordentliche Gewerkschaftstag (OGT) der RFFU im November 1982 nun klare Orientierungspunkte. Mit 150 gegen 21 Stimmen bei 39 Enthaltungen beschloß er:

(...) Die RFFU unterstreicht ihre Entschlossenheit, gemeinsam mit den übrigen Verbänden der Gewerkschaft Kunst, der IG Druck und Papier und anderen in Frage kommenden Gewerkschaften schrittweise eine einheitliche Mediengewerkschaft im DGB zu bilden. (...) Für den Fall, daß sich die Delegierten des bevorstehenden a.o. Gewerkschaftstags der Gewerkschaft Kunst nicht mit der notwendigen Mehrheit für eine Mitgliedergewerkschaft Kunst aussprechen, beauftragt der 12. OGT der RFFU den GHV, aus der Gewerkschaft Kunst auszutreten, die Aufnahme als selbständige Einzelgewerkschaft in den DGB mit Rückwirkung zum Zeitpunkt des Austritts aus der Gewerkschaft Kunst zu beantragen und unverzüglich eine Verhandlungskommission zu bilden, deren Aufgabe es ist, mit den interessierten Verbänden der Gewerkschaft Kunst, mit der IG Druck und Papier und anderen in Frage kommenden Gewerkschaften über eine Zusammenarbeit in einer zu gründenden Mediengewerkschaft zu verhandeln...«⁶

Nach diesem Votum war klar, daß die Zukunft der Gewerkschaft Kunst nur noch in einer Mediengewerkschaft liegen konnte. Eine andere Perspektive hätten allenfalls die DOV und die GDBA für sich entwickeln können. Sie allein wären organisatorisch und finanziell in der Lage, auch außerhalb der Solidarität des DGB weiter zu existieren.

Risiken bestimmten die Vorbereitung des außerordentlichen Gewerkschaftstages Kunst

im Mai 1983 für die Freunde und Förderer der Mediengewerkschaft jedoch weiterhin. Denn die notwendige Voraussetzung für einen positiven Beschluß des außerordentlichen Gewerkschaftstages Kunst zur Mediengewerkschaft war, daß sich alle Delegierten, außer denen der DOV und der GDBA, dafür aussprechen würden. Indes beschloß der außerordentliche Gewerkschaftstag Kunst am 5. Mai 1983 mit 34 gegen 16 Stimmen, die Gewerkschaft Kunst bis 1985 in eine Mitglieder-gewerkschaft umzuwandeln. Damit haben genau zwei Drittel der Delegierten (also das zur Satzungsänderung notwendige Minimum der Delegierten) den Weg in die Mediengewerkschaft freigegeben.

Eine weitere Kraft, an die sich Hoffnungen knüpfen und um die es sich zu bemühen gilt, bleiben die Landesverbände des DJV. Zwar hat mittlerweile erneut ein Verbandstag des DJV das Streben nach der Mediengewerkschaft bekräftigt, doch sind die Zweifel vieler Funktionäre unübersehbar, ob die Interessen der DJV-Kolleginnen und -Kollegen in einer 200000 Mitglieder zählenden Organisation nicht etwa doch zu kurz kommen könnten — Zweifel, die mir ungerechtfertigt erscheinen angesichts der Tatsache, daß die DJV-Kolleginnen und Kollegen schon zahlenmäßig die stärkste journalistische Kraft in der einheitlichen Organisation darstellen würden. Etwas mehr Vertrauen in die eigene journalistische Überzeugungsfähigkeit wäre durchaus gerechtfertigt. Auch das Gespräch mit den anderen berufsständischen Organisationen, insbesondere dem BBK, wird in den nächsten Jahren zu intensivieren sein. In einer neugegründeten Gewerkschaft Medien und Kultur darf der Bereich Kunst ja schließlich nicht zu kurz kommen.

Der endgültige Beschluß, »... die Verhandlungen mit den beteiligten und kooperationswilligen Verbänden zügig fortzusetzen und so abzuschließen, daß die Mediengewerkschaft in ihrer ersten Stufe bis spätestens 1985 verwirklicht werden kann«,⁷ blieb der IG Druck und Papier als größter beteiligter Gewerkschaft auf ihrem 13. Ordentlichen Gewerkschaftstag vom 15. bis 22. Oktober 1983 vorbehalten.

Die bereits vorhandene enge Kooperation zwischen den beteiligten Organisationen wurde im Antrag des Hauptvorstands der IG Druck und Papier zur Mediengewerkschaft unterstrichen, der den Delegierten vorlag. Hier wurden, in Übereinstimmung mit den Diskussionen in der Mediengewerkschaftskommission, Markierungen gesetzt, die die weitere Zusammenarbeit konkretisieren werden. So heißt es darin:

- »— Die Mediengewerkschaft muß als Mitglieder-gewerkschaft nach dem Industrieverbandsprinzip gegründet werden. Alle im gleichen Betrieb und Wirtschaftszweig beschäftigten Arbeitnehmer gehören in dieselbe Gewerkschaft, und zwar unabhängig von ihrem politischen Bekenntnis und unabhängig vom ausgeübten Beruf.
- Die Beschlüsse der Mediengewerkschaft haben unmittelbare Wirkung. Dies schließt eine lockere Form des Zusammenschlusses, etwa in Gestalt eines Kartellverbandes, in einer ersten zeitlich befristeten Stufe nicht aus.
- Die Organe der Mediengewerkschaft haben in allen wesentlichen Fragen entscheidende Kompetenz, von der Tarifhoheit bis zur Finanzhoheit.
- Fachbereiche und Fachgruppen sollen dazu beitragen, daß die berufs- und tarifpolitischen Besonderheiten möglichst mitgliedernah wahrgenommen werden können.
- Soweit erforderlich, sollen Fachbereiche und Fachgruppen für die unterschiedlichen Gruppen Minderheitenrechte ermöglichen.
- Die publizistische Freiheit von Journalisten und Schriftstellern wird durch die Beschlüsse der Mediengewerkschaft nicht eingeschränkt.«⁸

Nach diesem Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier dürfte feststehen, daß es ab 1985 eine neue Kartellgewerkschaft — IG Medien und Kultur — im DGB geben wird, der im Kern die IG Druck und Papier und die Gewerkschaft Kunst angehören werden, die aber

auch für die anderen Verbände und Organisationen offensteht. — Die Gründung eines solchen Kartellverbandes ist notwendig, um die Übertragung der Aufgaben der Einzelorganisationen auf eine zu bildende Gesamtorganisation vorzubereiten, insbesondere aber, um bestehende Tarifverträge der Einzelgewerkschaften auf die Dachorganisation übertragen zu können. Ende dieses Jahrzehnts soll dieser Prozeß abgeschlossen sein, so daß die Kartellgewerkschaft IG Medien und Kultur dann zu einer Mitgliederorganisation umgewandelt werden kann. Bis dahin ist noch viel Arbeit zu leisten. Bekanntlich liegt der Teufel meistens im Detail. Die Mühen werden sich jedoch bezahlt machen. Die neue Mitglieder-gewerkschaft wird die medien- und kulturpolitischen Herausforderungen durch die Medien-Multis und die Ver-Wahrer öffentlicher Kultur annehmen können. Die IG Medien und Kultur hat die Chance, im Verein mit den anderen DGB-Gewerkschaften die dann folgenden Auseinandersetzungen erfolgreich bestehen zu können.

Anmerkungen

- 1 Zit. nach I. Kahle, Zur Geschichte der Mediengewerkschaft, in: HFF 9/1982.
- 2 Geschäftsführender Hauptvorstand der RFFU, Dokumentation, München 1982.
- 3 E. Moths, Medien als einzel- und gesamtwirtschaftliches Phänomen, in: Media Perspektiven 8/1978.
- 4 Siehe Anm.2.
- 5 Ebd.
- 6 Aus: Beschluß des 12.OGT der RFFU vom 8.-12. November 1982.
- 7 Antrag 89: Mediengewerkschaft, in: druck + papier 17/1983.
- 8 Ebd.

Zeitschrift für
Sozialistische Politik
und Wirtschaft



20 '83

Aktuelle Kommentare

K.P. Wolf: Es ist noch nicht zu spät: Die SPD vor ihrem »Nachrüstungsparteitag«

P. Strieder: Weniger Demokratie wagen!

Diskussionsschwerpunkt

E. Ott: Ziel: 35-Stunden-Woche

G. Bäcker, R. Bispinck: Flexibilisierung der Arbeitszeit

M. Ernst-Poerksen: Bewegung in der alternativen Wirtschaftspolitik

H. Bömer: Beispiel Stahlkrise — das Ringen um Alternativen

O. Demele: Ist ein konjunktureller Aufschwung in Sicht?

Dokumentation

A. Dallinger: Unterwegs zur arbeitslosen Gesellschaft?

Interview

mit Julius Lehlbach, Vorsitzender des DGB in Rheinland Pfalz

Analysen

W. Däubler: Friedensbewegung, Widerstand und Recht

J. Bloomfield: Jahr der Entscheidung

U. Kremer: Vor einem neuen Stadium des Reformismus?

H.-G. Hofschien: Zur beginnenden Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm der SPD

Die Zeitschrift für die Parteilinke

Sozialist

- Zeitschrift von Marxisten in der SPD
- Mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Arbeiterbewegung
- Erscheint 6x im Jahr
- Einzelpreis 2,50 DM
- Jahresabo 13,—

ABO-AKTION!

Wer jetzt abonniert, erhält ein Buchpaket mit Büchern aus unserem Verlag!

- Ich abonniere SOZIALIST.
- Ich möchte ein Probeheft.

Name

Straße

PLZ, Ort

Einsenden an:
SOVEC-Versand,
Auf dem Lohberg 23
3400 Göttingen

Analysen

Uli Schöler

Schluß mit den Scheingefechten!

Einige Anmerkungen zur »Bremer Diskussion« um eine Revision des Godesberger Programms

I

Ein Beitrag in *spw* 20 hat mich ärgerlich gemacht. Nicht, daß ich etwas dagegen hätte, daß in *spw* Positionen kontrovers ausgetragen werden. Im Gegenteil. Davon lebt unsere Zeitschrift. *Es geht um das »wie«*. Es geht darum, in welcher Weise einem Genossen, der immerhin zu den »Geburtshelfern« der *spw* gehört, vorgeworfen wird, seine Argumentation gerade »objektiv in eine gefährliche Nähe zu den integrativen Intentionen, die die Parteilührung mit ihren Vorstößen für eine Programmdiskussion verfolgt.«¹ Natürlich, indem Heinz-Gerd Hofschens hier nur von einer objektiven Nähe spricht, läßt er die Möglichkeit einer Interpretation in der Richtung, daß Detlev Albers seinen Vorschlag der Beteiligung an einer Programmdiskussion mit guten Vorsätzen und ohne die gleichen Absichten wie der Parteivorstand vorträgt. Dadurch, daß Hofschens aber auch in den weiteren Ausführungen seines Artikels nicht ohne Unterstellungen und verfälschende Zitate auskommt, die in eine ähnliche Richtung zielen, wird für den Leser der Verdacht nicht ausgeräumt, daß er Albers' Absichten auch subjektiv in dieser Nähe ansiedelt.

Noch eine Bemerkung vorweg: Der eigentlich lächerliche Anlaß, um den sich hier eine mehrseitige Kampfschrift rankt, läßt vermuten, daß die ideologischen Differenzen auf ganz anderen Gebieten liegen. Mein Vorschlag ist daher, diese offen und fair auszutragen, sie nicht als abgrenzendes Kampfterrain, sondern als produktive Chance zu begreifen und zu nutzen, um marxistische Positionen in der Sozialdemokratie fortzuentwickeln und sich in einer solchen Klärung von Streitfragen auch wieder aufeinander zuzubewegen.

II

Was hat es nun mit dem Vorwurf der Unterstellungen und des verfälschenden Zitierens auf sich? 1. Hofschens schreibt:

»Eine Programmrevision *alleine* [Hervorhebung des Autors] kann dieses Grundmuster integrationistischer und reformistischer Politik nicht durchbrechen ... Eine Veränderung der gesamten Politik ist vonnöten, und die kann nur über einen Wandel sozialdemokratischen Handelns eingeleitet werden.«²

Hätte Albers die hier angesprochene Illusion verbreitet, wäre allerdings vor seinen Vorschlägen zu warnen. Schauen wir uns an, was er schreibt:

»Die Ausarbeitung eines neuen Grundsatzprogrammes, das die »Systemfrage« nicht mehr ausklammert, sondern als die perspektivisch einzig tragfähige Antwort der Arbeiterbewegung wieder zum Orientierungspunkt nimmt, löst für sich genommen keine der Schwierigkeiten, gegen den seit dem 6. März installierten zweiten CDU-Staat Front zu machen. Nach wie vor gilt, daß Erfolge der realen Bewegung ... wichtiger sind als die besten Programme.«³

Ob's der Genosse Hofschens überlesen hat?

2. Hofschien verweist darauf, »daß für die marxistische Linke jetzt nicht eine Programmdebatte *vorrangig* [Hervorhebung des Autors] sein« könne.⁴ Um nicht das Zitieren aus Albers Aufsatz zu wiederholen: das hat er auch nirgendwo gefordert. Vielmehr hat er, wie andere in *spw* mit ihm, auf das Scheitern des »Godesberger Weges« verwiesen und darauf, daß die Partei danach nicht auf der Basis eben dieses Programmes weitermachen könne, als sei nichts geschehen.

3. Nach Auffassung von Hofschien schätzt Albers das Kräfteverhältnis in der Partei völlig falsch ein:

»Aber wenn man sich bereits in der Rolle nicht der mühsam tolerierten Minderheit, sondern als eigentlicher Träger einer erneuerten SPD versteht, mag die realistische Einschätzung des innerparteilichen Kräfteverhältnisses schwerfallen.«⁵

Dem Genossen Albers müßte danach die Schärfe seiner Augen verlorengegangen sein, oder er ist so ein windelweicher Linker geworden, daß er die Vogel, Glotz, Ehmke usw. schon zu seinesgleichen auf Seiten der Linken zählt.

Indem Hofschien seine Zitatstücke auch hier wieder aus dem Zusammenhang reißt, entgeht ihm die Tatsache, daß Albers an dieser Stelle gerade nicht eine Beschreibung des innerparteilichen Kräfteverhältnisses vornimmt. Vielmehr kennzeichnet er die veränderten Aufgaben der Partei und in ihr der Parteilinken. In diesem Zusammenhang postuliert er dann ein erforderliches neues Selbstbewußtsein der Linken, sich nicht mehr nur »als mühsam tolerierte Minderheit« zu verstehen.⁶

4. Nachdem Hofschien Albers zitiert, »daß auf das Godesberger Programm keine Neuauflage des Erfurter Programms folgen kann, ja nicht einmal folgen sollte«, schiebt er die unschuldige Bemerkung hinterher, »was immer auch mit dem letzten Halbsatz gemeint sein soll«.⁷ Dem Kenner marxistischer Szenerie fällt es wie Schuppen von den Augen: Während Hofschien fest zum marxistischen Erfurter Programm steht, ist der angebliche Marxist Albers schon meilenweit davon abgerückt. Was mit diesem Halbsatz gemeint sein soll, hat Albers allerdings an anderer Stelle näher erläutert:

»Das Erfurter Programm formulierte in seinem ersten Teil zweifellos grundlegende Einsichten über das Wesen kapitalistischer Gesellschaften, trotz ihrer Allgemeinheit, die weit über das ökonomische System der eigenen Klassengesellschaft hinauswiesen. ... Auch ein Marxist, der sich heute noch den Erfurter Traditionen seiner Partei verpflichtet fühlt, kann sich deshalb nicht mit dem Hochhalten des damaligen Textes begnügen, sondern wird sich ebenso gründlich um das Erfassen der auch theoretischen Schwächen der seinerzeit gefundenen Programmformulierungen bemühen müssen.«⁸

Der des Revisionismus unverdächtigere *Wolfgang Abendroth* hat dies bereits 1956 so formuliert:

»Dabei wird die deutsche Sozialdemokratie heute über die nächsten Stadien sozialistischer Entwicklung wesentlich mehr aussagen können, als sie es zur Zeit des Erfurter Programms konnte. Damals hatte die Entfaltung der Produktivität in der kapitalistischen Gesellschaft noch lange nicht jene Stufe erreicht, die uns heute zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Damals war also die sozialistische Gesellschaft der Zukunft nur in ihren Umrissen erkennbar und mußte im wesentlichen lediglich als negatives Spiegelbild der kapitalistischen Entwicklung umschrieben werden ... Die Situation, in der die deutsche Sozialdemokratie nunmehr ihr Programm neu formulieren muß, unterscheidet sich also weitgehend von der Situation des Jahres 1891, die ihr früheres klassisches Programm geboren hat.«⁹

5. Hofschien liest aus den beiden von ihm besprochenen Aufsätzen eine je unterschiedliche

Interpretation des Godesberger Programms durch Albers heraus und sieht diese den unterschiedlichen Publikationsorten (*spw* und Neue Gesellschaft) geschuldet.¹⁰

Konkret: Während Albers in *spw* vom Scheitern des Godesberger Weges spricht, schreibt er in der Neuen Gesellschaft von einem »akzeptablen und deshalb mehrheitsfähigen Verhältnis Godesberger Reformlösungen« in den Jahren 1969-72.¹¹ Genaugenommen bedeutet dies nicht weniger als den Vorwurf, daß sich Albers damit des Gesinnungsopportunisten schuldig mache. Dieser Vorwurf wäre allerdings nur dann haltbar, wenn sich in dem genannten Artikel in der NG nicht die gleiche Einschätzung des notwendigen Scheiterns dieser Godesberger Reformlösungen fände, und wenn die Bezeichnung »akzeptabel« keiner Einschränkung unterläge. Hofschens verschweigt hier zunächst, daß für Albers dieses akzeptable Verhältnis zu den vordringlichen gesellschaftlichen Problemen in den genannten Jahren relativer wirtschaftlicher Stabilität ausdrücklich nur im Rahmen der »systemimmanenten Handlungsmöglichkeit«¹² liegt. Daraus folgert er: »Fragwürdig geworden, weil an der Realität längst vor dem Wählerverhalten vom 6. März gescheitert, ist ein jahrzehntelang befolgtes und verinnerlichtes Grundverständnis sozialdemokratischer Politik«¹³, also mit ihm auch die »Grundgedanken der Godesberger Volkspartei«. Den Beweis für eine unterschiedliche Beurteilung des Godesberger Programms — je nach Publikationsort — ist Hofschens also noch schuldig.

6. Der Vorwurf der objektiven Nähe zu den Vereinnahmungsstrategien der Parteiführung wurde bereits genannt. Hofschens zitiert wieder nur ausschnittsweise und unterstellt Albers, er wolle, daß die SPD an die Stelle der neuen sozialen Bewegungen treten solle. Auch hier lohnt es sich, im Original genauer hinzuschauen. Albers schreibt:

»Wenn die Themen der *Grünen* [Herv. d. Verf.], von der Ökologie bis zum Frieden, unabwiesbare Prioritäten jeder fortschrittlichen Politik benennen, wird mit ihnen niemand zusammenarbeiten, geschweige denn an ihre Stelle treten können, der nicht selbst einen schlüssigen Zusammenhang zwischen diesen Fragen und seinen Zielsetzungen aufzuweisen vermag.«¹⁴

Da ich nicht annehme, daß für den Genossen Hofschens die Partei »Die Grünen« und die neuen sozialen Bewegungen das Gleiche sind, hat er hier entweder schludrig gearbeitet oder aber böswillig verfälschend zitiert.

III

Kommen wir nun nach diesen (leider notwendigen) Klarstellungen zu den inhaltlichen Ausführungen und Schlußfolgerungen von Hofschens. Er beschreibt das Entstehen der Forderung nach einer Programmrevision, ausgehend vom rechten, integrationistischen Parteiflügel. Er erwartet als deren Ergebnis »ein in der grundlegenden Marktwirtschaftsorientierung festgeschriebenes, um ökologische und emanzipatorische Forderungen ergänztes und in der Sozialpolitik nach rechts revidiertes Godesberger Programm«.¹⁵ Er sieht die Gefahren der Vereinnahmung der neuen sozialen Bewegungen, der Verhinderung des Aufarbeitens des Scheiterns rechtssozialdemokratischer Politik in der Krise durch eine von oben begonnene Programmdebatte und der Surrogatfunktion dieser Diskussion für reale Veränderungen in der praktischen Politik. Sein Fazit: Vor einem grundsätzlichen Positionswechsel in der praktischen Politik ist eine solche Programmdebatte unnützlich und falsch. Die Bedenken, die Hofschens vorbringt, sind ernst zu nehmen. Vor allem beschreiben sie in den meisten Punkten richtig die Strategie, die die Parteirechte mit einer Programmdebatte verfolgt. Aber dennoch greifen seine Schlußfolgerungen zu kurz und sind im wesentlichen defensiver Natur.

1. Fangen wir mit dem wichtigsten Argument an: Die Diskussion erfolgt nicht von unten, sondern wird der Partei von oben aufgesetzt. Grundsätzlich ist hier Hofschenschen zu zustimmen, wenn er als Voraussetzung einer programmatischen Diskussion einen entsprechenden Prozeß von unten fordert. Aber hier tauchen gleich mehrere Fragestellungen auf: Gibt es diesen Prozeß nicht, und wenn ja, warum nicht? Welche Folgerungen ergeben sich daraus? Nach meiner Einschätzung durchzieht die Partei auf allen Ebenen eine ziemlich große Ratlosigkeit. Uneingestanden ist das Scheitern des Godesberger Weges ziemlich offenkundig. Am lautesten betätigen sich diejenigen, die so schnell als möglich weitermachen wollen wie bisher. Aber es gibt auch — wenige — Ansätze zu versuchen, aus dem 6. März Konsequenzen zu ziehen (vgl. z.B. Beschlüsse der AfA-Bezirkskonferenz Südbayern). Vergessen werden darf dabei nicht, daß die Parteibasis durch ein Politikkonzept, das den Repräsentationsgedanken der bürgerlichen Demokratie in die Partei hineinverlagert hat, derartig entmündigt, desillusioniert und desorientiert wurde, daß von dort aus auch nur in geringem Maße neue programmatische Impulse zu erwarten sind. Zumindest jedoch der Linken muß daran gelegen sein, derartige Impulse aufzunehmen und, wo nicht vorhanden, selbst zu initiieren. Ist diese Einschätzung aber richtig, dann ist das Fehlen einer kritischen Aufarbeitung des Abwirtschens der Partei gerade nicht »das Erstaunlichste an der inneren Entwicklung der SPD seit Oktober 1982«. ¹⁶ Vielmehr hat sich die marxistische Linke dann die Frage zu stellen, welche Ansatzpunkte genutzt werden können, um die Diskussion des Scheiterns der alten Politikkonzeption überhaupt führen zu können. Hierbei kann auch eine neue Programmdiskussion eine positive Rolle spielen.

2. Damit kommen wir zu einem weiteren, mit dem vorherigen in engem Zusammenhang stehenden Problem: Wie begegnen wir der Gefahr, daß als Ausfluß der Zäsur des 6. März und der neuen Oppositionsrolle der SPD sich nun die Kräfte durchsetzen, die mit bloßem Verbalradikalismus die schönsten Positionen und Forderungen entwickeln, wohl wissend, daß sie sie in keiner Regierung zu verantworten haben und damit auch nicht, wer dafür die Zeche zu zahlen hat? Was nützen die schönsten Beschlüsse und Gesetzesentwürfe z.B. zur Sozialpolitik, wenn man genau weiß, daß es unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung dazu nie gekommen wäre? Einer solchen Gefahr begegnen wir doch nur, wenn wir auch die programmatischen Grundlagen dieser Godesberger Politik endlich radikal in Frage stellen. Auch wenn eine solche veränderte Analyse sicherlich nicht Bestandteil eines neuen Programms wird, sollte nicht schon diese Debatte gerade uns nützen?

3. Womit wir bei der Frage wären, wer eigentlich ein Interesse an dieser Programmdiskussion hat. Für Hofschenschen ist es einfach: *Die Parteirechte. Aber so einfach ist es nicht.* (Zum Problem »einheitlicher Gruppen« vgl. auch den Kommentar von Andreas Wehr in diesem Heft.) Es gibt genügend Kräfte in der Partei — rechts und in der Mitte —, die im Sinne des vorher beschriebenen ein Interesse daran haben, keine programmatische Infragestellung zuzulassen, sondern nur wieder — nach ihrer Auffassung — »authentische pragmatische sozialdemokratische Realpolitik« betreiben wollen. Oder wie ist es sonst zu erklären, daß sich Leute wie Karl Schiller, Helmut Schmidt¹⁷, Wolfgang Roth¹⁸ und Herbert Ehrenberg¹⁹ mit Händen und Füßen gegen eine Programmdiskussion wehren?

4. Eine wichtige Fragestellung muß allerdings sorgfältig abgewogen werden: Was schadet uns ein vom dominierenden rechten und Vertretern des reformistischen Flügels maßgeblich erstelltes Programm, wie es Hofschenschen als wahrscheinlichstes Ergebnis skizziert? Gehen wir von dem aus, was wir haben. Wolfgang Abendroth hat den — in den Grundlagen nur unwesentlich veränderten — Programmwurf von 1959 so gekennzeichnet:

»Er verzichtet auf jede klare Bestimmung des sozialistischen Ziels. Stattdessen proklamiert er in Übereinstimmung mit den Modeschlagworten der herrschenden Lehre der gegenwärtigen deutschen bürgerlichen Sozialwissenschaft und Rechtswissenschaft »Grundwertek«, die in ähnlichen Worten in den programmatischen Äußerungen jeder bürgerlichen Partei, vor allen auch der CDU, Tag für Tag angesprochen werden.«²⁰

Hofschen befürchtet nun, daß »ein in der grundlegenden Marktwirtschaftsorientierung festgeschriebenes, um ökologische und emanzipatorische Forderungen ergänztes und in der Sozialpolitik nach rechts revidiertes Godesberger Programm« dabei herauskommen wird.²¹

Die Aufnahme ökologischer und emanzipatorischer Forderungen wäre aber doch auch dann als Fortschritt zu werten, wenn sie — wie Hofschen richtig meint — auf die Integration der neuen sozialen Bewegungen abzielt. Zum einen besteht deren Mißtrauen zur SPD schon zu lange, als daß hier kurzfristige Erfolge erzielbar wären, weiterhin schiebt die Existenz der grünen Partei hier einen Riegel vor; und schließlich wird es auch an der Parteilinken liegen, ob dieses Manöver — erst integrieren, dann kaltstellen — erneut gelingen würde.

Kritischer sieht es schon hinsichtlich der beiden anderen von Hofschen genannten Punkte aus. An einer noch deutlicheren Festschreibung marktwirtschaftlicher Positionen kann natürlich niemandem auf der Linken gelegen sein. Doch diese Frage ist durchaus noch nicht entschieden. Gelingt es der Linken, die Erfahrungen von mehr als 13 Jahren sozialdemokratischer Reformpolitik zum Ansatzpunkt der Debatte zu machen, dürfte ein Übergang zu endgültig prokapitalistischer Programmatik nicht so ohne weiteres durchzusetzen sein. Auf ähnliche Weise stellt sich die Frage für die Sozialpolitik. Hofschen sieht zwar die Versuche auf der einen Seite, die »Sparpolitik« Schmidts ideologisch zu untermauern, ihm entgeht aber völlig, daß die mittlerweile wieder gängige Praxis der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion eine andere ist. Da man nichts zu verantworten hat, wird die Rechtskoalition für all das gescholten, was man vorher — nicht so konsequent — an Sozialabbau selbst betrieben hat. Auch hier sehe ich also eher die Gefahr, daß — mangels Interesse an einer wirklichen Analyse des Scheiterns sozialdemokratischer Politik in der Krise — das meiste beim alten bleibt. Schließlich geht ja auch das Godesberger Programm in seinen Sozialstaatspostulaten vom Verteilen erwirtschafteter Zuwächse aus, und was daraus folgt, wenn es die nicht gibt, steht eben nicht drin. Das für mich wichtigste Argument, von einer Programmdiskussion »die Finger zu lassen«, nämlich die realistische Erwartung, daß das Offenhalten der Partei auch für marxistische Positionen im Godesberger Programm fallengelassen wird, diskutiert Hofschen nicht. Diese Gefahr scheint mir aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht gegeben zu sein.

5. Hofschen schließt mit dem Hinweis:

»Wir werden die Diskussion um ein neues SPD-Grundsatzprogramm, die nun — von oben initiiert — anläuft, nicht verhindern können, aber wir sollten uns von ihr nicht von unserer eigentlichen jetzt anstehenden Aufgabe ablenken lassen, eine Wende in der realen Politik zu erkämpfen.«²²

Daß es darum auch nicht gehen kann, hat schon der so heftig kritisierte Albers in seinen Aufsätzen deutlich gemacht. Auf eine Frage gibt Hofschen aber keine Antwort: Selbst wenn er die hier vertretene Auffassung nicht teilt, daß die Linke eine Programmdiskussion als ihre Chance zu nutzen hat, vertritt er dann die Haltung eines Verzichts an der Teilnahme an dieser Debatte? Diese Frage muß deshalb in aller Deutlichkeit gestellt werden, weil Hofschen es unterläßt, trotz mehrseitiger Ausführungen eine Perspektive für die Situation

anzugeben, von der er meint, daß die Linke sie »nicht verhindern« kann. Daß ein Verzicht auf analytische und strategische Positionsbestimmungen keine Perspektive hat, weiß Hofschens natürlich auch, beschreibt er doch an anderer Stelle die Möglichkeit, daß »wir in alle Auseinandersetzungen um die mittel- und kurzfristigen Probleme unsere sozialistischen Positionen einzubringen vermögen«. ²³ Wer diesen — durchaus zutreffenden — Satz liest, dem muß es auch weiterhin ein Rätsel bleiben, wo denn dann der Kern der Kontroverse zu Albers liegt. Der Verdacht des Scheingefechts drängt sich auf. Warum dieses »Einbringen« aber nicht in Auseinandersetzung mit dem Godesberger Programm und anderen Vorschlägen zu seiner Revision geschehen darf, bleibt Hofschens Geheimnis. So bleibt sein Konzept letztlich defensiv, und er gibt für die Linke keine Orientierungspunkte für die mit Sicherheit bevorstehenden Diskussionen. Das mutet schon etwas seltsam an angesichts des erheblichen Aufwandes, mit dem die »Herforder Thesen« erarbeitet wurden und angesichts des zu vermutenden Interesses, diese Positionen — wo und wie irgend möglich — in der Partei zu verbreiten.

Anmerkungen

- 1 Hofschens, Ein neues Programm als Konsequenz der Wahlniederlage?, in: spw 20, S.353.
- 2 Ebd., S.352.
- 3 Albers, Unsere Aufgaben nach dem 6. März, in: spw 19, S.212.
- 4 Hofschens, a.a.O., S.352.
- 5 Ebd.
- 6 Albers, a.a.O., S.210.
- 7 Hofschens, a.a.O., S.355.
- 8 Albers, Erfurter Programm und Herforder Thesen — Fünf Anmerkungen eines unentwegten (H)Erfurters, in: Die Neue Gesellschaft (NG) 11/1981, S.1002.
- 9 Abendroth, Warum Parteiprogramme, in: Birkelbach, Die große Chance. Diskussionsbeiträge zum Thema: Demokratischer Sozialismus, Frankfurt 1956, S.65/66.
- 10 Hofschens, a.a.O., S.355.
- 11 Albers, Der 6. März 1983, seine Ursachen und seine Folgen, in: NG 5/1983, S.460.
- 12 Ebd.
- 13 Ebd., S.461/462.
- 14 Ebd., S.462.
- 15 Hofschens, a.a.O., S.348.
- 16 Ebd., S.347.
- 17 Frankfurter Rundschau (FR) vom 14.9.1983.
- 18 Vgl. spw 20, S.381.
- 19 Frankfurter Rundschau vom 13.10.1983.
- 20 Abendroth, Ein Programm-Entwurf der Anpassung und Resignation, in: Sozialistische Politik 10/1959, S.1.
- 21 Hofschens, a.a.O., S.348.
- 22 Ebd., S.353.
- 23 Ebd., S.352.

Wolfgang Zellner

Nur Diskussion oder wirkliche Veränderungen der Politik?

Zur laufenden Programmdiskussion in der SPD

Die Programmdiskussion dauert bereits eineinhalb Jahre. Dabei ist allein schon der Begriff »Programmdiskussion« verengend. Es geht in erster Linie nicht um Programme, sondern um die Veränderung bzw. Nichtveränderung der bisherigen Politik der SPD. Meiner Meinung nach wurde die Debatte in der *spw* bisher zu sehr parteizentriert geführt. Es ist erforderlich, stärker auf die Bedingungen, Ziele, Inhalte und Strategien des demokratischen und linken Kampfes allgemein in der BRD einzugehen, bevor wir uns den Interessen der verschiedenen Strömungen in der SPD und dann der eigenen Orientierung zuwenden. Außerdem geht es nicht nur um programmatische Ziele, sondern gleichzeitig um das politisch-strategische wie und mit wem.

Die Etablierung einer Rechtsregierung in Bonn und das Ergebnis der Bundestagswahlen am 6. März 1983 stellen einen tiefen Einschnitt und Bruch in der Geschichte der BRD dar. Die Kampfbedingungen für die demokratischen Kräfte sind komplizierter und schwieriger geworden, die Angriffe der Rechtskräfte aggressiver und weitreichender. Die Parteien des Monopolkapitals in der Bonner Regierung verfügen über wesentliche Instrumente, auf die Bedingungen der Auseinandersetzung Einfluß zu nehmen. Gleichzeitig hat sich der Klassenkampf in der BRD insgesamt vertieft und zugespitzt. Der stärkeren Mobilisierung von rechts steht eine stärkere Mobilisierung von links entgegen. Es ist nicht nur schwieriger geworden, es gibt auch neue Chancen. Der politische Spielraum der Rechtsregierung hat sich schon nach einem Jahr spürbar verringert: In den Kernfragen steht die Regierung heute gegen die Mehrheit der Bevölkerung.

Wir führen heute einen Verteidigungskampf. Es geht um die Verteidigung der unmittelbaren Lebensinteressen der arbeitenden und lernenden Bevölkerung: Frieden, Arbeits- und Ausbildungsplätze, um Sozialleistungen und Bildung, um die Rechte der Frauen, um eine menschenwürdige Umwelt, um demokratische Rechte. In diesem Kampf zeigt sich, daß das kapitalistische Profitsystem immer weniger in der Lage ist, auch nur die elementaren Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen. Weil die ökonomischen Spielräume heute ungleich geringer sind als etwa 1970, hat jeder Verteidigungskampf um eine sozialpolitische Reform, die 1970 eingeführt wurde, heute weit mehr politische Brisanz, als dies 1970 bei ihrer Einführung der Fall war. Heute muß mehr gekämpft werden, um etwa das Arbeitslosengeld vor Kürzung zu bewahren, als vor 10 Jahren gekämpft werden mußte, um es zu erhöhen. 1970 konnten Reformen zum großen Teil erreicht werden mit der Zustimmung des Monopolkapitals. 1983 eine Reform zu verteidigen, geht nur gegen den erbitterten Widerstand von Monopolkapital und der Rechtsregierung. Deswegen berühren die heutigen Verteidigungskämpfe den Nerv der Verschiebung politischer Kräfteverhältnisse. Nur mit erfolgreichen Verteidigungskämpfen kann die demokratische Bewegung jene Veränderung der Kräfteverhältnisse in der BRD erreichen, die erforderlich sind, um den Vormarsch von rechts zu stoppen und langfristig eine Wende nach links und die Öffnung des Weges in Richtung Sozialismus zu erzwingen.

Der 6. März 1983 markiert einen tiefen Bruch in der Geschichte der BRD, einen Bruch in der Geschichte der SPD bisher nicht. Es hat in der SPD über die Ursachen sozialdemo-

kratisch betriebener Zustimmung zum NATO-Beschluß und sozialdemokratisch forcierten Sozialabbau bisher keine breite Diskussion gegeben. Ebenso wenig ist es bisher zu einer gravierenden Veränderung der innerparteilichen Kräfteverhältnisse gekommen. Die Programmdiskussion wurde von denen begonnen, die den Kurs der Partei in den Jahren der Koalition zu verantworten haben. Diese Kräfte des integrationistischen Flügels haben vor und nach dem Regierungswechsel mit denselben Intentionen die Programmdiskussion betrieben; danach dazustoßend reformistische Strömungen der Partei. In fast allen Stellungnahmen zur Programmdiskussion wird betont, daß die »Grundwerte von Godesberg« — die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung — nicht zur Debatte stünden. Reformistische Vertreter wie v. Oertzen stimmen dem ausdrücklich zu. Dazu kommt, daß die von oben begonnene Programmdiskussion — nicht dagegen die Suche in der Partei nach einer veränderten Politik — nur wenig in der SPD verankert ist. Auf diesem Hintergrund lassen sich unterschiedliche Ziele und Intentionen ausmachen. Rechts außen operieren R. Löwenthal, G. Schwan und K. Kaiser:

»Die Sozialdemokratie hat in den siebziger Jahren die ideologische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und seiner Unterdrückung von Menschenrechten in den Hintergrund treten lassen.« Und weiter: »Wen wundert es, daß deshalb auch für viele jüngere Sozialdemokraten die Frage der Kooperation mit Kommunisten kein Thema ist.«¹

G. Schwan stellt von hier aus den Zusammenhang zur Entspannungspolitik her:

»So droht der Lebensnerv der SPD, die Freiheit, in den Fallstricken ihrer ursprünglich fruchtbaren, aber nun mystifizierten und versteinerten Entspannungspolitik zu ersticken.«²

Löwenthal, Schwan und Kaiser markieren die rechte »Vorstopperposition« und beeinflussen dadurch die Gesamtauseinandersetzung. Ihre Linie ist, um es mit E. Bahr zu sagen »... im Prinzip der Kalte Krieg. Es ist im Prinzip auch Volksbetrug; ... Ideologie mit Frieden gleichzusetzen, dient der Disziplinierung der Massen und stellt einen Versuch dar, unsere Gesellschaft nach rechts zu rücken.«³

Man muß diese Kräfte schon deshalb ernst nehmen, weil sie von rechts aus die Frage nach den Konsequenzen der außenpolitischen Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten für die Innenpolitik stellen. Solche Konsequenzen sollten 1970 mit dem Parteiratsbeschluß über das Verbot der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten und 1972 mit dem »Extremistenerlaß« abgewürgt werden.

Der integrationistischen Strömung geht es in der Programmdiskussion um zwei Hauptaufgabenstellungen: Zum einen um die Modernisierung des Godesberger Programms durch die Aufnahme neuer Fragestellungen und die Anpassung an krisenhaft veränderte Umstände; zum anderen darauf basierend um die Integration neuer Bevölkerungsgruppen und Bewegungen in die Sozialdemokratie.⁴

Integration von gesellschaftlichen Bewegungen und darüber Gewinnung der Mehrheitsfähigkeit der SPD sind auch für führende Vertreter der reformistischen Strömung ein Hauptzweck der Programmdebatte:

»Ich halte in der Tat den Diskussionsprozeß, der zu einem neuen Grundsatzprogramm führt, für wichtiger als das Grundsatzprogramm selbst und ich hoffe, daß es gelingt, diesen Diskussionsprozeß über die Partei hinaus in Gang zu setzen ...«,

schreibt E. Eppler.⁵ Die Herstellung der sozialdemokratischen Mehrheit links der CDU bedeutet für ihn, »den Strömungen, Bedürfnissen und Wertungen etwas plausibles anzubieten.«⁶

In der strategischen Frage, außerparlamentarische Bewegungen und nichtsozialdemo-

kratische Kräfte links von der CDU weniger als selbständige Partner denn als Rohmaterial einer SPD-Integration und SPD-Mehrheit zu begreifen, sind sich Vertreter des integrationsistischen und reformistischen Flügels weithin einig. Die Aufgabe der konkreten Programmgestaltung wird weitgehend den Reformisten überlassen.

Ich will versuchen, einige Kernpunkte zu skizzieren, die heute von Marxisten in die Parteiarbeit eingebracht werden müssen. Welcher Beschluß auch in Köln genau gefaßt wurde⁷: Auf die Erreichung, Erhaltung und Festigung eines klaren »Nein« ohne jedes »Ja« der SPD zur Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen kommt es nicht nur auf dem Parteitag, sondern die ganzen kommenden Jahre an. Ein »Wir wollen weg von den Raketen« des Grünen-Vorstandsmitglieds K. Timpe⁸ trifft sich mit der Interessenlage von Rechtssozialdemokraten. Worauf es weiter ankommt, ist alles zu tun, was die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Raketen stärker ins Gewicht bringt. Worauf es ankommt ist, unter Wahrung der Einheit der Friedensbewegung eine Steigerung des Kampfes als Antwort auf die Stationierung zu erreichen: »Die Friedensbewegung steht am Anfang einer mehrjährigen Kampagne parallel zu einer mehrjährigen Stationierung«, sagte Jo Leinen auf der 4. Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 5./6. November in Köln.⁹ Nichts wäre gefährlicher für die fortschrittlichen Kräfte in der SPD, als sich nach dem Kölner Parteitag zurückzulehnen und zur Tagesordnung überzugehen. Von diesem politischen Kern aus, der Weiterführung des Kampfes gegen die Stationierung von US-Atomraketen, können wir weiterführende Vorschläge machen und aufgreifen. Dazu gehören atomwaffenfreie Zonen, der Verzicht auf den nuklearen Erstschatz oder das Aufgreifen einer Idee von Bahr, »daß diese strategischen Systeme nur auf See oder auf dem Boden der Staaten stationiert bleiben, die sie besitzen.«¹⁰ Dazu gehören Teststoppabkommen, ein weltweites Einfrieren der atomaren und konventionellen Waffen und Streitkräfte, die strikte Ablehnung nach jeder Ausweitung des NATO-Operationsgebietes und vieles mehr. Grundsätzlich muß unsere Politik weiter von der Einschätzung geprägt sein, daß die Friedensfrage die Nummer eins in der Politik bleibt!

Die Abrüstungs- und Entspannungspolitik ist der einzige Sektor in der Politik der SPD, wo sich bisher auch in grundlegenden Positionen etwas bewegt hat. Das ist nur durch den Druck der Friedensbewegung möglich geworden, der größten Protestbewegung in der Geschichte der BRD. E. Bahr schreibt:

»Ohne die Erhaltung des Friedens ist Freiheit nicht möglich ... Sozialdemokraten sind sich einig mit Kommunisten: Friedliche Koexistenz bedeutet nicht das Ende, sondern die Verlegung der ideologischen Auseinandersetzung an die zweite Stelle ... Die Priorität bleibt der Frieden, ohne den nichts mehr geht.«¹¹

Solche Positionen der Entspannungspolitik hat es sicher auch schon 1969 gegeben. Aber wenn sie sich heute in Verbindung mit den noch klareren und in vielen Fragen weiter gehenden Positionen der Kräfte um Eppler und Lafontaine in der SPD durchsetzen, dann ist das noch bedeutender als 1969. Das ist so, weil 1969 Entspannungspolitik mit Duldung der USA gemacht werden konnte, während heute solche Positionen den imperialistischen Weltbeherrschungs- und Kreuzzugsplänen der Reagan-Regierung diametral entgegenstehen. Durch die Zustimmung zum NATO-Beschluß hat die SPD die historische Hauptleistung ihrer Regierungszeit, die Entspannungspolitik, lebensgefährlich belastet. Diese Hypothek kann nur getilgt werden durch entschlossenen Kampf gegen die NATO-Hochrüstung. Die Chance dazu besteht.

Im Kampf um die 35-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich steht die SPD größtenteils neben dieser gewerkschaftlichen Forderung oder dagegen. Hinweise auf die Bedeu-

tung dieses Kampfes finden sich bei Vertretern der reformistischen Strömung kaum. Strasser spricht gelegentlich von »Verkürzung der Arbeitszeit«¹², Roth propagiert Teilzeitarbeit und Job-sharing und v. Oertzen fällt zu diesem Thema ein, »wie undifferenziert, wie pauschal« bei den Gewerkschaften das Thema Arbeitszeitverkürzung »nur mit dem Zusatz 'mit vollem Lohnausgleich' in den Mund genommen wurde.«¹³ In einer Situation, in der in den kommenden Monaten der Kampf um die 35-Stundenwoche in voller Härte entbrennen wird, wird es zu einer dringenden Aufgabe der Marxisten in der SPD, dieses Thema in die Partei zu tragen.

Verbunden werden muß das Eintreten für die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich mit dem Kampf für ein staatliches Beschäftigungsprogramm und die Überführung der Werft- und Stahlindustrie in Gemeineigentum.

Ein eigenständiger Sektor ist der Kampf gegen jeden Sozialabbau. V. Oertzen meint dazu, daß man »einige Bewegungsgesetze des Kapitalismus als derzeit gültig und unzerbrüchlich akzeptieren« müsse. Daraus zieht er den Schluß, daß es einer »sozial ausgewogenen, reformerischen 'Austeritätspolitik'« bedürfe, da der Sozialstaat »an den Grenzen seiner Finanzierbarkeit angekommen und ... in dieser Form nicht mehr auszuweiten und ohne Kürzung nicht mehr aufrecht zu erhalten« sei.¹⁴ Das programmatische Resultat führender Reformisten heißt Sozialabbau. Angesichts von Kürzungen von 120 Milliarden DM allein in den Jahren 1982-84¹⁵ wird das Eintreten gegen jede Form von Sozialabbau zu einer dringenden Aufgabe von Marxisten in der SPD.

Vieles mehr gehört zur Verteidigung der unmittelbaren Interessen der Bevölkerung. Hier ist nicht der Raum, dies auszuführen. Zu überlegen ist, ob wir es leisten können, eine kurze und knappe Forderungsplattform zu erarbeiten, die die Hauptforderungen und -strategien des aktuellen Verteidigungskampfes zusammenfaßt.

Selbst kurzfristige Verteidigungsforderungen lassen sich heute nur in der Zusammenarbeit aller demokratischen und linken Kräfte in den außerparlamentarischen Bewegungen durchsetzen. Fortschrittliche Kräfte in der SPD brauchen den Druck eigenständiger außerparlamentarischer Bewegungen auf lange Sicht, um Positionen der SPD zu verändern. Deshalb wird jedes Konzept scheitern, was auf die Integration dieser Bewegungen in die Sozialdemokratie setzt.

Eines der politischen Grundprobleme der heutigen Lage besteht darin, die vorhandenen Mehrheiten in inhaltlichen Fragen in gesellschaftlichen Bewegungen zu transformieren in der Zusammenarbeit aller politischen Kräfte links der CDU. Es war 1980 das letzte Mal, daß die SPD mit Hilfe der außerparlamentarischen Bewegungen eine parlamentarische Mehrheit erlangen konnte, um dann Politik gegen die Kernforderungen dieser Bewegungen zu machen. Das ist schon deshalb vorbei, weil es in den Bewegungen und auf politischer Ebene auf Dauer Kräfte gibt und geben wird, die nicht sozialdemokratisch sind. Die Grünen sind in dieser Hinsicht ein Indikator. Die Perspektive muß deshalb sein, über die Zusammenarbeit in den Bewegungen hinaus zur politischen Zusammenarbeit der demokratischen und Linkskräfte zu kommen. Nur die Zusammenarbeit der Linkskräfte hat Zukunft bei der Veränderung dieser Republik, nicht die Integration der nichtsozialdemokratischen Kräfte zur Bildung einer sozialdemokratischen Mehrheit. Diese eminent praktische Frage steht heute in Hessen an, im Ringen um die Zusammenarbeit von SPD und Grünen. Und mit den ersten kommunalen Wahlbündnissen mit Beteiligung der DKP werden wir auf politischer Ebene vor der Notwendigkeit stehen, uns für die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten einzusetzen, gegen große Koalitionen. Der Kampf um die politische Zusammenarbeit der demokratischen und Linkskräfte ist in der

SPD nur zu gewinnen, wenn es neben der Veränderung der Positionen zu einer Mobilisierung der Partei, der Belebung der innerparteilichen Demokratie und im Gefolge dessen zur Möglichkeit der Abwehr innerparteilicher Disziplinierungsmaßnahmen kommt. Sozialliberale Regierungspolitik konnte nur mit einer beispiellosen Demobilisierung der Partei, verbunden mit exemplarischen Bestrafungen durchgehalten werden. Eine andere Politik der SPD kann es nur geben mit der Mobilisierung der Mitglieder.

Ist es richtig, »die Grundwerte und -Ziele der Partei wieder zu einer Zusammenhalt stiftenden Kraft werden zu lassen«, wie D. Albers schreibt?¹⁶ Welche Grundwerte sollen das sein? Sozialistische Grundwerte? Nach dem Selbstverständnis der übergroßen Mehrheit der heutigen SPD ist der Grundwert die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und das Grundziel die Erhaltung desselben. Wie soll es überhaupt gemeinsame Grundwerte in einer Partei geben, in der die einen mit aller Kraft am Kapitalismus festhalten, die anderen um seine Abschaffung kämpfen? Es kann daher nicht die Aufgabe von Marxisten in der SPD sein, Grundwerte hochzuhalten, sonst rückt man in gefährliche Nähe zum Konzept der Integration. Fortschritte sind nur zu erreichen mit einer zunehmenden Differenzierung von Positionen und Strömungen in der Partei in Kernfragen, wie dies in der Frage der Raketenstationierung geschehen ist. Auf dieser Grundlage ist es dann möglich und notwendig, einzutreten in den Kampf um innerparteiliche Mehrheiten.

Wenn G. Beling und O. Scholz schreiben, »Marx ist für die SPD unentbehrlich geworden«¹⁷, dann muß man fragen, was daraus folgt. Die Folgerungen müssen im Einklang stehen mit den vorfindlichen Kräfteverhältnissen. Die heutigen Kräfteverhältnisse in der SPD besagen, daß die Marxisten eine kleine und noch wenig einflußreiche Minderheit sind. Wenn das so ist und gleichzeitig richtig ist, daß der Kampf insgesamt in der BRD als Verteidigungskampf und gleichzeitig als Kampf um die Veränderung der Kräfteverhältnisse geführt wird, dann ergibt sich daraus, daß Marxisten in der SPD genau diesen Kampf unterstützen müssen. Die marxistischen Kräfte in der SPD sind heute nicht in der Lage, der »eigentliche Träger« (D. Albers) einer neuen SPD zu sein. Wachsenden Einfluß kann die marxistische Strömung in der SPD nur erreichen, wenn sie am wirklichen Klassenkampf teilnimmt, wenn sie in den Feldern der unmittelbaren Auseinandersetzung Ziele und Durchsetzungsstrategien formuliert und in den Bewegungen wie in der Partei dafür eintritt. Dieses Vorgehen wird langsam und mühevoll sein, aber es ist die einzige Möglichkeit, überhaupt voranzukommen.

Anmerkungen

- 1 Vorwärts, 6. und 13.10.1983.
- 2 Neue Gesellschaft, 10/83, S.993.
- 3 Vorwärts, 20.10.1983.
- 4 Vgl. Brandt-Interview in Neue Gesellschaft 10/83, S.888.
- 5 Sozialismus 5/83, S.32.
- 6 Ebd.
- 7 Dieser Artikel wurde vor dem Kölner Parteitag abgeschlossen.
- 8 Auf der 4. Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Köln 5./6.11.1983.
- 9 UZ, 8.11.1983.
- 10 Vorwärts, 27.10.1983.
- 11 Vorwärts, 20.10.1983.
- 12 J. Strasser, Grenzen des Sozialstaates, 1983, S.160.
- 13 Sozialismus, 1/83, S.9.
- 14 Ebd.
- 15 Der Gewerkschafter 9/83.
- 16 Neue Gesellschaft, 5/83, S.463.
- 17 spw 19, S.218.

Patrik Baab

Mit uns zieht die neue Zeit!

Ziele und Widersprüche der neuen Programmdiskussion

Seit an Seit schreiten die verschiedenen Flügel der SPD in eine neue Programmdiskussion. Über »Grundlagen des Godesberger Programms und die Probleme unserer Zeit« handelte eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 6. bis 9. Oktober 1983 in Freudenberg. Dieser Artikel versucht eine Einschätzung der beginnenden Diskussion um »Godesberg II«.

I

Den sozialdemokratischen Parteiprogrammen ging es meist ähnlich dem antiken Ikarus: Einst gefertigt, um aus der Bannmeile der bürgerlichen Gesellschaft durch die Lüfte zu entfliehen, welken ihre utopischen Fittiche in der gleißenden Sonne des Kapitalismus schnell dahin, sie stürzen ab und versinken im Meer der Sachzwänge. Die geschichtliche Erfahrung zeigt die mangelhafte Praxisrelevanz unterschiedlichster programmatischer Festschreibungen.

Der kautskyanische Marxismus des Erfurter Programms von 1891 wollte dem »Kampf der Partei ... sein naturnotwendiges Ziel«¹ weisen und formulierte damit einen Geschichts-determinismus ohne marxistisches Basisbewußtsein. Auch die Godesberger Umorientierung 1959 von Geschichtsanalyse auf Grundwerte erwies sich zunächst als fragwürdig. *Peter von Oertzen* wies bereits nach der Drucklegung des Programms auf seine Inkonsistenz hin (vgl. Sozialistische Politik, Nov. 1959). Offensichtlich wurde das trinitarische Dilemma von »Freiheit, Gleichheit und Solidarität« spätestens 1975, als die CDU diese Trias einfach in ihr erstes Grundsatzprogramm übernahm. Die vom Parteivorstand 1973 eingesetzte Grundwertekommission bemühte sich zwar redlich um eine deutliche Abgrenzung; der Auftrag des Parteitages von Hannover 1973 zur Präzisierung und Konkretisierung der sozialdemokratischen Grundwerte wurde weder im längst vergessenen Orientierungsrahmen '85 noch in den Veröffentlichungen der Grundwertekommission weitgehend erfüllt. Trotz umfangreicher Diskussion blieb diese Problematik der Mehrheit der Mitgliedschaft unerschlossen. Darauf hat bisher am deutlichsten *Fritz Vilmar*, selbst Mitglied der Grundwertekommission, hingewiesen. Die Ersetzung des antiquierten Geschichts-determinismus durch einen »Gegen-Dogmatismus ungeschichtlich-ethischer 'Grundwerte'« führe dazu, daß die Grundwerte-Trias nichts spezifisch Demokratisch-Sozialistisches aussage. Indem sie »auch noch die bürgerlich-revolutionäre Formel Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit als verdünnter zweiter Aufguß« serviere, falle sie hinter die historische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft zurück und werde zur »desinformierenden Leerformel«.² Das aufklärend-perspektivische »Selbstdenken« der Mitglieder einer Gemeinschaft, das *Helmut Schmidt* gegen den Begriff »geistige Führung« gesetzt hat³, wird m.E. behindert. Was übrig bleibt, ist der Integrationsnutzen von Programmdiskussionen, auf den *Heinz-Gerd Hofschien* am Beispiel der beginnenden Debatte hingewiesen hat.⁴ Die Konsequenz der Wahlniederlage vom 6. März dürfte aber nicht nur eine kosmetische Veränderung sein, die an der demokratischen und sozialen »Fortentwicklung der arbeitsteiligen Industriegesellschaft« (Löwenthal)⁵ festhält. Die sozialstrukturellen Veränderungen der »Industriegesellschaft« haben bereits politische Bewegungen hervorgerufen, deren Integration ins bestehende Parteienspektrum m.E. fraglich ist. Auch der Versuch zur Rück-

gewinnung grün-alternativer Wähler, wenn auch durch eine neue »inhaltliche Politik« (Glotz)⁶ bleibt hinter der gesellschaftlichen Dynamik zurück.

Soll die beginnende Debatte nicht aus der Nachwächterperspektive geführt werden, muß sie auf eine Neudimensionierung der Reformpolitik jenseits ihrer bisherigen inhaltlichen Inkonsequenz abzielen. Sie hat die Irreversibilität, weil sozialstrukturelle Bedingtheit, »postindustrialistischer« Werthaltungen und die Veränderung der Produktionsverhältnisse zum Ausgang für neue strategische Überlegungen zu nehmen.⁷ Die bisherige Diskussion bietet in dieser Hinsicht aber nur wenig.

II

Die Freudenberger Tagung zeigte deutlich den Schulterschluß aller Fraktionen in der Frage der Programmnovelle. *Thomas Meyer* sprach bei seiner Einleitung sogar von einer »Stunde Null« sozialistischer Theoriearbeit, da zum Paradigmenstreit um Reformen nun eine Auseinandersetzung um die Industriegesellschaft gekommen sei. Bevor aber die aktuellen Probleme diskutiert wurden, beschwor man den Geist von Godesberg. *Helga Grebing* analysierte die Strömungen programmatischer Orientierung im Vorfeld des Godesberger Programms: Den orthodox-marxistischen, syndikalistisch-bürokratischen, radikal-demokratisch-pazifistischen und sozialistisch-reformerischen Einflüssen auf der Parteilinken standen das ethisch-normative Verständnis von freiheitlichem Sozialismus Willi Eichlers, der Kulturanthropologismus von Waldemar von Knöringen, die Konzeption einer sozial modifizierten Marktwirtschaft von Heinrich Deist, der christliche Humanismus von Adolf Arndt und die sozialliberale Prägung von »Sekretär« Fritz Sänger gegenüber. Daraus sei ein »Liberalsozialismus« geformt worden, der vermittelt ist über ethische Grundsatzentscheidungen und formuliert wird in reformistischen Normen. Inzwischen habe aber die Parteipraxis soviel Programmsubstanz ausgetrocknet, daß Godesberg nun eine Erneuerung brauche. *Horst Heimann* betonte die Notwendigkeit, an der ernsthaften Neubesinnung von Godesberg festzuhalten. Die Abwendung vom überholten Konzept des wissenschaftlichen Sozialismus zugunsten eines umfassenderen, zukunftssträchtigen Reformismus und Revisionismus sei heute noch aktuell. Demgegenüber vertrat *Detlev Albers* die Auffassung, Godesberg hätte die traditionelle Verklammerung von Geschichtsanalyse, Strategieteil und programmatischem Forderungskatalog durch die »Verbannung des Marxismus an die Katzentische der Partei« aufgelöst und an ihre Stelle der Partei Grundwerte mit auf den Weg gegeben, die das Ziel der »klassenlosen Gesellschaft« schließlich gleichgültig gemacht hätten. Ein neues Programm müsse im Hinblick auf kapitalistische Krise, Weltfrieden, ökologische Probleme und Dritte Welt formuliert werden. Sowohl aus der Perspektive der Historikerin als auch aus der einer Zeitzeugin berichtete *Susanne Miller* über die Wirkungsgeschichte des Godesberger Programms. Gegenüber dem Stillstand der Debatte nach dem Parteitag 1959 habe Willy Brandt mit seinem Slogan »Mehr Demokratie wagen« den Geist dieses Programms produktiv aufgenommen. *Detlef Lehnert* bezweifelte, daß Godesberg neue Wählerschichten erschlossen habe; die eigentliche »staatspolitische Unbedenklichkeitsbescheinigung« für die SPD sei die Große Koalition gewesen. Da aber die SPD in den 60er Jahren von außerparlamentarischen Bewegungen profitiert hätte, müsse sie auch heute an Mobilisierung orientiert sein.

Wirtschaftspolitisch forderte *Herbert Ehrenberg* zur Bewältigung der aktuellen Misere die soziale Beherrschung der Technik ohne Technikfeindlichkeit, eine gemeinsame europäische Währungspolitik und eine Umverteilung der vorhandenen Arbeit. *Friedel Hesse* erwartete außer strukturpolitischen Maßnahmen eine Diskussion der Verteilungsprobleme

und eine Beeinflussung der Kapitalverwertungsinteressen durch Ausweitung der Mitbestimmung. Die »Reproduktionsrelevanz« des in die Misere geratenen Sozialstaats sah *Egon Matzner* nur gewährleistet bei Schaffung dezentraler sozialer Verfahren, die »mit den positiven Möglichkeiten des Sozialstaats phantasievoll zu verbinden sind«; die Perspektive bestehe also in der umfassenden Reform der sozialen Entscheidungsverhältnisse.

Richard Löwenthal betonte die »Respektabilität« der SPD im Sinne eines »Konsens der Demokraten« seit Godesberg. Die Problemzonen hätten sich inzwischen allerdings verschoben: Ein Bewußtsein der Grenzen des Wachstums, die Verschiebung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, die Wachstums- und Beschäftigungskrise, die Erfahrung der Grenzen des Sozialstaats und die Krise des Weltwährungssystems geböten nun ein »selektives Wachstum« und eine indirekte Investitionsförderung. Die SPD brauche eine Fortschreibung ihres Programms zur »Erziehung der öffentlichen Meinung«. Gegenüber der Industrialismuskritik müsse die SPD ein Bekenntnis zur Industriegesellschaft als Ursprung der Arbeiterbewegung ablegen; trotz moralischer und sozialer Verzerrungserscheinungen der kapitalistischen Form der Industriegesellschaft sei eine solche ohne Wachstum »ein Traum«. Die Forderung nach »Frieden mit der Natur«, gar als möglicher vierter Grundwert, nannte er eine »hohle und verlogene Phrase«, denn in der Natur herrsche der »Kampf alle gegen alle«.

Zur Lösung des »Zentralproblems« Zukunft der Arbeit empfahl *Heinz Rapp* etwas mehr von Schumpeters Unternehmergeist zur Forcierung der Marktdynamik und etwas weniger von Keynes unproduktivem ökonomischen Gleichgewicht. *Jiří Kosta* schlug weiterführend einen wirtschaftlichen Rahmenplan und eine Organisation von Investitionslenkung vor, die durch Fiskalpolitik, mikroökologisch-dezentrale Feinergänzung, Selbsthilfeorganisationen und umfangreiche Entscheidungspartizipation flankiert werden könnte.

Sehr differenziert ging *Heinz Timmermann* auf die internationale Lage ein. Der Sicherung des Friedens, eines »Werts an sich«, müsse durch internationale »konzertierte Aktionen«, ausgehend von den bestehenden Bündnissen, eine systemübergreifende Politik gegenüber Osteuropa und der Dritten Welt trotz der Supermächte von europäischer Sicht gemacht werden. Im übrigen kann man m.E. in der Abrüstungsfrage ohne jede rhetorische Geste inzwischen wieder die Beschlußlage der Partei für sich sprechen lassen.

Als Grundlage für die sonntägliche Podiumsdiskussion zwischen Rapp, Löwenthal, Matzner, Kosta und Marie-Luise Weinberger formulierte *Thomas Meyer* einleitende Thesen. Als neue politische Fragen nannte er: soziale, ökonomische und ökologische Wachstumsgrenzen; Fraglichkeit der Neutralität der Technik; Massenarbeitslosigkeit; ökologisches Bewußtsein; neue Wert- statt Wachstumsorientierung; Krise des zentral organisierten Sozialstaats; Fraglichkeit atomarer Abschreckung. Als Elemente einer »neuen integrativen Idee des Demokratischen Sozialismus« nannte er die Rückgewinnung der humanen Kontrolle der Technik, die Intensivierung sozialer Qualitäten statt ökonomischer Quantitäten sowie die Wahrnehmung der Natur- und Generationsverantwortung. Dabei sei die SPD die organisatorische Form des Dialogs.⁸ Dämpfend wies allerdings *Marie-Luise Weinberger* darauf hin, daß die Enttäuschung vieler Jüngerer eine subjektive Enttäuschung über die Sozialdemokratie sei. Gerade aber die soziokulturelle Institutionalisierung »alternativer« Arbeits- und Lebensformen wird es sehr schwer machen, die ihnen zugrundeliegende Frustration durch Programmatisches zu erfassen.⁹

Die Freudenberger Tagung hat gezeigt, daß quer durch alle innerparteilichen Gruppierungen eine kontroverse Programmdebatte angelaufen ist, die auf eine Erneuerung von Godesberg innerhalb der nächsten fünf Jahre abzielt.

III

Über die Qualitäten des angelaufenen Diskussionsprozesses — ob lediglich Korrektur von Godesberg oder grundlegender Neuansatz — wird das innerparteiliche Kräfteverhältnis entscheiden. Der bisherige Gesprächsverlauf bewegt sich zwischen zwei grundsätzlich verschieden möglichen Strategieauffassungen:

Entweder gewinnt die SPD ihre *Mehrheitsfähigkeit* zurück durch Anbindung der an Alternative und CDU verlorengegangenen Potentiale. Diese Restaurierung einer industriegesellschaftlich orientierten »Wegweiserrolle« baut darauf, daß die »Grünen keine Zukunft als Partei« haben und fundamental-oppositionelle Kräfte z.B. in der Friedensbewegung »nicht Verbündete einer demokratischen und verantwortungsbewußten Partei« sein können, somit ausgrenzbar seien (Löwenthal u.a.). Demgegenüber ist festzustellen, daß post-industrialistische Einstellungen auch weite Kreise der Mittelschichten erfaßt haben; auch werden die am 6. März an die CDU verlorengegangenen Stimmen aus der Industriearbeiterschaft nicht durch soziale Reformversprechen zurückzugewinnen sein.

Oder die SPD entwickelt in einem Wandlungsprozeß eine *Bündnisfähigkeit* gegenüber den Grünen, um langfristig durch gegenseitige Annäherung linke Strategien zu ermöglichen.¹⁰ Diese erfordert parteiinterne Lernprozesse statt Glanzpapierbroschüren, um zunächst einmal als offener Diskussionspartner und nicht mehr als »Wachstumsfetischist« gesehen zu werden; es erfordert aber auch die Rückgewinnung traditioneller Wählerkreise, indem die Plausibilität und die objektive Machbarkeit von Reformpolitik konsequent unter Beweis gestellt wird. Dies gelingt aber nicht mehr mit Schönheitsoperationen, die zuletzt der epidemischen kapitalistischen Krise geopfert werden; es bedeutet *strukturelle* Reformen des gesamten sozio-ökonomischen Systems bei klarer Einsicht in ihr mögliches Scheitern. Diese Position scheint mir aber für absehbare Zeit in der Minderheit zu sein, zumal auch Vertreter der Parteilinken wie Detlev Albers eine »konkrete sozialistische Perspektive« nur in der »Meinungsführerschaft« der SPD gegenüber Arbeitnehmern und »neuen sozialen Bewegungen« durch ein neues Grundsatzprogramm sehen, um »die Grundwerte und -ziele der Partei wieder zu einer Zusammenhalt stiftenden Kraft werden zu lassen.«¹¹

An der Frage der angemessenen Strategie zur Rückgewinnung parlamentarischer Herrschaft durch die SPD scheiden sich also die Geister: Die äußersten Pole sind die stärker industriekapitalistisch orientierten einerseits und die stärker postindustrialistisch orientierten andererseits; allerdings ist bei Letzteren die antikapitalistische Orientierung lange nicht so eindeutig wie die prokapitalistische bei Ersteren. Das Bewußtsein, daß die Überwindung industriekapitalistischer Wachstumsorientiertheit und die Wiederherstellung eines organischen Verhältnisses zur Natur die Aufhebung des Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital und damit des marktwirtschaftlichen Verwertungsprozesses voraussetzt, ist nur wenig entwickelt.

Die verschiedenen Positionen formulieren ein unterschiedliches Grundwerteverständnis und verschiedene politische Rezepte. Die »Industriekapitalisten« möchten die Grundwertetrias beibehalten und sie deshalb »nicht philosophisch ableiten, sondern offenhalten« (Löwenthal); denn wie ihnen der Schutz der Natur und des Friedens in den anderen Grundwerten enthalten zu sein scheint, so halten sie auch die Lösung der sozio-ökonomischen Probleme innerhalb des Industriekapitalismus für möglich. Den »Postindustrialisten« scheint die Diskussion um neue Grundwerte wie »Natur« und »Frieden« zumindest verlockend, weil sie dadurch alternative Produktionsformen und Alternativen zur militärischen Abschreckungsstrategie grundsätzlich begünstigt sehen. Eine alleinige Verlängerung

der Grundwerteskala nimmt aber den ursächlichen Zusammenhang sozialer Probleme weniger auf als ihren wirkungsorientierten. Der Verlauf der Debatte hängt allerdings auch von parteiexternen Faktoren ab, wie der Entwicklung der Friedensbewegung und der Grünen oder der sich verstärkenden Krise der Schwerindustrie.

IV

In der bisherigen Diskussion ist von der Parteilinken wenig Erspriefliches geliefert worden. Wenn *Detlev Albers* die »programmatische Festlegung von Godesberg« auf Veränderungen »im Rahmen der 'marktwirtschaftlichen Ordnung'«¹² für das Scheitern der sozial-liberalen Koalition verantwortlich macht, übersieht er, daß eine systemüberwindende programmatische Orientierung noch nie eine adäquate Parteipraxis bedeutet hat.¹³ Ausgehend von einem neuen Programm solle sich nun die Partei »auf dem Wege ihrer massenhaften Verankerung in den alten und neuen sozialen Bewegungen einen Wiederaufbau ... von Oppositions- oder schlechthin Politikfähigkeit«¹⁴ sichern, schreibt Albers.

Seine Fehler liegen m.E. einmal in der Umkehrung des Verhältnisses von Programm und Praxis, d.h. in der Hoffnung auf eine mehr zentrifugale als zentripedale Wirkung von Programmen auf verhärtete Strukturen der Partei — die allerdings Joachim Raschke am Berliner Beispiel bereits zunichte gemacht hat¹⁵; zum zweiten bewegt er sich gegenüber den neuen sozialen Bewegungen in der Logik instrumentellen Denkens, ohne erfassen zu können, daß diese erst entstanden sind, weil sie sich nicht mehr als »Stimmvieh« für's »kleinere Übel« instrumentalisieren lassen wollen. Drittens wird die Glaubwürdigkeit einer erneuerungsfähigen SPD in den Köpfen der Gewerkschaften nicht von marxistischen Sozialdemokraten, sondern eher z.B. von Herrn Rappe von der IG Chemie auch nach der Wahl vertreten.

Wenn *Beling* und *Scholz* behaupten, »im Rahmen kapitalistischer 'Logik'« »habe ein ökonomischer Zwang zur 'Wende'« bestanden¹⁶, bewegen sie sich auf der Ebene einer abstrakt-objektivistischen ökonomischen Fernsteuerungsannahme, die ähnlich dem deterministischen Stammtischmarxismus des antiquierten »revolutionären Attentismus« der I. Internationale den subjektiven Faktor unter den Teppich fegt; denn schließlich ist die CDU und damit die »Wende« vom 6. März ja gewählt worden. Die Schuld daran pauschal dem »Godesberger Weg« in die Schuhe schieben zu wollen bedeutet, das Lebenstrauma der SPD auf die letzten 25 Jahre zu verkürzen und programmatische Menetekel für das Strategiedefizit im Bewußtsein der Gesamtpartei verantwortlich zu machen. Die Behauptung gar, Marxisten führten die Grundsatzdiskussion um den Kurs der SPD, ist in seiner unüberlegten Selbstüberschätzung bestenfalls Zweckpropaganda.

Uwe Kremers Auffassung, der sozialdemokratische Reformismus besäße »eine eigene Geschichte«, die in ihrer historischen Logik erst erfaßt werden müsse, denn die Sozialdemokratie trete nur nach »dem Übergang vom klassischen zum keynesianischen Reformismus« in »ein drittes, gewissermaßen post-keynesianisches Stadium«¹⁷, überschätzt die Autonomie einer sozialen Bewegung in einer Gesellschaft, die alles, selbst die Arbeitskraft und die Ideen, zur Ware macht und der Verwertung unterwirft. Einmal ganz abgesehen davon, daß das wirtschaftspolitische »Gießkannenprinzip«, verstärkt gegen Ende der sozialliberalen Ära, sich mit Keynes' antizyklischer Fiskal- und Geldpolitik nur dem Namen nach vergleichen läßt. Kremer fragt weder nach der Funktion des Reformismus im Hinblick auf den sozialen Gesamtprozeß, noch klärt er, durch welche sozialpsychologischen Prozesse die Klientel einer Partei auf das Bestehende orientiert werden.

Wäre schließlich nicht absehbar, daß vom »post-keynesianischen« Reformismus nicht

nur wieder der Schein dessen übrigbleibt, was Vilmar und Scherer mit »Ökosozialismus« bezeichnet haben¹⁸, und daß die Inkonsequenz eines neuen Reformismus von der Konsequenz kapitalistischer Krisendynamik überholt wird, er würde mir wahrlich genügen. Die Botschaft hör' ich wohl; allein mir fehlt der Glaube.

V

Ohne große Hoffnung hegen zu wollen auf eine programmatische Festschreibung hehrer Ziele und auf ein »systemüberwindendes« Reformprogramm für die Zukunft, scheint mir eine Programmdiskussion doch einer langfristigen Bewußtseinsveränderung in der Partei zugute zu kommen. Da nun der Stein einmal ins Rollen gekommen ist, hat es wohl keinen Sinn, sich ihm in den Weg zu werfen.

Dabei halte ich das Ziel der Ermöglichung eines grün-roten Bündnisses, geborgen aus dem Gedanken, daß »Sozialismus nicht mehr vorstellbar« sei »als die bloße demokratische Inbesitznahme der in ihrer Struktur unveränderten kapitalistischen Maschinerie«, sondern daß die »Struktur der Produktionsmittel selbst ... in den Mittelpunkt der Veränderung« rückt¹⁹, für richtig gewählt. Vilmar fällt aber hinter seine 1981 erhobene Forderung nach einem »übergeordneten« Grundwert der »Existenzsicherung« und nach der »Geschichtlichkeit« von Grundwerten²⁰ zurück, wenn er heute den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital nicht mehr thematisiert und damit den realen geschichtlichen Boden der bürgerlichen Gesellschaft im Blick auf ihren aktuellen Problemhorizont aus den Augen verliert.

Demgegenüber ist m.E. die Verwirklichung der »Existenzsicherung«, auch in der sogenannten »Freizeitgesellschaft«, an die Arbeitskraft gebunden, soll sie menschenwürdig sein. Gerade die »Dritte technische Revolution« mit ihrer Veränderung des Charakters der Arbeit und möglichen Potenzierung von Entfremungserscheinungen (durch Delegation von Entscheidungsprozessen an »intelligente« Computer und durch Reduzieren menschlicher Tätigkeit auf Terminal-Bedienung) intensiviert die Arbeitsproduktivität bei gleichzeitigem Schein ihrer Marginalisierung. Deshalb halte ich die Arbeit für einen eigenständigen Wert in mehrfacher Hinsicht:

- anthropologisch: durch bewußte, planende Arbeit konstituiert sich der Mensch erst als solcher, im Unterschied zum Tier. Sie ist damit Ursprung allen menschlichen emanzipativen Vermögens auch in einer »Gesellschaft bedingter Reflexe« (Orwell).
- ökologisch: menschliche Arbeit setzt, will sie sich langfristig nicht selbst zerstören, ein organisches Verhältnis zu Natur und Umwelt voraus.
- Durch ihren gemeinschaftlichen Charakter bestimmt die Art ihrer Organisation und Aneignung das Maß an sozialer Gewalt. Befreiung der Arbeit bedeutet also Befreiung eines Gemeinwesens in einem umfassenden Sinne, der weit über das Verständnis von Frieden als »Abwesenheit von Krieg« hinausgeht. Hierher gehört auch Lafontaines Gedanke, die Arbeiter in der Rüstungsindustrie sollten sich einmal überlegen, was sie überhaupt produzieren; aber auch die Kriege ursächlich fördernde internationale Arbeitsteilung findet neben dem Gedanken an einen Produktstreik hier ihren Platz.
- Der Charakter der Arbeit als entfremdete verunmöglicht Existenzsicherung, da der Aspekt individueller Selbstverwirklichung wegfällt; in diesem Sinne sichert Arbeit immer nur die Verwertung der Ware Arbeitskraft, nicht die selbstbestimmte Existenz des arbeitenden Menschen.
- Wo Arbeit nur als Warenproduktion existiert, gibt es Freizeit nur als Reproduktion der Ware Arbeitskraft; auch Arbeitszeitverkürzungen heben die gesellschaftliche Entfrem-

dung also nicht auf. Um eigentlich frei Zeit zu erleben, müßte sich der Charakter der Arbeit erst ändern; zumindest aber müssen Arbeitszeitverkürzungen von anderen Maßnahmen flankiert werden, sollen sie sich nicht gegen die Betroffenen selbst wenden (Rationalisierung etc).

- Zwingt der Konkurrenzmechanismus zur Intensivierung der Ausbeutung der Arbeit, müssen neue Märkte durch forcierte Konsumzwänge geschaffen werden. Gleichen zudem die gesellschaftlichen Organisationsformen den zunehmenden Legitimationsdruck repressiv aus, dann verstärkt sich die »Kolonialisierung der Lebenswelt« (Habermas)²¹ als Konsequenz des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital.
- Menschliche Arbeit ist kulturkonstituierend. Es entscheidet also der Charakter der Arbeit über die Art menschlicher Existenz. Alle Dimensionen sind sowohl grundsätzlicher als auch hochaktueller Natur, so daß »Arbeit« ein zentraler Aspekt des Diskussionsprozesses sein könnte. Dieses Thema bedürfte auch keiner neuen Grundwertediskussion; Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind auch in dieser Hinsicht durchaus tragfähige Utopien, sofern sie nicht nur Veränderungsperspektiven neutralisieren sollen. Aber sie könnten vielleicht auf diese Weise stärker mit einer angemessenen politischen Strategie gefüllt werden. Sie müßte, entgegen der Staatsfixiertheit der SPD die alten Ideen der Arbeiterbewegung Selbsthilfe, Selbstorganisation und Rätedemokratie erst einmal wieder akzeptieren lernen selbst dann, wenn die Grünen dies auf ihre Fahnen geschrieben haben. Sie müßte weiter stark auf die Schaffung einer spezifisch sozialdemokratischen »kulturellen Infrastruktur« (Thomas Meyer) abheben, ohne deren stabilisierende und integrierende Wirkung politische Mehrheiten zur Eintagsfliege werden und Programmdebatten versanden.

Anmerkungen

- 1 Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Parteitag in Erfurt 1891. Zit. nach: Dowe, Dieter u. Klotzbach, Kurt (Hrsg.): Programmatistische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. Bonn-Bad Godesberg 1973, S.175-180 (177).
- 2 Vilmar, Fritz: Sozialistische Grundwerte und sozialgeschichtlicher Prozeß, in: NG, Jg. 1981, H.5, S.458-464, hier: S.458f.
- 3 Schmidt, Helmut: Maximen politischen Handelns. Hrsg. v. Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, Reihe Berichte und Dokumentationen, BD. 23, Bonn 1981, S.43f.
- 4 Vgl. Hofschien, Gerd: Ein neues Programm als Konsequenz der Wahl Niederlage? in: spw 20, 6.Jg., 1983, S.346-355.
- 5 Löwenthal, Richard: Identität und Zukunft der SPD, in: NG, Jg.1981, H.12, S.1085-1089, hier: S.1089
- 6 Sprüche helfen uns nicht weiter. Konkret-Interview mit Peter Glotz, in: Konkret, Jg.1982, H.11, S.36-40, hier: S.36
- 7 Vgl. Oertzen, Peter von: Zwischen Arbeitnehmerpartei und Minoritätenkartell. Sieben Thesen über die Perspektiven alternativer Politik, in: Frankfurter Rundschau vom 12.10.1983, S.20f. (Auszug).
- 8 Vgl. dazu genauer Meyer, Thomas: Die Zeit ist reif für eine Erneuerung des Godesberger Programms, in: L'80, Jg.1983, H.26, S.5-14.
- 9 der Kürze halber soll ein Hinweis genügen: Weinberger, Marie-Luise: Konservative, Sozialdemokraten und die Selbsthilfe, in: NG, Jg.1983, H.9, S.809-817.
- 10 Vgl. dazu: Scherer, Klaus-Jürgen und Vilmar, Fritz: Der Demokratische Sozialismus muß ein Ökosozialismus werden, in: L'80, Jg.1983, H.26, S.14-22, bes. S.22.
- 11 Albers, Detlev: Der 6. März 1983, seine Ursachen und Folgen, in: NG, Jg.1983, H.5, S.459-463, hier: S.463.

- 12 Albers, Detlev: Unsere Aufgaben nach dem 6. März, in: spw 19, 6.Jg., S.209-218. Hier: 209.
- 13 So z.B. Eduard Bernstein in den Sozialistischen Monatsheften von 1908: »Wir haben eine in ihren Fundamentalgedanken stichhaltige gesellschaftliche Entwicklungstheorie. Wir haben ein vorzügliches Programm politischer Grundsätze und Forderungen. Wir haben eine Organisation, die wohl als mustergültig bezeichnet werden kann, und Hunderttausende trefflich geschulter, jederzeit tatbereiter Kämpfer. All das ist gewiß schön und gut. Aber haben wir eine Politik? Haben wir eine Praxis, die, über das bloße Handeln nach den Zeitumständen hinaus, darauf gerichtet ist, die Umstände selbst so zu gestalten, wie sie für unser Handeln am günstigsten sind?« Zit. nach: Lehnert, Detlef: Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848-1983. Frankfurt/M. 1983, S.7.
- 14 Albers in: spw 19, a.a.O., S.210.
- 15 Raschke kommt zu dem Ergebnis, daß die Parteilinke grundsätzlich nicht die Kraft ist, die »den Widerspruch zwischen legitimatorischen Ansprüchen und realer Politik systematisch ins Zentrum des Staatsapparates hineinträgt« und verweist auf ihre idealistische politische Zielsetzungen, die ihren Ausdruck auch in der Vernachlässigung der Durchsetzungsproblematik gegenüber der programmatischen Zielsetzung. Raschke Joachim: Innerparteiliche Opposition. Hamburg 1974, S.293
- 16 Beling, Günter und Scholz, Olaf: Nach dem Scheitern des »Godesberger Weges«. Thesen zur Perspektive von marxistischen Sozialdemokraten aus der Opposition, in: spw 19, 6.Jg., 1983, S.213-218, hier: S.213.
- 17 Kremer, Uwe: Vor einem neuen Stadium des Reformismus? In: spw 20, 6. Jg., 1983, S.339-345, hier: S.340, 343.
- 18 Scherer/Vilmar 1983: a.a.O.
- 19 ebd., S.18.
- 20 Vilmar 1981, a.a.O., S.460.
- 21 Habermas, Jürgen (Hrsg.), Stichworte zur geistigen Situation der Zeit, Frankfurt/M. 1979, Bd.1, S.28.

Margret Steffen, Carmen Burian, Karin Griechen-Hepp, Doris Hens

Nicht gesellschaftsfähig?

Frauen — Gewerkschaften — Wissenschaft

Kontakte zwischen Hochschulen und Gewerkschaften sind — trotz inzwischen langjähriger Bemühungen umeinander — noch immer von Vorurteilen und gegenseitigen Fremdheiten geprägt. Eines aber haben beide Organisationen gemeinsam: Sie waren und sind Männerinstitutionen, die sich schwertun mit der immer vehementer werdenden Kritik und dem Pochen der Frauen aus Hochschulen und Gewerkschaften auf die Berücksichtigung und Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Eine Tagung der GEW zum Thema »Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung« machte dieses Unvermögen wieder einmal überdeutlich. Ganz selbstverständlich hatten die Veranstalter die Podiumsdiskussionen ohne Frauen und die Leitung der Arbeitsgruppen fast ausschließlich mit männlicher »Kompetenz« organisiert. Den hier versammelten Herren schien es weiterhin unbekannt zu sein, daß

- Frauen keine »Randgruppe des Arbeitsmarktes« sind, wie Gerd Leminsky (WSI) noch immer behauptete,
- die unbezahlte Arbeit von Frauen keine Freizeit ist, wie Eberhard Fehrmann (DGB-Bundesvorstand) immer noch unwidersprochen vertreten konnte,
- die Fragen der Arbeitszeitverkürzung nicht ohne die Interessen von Frauen zu entscheiden sind,
- neue Technologien massiv die Arbeitsplätze von Frauen »humanisieren«, sprich Frauen zu ihrer »wahren Bestimmung« an Heim und Herd zurückschicken.

Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen, doch sie beschreibt nur, was bereits bekannt ist: offene und verdeckte Diskriminierung von Frauen.

Was aber bedeutet »Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung«, was der so häufig beschworene »Geist« einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft, wenn es gilt, Fragestellungen und Handlungsstrategien zu entwickeln, die den Arbeits- und Lebenszusammenhang von Frauen einbeziehen? Diese Frage wollen wir — einige Tagungsteilnehmerinnen — im folgenden aufgreifen. Unsere Überlegungen basieren dabei vornehmlich auf den Ergebnissen und methodischen Ansätzen aus der Frauenforschung.

1. Frauenforschung, das obskure Objekt ...

»Das Private ist politisch« und »gleichzeitig wissenschaftsfähig« — mit dieser Devise der Frauenbewegung lassen sich auch die Ziele der Frauenforschung umreißen. Denn Frauenforschung ist nicht von der Frauenbewegung zu trennen, hat hier ihre Wurzeln, und ihre Ergebnisse sollen sich wiederfinden in der praktisch-politischen, in der alltäglichen Arbeit von Frauen in ihren privaten und öffentlichen Lebensbereichen. So resultiert die von Frauen initiierte, betriebene und inhaltlich getragene Forschung unmittelbar aus dem Diskussions- und Aktionszusammenhang der verschiedenen Richtungen innerhalb der Frauenbewegung und spiegelt deren Kontroversen ebenso wider wie ihre Kämpfe und Erfahrungen, zum Beispiel um den § 218, die Formen der Selbstorganisation und Selbsthilfe oder die Auseinandersetzungen um die Arbeits- und Lebensbedingungen erwerbstätiger Frauen. Deshalb ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß die Mehrzahl der Frauen, die an den Hochschulen und Instituten Frauenforschung betreiben, gleichzeitig in hochschul-

externen, im weitesten Sinne politischen Lebenszusammenhängen agieren. Unter anderem konstituierte dieser oftmals individuell gelebte Zusammenhang zwischen Wissenschaft und feministischer Praxis den Prozeß, aus dem sich Überzeugungen und erkenntnisleitende Interessen entwickelten, die sich dann zu den Problemfeldern der Frauenforschung verdichtet haben.

Eine besondere Bedeutung kommt hierbei dem Wissenschaftsbetrieb selbst zu, sowohl als Institution als auch als Repräsentant einer bisher männlich dominierten Ergebniserstellung und Theoriebildung. Daher konzentrierte sich die von Studentinnen und Wissenschaftlerinnen formulierte Kritik zum einen auf die frauenfeindlichen Strukturen innerhalb des Wissenschaftsbetriebes. Sie wird konkret zum Beispiel in den Forderungen nach positiver Diskriminierung oder den ersten Schritten zur Institutionalisierung und Selbstorganisation von Frauenforschung. Was Frauen zum anderen an Inhalten im hehren Wissenschaftsgebäude vorfanden, hat Luise Pusch treffend beschrieben: »Wir erkannten immer deutlicher, daß die Wissenschaft ... in Wirklichkeit ein höchst fragwürdiges Konglomerat aus Brauchbarem, Plunder und hochgiftigen Schadstoffen darstellt« (Pusch 1983, 14). Und genau dieses »fragwürdige Konglomerat« gilt es mit spitzen Fingern zu untersuchen. Das heißt nicht, daß die Frauenforschung den Anspruch erhebt, etwas völlig Neues darzustellen. Ansätze finden sich in der Wissenschaftskritik der Studentenbewegung, in den Ergebnissen und Theorien der Sozialwissenschaften oder in solchen methodischen Konzepten, die mit Begriffen wie Handlungs-, Aktions- oder betroffenenorientierte Forschung operieren. Die genannten Forschungen konnten zwar im herkömmlichen Wissenschaftsrahmen entwickelt werden, sie sind aber — von moralischen Appellen oder geschlechtsneutralen Argumentationsmustern einmal abgesehen — nicht hinreichend, um die umfassende Diskriminierung von Frauen in ihrer Arbeits- und Lebenssituation adäquat zu erfassen. Deshalb ist, in Bildern gesprochen, das »obskure Objekt« Frauenforschung der Versuch, das bisher »Unsichtbare«, die »andere Hälfte der Fabrik«, den »blinden Fleck« sichtbar zu machen.

Dabei ist von der Frauenforschung als ein zentrales Element das Prinzip der Parteilichkeit aufgegriffen worden, das an sich keine Neuerung darstellt. So formulierte Ernst Bloch, daß es zu den Herrschaftsgeheimnissen bürgerlicher Macht gehöre, sich als neutral hinzustellen, in der Realität jedoch müsse jedes Denken parteilich sein und sei es auch immer gewesen (Bloch 1972², 78). Oder anders: Frauenforschung ist eindeutig parteilich und folgt der Logik, eine Forschung für, von und mit Frauen zu sein.

Trotz erheblicher Widersprüche und Differenzen im Detail ist ein weiterer Bezugspunkt der Frauenforschung die Erkenntnis der gesellschaftlichen Minderbewertung von Frauen sowie ihrer Lebensäußerungen, deren Grundlage die Arbeitsteilung nach Geschlecht ist. Eine Analyse jedoch, die hier stehenbliebe, ist nicht nur individuell demotivierend, sondern sie würde auch nicht die bestehenden Herrschaftsverhältnisse in Frage stellen. Folgerichtig postulierte die Frauenforschung den Anwendungsbezug von Wissenschaft im Interesse von Frauen. Das heißt, Frauenforschung ist immer noch auch »am nächsten Schritt« orientiert, an der Entwicklung und Umsetzung von Handlungsstrategien, die zur Veränderung der Verhältnisse von Produktion und Reproduktion und damit der geschlechtlichen Diskriminierung beitragen.

Die hier entstandene Vielfalt der Zielvorstellungen, zum Beispiel Alternativprojekte, Konsequenzen im persönlichen Bereich, Rückzug aus der Gesellschaft, Sterne-Mond-Theorien, Veränderungen innerhalb der Institutionen anzustreben, allgemeinpolitisches Engagement etc., stehen zum Parteilichkeitspostulat nicht im Gegensatz. Einen für alle

Frauen verbindlichen feministischen Ansatz gibt es nämlich nicht. Ein Vorteil, der aber zugleich die Schwäche der Frauenbewegung insgesamt ausmachen kann, wenn es nicht gelingt, aus der Tatsache der umfassenden Frauendiskriminierung eine ebenso umfassende Veränderungsstrategie zu entwickeln. Da Frauenforschung den Versuch unternimmt, ganzheitliche Zusammenhänge aufzuzeigen, muß sie notwendig interdisziplinär arbeiten, denn eine Wissenschaftsrichtung oder Forschungsmethode reicht nicht aus, um sich der vielschichtigen Lebensrealität eines Menschen zu nähern.

Ein Beispiel: Betrachtet man das Spektrum von im weitesten Sinne sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zum Thema »Frau«, so fällt auf, daß Frauen nie als Frauen, sondern in der Regel als Sonderfall männlicher »Normalität« interessieren: als Hausfrauen, Ehefrauen, Mütter oder Erwerbstätige. Erst indem die von Frauen betriebene Forschung den »weiblichen Lebenszusammenhang« als Ausdruck der geschlechtlichen Arbeitsteilung thematisiert und — zumindest für Frauen — zum erkenntniswürdigen Gegenstand im Elfenbeinturm macht, konnte sie einmal die Bedeutung und Vielschichtigkeit der Hausarbeit und ihre Interdependenz zur Erwerbsarbeit aufdecken. Sie machte den in der Regel individuell zu lösenden Konflikt von Frauen zwischen Erwerbs- und Hausarbeit sichtbar, zeigte, daß die Arbeitsteilung nach Geschlecht alle gesellschaftlichen und individuellen Lebensbereiche durchzieht und zugleich die unterschiedliche und strukturell ungleiche Teilnahme der Geschlechter an den gesellschaftlichen Ressourcen wie Arbeit, Bildung, Einkommen oder Herrschaft bedeutet. Zum anderen wurde die verkürzte Handhabung und ideologische Nutzung der Begriffe »Arbeit« und »Leben« deutlich. Denn es lassen sich bestimmte bürgerliche und sozialistische Positionen zur »Frauenfrage« als Ideologien, ja als Mythen identifizieren. Zum Beispiel Argumentationen, die mit der »wahren Bestimmung der Frau«, mit dem »ewig Weiblichen« hantieren und die damit Frauen in ihren Lebensäußerungen allein auf die Biologie reduzieren. Oder die abstrakten Gleichheitspostulate sozialistischer Prägung, deren Tenor »Frauenbefreiung allein durch Lohnarbeit« wir lange genug aufgesessen sind. Denn Lohnarbeit allein stellt nicht die gesellschaftliche Kategorie dar, über die die Diskriminierung von Frauen aufzulösen ist, deren Arbeitskraft in bestimmten, das heißt über die geschlechtliche Arbeitsteilung definierten Verwertungszusammenhängen und Formen genutzt wird.

Will frau zusammenfassen, so setzt sich die Frauenforschung auf vier sich gegenseitig bedingenden Ebenen mit diesem »fragwürdigen Konglomerat« Wissenschaft auseinander:

1. Sie erarbeitet neue Informationen, denn bisher wurde die weibliche Lebensrealität immer nur in Ausschnitten, als Sonderfall analysiert, und das, ohne vom Interesse an einer ganzheitlichen Erfassung der Situation von Frauen und deren Veränderung geleitet zu sein.
2. Sie interpretiert diese Ergebnisse gegen den Hintergrund herrschender Norm- und Werthaltungen, deren Beiträge oft genug zur ideologischen Verbrämung von Frauenleitbildern beigetragen haben (Muttschaftsideologien, Reservarmee, Naturhaftigkeit).
3. Sie urteilt über das Macht- und Herrschaftspotential, das hinter dem gängigen Kritisiersystem von Wahrheit, Relevanz und Neutralität steckt.
4. Sie handelt, indem sie geeignete Arbeits- und Organisationsformen entwickelt, und versucht diese innerhalb und außerhalb des Wissenschaftsbetriebes durchzusetzen, um damit einer weiteren Verfestigung traditionell frauenfeindlicher Strukturen und Inhalte entgegenzuwirken.

Mit diesem Vorgehen ist Frauenforschung als eine »Wissenschaft in Bewegung« zu charakterisieren. Ihre zum gegenwärtigen Zeitpunkt oft heftig und kontrovers diskutierten Thesen und Konzepte sind deshalb nicht als sich gegenseitig ausschließende Alternativen zu werten, sondern sie sind eher prozeßhaft, als ein sich verdichtendes Bild der durch Widersprüche gekennzeichneten Arbeits- und Lebenssituation von Frauen zu begreifen.

2. Arbeitnehmerorientierte Wissenschaft: Wissenschaft für wen?

Seit ca. 100 Jahren kämpfen Frauen und Männer gemeinsam in der Arbeiterbewegung. Es gibt die Abteilung Frauen im DGB. Es gibt Frauenausschüsse auf Bundes-, Landes- und Kreisebene sowie Arbeitskreise und Arbeitsgruppen. Seit 1949 finden Frauen Berücksichtigung in den programmatischen Forderungen des DGB, und seit 1969 gibt es gar ein »Programm für Arbeitnehmerinnen«.

Trotz allem aber kann frau sich nur schwer dem Eindruck entziehen, daß zwar viel beraten, analysiert und diskutiert wird, jedoch die berechtigten Forderungen von Frauen in den gewerkschaftlichen Gremien und der gewerkschaftlichen Politik verlorengehen.

Für diesen Sachverhalt werden nicht wenige Begründungen mobilisiert. Beliebt sind immer wieder Argumentationen wie der zu geringe Organisationsgrad, die zu geringe Repräsentanz von Frauen in den Entscheidungsgremien und solche, die Frauen ihre insgesamt zu geringe Aktivitäten vorwerfen. Damit werden aber Erscheinungsformen als Erklärung der ungleichen Teilnahme von Frauen und Männern am gesellschaftlichen Leben herangezogen, und es wird nicht die grundsätzliche Form der Arbeitsteilung thematisiert, die diesen zugrunde liegt. »Die Gewerkschaften sind gegen jede Form der Arbeitsteilung, die die Arbeitnehmer an der Entfaltung ihrer Fähigkeiten hindert.« Diese Erklärung stammt nicht — wie frau annehmen könnte — aus einem Gewerkschaftsprogramm des Jahres 2000, sondern findet sich — was Frau verblüfft — im Grundsatzprogramm des DGB von 1981. Sollte frau ein verändertes Bewußtsein in den Gewerkschaften zur gesellschaftlichen Teilung der Arbeit entgangen sein? Oder ist dieser Satz gar Ergebnis von Überlegungen zur geschlechtlichen Arbeitsteilung? Lassen sich dann nicht veränderte Konzepte, Forderungen und Handlungsstrategien gewerkschaftlicher Frauenpolitik erschließen?

Aber ... der Alltag der Frauenbewegung hat frau schnell eingeholt, findet die Erklärung zur Arbeitsteilung doch wieder ihren Zusammenhang in Punkt 3, Humanisierung der Arbeit, im Grundsatzprogramm des DGB. Denn wie so oft wird auch an dieser Stelle der Lebenszusammenhang von Frauen und Männern auf nur eine Seite der gesellschaftlichen Arbeit beschränkt: auf die zunehmend von technisch-organisatorischen Veränderungen betroffene Arbeit im Betrieb und deren Folgen für die Beschäftigten (DGB-Grundsatzprogramm 1981, 7). Dieser Sachverhalt ist, wie gesagt, keine Ausnahme, die sich als gewerkschaftliche Ignoranz gegenüber der sogenannten »Frauenfrage« interpretieren ließe. Hier spiegelt sich lediglich ein Phänomen wider, das durchgängig im gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskurs zu beobachten ist: Wird von der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit gesprochen, ist die Tatsache der Arbeitsteilung nach Geschlecht zwar allgemein anerkannt. Trotzdem findet sie in der Regel keinen Ausdruck in politischen und wissenschaftlichen Argumenten und Handlungsstrategien. Schon beinahe wider besseres Wissen, betrachtet man die zahlreichen Veröffentlichungen gerade zum Thema »geschlechtliche Arbeitsteilung«, wird unter Arbeit im weitesten Sinne bezahlte Lohnarbeit verstanden. Folge davon ist, daß zwangsläufig die »andere«, für den Erhalt von Gesellschaft und Arbeitskraft ebenso notwendige Arbeit — die Hausarbeit —, ihre Form und ihre Geschichte entweder keine Berücksichtigung finden oder als gegeben vorausgesetzt

wird. Und gerade diese systematische Ausblendung von Fragen, wie Frauen eigentlich leben und arbeiten, ist Ursache von Auslassungen, verkürzten Interpretationen, reduzierten politischen Forderungen und Handlungsstrategien. Denn es kann gerade in der gewerkschaftlichen Arbeit für und mit Frauen nicht wie bisher darum gehen, möglichst viele Arbeitsgruppen und Arbeitskreise zu gründen und wieder einschlafen zu lassen. Oder den anstehenden Entwicklungen im sozialen und ökonomischen Bereich mit Forderungen zu begegnen, die eher kompensatorische Maßnahmen zur Erleichterung der Doppelbelastung von Frauen beinhalten, *sondern Ziel muß die Aufhebung der Arbeitsteilung nach Geschlecht und damit die Veränderung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sein.*

Einen Beitrag zu veränderten Sichtweisen und Handlungsmustern der gewerkschaftlichen Frauenpolitik könnte, neben der Frauenforschung, eine Wissenschaftsrichtung leisten, deren Anspruch es ist, die Interessen der Gewerkschaften bzw. die der lohnabhängigen Frauen und Männer in den Organisationen und Inhalten des Wissenschaftsbetriebes zu vertreten, die arbeitnehmerorientierte Wissenschaft. Dazu ist es im Interesse von Frauen wichtig, diese Wissenschaftsrichtung auf ihre leitenden Ansprüche hin zu untersuchen.

Ausgangspunkt des Konzepts der arbeitnehmerorientierten Wissenschaft ist zunächst die Feststellung, daß die Interessen von Arbeitnehmern in Wissenschaft und Forschung nur unzureichend berücksichtigt werden. Dieser nicht zu leugnenden Tatsache will das Konzept der arbeitnehmerorientierten Wissenschaft entgegenwirken, indem die wissenschafts- und forschungspolitische Programmatik und Praxis der Gewerkschaften als erkenntnisleitende Forschungsprinzipien aufgegriffen werden. Leitende Kriterien dieser Konzeption sind

- Interessenbezug, verstanden als Orientierung der Wissenschaft an gewerkschaftlich artikulierten Arbeitnehmerinteressen
- Praxisbezug, der besteht in der Erarbeitung von Problemlösungen, die für Arbeitnehmer nutzbar sind
- Kooperation als Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Gewerkschaftern.

Mit der Forderung »Interessenbezug« ist die Abkehr von wertneutralen Wissenschaftsvorstellungen verbunden, d.h. sowohl Erkenntnisgewinnung als auch Verwertung von Wissenschaft werden als interessen geleitet angesehen. Eine Beschränkung dieses Konzepts liegt darin, daß nur der Organisationsstruktur der Gewerkschaften unterworfenen, also in Interessen transformierte Bedürfnisse Bezugspunkte werden. Unmittelbare Bedürfnisse und auch die Kreativität von Arbeitnehmern bleiben so unberücksichtigt, sofern sie nicht in die gewerkschaftliche Argumentation eingegangen sind. Die gewerkschaftliche Politik wird auf diese Weise nicht in Frage gestellt und praktisch auch nicht vorangetrieben. Außerdem finden andere Organisationsformen, wie zum Beispiel außergewerkschaftliche Arbeitsloseninitiativen, Frauenforschung und Frauenbewegung sowie Friedens- und Ökologiebewegung bei der arbeitnehmerorientierten Wissenschaft kaum Beachtung. Dies ergibt sich schon aus dem zunächst für diese Wissenschaft reklamierten Begriff der »gewerkschaftlich orientierten Wissenschaft«, der wohl aus Opportunitätsgründen fallengelassen wurde, da in ihm die Deckungsgleichheit mit der umstrittenen Bewegung der gewerkschaftlich orientierten Politik nicht zu übersehen ist. Inhaltlich bedeutet die arbeitnehmerorientierte Wissenschaft aber genau das, nämlich gewerkschaftlich orientierte Wissenschaft. Sie wird es über den Interessenbezug (statt Bedürfnisbezug) und das Selbstverständnis der Gewerkschaft als den Interessenvertretungsorganen von Arbeitnehmern. Schließlich liegt eine Beschränkung des Konzepts auch in der Orientierung auf Arbeitnehmer. Dies entspricht auch dem immer noch vorfindbaren Verständnis von Gewerkschaft

ten, die Arbeitnehmer und nicht die Lohnabhängigen allgemein zu vertreten. Lohnabhängige ohne entlohnte Beschäftigung, also erwerbslose Frauen und Männer, können als Subjekte nur Eingang in dieses Wissenschaftskonzept finden, wenn sich das Selbstverständnis der Gewerkschaften hinsichtlich ihres Vertretungs- und Mitwirkungsanspruchs gewandelt hat, wie dies ansatzweise, aufgrund des massiven Protests von der Basis und der selbstorganisierten Arbeitsloseninitiativen, in der Frage von Mitgliedschaft und Status von Arbeitslosen und der Berücksichtigung und Durchsetzung der arbeitslosen Frauen und Männer beginnt.

Der besondere Lebenszusammenhang von Frauen kommt darüber hinaus in der arbeitnehmerorientierten Wissenschaft nicht nur sprachlich (wo nur von Arbeitnehmern und nicht von Arbeitnehmerinnen die Rede ist), sondern auch faktisch nicht vor. Wie anders ließe sich erklären, daß nicht einmal die Tatsache der Segmentierung des Arbeitsmarktes nach Geschlecht oder die unbezahlte Nutzung weiblicher Fähigkeiten durch betriebliche Rekrutierungs- und Einsatzstrategien unter Humanisierungsgesichtspunkten thematisiert wird. Geschlechtliche Arbeitsteilung und die hieraus resultierende Abwertung der weiblichen Tätigkeit wird durch die Orientierung dieses Konzepts auf die entlohnte Arbeit nicht aufhebbar. Im Konzept des Interessenbezugs liegt zwar eine Parallele zum Parteilichkeitsprinzip der Frauenforschung. Die beiden Konzepte konkretisieren sich aber auf verschiedenen Ebenen. Während »Interessenbezug« die Filterung von Bedürfnissen durch die Organisation voraussetzt, sind bei der Frauenforschung Frauen als Betroffene unmittelbare Subjekte der Wissenschaft.

Die Forderung »Praxisorientierung« bezieht sich bei der arbeitnehmerorientierten Wissenschaft einerseits auf die Problemorientierung und andererseits auf die Umsetzung der Forschungsergebnisse bei der Anwendung. In ihrem am weitesten entwickelten Anspruch ist arbeitnehmerorientierte Wissenschaft »der Versuch, die demokratische Forderung nach gesellschaftlich nützlicher Leistung der Wissenschaft (Abbau und Vermeidung von Belastungen und Gefährdungen sowie einem Beitrag zur vorausschauenden Gestaltung der Lebens- und Arbeitswelt im Interesse der Lohnabhängigen) für den wissenschaftlichen Arbeitsprozeß auf einer allgemeinen wissenschaftlichen Ebene zu operationalisieren« (Tolksdorf 1981, 118). Arbeitnehmerorientierte Wissenschaft erhebt zwar so den Anspruch, den Lebenszusammenhang der Lohnabhängigen miteinzubeziehen. Praktisch wird dies aber nicht aufgegriffen. Solange die geschlechtliche Arbeitsteilung und die sich hieraus ergebende Rollenzuweisung für Frauen, die ja auch im entlohnten Arbeitsbereich vorwiegend dienende, pflegende und untergeordnete Tätigkeiten ausüben, nicht mitthematisiert wird und die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen nicht verändert werden, solange auch die Gewerkschaften eine Abwertung der entlohnten Frauenarbeit (z.B. Leichtlohngruppen) und der nicht entlohnten Frauenarbeit (Hausarbeit, Kindererziehung) mitpraktizieren, wird die Praxisorientierung nicht nur durch die herrschenden Normen der patriarchalischen Gesellschaft, sondern auch durch die patriarchalischen Strukturen in der Gewerkschaft begrenzt.

3. Vom Leben in Institutionen ...

Als die ersten Frauenseminare vor einigen Jahren an den Hochschulen angekündigt wurden, wirkten sie äußerst provokant auf die »Väter« der Wissenschaft, die mit Emotionen reagierten, die vom Spott bis zur offenen Aggression reichten. Inzwischen ist der Reiz des Neuen dahin, und die Wogen der Emotionen schlagen nicht mehr so hoch. Hat sich das Denken der »Mächtigen« geändert, die Frauenforschung ihre Spielwiese im Wissen-

schaftsbetrieb gefunden und die Frauenbewegung die »innovative Kraft« des traditionellen Wissenschaftsbetriebes unterschätzt? Davon kann nicht die Rede sein, denn »die Wende« hat lediglich das Gesicht der Auseinandersetzungen verändert: Generell ist der Verteilungskampf um die knapper werdenden Ressourcen und um Reputation im Wissenschaftsbetrieb härter und ideologischer geworden. Inhaltliche Auseinandersetzungen sind nicht mehr gefragt, und die Konfrontation spielt sich auf der Ebene der Bewertung, Bewilligung oder Finanzierung von Themen, Arbeiten und Forschungsprojekten ab. Diese Bedingungen treffen beinahe zwangsläufig solche Wissenschaftseinrichtungen wie die Frauenforschung und die arbeitnehmerorientierte Wissenschaft, die eine Regelverletzung innerhalb der bestehenden Ordnung von Denk- und Wertmustern darstellen. So zeigt ein Blick auf die Frauenforschungsinstitutionen, daß hier unter äußerst ungewissen Perspektiven gearbeitet wird. Die wenigen Stellen sind zumeist nur kurzfristig. Hinzu kommen hohe physische und psychische Belastungen für die hier agierenden Frauen, da sie sich sowohl den Anforderungen der Hochschulen oder Institute als auch denen der Frauenbewegung gegenübersehen.

Ähnliches gilt auch für die arbeitnehmerorientierte Wissenschaft, wo — von einigen organisatorischen Absicherungsversuchen abgesehen, wie das Forschungsinstitut für Arbeiterbildung oder die befristet eingerichteten Kooperationsstellen — ein großer Teil der Forschungsinitiativen auf einzelne gewerkschaftlich orientierte Wissenschaftler zurückgehen. Allerdings bedeutet die Anbindung arbeitnehmerorientierter Wissenschaft an die Gewerkschaften als anerkannte politische Institution einen strategischen Vorteil gegenüber der Frauenforschung bei der Durchsetzung von Forschungsinteressen und -vorhaben im politischen Bereich. Angesichts der hier skizzierten Schwierigkeiten, parteiliche Wissenschaft durchzusetzen, sind die Vorbehalte aus der Frauenbewegung gegenüber einer Anbindung der Frauenforschung an die Strukturen und Organisationsweisen von Instituten durchaus berechtigt. Denn die Vereinnahmung von Ergebnissen und Inhalten durch die jeweiligen Geldgeber bzw. Einrichtungen ist ebenso möglich wie der Verlust von Autonomie und Selbstorganisation als zentrales Element der Frauenbewegung. Zudem fördern institutionelle Strukturen eher Status- und Hierarchiedenken, Karriereorientierung und Konkurrenz, als das dieses hier überwunden werden kann. Wird aber Frauenbewegung als langfristig gesellschaftsverändernde Strategie begriffen, so heißt das, daß auch der Wissenschaftsbetrieb und die Gewerkschaften als Arbeits- und Lebensbereiche für Frauen ernstzunehmen sind, und zwar mit dem Ziel, frauendiskriminierende Strukturen und Inhalte zu analysieren und zu überwinden.

Um dieses beinahe utopisch anmutende Unterfangen einlösen zu können, ist die Frauenbewegung und mit ihr die Frauenforschung auf Standorte, Infrastrukturen und die Kontinuität von Zielsetzungen und Erfahrungen angewiesen. Denn gerade durch die Unzuverlässigkeit, Unverbindlichkeit und hohe Fluktuation in vielen Frauenprojekten und -initiativen sind Ansätze und Vorschläge oft nicht weiter verfolgt worden oder einfach verlorengegangen. Inwieweit Frauenforschung eine Wissenschaft im Interesse von Frauen bleibt, hängt nicht nur von ihrer Parteilichkeit, ihren Inhalten und Methoden ab, auch nicht allein davon, wer sie macht oder finanziert, sondern, wie Ilona Ostner sagt, zunehmend davon, wie es der Frauenforschung und Frauenbewegung gelingt, die Interpretation ihrer Ergebnisse sowie die Umsetzung in praktisches Handeln möglichst lange und selbstbestimmt in der Hand zu behalten (Ostner 1981, 226). Eine Voraussetzung, die Kontrolle über die eigenen Ideen und Ziele zu bewahren, ist unter anderem die Schaffung langfristiger arbeitender und abgesicherter Zusammenhänge sowie kontinuierliche Diskussionsprozesse

se, um so den Versuchen der Vereinnahmung von Frauenforschung eine Macht entgegenzusetzen zu können. Die Institutionalisierung von Frauenforschung muß daher nicht notwendig den Interessen von Frauen entgegenwirken, sofern es gelingt, die bisherige Vernetzung zwischen institutionalisierter und autonomer Frauenforschung zu erhalten und weiterzuentwickeln. Oder anders: Institutionen sind als eine *Möglichkeit* für Frauenforschung zu begreifen. Unabhängig davon wird Frauenforschung betrieben, ob der Wissenschaftsbetrieb dies zuläßt oder nicht. Das zeigen die vielen Frauenforschungsinitiativen außerhalb der Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Kampfflos aber darf ein so wichtiger Bereich wie der Wissenschaftsbetrieb nicht aufgegeben werden.

Ein ähnliches Argumentationsmuster ist auch auf die Gewerkschaften und die sie im Wissenschaftsbetrieb repräsentierende arbeitnehmerorientierte Wissenschaft anzuwenden. Wollen Frauen die in den Gewerkschaften satzungsmäßig verankerten Ausschüsse und Gremien, die so frauenfreundliche frauenfeindliche Geschwätzigkeit, zu einem politischen Instrument machen, stehen sie vor einer mühseligen, nervenaufreibenden Kleinarbeit. Genau wie im Wissenschaftsbetrieb sind sie mit Belehrungen, Bevormundung, Arroganz und Aggressivität, mit zeitaufwendigen Regularien und Kontrollinstanzen konfrontiert. Die Gewerkschaften postulieren zwar die Gleichstellung von Frauen, ihr innergewerkschaftlicher Prioritätenkatalog aber orientiert an Männern um die 35, die Familienväter, Facharbeiter und möglichst noch Gewerkschaftssekretär sind. Dies findet sich auch, wie wir gezeigt haben, in den zentralen Positionen der arbeitnehmerorientierten Wissenschaft wieder, die mit der Formulierung »Arbeitnehmer« zwar auch Frauen meint, wie bei Nachfragen betont wird, in den vorliegenden Forschungsarbeiten faktisch jedoch den Lebenszusammenhang von Frauen, die Besonderheiten ihrer Arbeit und Arbeitsbedingungen sowie deren Bewertung und Nutzung durch betriebliche Rekrutierungs- und Einsatzstrategien nicht berücksichtigt. Zur Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation von Arbeitnehmerinnen ist jedoch auf die Gewerkschaften als politische Kraft, Tarifpartner und Interessenvertretung nicht zu verzichten. Jede selbstorganisierte Frauengewerkschaft müßte den historisch langen Atem aufbringen, um zu dem politischen und gesellschaftlichen Faktor zu werden, den die Gewerkschaften heute darstellen. Auf diesen strategischen Vorteil anerkannter gesellschaftlicher und politischer Handlungskompetenz würde die Frauenbewegung verzichten, wenn sie sich von der Auseinandersetzung mit und in den Gewerkschaften für die Interessen von Frauen abwendet. Denn gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt stehen neben einschneidenden sozialpolitischen auch strukturell tiefgreifende ökonomische und technologische Veränderungen auf der Tagesordnung, die, wie die Formen der »neuen Heimarbeit« oder das Thema der Arbeitszeitverkürzung, nicht ohne die Macht der Frauen in- und außerhalb der Gewerkschaften zu entscheiden sind.

Literaturverzeichnis

- Bloch, E., 1972: Parteilichkeit in Wissenschaft und Welt, in: Pädagogica. Frankfurt/M., 2. Aufl. DGB 1981: Grundsatzprogramm, Köln
- Ostner, I., 1980: Wissenschaft für Frauen — Wissenschaft im Interesse von Frauen, in: Böhme, G., Alternativen der Wissenschaft, Frankfurt/M., S.215-245
- Pusch, L. (Hrsg.), 1983: Feminismus, Inspektion der Herrenkultur, Frankfurt/M.
- Tatschmurat, C., 1980: Arbeit und Identität, Frankfurt/M.
- Tolksdorf, G., 1981: Probleme und Perspektiven arbeitnehmerorientierter Wissenschaft, in: Dialektik 3, Arbeiterbewegung und Wissenschaftsentwicklung, Köln, S.115-127

Matthias Zipser

Stahlkrise und IG Metall

Über die Neuordnung der Stahlindustrie der BRD wird seit Monaten öffentlich und versteckt auch in der IG Metall gestritten. Obwohl nach Angaben der Monopolkommission (1977, 234) im Bereich der eisenschaffenden Industrie insgesamt 110 rechtlich selbständige Unternehmen tätig waren, konzentrierte sich fast die gesamte Produktion von Eisen und Stahl im wesentlichen auf sieben Konzerne. Von den 46 Mio. Jahrestonnen (jato) Rohstahl, die im Jahre 1979 in der BRD erzeugt wurden, fallen auf die

Thyssen Gruppe	12,4 Mio. jato (= 26,96%)
Hoesch Werke AG	6,0 Mio. jato (= 13,04%)
ARBED Saarstahl	5,9 Mio. jato (= 12,83%)
Krupp Stahl AG	5,4 Mio. jato (= 11,74%)
Klößner Werke AG	5,0 Mio. jato (= 10,87%)
Peine-Salzgitter AG	4,3 Mio. jato (= 9,35%)
Mannesmann AG	4,3 Mio. jato (= 9,35%)
	<hr/>
	43,3 Mio. jato (= 94,14%)

(Quelle: Taschenbuch für die Stahlindustrie 1981, 36ff., 55 sowie eigene Berechnungen)

Durch die drei Konzerne Thyssen, Krupp und Mannesmann ist etwa die Hälfte der gesamten Rohstahlproduktion und Kapazität allein in Duisburg konzentriert. Die östliche Region um Dortmund (Hoesch) entwickelte sich nach dem Saarland (ARBED) immer mehr zum zweiten größeren Krisenherd der BRD-Stahlindustrie, auch wenn dies bis 1980 noch verborgen blieb.

Im Ruhrgebiet, wo 70% der Anlagen der westdeutschen Stahlindustrie konzentriert sind, ist jeder vierte Arbeitsplatz direkt oder indirekt von der Stahlkrise betroffen. Die Arbeitslosigkeit in diesem Raum stieg von 1976 bis 1981 um 51% an (in der BRD um 38,5%). Seit 1974 verloren in der BRD ca. 25% aller Stahlarbeiter ihren Arbeitsplatz, obwohl im gleichen Zeitraum die Kapazitäten um über 12% erhöht wurden. Im Ruhrgebiet fand seit Mitte der sechziger Jahre ein kontinuierlicher und längerfristiger Anpassungs- und Modernisierungsprozeß mit Konzentrationsvorgängen, Produktionsanpassungen und permanentem Beschäftigungsabbau statt. Zu spektakulären Massenentlassungen und größeren sozialen Konflikten kam es jahrelang allerdings nicht, obwohl seit 1975 immerhin weit über 40000 Arbeitsplätze allein in der Stahlindustrie des Ruhrgebiets weggefallen sind.

Das Wirtschaftsjahr 1982 brachte die neue »Katastrophenmeldung«, daß die Rohstahlkapazität nominal nur noch mit 53,3% ausgelastet ist. Nach Aussagen des NRW-Wirtschaftsministers Jöchimsen (SPD) brachte diese Unterauslastung diesen kapitalintensiven Wirtschaftszweig in die Existenzkrise und auch bereits unter die Rentabilitätsgrenze (vgl. ITZ/KVR, Juni 1983, 19f.) Daß dies auch Folgen für den regionalen Arbeitsmarkt haben wird, ist unbestreitbar. Der lokale Arbeitsmarkt ist dort am meisten betroffen, wo auch der stärkste Arbeitsplatzabbau in der Stahlindustrie stattfindet. Von einem Arbeitsplatz in der Stahlindustrie hängen weitere 1,7 Arbeitsplätze unmittelbar oder mittelbar ab. In Dortmund etwa ist ein knappes Drittel seiner 220000 Arbeitsplätze vom Hoesch Konzern abhängig. Rechnet man die direkt abhängigen Arbeitsplätze in Handel und Verwaltung da-

zu, hängen an Hoesch rund 100000 Arbeitsplätze und mehr. Damit sind 300000 Einwohner aus Dortmund und Umgebung direkt oder indirekt in ihrer Existenz betroffen (vgl. Jäger 1981, 103ff.). Regionale und kommunale Perspektiven werden den einzelwirtschaftlichen Rentabilitätskriterien untergeordnet, wo die Vernichtung ganzer Stahlstandorte bevorsteht. Selbst modernste Anlagen wie das neue Blasstahlwerk in Völklingen (ARBED) sind vom Konkurs bedroht.

Das »Moderatorenkonzept«

Die rechtskonservative Regierung setzte zur Bewältigung der Stahlkrise drei Moderatoren ein, die »unternehmensübergreifende Kooperationen« und »marktstabilisierende Maßnahmen« erarbeiten sollten (vgl. Auszüge in: Bünnig u.a. 1983, 206ff.). Die Vorschläge gingen u.a. von folgenden Hauptkriterien aus: Maximierung des Gesamtrationalisierungspotentials der BRD-Stahlindustrie, Optimierung der zukünftigen Investitionen, Erhaltung »möglichst sicherer« Arbeitsplätze, Minimierung staatlicher Hilfen. Auf Grundlage dieser Kriterien sollte die langfristige Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der BRD-Stahlkonzerne erreicht werden. Kernstück des Vorschlags war die Zusammenfassung von Thyssen und Krupp zur Gruppe »Rhein« sowie von Hoesch, Klöckner und Peine-Salzgitter zur Gruppe »Ruhr«. Die innere Logik dieses Moderatorenvorschlages ist offensichtlich: Um den Branchenführer Thyssen sollte der längerfristig gesunde und für die Industriestruktur der BRD unabdingbare Kern des Stahlsektors gruppiert werden, der — gestärkt um die »Rosinen« aus der Krupp-Erbmasse — den bundesdeutschen Kampf auf dem Weltstahlmarkt von einer tragfähigen Basis aus hätte führen können (vgl. auch Esser 1983, 16). Die Auswahl der Moderatoren begünstigte eindeutig die Interessen von Thyssen: Günther Vogelsang, seit zwei Jahren selber Aufseher bei Thyssen und früher bei Krupp Generaldirektor, soll demnächst Vorsitzender des Thyssen-Aufsichtsrates werden.

Wirtschaftsminister Lamsdorf beklagte den »Mangel an Kooperation in der deutschen Stahlindustrie«, obwohl es zwischen Thyssen und Krupp bzw. Peine-Salzgitter und Hoesch zu Kooperationen gekommen ist. Gescheitert ist allerdings Anfang November jenes Konzept staatsmonopolistischer Regulierung, das die Fusion von Thyssen und Krupp vorsah. Klöckner versuchte zwar, in die »Ruhr«-Gruppe hineinzukommen, doch mit diesem Konzern wollte niemand zusammenarbeiten. Die Bundesregierung favorisiert weiterhin die Zusammenarbeit von Hoesch und Peine-Salzgitter mit ARBED Saarstahl, wo das Problem ähnlich liegt wie bei Klöckner: Eigentlich warten alle darauf, daß der andere pleite geht, damit sie sich dann die Marktanteile sichern können. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen setzt derweil immer noch auf die Zusammenarbeit von Hoesch und Krupp in der Ruhrstahl AG. Und die IG Metall?

Zwar wurde sowohl auf einer Stahlkonferenz als auch auf einer Vorstandssitzung der IGM im Februar 1983 das Moderatorenkonzept strikt abgelehnt, praktisch jedoch hatten IG-Metall-Vorstandsmitglieder in den entsprechenden Aufsichtsräten dem Moderatorenkonzept bereits zugestimmt. Vollkommen zu Recht kritisierten Betriebsräte des Thyssen-Konzerns daher hart den Beschluß des Aufsichtsrates, der in dem Konzept der Moderatoren »einen Weg« zur Lösung der Stahlprobleme sah. Die Arbeitnehmerbank hatte dieser Formulierung unter Leitung des neu gewählten Vorsitzenden *Hans Mayr* zugestimmt (FAZ vom 16.2.83). Und selbst der Stahlexperte der IG Metall Judith bekundete in einem Interview (WAZ vom 21.2.1983) öffentlich seine Sympathie mit dem Moderatorenkonzept, »wenn es noch ein bißchen modifiziert wird«, was ihn jedoch nicht davon abhielt, die Moderatoren wenig später als die »Vertreter des Kapitals« zu bezeichnen (Rede auf der

Stahlkonferenz in Dortmund, 24.2.1983). Es sei für ihn klar, daß bei der Realisierung des Moderatorenkonzeptes drastische Beschäftigungseinbrüche und die industrielle Verödung ganzer von der Stahlindustrie geprägter Wirtschaftsregionen bei den vorgesehenen Konzentrations- und Abbaumaßnahmen in Kauf genommen werden.

Eine rein privatwirtschaftliche Lösung der Stahlkrise kommt inzwischen für den IG-Metall-Vorstand nicht mehr in Betracht (vgl. ITZ/KVR, Juni 1983, 25ff.). Die Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Stahlindustrie müssen neu überdacht werden, was ausdrücklich die Veränderung der Eigentumsverhältnisse einschließt. Alle öffentlichen Hilfen sind an Auflagen zu binden, und ihr Erfolg muß kontrolliert werden. In einem zu bildenden »Stahlausschuß« will die IG Metall endlich dabei sein, wenn es um die gesamte Neuordnung der Stahlindustrie geht. In diesem Stahlausschuß sollen neben der Bundesregierung die beteiligten Landesregierungen, die Unternehmen und die IG Metall vertreten sein. Außerdem wird von der Gewerkschaft eine Überlebensgarantie für alle Stahlstandorte gefordert. Doch eine Überlebensgarantie kann niemand geben, nur die IG Metall sich selbst, indem sie jeden Standort unter Aufbietung aller Kampfkraft verteidigt. Die ausdrückliche Ablehnung »rein privatwirtschaftlicher Lösungen« durch das Vorstandspapier ist eine wichtige Entscheidung, auf die sich auch Mitglieder anderer Gewerkschaften gut beziehen können, jedoch: Auch sie ist interpretationsfähig. Denn im Stahlbereich herrscht schon lange kein »Kapitalismus der schrankenlosen Konkurrenz« mehr. Kartelle, Verkaufskontore und Marktregulierungen bestimmen die Politik in der Europäischen Gemeinschaft. Insofern könnte das Konzept der Umwandlung von Staatshilfen in Kapitalbeteiligungen ein sinnvolles Konzept gradueller Verstaatlichung sein (vgl. Bünnig u.a. 1983, 200ff.) und müßte grundsätzlich in der BRD Anwendung finden. In der Stahlindustrie geht es jedoch an der Problemlage vorbei, denn es muß unmittelbar und direkt im Interesse der Lohnabhängigen regulierend eingegriffen werden. Die Hoffnung, die in den Stahlausschuß gesetzt wird, zeigt die Tendenz zu korporatistischer Gewerkschaftspolitik an. An der Neustrukturierung der Stahlindustrie nicht beteiligt, sondern bewußt von Kapital und Staat ausgeschlossen worden zu sein, trifft das Selbstvertrauen des IG-Metall-Vorstandes und zeigt den Bedeutungsverlust der Verbandsspitze auf.

Das Ringen der IG Metall um Lösungsperspektiven

Die Unzufriedenheit mit dem Diskussionsstand in der IG Metall veranlaßte die Vertrauenskörperleitungen der drei Hoesch-Werke Ende 1982 dazu, eigene Perspektiven zu entwickeln. In einer Resolution, die später in über zwölf Unternehmen in den Vertrauensleutenvollversammlungen verabschiedet und als Antrag auf dem IG-Metall-Kongreß eingebracht wurde, wurde der Vernichtungsstrategie der Kapitaleseite eine nationalstaatliche Lösung auf der Grundlage der Montanmitbestimmung entgegengestellt: 1. die Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum, 2. Schaffung einer national paritätisch bestimmten Stahl AG, 3. Beibehaltung der regionalen Standorte, 4. Sicherung der Stahlstandorte durch eine demokratische Rahmenplanung, 5. gezielte Investitions-, Sozial- und Innovationspolitik. (Vgl. ebd.)

Mit ihrer Alternative zu marktwirtschaftlichen Lösungskonzepten brachten sich die IG-Metall-Funktionäre der unteren und mittleren Organisationsebene zugleich in Gegensatz zur Gewerkschaftsführung, die noch bis zum Gewerkschaftstag im Oktober 1983 stets gegen Verstaatlichungskonzepte sehr schroff Stellung bezog. Der ehemalige Vorsitzende *Eugen Loderer* führte auf einer Stahlkonferenz Anfang 1983 vor 500 Betriebsräten aus, daß

die Forderung nach genereller Verstaatlichung der Stahlindustrie gemeinsamen Zielen mehr schaden als nützen würde. Bei den gegenwärtigen politischen Mehrheitsverhältnissen bliebe sie wahrscheinlich auf dem Papier stehen. Allein mit ihr zu drohen, hätte, laut Loderer, keinen praktischen Nutzen, »aber immer noch Sprengkraft genug, um uns alle nur denkbaren Gegner auf den Hals zu hetzen, die uns als verkappte Umstürzler verketzern« (Rede auf der Stahlkonferenz in Dortmund, 24.2.1983). Interessant war, daß im Laufe der Zeit die Vorstandsmitglieder *Hans Preiss* und *Georg Benz* offen die Forderung der Vertrauensleute unterstützten. Insbesondere Loderers Behauptung, die Verstaatlichung sei politisch nicht durchzusetzen, stieß auf Ablehnung, weil es — so Hans Preiss — zur Ausstellung eines Armutszeugnisses für die IG Metall führe (vgl. *Der Gewerkschafter* 3/1983, 2).

Wie kam es zu dieser Veränderung der Grundhaltung innerhalb der IG Metall? — Lange Zeit hatte die IG Metall durch ihre grundsätzlich positive Einstellung zur Rationalisierung — vor allem im Stahlbereich — die Strategie der »Modernisierung der Volkswirtschaft« mitgetragen, in der Hoffnung, durch die Stützung von wirtschaftlichen Kernbereichen insbesondere für die organisierten Facharbeiter das Beste herauszuholen. Doch mit der Zuspitzung der ökonomischen Krise und mit dem kontinuierlichen Ansteigen der Arbeitslosenzahlen setzte sich auch die Einsicht durch, daß die Arbeitslosigkeit nicht nur ein konjunkturelles, sondern auch ein strukturelles Problem ist, dem nicht allein mit konjunktur- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beizukommen ist. Erster Ausdruck dieser Einsicht waren die im Juli 1977 veröffentlichten »Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung« (DGB 1977), die trotz Rücksichtnahme auf die sozialliberale Regierung die Absicht der Gewerkschaften signalisierten, sich aus dem staatlichen Krisenmanagement herauszulösen und eine autonome Gewerkschaftspolitik zu betreiben. »Die Verwirklichung des Grundrechtes auf Arbeit, das heißt das Recht jedes Arbeitnehmers, der arbeiten kann und will, auf einen angemessenen Arbeitsplatz unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, muß in einem sozialen Rechtsstaat Vorrang vor privaten Gewinninteressen haben.« (Ebd., 6) In dieser Aussage wurde mit der Vorstellung gebrochen, Vollbeschäftigung sei als automatisches Resultat von Profitsteigerung zu erwarten. Vollbeschäftigung als eigenständiges Ziel mit höchster Priorität ist zumindest theoretischer Ausgangspunkt einer wirtschaftspolitischen Alternative, wenngleich damit noch keinesfalls das Profitprinzip gänzlich in Frage gestellt wird.

Für die Gewerkschaften wird der Abbau von Arbeitslosigkeit und der Einsatz wirksamer Strategien zur Vermeidung wachsender Arbeitslosigkeit zu einer Schicksalsfrage. Über die politische Form und Strategie ihrer Ziele ist damit jedoch noch nichts gesagt. Denn ob die Lohnabhängigen und die Gewerkschaften die Auseinandersetzung integrativ, also in »gesamtwirtschaftlicher Verantwortung«, oder antikapitalistisch, also gegen Kapitalinteressen, austragen, hängt auch von verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungsfaktoren ab. Die Strategie des Vorstandes der IG Metall bestand bisher aus einer Mischung aus Konflikt und Kooperation.

»Am Beginn des Krisenregulierungsprozesses steht die offen demonstrierte Bereitschaft zum Konflikt. Damit beweist die IG Metall symbolisch die Mobilisierungsfähigkeit ihrer Mitglieder als Teil gewerkschaftlicher Stärke, zugleich kanalisiert sie den Konflikt von unten.« (Esser/Fach/Väth 1983) Daß diese Kanalisierung des Konfliktes dem Vorstand der IG Metall in den letzten beiden Jahren immer weniger gelingt, wird auch von *Esser, Fach* und *Väth* zugegeben. Denn seit 1981 machten bei fortschreitender Modernisierung und Rationalisierung der Stahlindustrie die Selektionsprozesse auch vor den Stammebelegschaften nicht mehr halt. Auch die »Kernarbeiter« sind von wachsender Arbeitsintensivierung,

Dequalifizierung, Zwangsmobilität und von lebensperspektivischer Unsicherheit bis hin zur Arbeitslosigkeit betroffen — auch jener Kern der aktiven Gewerkschafter, die nach sechs Jahren Krisenbewältigung durch die Stahlkonzerne überall am eigenen Leib erfahren mußten, wie sie belogen und betrogen wurden. Die Massentlassungen können jeden treffen. Dies hat zu einem neuen Niveau der Auseinandersetzungen geführt.

Ein zweiter Bedingungsfaktor ist die »politische Wende« durch die Machtübernahme der Regierung Kohl. Der verstärkte Abbau von Sozialleistungen und die offen betriebene Politik im Interesse des Kapitals fördern den Widerstand und die Mobilisierung innerhalb der Lohnabhängigen. Darüber hinaus ist auch die Gewerkschaftsspitze von der Anbindung an sozialliberale Regierungspolitik befreit. Die »Seelenmassagen« in den »sozialen Dialogen« von Bundesregierung, wichtigen Gewerkschafts- und Wirtschaftsführern, bei denen es um »Rat, Konsultation, Information, subtile Einflußnahme, stille Suche nach dem Konsens« ging, sind vorerst vorbei. Diese Treffen, die von der Abteilung Wirtschaft und Finanzen im Kanzleramt vorbereitet wurden, haben den Bundeskanzler Schmidt »immerhin 200 Stunden pro Jahr« gekostet (Die Zeit, 8.8.1980, 3)

Ein dritter, nicht zu unterschätzender Faktor ist die Entwicklung eines Konzeptes einer alternativen Stahlpolitik durch die Memorandum-Gruppe (vgl. Memorandum 1981, 205ff.). Dies wird seit 1981 intensiv diskutiert und faßt in den Resolutionen, Überlegungen und Vorstellungen von IG Metall Mitgliedern immer stärker Fuß, weil die IG Metall lange Zeit gar keine eigenen, die Arbeitsplätze und den Lebensstandard sichernden Konzepte vorweisen konnte und dadurch erst gezwungen wurde, eigene Vorschläge zu entwickeln.

Orientierungen für eine alternative Stahlpolitik

Die Stärke der Dortmunder Entschließung zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie liegt darin, daß sie an in traditioneller und gewerkschaftlicher Funktionärsbildung lebendig gehaltener Programmatik der Gewerkschaftsbewegung anknüpft. Denn gegen die Machtzusammenballung des Kapitals steht auch in der Satzung der IG Metall (vgl. § 2) die wirtschaftsdemokratische Sozialisierungsforderung. Alternative Ansätze haben die Aufgabe, eine nach vorne gewandte, »realistische« und zu erkämpfende Möglichkeit der Bewältigung der Stahl-Strukturkrise aufzuzeigen. Dabei müssen die Widersprüche und Kämpfe innerhalb der Organisationen der Arbeiterbewegung ebenso berücksichtigt werden wie die zu erwartenden Widerstände von Staat und Kapitaleseite.

In diesem Zusammenhang ist es meiner Meinung nach falsch, aus der korporatistischen Gewerkschaftspolitik der letzten Jahre zu folgern, daß »jegliche Form der Verstaatlichung der Stahlindustrie als Alternative entfällt« (Väth in: ITZ/KVR Juni 1983, 12). Denn die Aussage, daß sich »Überlegungen zu Vor- und Nachteilen einer solchen Krisenlösung erübrigen, weil alle relevanten politischen und gesellschaftlichen Kräfte eine solche Lösung mit Nachdruck ablehnen«, bedeutet, daß der zunehmende Druck der Gewerkschaftsbasis, die eben auch als soziale Bewegung zu begreifen ist, unterschätzt wird. *Hermann Bömer* formuliert in *spw 20* seine Kritik sehr hart: »Eine solche fatalistische Position ist das Ergebnis einer undialektischen Gewerkschafts- und Korporatismusanalyse, die die sich seit Jahren abzeichnende zunehmende Differenzierung der Positionen und Handlungen in der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik schlicht ignoriert.« (Bömer 1983, 302) Im Gegensatz zu Väth hält Bömer »die Bewegung in den Stahlwerken für eine relevante gesellschaftliche Kraft, weil sie auf ein tatsächliches Krisenlösungskonzept orientiert und von den Stahlarbeitern selbst getragen wird.« (Ebd.)

Ob das Vergesellschaftungskonzept tatsächlich schon heute eine Sache der Belegschaften in ihrer ganzen Breite ist, muß allerdings bezweifelt werden. Diese Forderung wird von einem starken und wichtigen Kern von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten propagiert, jedoch darf man die verfestigten Vorurteile gegen die Sozialisierung und damit die Hege-
monie bürgerlichen Denkens in der Arbeiterbewegung nicht unterschätzen.

Was aber auf jeden Fall zur Kenntnis genommen werden muß, ist, daß in dieser Forderung nach Vergesellschaftung sich von Stufe zu Stufe der Hinhaltetaktik und der Scheinlösungen ein Lernprozeß der Stahlarbeiter kristallisiert hat (vgl. auch Revier 2/1983, 5). Dieser Kampf bedeutet im Ansatz eine Politisierung der Stahlarbeiter und der Arbeiterklasse. In der SPD wird das nicht ohne Auswirkungen bleiben.

Einwände gegen die Vergesellschaftungsforderung sind scheinradikal, verzichten auf verändernde Gestaltung und bleiben auf dem Niveau des in der Tradition der Arbeiterbewegung verbreiteten »revolutionären Attentismus«, dem Verschieben der Veränderung auf den Sanktnimmerleinstag. Verstaatlichung ist nicht Zweck, sondern notwendiges Mittel zum Zweck. Denn bei Herstellung rentabler Produktionsbedingungen, d.h. optimale Auslastung, hoher Modernitätsgrad — aber auch die Beseitigung der Zinsbelastung durch Verstaatlichung der Banken —, lassen sich Handlungsspielräume erschließen, um dringliche Ziele der Humanisierung, der Energieeinsparung, des Rohstoffrecyclings und des Umweltschutzes zu realisieren. Damit kann sogar bei entsprechender Aufgabenerweiterung der Unternehmensziele die Stahlproduktion mehr Personal benötigen als bisher.

Die positiven Auswirkungen einer alternativen Wirtschaftspolitik lassen sich in Ansätzen auch in Österreich belegen. Im privaten Sektor ist im Zeitraum von 1974 bis 1978 die Beschäftigung um 10% gesenkt worden, im verstaatlichten Sektor hingegen nur um 1,4% (vgl. dazu Rauter 1981, 153ff.) Die Vergesellschaftungsforderung ist nur die »Rohform« eines Konzeptes einer alternativen Wirtschafts- und Produktionsweise. Die Inhalte dieser Rohform sind zugleich Orientierungen für eine arbeitnehmerorientierte Kommunal- und Regionalpolitik. Der Wechsel des Eigentums von Privateigentum zur öffentlichen Hand allein ändert für die Lohnabhängigen im ersten Moment wenig. Denn auch in einer verstaatlichten Stahlindustrie hat ein modifiziertes Rentabilitätskalkül Geltung. Jedoch verbessern sich die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes. Die — wenn auch begrenzte — Abhängigkeit des Unternehmers Staat von Wählerstimmen läßt sich im Rahmen einer offensiven Gewerkschaftspolitik systematisch politisch nutzen.

Wenn hier vertreten wird, daß eine alternative Stahlpolitik den Rahmen einer umfassenden alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik benötigt, ist es trotzdem richtig, gerade aufgrund der Skepsis in SPD und DGB dem Vergesellschaftungskonzept kurzfristige Interessen aufzunehmen und politische Durchsetzungschancen aufzuzeigen. Ähnlich wie Wolfgang Krumbein denke ich, daß eine Umstrukturierung der BRD-Stahlindustrie mittels Vergesellschaftung und Investitionslenkung auch ohne die Einbindung in eine Konzeption alternativer Wirtschaftspolitik funktionsfähig sein kann. »Dies zu erreichen, ist sicherlich schwieriger und problembeladener als bei einer parallel durchgesetzten neuen ökonomischen Logik, erscheint aber bei einer den politischen und sozialen Bedingungen entsprechenden moderaten Form als durchaus möglich.« (Krumbein 1983, 82). Eine Insel im kapitalistischen Meer kann jedoch solange nicht funktionieren, sofern nicht eine strukturverändernde Orientierung im Sinn einer demokratischen Rahmenplanung eingebaut ist. Die qualitative Erweiterung der Mitbestimmung im Sinne gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung und regionaler Struktur- und Branchenräte entspricht auch der Zielsetzung des DGB und der IG Metall. Die Entwicklung und Realisierung dieser Konzeption ist si-

cherlich nur als konflikthafter Prozeß vorstellbar, der auch an einer Nationalisierung der Banken mittelfristig nicht vorbeigehen kann. Das Bankkapital ist der große Gewinner der Stahlkrise und hat seit 1975 Milliarden aus der Stahlindustrie herausgeholt. Sich die Steuerungskompetenz anzueignen, muß ein wichtiges Motiv der Nationalisierung von Schlüsselindustrien und Banken sein.

Eine »realistische« Alternative zu den bislang von den Konzernen und der Bundesregierung verfolgten Lösungskonzepten muß sowohl die Interessen an Arbeitsplatzertand und regionaler Orientierung artikulieren als auch die Verbindung zu einem ökonomisch überzeugenden, dezentralen Vergesellschaftungskonzept herstellen. Für die Marxisten in der SPD muß der vor allem von den Dortmunder Kollegen durchgesetzte Beschluß des IGM-Gewerkschaftstages zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie den Ansatzpunkt bilden, dieser Forderung in der Partei mehr Rückhalt zu verschaffen und ihn öffentlich zu machen.

Literaturverzeichnis

- Bömer, H., 1983: Beispiel Stahlkrise — Das Ringen um Alternativen, in: *spw* 20, 6.Jg., Berlin/W., 299ff.
- Bünnig u.a. 1983: Stahlkrise — Regionalkrise, Duisburg
- Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.) 1977: Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, Düsseldorf
- Esser, J., 1983: Das Moderatorenkonzept, in: *express*, H.3
- Esser, J., 1982: Gewerkschaften in der Krise, Frankfurt/M.
- Esser/Fach/Väth 1983: Krisenregulierung — Zur politischen Durchsetzung ökonomischer Zwänge, Frankfurt/M.
- ITZ/KVR, Juni 1983: Stahl — Endstation Schwindsucht, Essen
- Jäger, S., 1983: Dortmund kann Lehrstück sein, in: *Brennpunkt Stahlkrise*, hrsg. von der Revier-Redaktion, Duisburg
- Krumbein, W., 1983: Zur Stahlkrise in der BRD. Ursachen und Lösungsmöglichkeiten, in: *Sozialistische Tribüne*, H.1, Bonn, 79ff.
- Memorandum 1981: Ein Beispiel gesellschaftlicher Strukturreformen: Die Vergesellschaftung der Eisen- und Stahlindustrie, Köln
- Monopolkommission 1977: Hauptgutachten III, Köln
- Rauter, U., 1981: Verstaatlichung der Stahlindustrie: Beispiele, England und Frankreich, in: *Brennpunkt Stahlkrise*, hrsg. von der Revier-Redaktion, Duisburg, 153ff.

Dokumentation

Gewerkschaftspositionen zur Friedenspolitik

1) 14. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall

Im Mittelpunkt der ausführlichen friedenspolitischen Diskussion auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall vom 9.-15. Oktober 1983 in München stand die Auseinandersetzung um die mögliche Durchführung eines Generalstreiks (§2 der Satzung) gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen. In seinem Rechenschaftsbericht hatte *Eugen Loderer* dazu ausgeführt:

»Auch der Forderung nach einem *Generalstreik*, der vor allem von außen an die deutschen Gewerkschaften zur Verhinderung der Raketennachrüstung herangetragen wurde, haben wir im Vorstand nicht nachgegeben.

Wir wissen um unser Recht, ja um unsere Pflicht zum Widerstand und damit zum politischen Streik, wenn die Demokratie ernsthaft in Gefahr gerät. Für uns gibt es kein verfassungsrechtliches Verbot eines politischen Streiks, auch wenn die Rechtsprechung in einigen Fällen anders entschieden hat.

Doch die Situation, in der wir uns befinden, ist nicht vergleichbar mit der vom März des Jahres 1920 zum Beispiel. Damals hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund mit einem Generalstreik die Beseitigung der demokratischen Ordnung verhindert, als Kapp und Lüttwitz mit ihren Freicorps-Verbänden versuchten, die Reichsregierung zu stürzen.

Der Beschluß des Bundesvorstandes des DGB vom September dieses Jahres forderte alle Arbeitnehmer auf, am 5. Oktober fünf Minuten die Arbeit ruhen zu lassen. Diese Entscheidung haben wir aktiv getragen und im Bundesvorstand entscheidend durchsetzen helfen. Deshalb ist die Meldung in einem Wochenmagazin, die das Gegenteil aussagt, einfach aus der Luft gegriffen.

Die Gedenkpause am Mittwoch vergangener Woche hat den Friedenswillen der deutschen Arbeitnehmer ohne Zweifel noch einmal eindrucksvoll dokumentiert. Die fünfminütige Demonstration in den Betrieben am 5. Oktober war ein unmißverständlicher Beweis des Friedenswillens der deutschen Arbeitnehmer. Sie ist ein unmißverständlicher Appell an die verhandelnden Großmächte in Genf, *sie ist ein klarer Beweis für unsere Zurückweisung aller Mittelstreckenraketen in Europa. Sie ist aber zugleich auch beispielhaft für die Verhältnismäßigkeit der Mittel, die wir wählen.*« (Protokoll, 1. Tag, S.53)

Entsprechend dieser Position enthielt die vom Vorstand eingebrachte Entschließung 3 zu Frieden, Entspannung und Abrüstung keine Aussage zur Anwendung des §2 der Satzung. Dem Gewerkschaftstag wurde daher der Ergänzungsantrag Nr. 5 aus den Reihen der Delegierten mit folgendem Inhalt zur Abstimmung vorgelegt:

»Sollte die Stationierung von Mittelstreckenraketen durchgeführt werden, fordert der Vorstand der IG Metall die Mitglieder auf, gewerkschaftliche Aktions- und Kampfformen bis hin zu Arbeitsniederlegungen gemäß §2 unserer Satzung durchzuführen.«

Die Antragsberatungskommission empfahl die Ablehnung dieses Antrags. In der Aussprache um den Ergänzungsantrag Nr. 5 führte u.a. der Betriebsratsvorsitzende der Firma Kässbohrer, *Berthold Huber*, aus Ulm aus:

»Ich bin überzeugt, daß die Arbeiterbewegung in der Lage ist, sich nicht nur verbal, sondern tatsächlich an die Spitze der Friedensbewegung zu stellen. Im Gegensatz zu anderen Schichten und Gruppierungen müssen wir nämlich in der Lage sein zu erkennen, daß Aufrüstung, daß zunehmende Kriegsgefahr nicht Produkt perverser Gehirne, sondern Ergebnisse gesellschaftlicher Verhältnisse sind. Wir sind es doch, die jeden Tag in den Fabriken und Verwaltungen den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit spüren. Wenn wir schon Geschichte für uns reklamieren, dann doch bitte schön unsere eigene Geschichte, dann doch bitte schön unser eigenes daraus resultierendes Wissen, daß Kriege gesellschaftliche Ursachen haben, daß der Kampf um Märkte und damit der Kampf um Profite das Bewegungsgesetz ist, das die Richtung bestimmt, auch in Richtung Krieg.

(...)

Derartiges deutlich zu machen, Kolleginnen und Kollegen, das verstehe ich unter Sich-an-die-Spitze-der-Friedensbewegung-Stellen.

Aber noch etwas anderes müssen wir darunter verstehen — das betrifft die Aktionsformen und Möglichkeiten. Unsere eigene Geschichte beweist, daß in elementaren Fragen nicht das Wort, sondern die Tat von entscheidender Bedeutung war. Ein Karl Liebknecht hat eben doch mit der Organisation von Munitionsarbeiterstreiks im Jahre 1916 mehr für die Beendigung des Ersten Weltkrieges getan als eine Berta von Suttner je gegen den Ausbruch desselben Krieges hätte tun können.

Wenn deshalb manche Kollegen es sich auch als Verdienst andichten, die Generalstreikbewegung abgewehrt zu haben, so bezweifle ich, daß das ein Verdienst ist. Natürlich wäre es unsinnig, einen *Generalstreik* hier und jetzt zu fordern. Nur wenn Anträge, die die Offenhaltung dieser Möglichkeiten fordern, abgelehnt werden, so kann ich das nur mit dem Wort Selbstkastration charakterisieren. (Beifall)

Streiks, Kolleginnen und Kollegen, und noch weniger ein Generalstreik, lassen sich auf Befehle des Mufti oder anderer herbeiführen. Es muß uns aber darum gehen, daß die Arbeitnehmerschaft sich selbst in die Lage versetzt, und zwar mit Hilfe ihrer Organisation, der IG Metall und der Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund, sich in diesem Fall der Fälle eine solche Aktionsmöglichkeit offenzuhalten.

Kriegsgefahr und erst recht nicht Krieg lassen sich mit Worten, sondern nur mit Taten bekämpfen. Wenn dies, um einen Krieg zu verhindern, notwendig wäre, dann wäre es aus meiner Sicht ein Verbrechen. Wir würden uns schuldig machen, nicht auch und gerade zum Mittel des Streiks und noch mehr gegriffen zu haben. Die Gewerkschaftsbewegung hat dies — das zeigt auch die Geschichte — schon einmal versäumt.

(...)

Streik war noch nie ein ausgewogenes Mittel. Streik bedeutet, der Gewalt des Kapitals und diesem Bewegungsgesetz unsere Gewalt und unsere Macht entgegenzusetzen. Und wenn anders ein Krieg nicht zu verhindern ist, dann bin ich gegen diese Art von Anstand, gegen diese Art von Ausgewogenheit, weil sonst an ihrem Ende mal wieder unsere eigene Niederlage stehen wird. Ich danke fürs Zuhören. (Starker Beifall)

(Protokoll, 3. Tag, S.293f.)

Nach 38 Wortmeldungen (an der Rechenschaftsdebatte hatten sich 55 Kolleginnen und Kollegen beteiligt, was von Eugen Loderer als »Rekord« bezeichnet wurde) und einer aus Tagesordnungsgründen notwendigen längeren Unterbrechung der Debatte legte die Antragsberatungskommission dem Gewerkschaftstag eine Neufassung des Ergänzungsantrages 5 mit folgenden Wortlaut vor:

»Sollte die Stationierung von Mittelstreckenraketen zu einer Situation führen, in der die demokratische Grundordnung als Ganzes bedroht ist, fordert der Vorstand der IG Metall in Zusammenarbeit mit dem DGB die Mitglieder auf, gewerkschaftliche Aktions- und Kampfformen bis hin zu Arbeitsniederlegungen gemäß §2 unserer Satzung durchzuführen.«

Der neu gewählte Erste Vorsitzende der IG Metall, *Hans Mayer*, führte abschließend zu diesem Änderungsantrag aus:

»Zunächst will ich einen Mann zitieren, den wir alle kennen. Er hat gesagt: »Ich kann mir durchaus vorstellen, daß im Zuge der Mobilisierung der Öffentlichkeit und aller Kräfte auch Warnstreiks erforderlich sein können, um den verblendeten Stärkepolitikern Einhalt zu gebieten, wenn sie anders nicht zur Vernunft zu bringen sind. Wir wollen uns aber hüten, Illusionen zu erwecken. Die vereinzelt Rufe nach einem Generalstreik gegen die Atomaufrüstung zeigen nur die Unkenntnis der Rufer von gegenwärtigen sozialen und politischen Zusammenhängen. Ein Generalstreik fällt nicht vom Himmel. Er ist nicht das Ergebnis eines Vorstandsbeschlusses oder einer papierenen Entschließung. Er bedeutet zweifellos, wie 1920 der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch deutlich gemacht hat, eine letzte gewaltige Anstrengung der Arbeitnehmerschaft in einer Krise der demokratischen Staatsordnung. Heute den Generalstreik zu fordern, heißt die Luft mit leeren Worten erschüttern. (...)

Dieses hat Otto Brenner gesagt. Nun will ich nicht zitieren, was Rosa Luxemburg über den Massenstreik gesagt hat oder wie sich Lenin darüber geäußert hat, obwohl uns allen das sicherlich sehr gut tun würde.

(...)

Ja, Kolleginnen und Kollegen, ich plädiere für den ganzen Vorstand dafür, daß wir den Änderungsvorschlag der Antragsberatungskommission annehmen. Ich werde dies auch kurz begründen.

Der Kollege Sörgel aus Bremen — da sitzt er, wir kennen uns ja — hat gesagt: »Genau durchlesen, es kommt auf jedes Wort an, auf jedes Komma.« Er hat absolut recht.

Erstens wird der Vorstand verpflichtet zu handeln, wenn die Stationierung von Mittelstreckenraketen durchgeführt wird, und er soll gar nicht prüfen, ob er möglicherweise auf sehr dünnem Eise sich bewegt. Diese Freiheit muß man dem Vorstand lassen, und dieses Vertrauen muß man ihm geben, daß er zum richtigen Zeitpunkt dann — und jetzt sage ich: hoffentlich — auch das Richtige tut.

In diesem Ergänzungsantrag Nr. 5 ist der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften völlig heraus, als ob das eine Angelegenheit der IG Metall wäre, wo wir doch verpflichtet sind, den gesamten Deutschen Gewerkschaftsbund für unsere Gedanken zu gewinnen. (Beifall)

Und das zweite, die Satzung der Industriegewerkschaft Metall. Ich will das ganz leidenschaftlos sagen. Nach unserer Auffassung hat dieser Paragraph 2 in der Satzung einen ganz anderen historischen Hintergrund. Als dieser Paragraph eingeführt worden ist, ging es darum, dem Vorstand die Vollmacht zu erteilen, ohne jegliche Vorabstimmung zu entscheiden, ob er einen Streik ausrufen will, wenn die demokratische Grundordnung gefährdet ist. Das ist verständlich, da kann man keine Urabstimmung vorher durchführen.

Es wurde daran gedacht, einen neuen Faschismus in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern. Das ist der historische Hintergrund des Paragraphen 2. (Beifall)

Ich möchte nicht haben, daß der Gewerkschaftstag zuläßt, daß auf einmal ohne Verbin-

dung zum Grundgesetz dieser Paragraph anders interpretiert wird, als damals gedacht war. Dies sind die entscheidenden Gründe, weshalb ich den Gewerkschaftstag bitte, dem Änderungsantrag der Antragsberatungskommission zuzustimmen.

Noch eine Bitte. Der braucht niemand zu folgen. Ich weiß, daß da Gewissensfragen eine Rolle spielen. Aber bitten darf man trotzdem. Überlegt Euch noch einmal, wenn Ihr dem Änderungsantrag der Antragskommission nicht zustimmen wollt, ob Ihr es nicht trotzdem tun wollt. Dann können wir möglichst einstimmig diese Frage miteinander klären. Das ist meine Bitte. (Beifall)

(Protokoll 4. Tag, S.400f.)

Mit der Neufassung des Ergänzungsantrages 5 sowie weiteren Änderungen wurde der Entschließungsantrag 3 im folgenden Wortlaut bei drei Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

E 3: Frieden, Entspannung und Abrüstung

Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag stellt mit großer Sorge fest, daß die Politik der Entspannung und des politischen Ausgleichs, die in den 70er Jahren begonnen wurde und an der die sozial-liberale Bundesregierung maßgeblichen Anteil hatte, abgelöst worden ist durch verstärkte Konfrontation und das Streben nach militärischer Überlegenheit. Entspannung und Abrüstung sind der einzige Weg, den Frieden in der Welt zu sichern. Der Gewerkschaftstag fordert deshalb alle politischen Kräfte in unserem Lande mit Nachdruck auf, Entspannungs- und Friedenspolitik zu unterstützen.

Die Verhinderung kriegerischer Auseinandersetzungen durch die Drohung mit Massenvernichtung ist unglaubwürdig, denn die Anhäufung immer größerer Vernichtungspotentiale führt nicht zu mehr Sicherheit; im Gegenteil, die Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit wird dadurch ständig erhöht. Die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen den großen Militärböcken wird zusätzlich dadurch vergrößert, daß neue Waffentechnologien und darauf aufbauende Militärstrategien begrenzte atomare Kriege scheinbar möglich werden lassen. Ein solcher Krieg verwandelt die BRD und Europa in eine atomare Wüste, vernichtet alles Leben und damit endgültig die vom Grundgesetz vorgegebene soziale und demokratische Ordnung. Solche wahnwitzigen Überlegungen und Pläne stoßen auf den entschlossenen Widerstand der IG Metall.

Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag verurteilt mit Entschiedenheit alle Bestrebungen, die die Gefahr der Massenvernichtung auf diese Weise weiter erhöhen. Er bekräftigt die Forderung des DGB-Grundsatzprogramms von 1981 nach einem Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung, der Weitergabe und Anwendung atomarer Massenvernichtungsmittel.

Die Genfer Verhandlungen zur Reduzierung der atomaren Mittelstreckenpotentiale in Europa sind ernsthaft und zügig zu Ende zu führen. Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die UdSSR müssen weiter gedrängt werden, Lösungen zu finden, die eine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen ausschließen und in der Folge zum Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art führen.

Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag fordert die beiderseitig kontrollierte Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa. Mit aller Entschiedenheit wendet sich der 14. ordentliche Gewerkschaftstag gegen die im sogenannten Doppelbeschluß der NATO vom 12.12.1979 enthaltene »Nachrüstungsautomatik«, die davon ausgeht, daß — falls beiderseitig akzeptierte Verhandlungsergebnisse nicht vorliegen — unmittelbar mit der Stationie-

rung von Pershing II in der Bundesrepublik und von Marschflugkörpern in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern begonnen wird. Eine solche Nachrüstungsautomatik darf es nicht geben. Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in der BRD verstößt gegen das Friedensgebot des Grundgesetzes und muß verhindert werden.

Der Gewerkschaftstag fordert gleichzeitig die Sowjet-Union, England und Frankreich auf, die Produktion und Stationierung neuer Mittelstreckenraketen einzustellen und die bereits stationierten, die schon heute eine Bedrohung ganz West- und Osteuropas darstellen, abzubauen. Darüber hinaus wendet sich der Gewerkschaftstag gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik, die durch extrem kurze Flugzeiten und hohe Treffgenauigkeit das ohnehin fragwürdige Konzept der atomaren Abschreckung vollends aus den Angeln heben und die Gefahr der atomaren Auseinandersetzung weiter erhöhen. Sollte die Stationierung von Mittelstreckenraketen zu einer Situation führen, in der die demokratische Grundordnung als Ganzes bedroht ist, fordert der Vorstand der IG Metall in Zusammenarbeit mit dem DGB die Mitglieder auf, gewerkschaftliche Aktions- und Kampfformen bis hin zu Arbeitsniederlegungen gemäß §2 unserer Satzung durchzuführen.

Mit der Stationierung atomarer, chemischer und biologischer Waffen wird die Souveränität der BRD in der Überlebensfrage des Volkes aufgegeben und auf eine andere Staatsmacht übertragen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre vom Grundgesetz übertragenen Aufgaben selbst wahrzunehmen, die Stationierung dieser Waffen zu verhindern und schon gelagerte vom Boden der Bundesrepublik entfernen zu lassen. Eine lückenlose Information der Bevölkerung über diese Bemühungen ist sicherzustellen.

Der Gewerkschaftstag ist sich bewußt, daß für die an der Nahtstelle von Bündnissystemen gelegene und exponierte Bundesrepublik Deutschland noch mehr als für andere Länder Mitteleuropas Frieden, Entspannung und Abrüstung ganz besonderes Gewicht haben. Der Weltfrieden wird nicht zuletzt auch durch die Aufrüstung der Dritten Welt gefährdet, wo schon lokale Krisenherde die Gefahr weltweiter Konflikte in sich bergen. Durch die ständig steigenden Rüstungsausgaben werden darüber hinaus Mittel gebunden, die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Länder dringend erforderlich sind. Der Gewerkschaftstag fordert die Bundesregierung auf, keine Ausweitung von Rüstungsexporten aus der Bundesrepublik zuzulassen, die Waffenexporte in Länder der Dritten Welt weiter einzuschränken und sich für internationale Regelungen zur Beschränkung des Waffenhandels einzusetzen. Der Verteidigungshaushalt ist entsprechend den Beschlüssen der UNO um jeweils 10% zu senken.

Die Schaffung oder Sicherung von Arbeitsplätzen darf kein Argument für mehr Rüstungsproduktion und mehr Rüstungsexport sein. Die Arbeitsplätze der betroffenen Arbeitnehmer müssen auf andere Weise gesichert werden. Die IG Metall bekräftigt die Forderung nach der Vorbereitung von Umstellungen auf andere Produktionen auf der Basis hochentwickelter Technologien. Sie begrüßt und unterstützt die Arbeitskreise von Betriebsräten und Vertrauensleuten, die das Ziel haben, bei den Unternehmen alternative Produktionen zur Sicherung der Arbeitsplätze durchzusetzen.

Aktiver Einsatz für Frieden, Entspannung und Abrüstung setzt den Ausbau einer systematischen Friedens- und Konfliktforschung voraus, die drohende Spannungen rechtzeitig erkennbar macht und vorausschauende Möglichkeiten der Konfliktvermeidung und -bewältigung aufzeigt. Der Gewerkschaftstag protestiert gegen die zunehmende Einschränkung dieses Forschungsbereichs. Er setzt sich gleichzeitig für eine größere Verbreitung der

Forschungsergebnisse ein, nicht zuletzt im Rahmen einer Friedenserziehung an den Schulen.

Die Aufgaben unserer Zeit können nur durch eine solidarische Zusammenarbeit der Menschen, Völker und Staaten gelöst werden. Voraussetzung hierfür ist und bleibt die allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Allein ein dauerhafter und noch wesentlich zu verstärkender Kampf für Frieden, Entspannung und Abrüstung, in dem der DGB und die Einzelgewerkschaften in Übereinstimmung mit ihrem Aufruf 'Frieden durch Abrüstung' als die älteste und stärkste Friedensbewegung eine führende Rolle spielen, kann die Politik nachhaltig beeinflussen. Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag fordert den Vorstand, die Bezirksleitungen und Verwaltungsstellen auf, durch verstärkte Aktivitäten zu diesem großen Ziel der Gewerkschaften beizutragen. Der DGB und die Einzelgewerkschaften müssen, ausgehend von ihrem Aufruf 'Frieden durch Abrüstung', eine wesentlich aktivere Rolle in der Friedensbewegung übernehmen. Dazu gehört unter anderem auch die persönliche Unterstützung von Appellen und Initiativen, die die gewerkschaftlichen Grundauffassungen zu Frieden und Abrüstung unterstützen. Alle Gliederungen der Organisation sind aufgerufen, den traditionellen Antikriegstag zu nutzen, um noch stärker als bisher den friedens- und entspannungspolitischen Zielsetzungen der Gewerkschaften in die Öffentlichkeit zu tragen und ihnen damit zusätzliches Gewicht zu verleihen.

2) 13. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier

Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag setzte für die gewerkschaftliche Friedensdiskussion neue Akzente. Dies wurde besonders deutlich bei der Aussprache zum Rechenschaftsbericht des Hauptvorstandes und bei der Beratung der Anträge. Für die Mehrheit der Delegierten ist die Friedensfrage zur wichtigsten Aufgabe geworden. Mehr noch, der überwiegende Teil stellte einen unmittelbaren Zusammenhang von Hochrüstung und Sozialabbau her, wobei der Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich mit Rationalisierungsschutz als zentrales Verbindungsglied von Friedens- und Arbeiterbewegung gesehen wird.

»Wir drehen uns wieder in dem alten Teufelskreis, der aus der wirtschaftlichen Krise die politische und aus der politischen Krise die Kriegsgefahr hervorwachsen läßt. Und Jahre der Krise sind unter den Bedingungen des Kapitalismus stets Jahre der Kriegsgefahr gewesen. Das war von 1914 so, das war vor 1939 so, und das ist heute so« (Tagungsprotokoll, S.124)

Zu einer längeren Kontroverse kam es beim Hauptvorstandsantrag 96 »Frieden und Abrüstung«, der zur Annahme empfohlen war. Die Antragsberatungskommission hatte nahezu alle Anträge zu diesem Thema zur Ablehnung, als erledigt oder als Material für den Hauptvorstand vorgeschlagen. Wäre man der Argumentation der Antragskommission gefolgt, dann hätte der Vorstandsantrag alle anderen Anträge inhaltlich abgedeckt. Diese Auffassung wurde von vielen Delegierten nicht geteilt. Ein Initiativantrag vom Landesbezirk Baden-Württemberg, der von 100 Delegierten unterstützt wurde, hatte wesentlich neue Punkte zum Inhalt und stand zur Diskussion.

Schon zu Beginn des Gewerkschaftstages war der ausscheidende 1. Vorsitzende, *Loni Mahlein*, in seinem mündlichen Rechenschaftsbericht auf den politischen Streik im Zusammenhang mit der Raketenstationierung eingegangen.

»... Wir werden uns weder von Unternehmern noch von der Regierung oder den politischen Parteien vorschreiben lassen, für was oder wann wir demonstrieren oder streiken. Ich meine, dies ist und muß bleiben allein eine autonome gewerkschaftliche Entscheidung. (...) Im übrigen hat sich manches, was in der Geschichte zunächst als verfassungswidrig galt, im Ergebnis gewerkschaftlicher Kämpfe durchaus als verfassungskonform herausgestellt.« (Tagungsprotokoll, S.34)

Obwohl der Kollege Mahlein eindeutig zum politischen Streik Stellung nahm, entbrannte an diesem Punkt eine heftige Auseinandersetzung.

»Warum eigentlich habt ihr solche Schwierigkeiten mit der Frage des politischen Streiks?« fragte eine Delegierte aus Hamburg. »Ist es die Angst vor der Auseinandersetzung mit dem DGB, oder ist es die Angst, daß wir als Drupa hier wieder einmal den linken Vorreiter machen, uns vielleicht zu weit aus dem Fenster lehnen und deswegen eins über die Rübe bekommen? Ich möchte wirklich einmal wissen, warum ihr vor der Frage des politischen Streiks einen solchen Schiß habt; das ist mir nicht begreiflich. (...) Es muß hier eine Stellungnahme zum politischen Streik abgegeben werden. Das können wir nicht allein dem DGB überlassen. Ich weiß auch nicht, warum man es ihm überlassen soll. Wenn wir dazu eine Meinung haben, sollten wir sie klar und deutlich sagen.« (Tagungsprotokoll, S.332)

Die Heftigkeit, wie um diesen Antrag gestritten wurde, signalisierte dem Vorstand, daß — wollte er keine Niederlage einstecken — an dieser Stelle eingelenkt werden mußte. Als Kompromiß schlug man daher vor, eine gemeinsame Nachtsitzung von Geschäftsführendem Hauptvorstand und Landesvorsitzenden einzuberufen, um einen »tragfähigen« Antrag zu formulieren. Der dann vorgelegte Antrag wurde am nächsten Tag einstimmig in folgendem Wortlaut angenommen:

»I. Grundsatz

Das Wettrüsten in Ost und West gefährdet unmittelbar den Frieden. In den sechziger und Anfang der siebziger Jahre bestand die Aussicht, den Kalten Krieg zugunsten einer Politik der Verständigung und Entspannung zu überwinden. Inzwischen haben die Konflikte und Spannungen zugenommen. Das Streben nach militärischer Überlegenheit, die unverantwortliche Steigerung der Rüstungshaushalte, die gigantische Anhäufung und die Entwicklung immer neuer Massenvernichtungsmittel, insbesondere die geplante Aufstellung von Erst-Schlag-Waffen, sind zur Bedrohung der ganzen Menschheit angewachsen. Die seit einiger Zeit vor allem von der US-Regierung betriebene und von der Bundesregierung unterstützte Politik der Stärke bedeutet einen Rückfall in den Kalten Krieg und bedroht unser aller Sicherheit. — Rüstung gefährdet Arbeitsplätze; — Rüstung blockiert soziale Reformen und eine wirksame Beschäftigungspolitik; — Rüstung verschlingt die Milliarden, die zur Entwicklung der Dritten Welt, zur Bekämpfung von Hunger und Krankheiten dringend gebraucht werden; — Wettrüsten begünstigt ein Klima der gegenseitigen Verdächtigung, in dem Bedrohungsängste und Feindbilder die demokratische Entwicklung im Innern ersticken.

II. Ziele

Die Delegierten des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages erwarten von den Regierungen in Ost und West, daß sie Entspannung ermöglichen und alles tun, um die Abrüstung in Gang zu setzen. Dazu fordern sie:

1. Sofortiger Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in Ost und West sowie die Beseitigung der vorhandenen atomaren, bakteriologischen und chemischen Massenvernichtungsmittel.
2. Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Weitergabe atomarer, bakteriologischer und chemischer Waffen sowie anderer Massenvernichtungsmittel, einschließlich der Neutronenbombe, deren völkerrechtliche Ächtung gefordert wird. Insbesondere muß die Militarisierung des Weltraums gestoppt und rückgängig gemacht werden.
3. Solange Atomwaffen nicht beseitigt sind, sollen die Länder, die im Besitz solcher Waffen sind, völkerrechtlich bindend auf deren Ersteinsatz verzichten; zugleich sollen sich die Großmächte auf atomwaffenfreie Zonen insbesondere in Europa verständigen.
4. An die Regierung der NATO-Staaten richtet sich die Forderung, den sogenannten Nachrüstungsbeschluß vom 12. Dezember 1979 rückgängig zu machen und auf die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen zu verzichten.
5. Die Rüstungshaushalte aller Länder sind in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der UNO um jährlich 10% zu senken. Die eingesparten Mittel sind vornehmlich zum Abbau der Arbeitslosigkeit, für soziale Reformen, zur Entwicklung der Länder der Dritten Welt und zur Überwindung des Hungers auf der Welt einzusetzen. Internationale Kontrollen sollen dazu beitragen, Vertrauen zwischen den Völkern und Bündnissen zu schaffen.
6. Beendigung des Rüstungsexports.
7. Verurteilung jeglicher militärischer und wirtschaftlicher Intervention zur Unterdrückung der Selbstbestimmungsrechte der Völker.

III. Maßnahmen

Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier tritt für die Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung ein. Die Delegierten begrüßen die Aktion des DGB-Bundesvorstandes: es ist »5 Minuten vor 12«. Millionen Arbeitnehmer folgten dem Aufruf und legten für 5 Mahnminuten die Arbeit nieder. Damit unterstrichen die Arbeitnehmer eindrucksvoll und nachhaltig ihren Willen nach Frieden und Abrüstung. Umfragen haben ergeben, daß über 75% der Bevölkerung eine Aufstellung neuer Atomwaffen in der Bundesrepublik ablehnen. Friedenssicherung und Abrüstung sowie Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und soziale Reformen sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Der Einsatz für den Frieden und die Verhinderung neuer Rüstungsobjekte sind eine gewerkschaftliche Aufgabe. Der Gewerkschaftstag erwartet gleichermaßen von den Mitgliedern, von den anderen Gewerkschaften und vom DGB:

1. Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung.
2. Die Ursachen und Auswirkungen von Aufrüstung und Kriegen müssen zu einem kontinuierlichen Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Betriebs- und Bildungsarbeit sowie der Gewerkschaftspresse werden.
3. Eine allgemeine Militarisierung der Gesellschaft muß verhindert werden. Widerstand ist notwendig gegen den Dienst von Frauen in der Bundeswehr, gegen die Werbung der Bundeswehr in Schulen und Medien sowie gegen die Verbreitung von Kriegsspielzeug und Kriegsspielautomaten.
4. Der DGB und die Einzelgewerkschaften veranstalten aus aktuellen Anlässen (Nachrüstung) oder besonderen historisch dafür geeigneten Tagen (z.B. 1. September) Demonstrationen, die durch gewerkschaftliche Forderungen und Parolen bestimmt werden.
5. Initiativen für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen und Gemeinden sollen unterstützt werden.
6. Gewerkschaftliche Initiativen zur Umstellung von Rüstungs- in Friedensproduktionen sind zu unterstützen.
7. Gegen die Stationierung neuer Atomwaffen ist mit geeigneten Mitteln im Sinne des Grundgesetzes gewaltfrei Widerstand zu leisten; von den Mitgliedern erwartet der Gewerkschaftstag, daß sie sich an gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen wie demonstrativen Arbeitsniederlegungen beteiligen. Aufgrund der Gefahren, die sich mit der weiteren atomaren Rüstung für das Fortbestehen der Menschheit ergeben, ist gewaltfreier Widerstand eine legitime Kampfform und stimmt sowohl mit dem internationalen Völkerrecht als auch mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik überein.
8. Internationale, vor allem blockübergreifende Kontakte, Begegnungen und gewerkschaftliche Friedenskonferenzen, sind zu fördern und zu verstärken, um Feindbildern entgegenzuwirken. Dabei sollen auch die internationalen Spannungsfelder in Ost und West sowie in der Dritten Welt (von Afghanistan bis Nicaragua) angesprochen werden.

Berichte

Claudia Albert und Uwe Hornauer

Lebensverhältnisse und Kultur der Arbeiterschaft

2. Arbeitstagung der Kommission »Arbeiterkultur« der deutschen Gesellschaft für Volkskunde 8.-12. Mai 1983 in Hamburg

Was auf den ersten Blick als widersprüchlich und geradezu unvereinbar erscheint — die Verbindung der Volkskunde zur Kultur (gar noch Arbeiterkultur) — kennzeichnet ein seit etwa zehn Jahren diskutiertes neues Selbstverständnis dieser Wissenschaft, die sich nun nicht mehr ausschließlich mit Trachten- oder Dialektforschung beschäftigt, sondern sich als empirische Sozialwissenschaft verstehen will. Programmatischen Ausdruck fand dieser Wandel in der Umbenennung des traditionsreichen Volkskundeeinstituts der Universität Tübingen 1971 in »Institut für Empirische Kulturwissenschaften« (EKW). In diesem Zusammenhang erhält auch der Begriff »Kultur« eine neue, politisch zugespitzte Dimension: Er meint nicht mehr nur die Produkte der traditionellen offiziellen und bürgerlichen Kultur (und dann noch allenfalls einige herablassend belächelte »Volkskunst«-Produkte), sondern auch den breiten Strom von Arbeiterkultur oder »zweiter Kultur« (Lenin), der sich nicht unbedingt in den gängigen, greifbaren kulturellen Formen manifestiert, sondern als »Lebensweise« oder »Lebenszusammenhang« (Williams 1972) bezeichnet wird. Konsequenterweise verstehen die Tübinger »Volkskundler« laut ihrem Studienplan Kultur — dichotomisch — als die »andere Seite der Gesellschaft« und untersuchen deshalb vor allem auch die subjektive Erfahrung von Gesellschaft.

»Was dem Bürger sein Goethe, ist dem Arbeiter seine Solidarität« — so hat Michael Vester (vgl. Vester 1976) dieses neue Kulturverständnis prägnant formuliert. Wichtig ist also festzustellen und zu untersuchen, auf welche Weise und in welchen Formen sich Solidarität und kollektive Identität — sei es im alltäglichen Zusammenleben, in Arbeitersiedlungen, am Arbeitsplatz, bei Festen oder im Vereinsleben — herstellen. Eine so verstandene Kulturforschung ist also weniger produkt- als prozeßorientiert; in ihrem Mittelpunkt stehen Verkehrs- und Kommunikationssysteme und die Frage, wie sie sich im Alltagsleben in eine Kraftquelle für die soziale Bewegung umsetzen (Vester). Die diesem Ziel verpflichteten »culture studies« haben in den angloamerikanischen Ländern bereits eine lange Tradition, die sich vor allem mit den Namen von Raymond Williams und Edward P. Thompson sowie mit dem CCCS (Centre of Contemporary Cultural Studies; vgl. auch Maas 1980) in England verbindet. In seiner wegweisenden Arbeit »The Making of the English Working Class« (vgl. Thompson 1983) entwickelt Thompson, wie sich die Arbeiterklasse die konkreten Bedingungen ihres Handelns aneignet, welche Handlungs- und Symbolformen sie für ihre Zukunftserwartungen findet, wie sich Krisen- und Lernzyklen abwechseln — insgesamt also, wie sich Klassenbewußtsein als Antwort auf objektive Situationen ebenso hervorbringt, wie es selbst diese Situationen wieder verändert. »Making« soll also ausdrücklich verstanden werden als Doppelheit von »passiver« Formung des Bewußtseins durch die materiellen Bedingungen und »aktiver« Aneignung der Realität.

Gerade für die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Kultur hat sich dieser methodische Wandel in der »Volkskunde«-Wissenschaft als besonders frucht-

bar erwiesen. Verweist doch die Konzentration auf die subjektive Erfahrung zunächst auf die *Alltagswelt* »als Schnittpunkt soziokultureller Prozesse« (Korff). Verwirklichen läßt sich dieser Ansatz am besten im Rückgriff auf bislang selten als »wissenschaftlich« betrachtetes *biographisches* »Quellenmaterial« und bei *regional* begrenzten Studien. Da gerade die Arbeiteralltagskultur zum großen Teil eine »Kultur des Mündlichen« ist, findet dieser Ansatz, verbunden mit den Methoden der »oral history«, seine Berechtigung vor allem deshalb, weil er von der Beschränkung auf Organisations- und Ideologiegeschichtsschreibung der Arbeiterbewegung wegführt, die immer wieder in die Gefahr gerät, für Fraktionsinteressen innerhalb der Arbeiterbewegung vereinnahmt zu werden. (Dies gilt vor allem für den Zeitraum der Weimarer Republik.)

Eine über nachträgliche politische Bewertungen hinausgehende sinnvolle Politisierung bestünde dagegen darin, den Zusammenhang von historischer Forschung und aktuellen Kämpfen in Themenstellung und Methodik wissenschaftlicher Untersuchungen aufzunehmen. Der praktischen Relevanz von Arbeiterkultur würde dann eine operative Funktion der Arbeiterkultur*forschung* entsprechen. Ähnlich fordert dies Andreas Kunz in seinem Beitrag zur Eröffnungsdiskussion der Hamburger Tagung. Positive Beispiele solcher Verbindung und Fruchtbarmachung von historischer Forschung und aktuellen politischen Auseinandersetzungen gibt es noch wenig. Zu oft betrachtet die Volkskundeforschung die Arbeiter noch »wie die Neger«. Brauchbare Ansätze liegen in der Geschichtswerkstattbewegung oder in der jetzt auch von den deutschen Gewerkschaften vereinzelt aufgegriffenen Methode der schwedischen »Grabe-wo-du-stehst«-Bewegung vor. Das »Hochlarmarker Lesebuch« ist vielleicht eines der gelungensten Beispiele solcher politisch »funktionalisierten« Forschung. Allerdings liegt die Gefahr der Idyllisierung und Harmonisierung bei einem Gegenstand nahe, der die Rückprojektion sämtlicher auch heute noch uneingelöster Forderungen nach Einheit von Arbeit, politischem Engagement und Alltagsleben ermöglicht. Mag die von Kunz vorgeschlagene »Selbsethnographie des Forschers« (vgl. Devereux 1981) vor einem Herangehen an den Forschungsgegenstand in der Diktion zu weit gegangen sein, die Formulierung von Erkenntnisinteressen, Zielen und Intentionen eines Wissenschaftlers gerade beim Herangehen an den Gegenstand »Arbeiterkultur« ist unerläßlich.

Wie wenig die sicher inzwischen weit verbreiteten Methoden und Ansätze der Volkskunde und Arbeiterkultur*forschung* die Wissenschaftler dazu veranlaßte, ihrer Arbeit eine entsprechende politische Funktion zuzuschreiben, ließ sich aus der vielfach ablehnenden Reaktion der Tagungsteilnehmer auf die Vorstellung eines Tübinger Projekts ableiten. Tamara Citovics und andere Tübinger Kulturwissenschaftler untersuchen Bewußtseinsveränderungen und Widerstandspotentiale von Arbeitern in dem ganz aktuellen Kampf gegen die Betriebsschließung der ortsansässigen AEG-Tochter »Zanker«. Durch diese Verknüpfung wissenschaftlichen Arbeitens mit dem konkreten gewerkschaftlichen Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen und durch eine entsprechende Einbeziehung der »Forschungsobjekte«, also der Arbeiter, in den Wissenschaftsprozess könnte es der »Volkskunde« gelingen, nicht mehr nur »Registrierstelle des gesellschaftlich Überholten« (Bausinger) zu sein. Hier wird eine *lebendige* Kultur nicht auf ihre »Kunst«-Erzeugnisse, also ihre »äußerlichen Beweise« (Williams), reduziert.

Der überwiegende Teil der Tagungsreferate spiegelte diese durch die neuen Methoden gewonnene Sichtveränderung der Volkskunde wider. Sehr deutlich haben die meisten Untersuchungen die Alltagskultur der Arbeiterschaft zum Gegenstand. So beschäftigte sich Arnold Sywottek erstmalig mit der Rolle des »Arbeiters als Konsumenten«, einem gewiß

sehr »alltäglichen« Thema. Leider ist es ihm über der etwas ermüdenden Fülle von Zahlen zum Pro-Kopf-Verbrauch von Rind- und Schweinefleisch und ähnlichen Dingen kaum gelungen, den besonderen Stellenwert der Konsumgenossenschaften für die Arbeiterbewegung der 20er Jahre oder deren potentiellen Beitrag zu einer hegemonialen Politik aufzuzeigen. Vielversprechend dagegen klangen die ersten Ergebnisse einer Untersuchung Helga Stachows zur »alltäglichen« Festkultur der Hamburger Arbeiterschaft vor 1914. Der Trend zur Regionalforschung war auch bei anderen Vorträgen unübersehbar. Kai-Detlev Sievers untersucht »Baugenossenschaftliche Arbeiterwohnungen in Kopenhagen, Flensburg und Kiel«, Flemming Hemmersam »Die Maifeiern des Jahres 1890 in Kopenhagen«, Jochen Zimmer die Naturfreundebewegungen im Raum Duisburg, Bärbel Kerkhoff-Hader niederrheinische Textilproduktionsverhältnisse und Ruth E. Mohrmann Lebensverhältnisse in Südostniedersachsen.

Hervorzuheben ist aus dieser Reihe wohl die Arbeit von Michael Grüttner, die die »Hamburger Hafenarbeiter 1886-1923« zum Gegenstand hat. Grüttner greift in seiner Untersuchung beispielhaft die von Klaus Tenfelde auch auf dieser Hamburger Tagung wiederholt in Diskussionsbeiträgen eingebrachte Differenzierung zwischen einer weiteren Arbeiterkultur- und einer engeren Arbeiterbewegungskulturgeschichtsschreibung auf. Biographische Untersuchungsmethoden der »oral history« wiesen einige der vorgestellten Arbeiten auf, explizit wurde sie allerdings vor allem bei Michael Fabers »Biographischen Erhebungen in der Lebenswelt von Schaustellergehilfen«. Neuland betritt Peter Assion mit seiner Arbeit über Berührungspunkte von »Arbeiterbewegung und katholischem Vereinswesen«.

Zu welchen bestechenden Analysen und Sichtweisen die neueren soziokulturell und sozialpsychologisch orientierten Methoden »volkskundlicher« Untersuchungen führen können, zeigte insbesondere das hervorragende Referat von Gottfried Korff »Rote Fahnen und tableaux vivants. Zur Symbolwelt der frühen Arbeiterbewegung«. Die Übernahme tradiert Muster (Persistenz) durch die Arbeiterbewegung wird hier nicht leichtfertig als »Verbürgerlichung« abgetan oder unter dem von vielen gern untersuchten »reformistischen Stündenfall« verbucht, sondern als eine zumeist bewußte Auswahl dieser Muster im Dienste einer kulturell-politischen Desintegrationsstrategie interpretiert. Dabei unterstreicht Korff die Gleichzeitigkeit von Bedürfnisartikulation und politischer Bewußtseinsbildung innerhalb der Arbeiterkulturbewegung am Beispiel ihrer Symbole und betont ihre sozial sinnlichen Erfahrungsmomente. Zur Aktualisierung schätzt Korff sicher zu Recht vor, gerade diesen Anteil an affektiven Elementen der frühen Arbeiterkultur verstärkt zu beerben. Immerhin erleben wir zur Zeit gerade wieder, wie ein »rechter Populismus« (vgl. Laclau 1981) politisch wie kulturell erfolgreich mit Symbolbedeutungen operiert. Einen ähnlichen Ansatz verfolgte Dieter Langewiesche in seinem Referat »Die Arbeitswelt in den Zukunftsentwürfen des Weimarer Kultursozialismus«. Dieses schloß sich inhaltlich an den noch stärker an hergebrachten Kategorien orientierten Eröffnungsvortrag von W.L. Guttsmann an: »German Worker's Culture between Civic commitment and Class Consciousness: The Weimar Experience«. Deutlich wurde bei Langewiesche vor allem, wie die von den sozialdemokratischen »Kultursozialisten« propagierte spezifische Arbeiterfestkultur in der Weimarer Republik die Gefahr des Utopieverlustes in der Arbeiterbewegung (Valtin Hartig) erkannte und versuchte, den Einzelnen für eine sozialistische Zukunftsvorstellung zu aktivieren. Seine Kritik, daß diese Utopie einer sozialistischen Lebenskultur nur unzureichend verwirklicht, häufig zur »Feiertagskultur« degenerierte, ist sicher zum Teil berechtigt, doch ist gerade zu diesem Forschungsbereich noch so viel unaufgearbeitet,

daß so manche vorläufige Interpretation wieder revidiert werden muß. Allzu lange wurde schließlich die deutsche sozialdemokratische Arbeiterkulturtradition in der Weimarer Republik in der Forschungsgeschichte von der KPD-Geschichtsschreibung verdeckt, obwohl neuere Untersuchungen vor allem zur verwandten österreichischen Sozialdemokratie doch auch hier recht fortschrittliche Ansätze erkennen lassen. Zudem zeigen die derzeit entstehenden empirisch und regional differenzierten Untersuchungen, daß die harten ideologischen Fronten, die sich aus den offiziellen Publikationen der Zeit herauslesen lassen, im Alltagsleben — vor allem in der Provinz — nicht die praktische Bedeutung hatten, die ihnen eine nur an Fraktionsinteressen orientierte Forschung etwa zur Weimarer Parteigeschichte zuschreibt.

Literaturverzeichnis

- Bausinger, H., G. Korff u.a., 1978: Grundzüge der Volkskunde. Darmstadt
- Devereux, G., 1981: Normal und anormal. Aufsätze zur allgemeinen Ethnopsychiatrie. Frankfurt/M.
- Laclau, E., 1981: Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus — Faschismus — Populismus. Berlin/W.
- Maas, U., 1980: Kulturanalyse. Bibliographische Hinweise und Anmerkungen zu den Arbeiten des Birminghamer Centre für Contemporary Cultural Studies (CCCS), in: OBST 16 (»Sprache und Erfahrung«), 2. Aufl., 118ff.
- Thompson, E.P., 1984 (dt.): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Frankfurt/M.
- Vester, M., 1976: Was dem Bürger sein Goethe, ist dem Arbeiter seine Solidarität ..., in: Ästhetik & Kommunikation, H.24, Berlin/W.
- Williams, R., 1972: Gesellschaftstheorie als Begriffsgeschichte. Studien zur historischen Semantik von »Kultur«, München

Heike Wilke

7. Sommeruniversität für Frauen

Wollen wir immer noch alles? Frauenpolitik zwischen Traum und Trauma.
3. bis 8. Oktober 1983, Berlin

Jein zur Bündnispolitik

Ein knappes Jahr nach der IMSF-Frauenkonferenz in Frankfurt, auf der von den vorbereitenden DKP-Frauen gefordert wurde »Wir wollen alles! Beruf, Familie, Politik ...«, fragen sich die autonomen Frauen auf ihrer 7. Sommeruni »Wollen wir immer noch alles?«. Angesichts der 5 Tagesschwerpunkte: Arbeitslosigkeit, Politik, Krise, Spiritualität, Familienpolitik und der Art Weise, wie sie diskutiert wurden, halte ich die Fragestellung für falsch formuliert.

Es ging um selbstkritische Bestandsaufnahme und Bilanz der letzten 10 bis 15 Jahre, um die Frage, was aus den feministischen Forderungen geworden ist angesichts der krisenhaften Rechtsentwicklung sowie um die Einschätzung der aktuellen Kräfte und Möglichkeiten von Bündnispolitik unter den Frauen, die autonom oder organisiert, an verschiedenen Plätzen kämpfen. Die Frage nach Möglichkeiten der Bündnispolitik und die Neugier auf politische, handlungsorientierende Vorschläge waren es denn auch, die mich auf die Som-

meruni zogen. Noch 1980 schrieb die Vorbereitungsgruppe der Sommeruni unter dem Stichwort »Zensur«: »Insbesondere grenzen wir uns von den Veranstaltungen der organisierten Frauen ab. ... Wir lehnen Frauenorganisationen/-verbände wie SFB (Sozialistischer Frauenbund), DFB [Demokratischer Frauenbund — AsF können wir problemlos einreihen, d. Verf.] ab, weil sie Parteien mit patriarchalen Organisationsstrukturen nahe stehen oder Teil von ihnen sind (s. Satzung oder Aufnahmebedingungen), deren Strategie es ist, daß Frauen mit Männern gemeinsam gesellschaftliche Strukturen verändern sollen ...« Erstaunt war die Vorbereitungsgruppe darüber, daß organisierte Frauen ihre Mitarbeit an der Vorbereitung anboten. 2 Jahre später hielt nur noch die Notwendigkeit des Organisierens die Vorbereitungsfrauen der Hamburger Frauenwoche (Thema: Frauen lernen gemeinsam) zusammen. Bruchpunkt war: Ist diese Woche zu verstehen als Spiegel der autonomen Frauenbewegung, oder kann der Anspruch des gemeinsamen Lernens zusammen mit organisierten Frauen, die sich auch als Teil der Frauenbewegung verstehen, formuliert und gestaltet werden? Und 1983?

Meine erste Veranstaltung am Tag mit dem Themenschwerpunkt »Frau ohne Politik — Politik ohne Frau« war die »Aktion Frauenliste«. Die Berliner Psychologin Ulla Naumann sieht in ihr eine Möglichkeit, »auch im parlamentarischen Bereich als autonome, nichtorganisierte Frauenbewegung Einfluß zu nehmen«. Hingegangen bin ich wegen ihrer Textankündigung »Mit wem können wir uns in punktueller Solidarität verbinden, und wieso besteht diese Notwendigkeit?«. Etwa 100 Frauen fanden sich ein und wurden in einem 10-minütigen, monoton abgelesenen Referat über die Formalitäten zur Gründung einer Frauenliste informiert. Inhaltliche Forderungen kamen darin nicht vor, sehr pauschal wurde politische Selbstbehauptung im politischen (Männer-)Machtraum gefordert. Auffallend war — nicht nur bei dieser Veranstaltung —, wie kritiklos und wenig fordernd sich die Frauen Abgelesenes, Langweiliges und Unverständliches bieten ließen und trotzdem anschließend engagiert und begierig nach neuen Vorstellungen und Konzepten, miteinander diskutierten. Ergebnis der Diskussion war, daß angesichts zunehmender Verhärtung gegenüber Frauendiskriminierung und -forderungen neue Wege gefunden werden müssen.

Selbst fortschrittliche Parteien wie die der Grünen würden in ihren Aktionen durch Parlamentarismusstrukturen und politisch eingefahrene Spielregeln in ihren Aktionen behindert. Die autonomen Frauen dürften ihre kollektive Kraft nicht nur in Projekten verausgaben, sondern müßten sich *politisch* einmischen. Dagegen standen Forderungen nach neuen, anderen Widerstandsformen außerhalb deformierender politischer Herrschaftsbereiche. Nachdem Ulla Naumann mich neugierig gemacht hatte mit dem Hinweis auf die organisierten Frauen, die an einer Frauenliste mehr interessiert seien als die autonomen, ging ich 2 Tage später zu einem Treffen, auf dem Einzelheiten der Realisierung einer Frauenliste diskutiert werden sollten. Etwa 20 Frauen kamen zusammen, außer U. Naumann sowie Dorothea Brockmann von den Grünen über zehn Frauen aus dem SFB, vier autonome und eine organisierte Frau — ich. Wieder nach einem inhaltlichen Konzept gedrängt, berichtete Ulla Naumann vom 68er Weiberrat, der sich gespalten hatte, weil Feministinnen wie Frigga Haug und Jutta Menschik zunächst ein detailliertes Programm erstellt hätten, und andere Frauen, darunter sie selbst, sich dagegen gewehrt hätten, weil sie jeweils aus den Gegebenheiten handeln wollten. So auch heute! Programme und Forderungskataloge würden automatisch die Niederlage mitbeinhalten, weil die Kompetenzaneignung von Sachfragen ständig hinterherhinke. Vorgeschlagen wurde von ihr ein 1-Punkt-Programm, z.B. Antidiskriminierungsgesetz oder Nachrüstung (frau beachte das Spektrum!, d. Verf.), mit der Blickrichtung auf herrschende Macht- und Geldverteilung,

die es zu durchbrechen gelte. In die Begeisterungsstimmung der Frauen mischte sich Skepsis ein über die Realisierungsmöglichkeiten. Ich räumte etwas mißmutig das Feld, hatte ich doch bei der gegenseitigen Vorstellung gewagt, mich als Organisierte in SPD und ÖTV und Feministin vorzustellen, womit ich mir die Verachtung von U. Naumann einhandelte. Sie versuchte mir klarzumachen, was sie unter Gleichberechtigung versteht: Frauenmacht gegen Männermacht! Meine Bündnisneugier gegenüber U. Naumann und ihrer Frauenliste war merklich geschrumpft.

Weiter geht's zum nächsten Bündnisangebot, dem »alternativen Frauenrat«, den Sybille Plogstedt, Redakteurin der »Courage«, mit der Frage vorstellte: »Ist die Krise die der Frauenbewegung?«. Harte Kritik übte sie an den spirituellbewegten Frauen und den massage- und trancretreibenden Sommerunis, aus denen sich viele frauenbewegte Frauen zurückgezogen hätten. Die autonome Bewegung sei parzelliert und perspektivlos geworden in ihren unterschiedlichen Bewegungs- und Projektaktivitäten und weitgehend ignorant gegenüber Frauen, die sich in Kirchen, Gewerkschaften und Parteien zusammengeschlossen haben und andere Kommunikationsformen, Arbeitsschwerpunkte und Probleme haben. Sie forderte eine Öffnung der autonomen Bewegung, denn »nach 10 Jahren der Anpassung an die Schwächste in der Gruppe kommt aus unseren Köpfen nichts Politisches mehr raus«, und plädierte für einen Zusammenschluß aller feministischen Frauen zu einem alternativen Frauenrat mit durchsichtigen demokratischen Formen. Als Beispiel einer Zusammenarbeit nannte sie den Kampf von autonomen, AL- und SPD-Frauen im Berliner Bezirk Kreuzberg gegen die drohende Streichung von feministischen Kursen an der VHS. Den Frauenrat denkt S. Plogstedt sich als ein Diskussions- und Strategieforum, in das Wissen und Erfahrungen aus den verschiedensten Frauenaktivitäten zusammengetragen werden, zwingend notwendig deshalb für sie, weil sich in Organisationen, Institutionen und Arbeitsbereichen patriarchale Herrschaftsformen kaum verändert haben.

Ich finde ihren Vorschlag mutig und ermutigend zugleich, weil es für die Emanzipation von Frauen immer notwendiger wird, aus der Vereinzelung heraus die verschiedenen Alltagserfahrungen von Frauen mit ihren voneinander sehr verschiedenen Kampffeldern zusammenzutragen, um darin auch gemeinsame Handlungsmöglichkeiten zu entdecken. Dies wäre zumindest ein Anfang. Die etwa 1000 Frauen im Raum entwickelten allerdings eine zunehmende Aggression gegen Sybilles Vorschlag, den sie als Verrat an den in einem Jahrzehnt mühsam erkämpften autonomen Positionen und Projekten abbildeten und erinnerten an den ihrer Meinung nach vergeblichen Kampf, die Institutionen zu unterwandern.

Für die anschließende Bilanz des Tages »Frau ohne Politik — Politik ohne Frau« waren unter der Fragestellung »Gibt es Vorschläge für eine gemeinsame frauenidentische Politik, mit der Frauen ... wirksam auf die politische Machtkonstellation Einfluß nehmen können?« eine Frau aus der Frauen-Friedens-Bewegung, eine Vertreterin der Grünen, der SPD, der FDP und des DGB angekündigt. Ich war gespannt und skeptisch zugleich, hatten doch die meisten Veranstaltungen des Tages unter dem Zeichen der Friedensbewegtheit gestanden, so als würde die Uhr der anderen politischen Kämpfe von Frauen bis zur Stationierung stillstehen. DGB- und FDP-Vertreterinnen fehlten, aber Ute Kühling, Berliner AsF-Vorsitzende, war gekommen. Sie deutete auf ihr Problem hin, angesichts soviel autonomer Frauen als Parteifrau aufzutreten, verwies auf die AsF-Bundeskonzferenz von 1979, die ein klares Nein zur Stationierung verabschiedet hat, und bezeichnete Widerstand als notwendigen Teil eines demokratischen Systems. Was nun folgte, war keine Diskussion über eine gemeinsame frauenidentische Politik, es sei denn, sie ist gleichzusetzen mit

Frauenfriedenspolitik. Friedensbewegte Frauen auf dem Podium und im Saal schwelgten in gemeinsamen Erinnerungen an ihre Widerstände im Friedenscamp im Hunsrück und anderswo, die Uhr der anderen politischen Frauenkämpfe stand tatsächlich still!

Ganz anders an das Thema Frieden war am Nachmittag die im Programm nicht angekündigte Berliner Friedensforscherin Hanne Birckenbach herangegangen. Zum Thema »Gewaltfrei denken — gewaltig handeln« stellte sie Thesen auf, die sie zudem noch engagiert und ohne abzulesen vortrug, was auf den von mir besuchten Veranstaltungen Seltenheitswert hatte: Die Friedensaktionen werden die Nachrüstung nicht verhindern; niemand hindert uns daran, die Politiker deswegen für wahnsinnig zu erklären, aber tatsächlich sind sie es nicht, sondern eingebunden in politische Interessen und Machtblöcke. — Der Erfolg der Friedensbewegung ist daran zu messen, ob der Kampf gegen die Nachrüstung die Politiker weiter in Atem hält und nicht daran, ob sie verhindert wird. — Die Leistung der Friedensbewegung ist es, daß sie für alle sichtbar macht, was den Menschen physisch und psychisch zugemutet wird. Dabei sind drei Aspekte von Angst auszumachen: 1. Mobilisierung ungeahnter Kräfte und Fähigkeiten; 2. Erschütterung des Vertrauens der Bevölkerung in das politische System, was Folgen für die politischen Repräsentanten hat, weil sie auf ein gewisses Maß von Vertrauen und Kooperation aus der Bevölkerung angewiesen sind (bestätigt wird diese Behauptung durch die Aussage des konservativen niederländischen Ministerpräsidenten Lubbers, der angesichts 1/2 Million Friedensdemonstranten in den Niederlanden und in Dänemark feststellte: »Natürlich hat eine derart riesige Menge einen Einfluß auf die Politik und die Minister«, in: FAZ vom 31.10.1983); 3. Angst birgt auch in sich die Gefahr der Lähmung, der Resignation bis hin zur Todessehnsucht.

Mit ihren Forderungen, die Friedensbewegung müsse die politischen Folgen der Nachrüstung aufarbeiten (die Politiker seien schon fieberhaft dabei) und internationale Kontakte intensivieren, stieß H. Birckenbach bei den meisten der Frauen auf Granit. Sie beharrten auf ihren phantasievollen Widerstandsformen — deren Notwendigkeit unumstritten ist — und wollten keine Ideen und Kämpfe in die Interessenauseinandersetzungen im politischen Feld stecken. Politik machen immer die anderen, wir organisieren den Widerstand, war die Haltung. Deutlich wird in diesem Zusammenhang, daß Widerstandsformen *und* Politikmachen getrennt gesehen und gelebt werden, und Kämpfe reduziert bleiben um das entscheidende Element, unter welchen Bedingungen Herrschaft und Macht zustandekommen und wirksam sind.

Was ich auf der Frauen-Sommeruni gelernt habe, ist, daß es weder darum gehen kann, alles zu wollen oder vielleicht auch nicht alles, sondern möglichst vieles *anders* zu wollen. Wir müssen einander respektieren in unseren Kämpfen an verschiedenen Orten gegen unterschiedliche Unterdrückungen und versuchen, Bündnisse herzustellen gegen zentrale Punkte konservativer Politik, die uns gemeinsam angehen und deren Strukturen wir kennenlernen und untersuchen müssen, um ihre Wirksamkeit zu begreifen. Das können z.B. sein die Forderung nach Quotierung von Arbeitsplätzen und von politischer Teilhabe, der Kampf gegen den §218 und für ein Antidiskriminierungsgesetz.

P.S.: Nachdem die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und Betriebe sich weigert, die Sommeruni als Veranstaltung nach dem Bildungsurlaubsgesetz anzuerkennen, haben Ika Klar, stellvertretende Landesvorsitzende der SPD und Ute Kühling, AsF-Vorsitzende, in einem offenen Brief an Arbeitssenator Wronski gegen diese frauenfeindliche Entscheidung protestiert.

Heinrich Eppe

Das Archiv der Arbeiterjugendbewegung in Oer-Erkenschwick

Mehrere Institutionen in der Bundesrepublik haben es sich zur Aufgabe gemacht, Dokumente aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zusammenzutragen und der Nachwelt das zu erhalten, was der Zerstörung durch den Nationalsozialismus entgehen konnte, zum Beispiel das Archiv der sozialen Demokratie, eine Einrichtung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. In den letzten zwanzig Jahren hat es die umfangreichsten Sammlungen an Literatur und Dokumenten zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland angelegt und stellt sie der Forschung und der Publizistik zur Verfügung. Ihr Schwergewicht liegt naturgemäß bei der Geschichte der SPD und den anderen Organisationen der erwachsenen Arbeiterschaft. Das Fritz-Hüser-Institut für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur in Dortmund verfügt über die größte Sammlung proletarischer und sozialistischer Literatur in der Bundesrepublik. In besonderer Weise widmet es sich den kulturellen Leistungen der Arbeiterschaft. Darüber hinaus sind weitere Einrichtungen, auch regionaler Art, entstanden. Ein Institut, das sich spezifisch und intensiv mit der Geschichte der Arbeiterjugend befaßt, fehlte bislang. Das Archiv der Deutschen Jugendbewegung auf der Burg Ludwigstein bei Witzenhausen in Nordhessen widmet sich, seinem Auftrag entsprechend, dem bürgerlichen Zweig der Jugendbewegung.

Die so entstandene offensichtliche Lücke wurde nun mit der Errichtung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung der SJD — Die Falken geschlossen. In den Jahren 1980-1982 entstand in Oer-Erkenschwick am nördlichen Rande des Ruhrgebietes zwischen den Fördertürmen der Zechen und dem Naturschutzgebiet Haard unmittelbar neben dem Sozialistischen Bildungszentrum dieses neue Archiv. Der Bau konnte im wesentlichen durch Zuschüsse der Deutschen »Stiftung Jugendmarke« und des Landes Nordrhein-Westfalen errichtet werden. Im März 1982 wurde der Grundstein gelegt, im Frühjahr 1983 bezogen und am 16. September dieses Jahres eingeweiht. Dem war eine lange Entwicklung vorausgegangen.

Zu Beginn der 70er Jahre war in der Sozialistischen Jugend Deutschlands — Die Falken erkannt worden, daß ein Verbandsarchiv die Voraussetzung für ein effektives politisches und pädagogisches Handeln ist, und der Wunsch entstand, Jugendlichen die Nöte, Kämpfe, Erfolge und Niederlagen vorausgegangener Arbeiterjugendgenerationen nahezubringen. So wurde von 1971 an beim Landesverband der Falken Gelsenkirchen systematisch mit der Sammlung von Büchern und Broschüren, Zeitschriften, Bildern, Akten und Plakaten aus der Falkengeschichte begonnen. Den Bau eines Archivs ernsthaft ins Auge zu fassen, war jedoch erst nach der 14. Bundeskonferenz im Jahre 1973 möglich, als die linken Gruppierungen innerhalb des Falkenverbandes mit Konrad Gilges als Kandidaten für den Bundesvorsitz die Mehrheit erringen konnten. Denn die Linkswendung der Sozialistischen Jugend ab 1973 brachte eine stärkere Hinwendung zu den Traditionen der Arbeiterjugendbewegung mit dem Ziel, bei der Arbeiterjugend das Bewußtsein zu stärken, einen historisch-politischen Auftrag zu erfüllen. Dies setzt das Wissen und die Einsichten in die historischen Entwicklungen und Zusammenhänge voraus. In der Bildungsarbeit konnte jedoch, auf lange Sicht gesehen, ein solcher Anspruch nur realisiert werden, wenn die Publikationen und Dokumente der Arbeiterjugendbewegung zentral gesammelt und verzeichnet sind und so der aktuellen politischen Arbeit, der Bildungsarbeit und der historischen Forschung zur Verfügung stehen.

Die ehemaligen Mitglieder der Sozialistischen Jugend (SAJ) und der Kinderfreunde Deutschlands, die auch in vielen Städten heute noch in Freundeskreisen zusammengeschlossen sind, unterstützten dieses Vorhaben nachhaltig und drängten auf eine umgehende Verwirklichung des Projektes. Eile war geboten. Viele wertvolle Dokumente waren in den letzten Jahrzehnten, obwohl sie die Zeit des Nationalsozialismus überdauern konnten, von den Erben ehemaliger Mitglieder der Arbeiterjugendbewegung achtlos weggeworfen worden. Und den Älteren war vielleicht noch mehr bewußt als den Jüngeren, daß das Jahrzehnt zwischen 1980 und 1990 das letzte sein wird, in dem Dokumente, die sich noch in privaten Speichern, Kellern, Schränken und Garagen befinden, gesichert werden können.

Die 70er Jahre waren auch die Zeit, in der es möglich geworden war, mit Examensarbeiten über die Geschichte der Arbeiterjugend- und Arbeiterkinderbewegung in Deutschland vor universitären Prüfungsgremien zu bestehen. Eine ganze Reihe von Diplomarbeiten und später auch Dissertationen entstanden, die auch auf die schon vorhandenen Sammlungen zurückgreifen konnten. Dennoch war die Quellenlage dürftig. Schon Mitte der 70er Jahre wurde deshalb begonnen, Interviews mit ehemaligen Mitgliedern der Arbeiterbewegung durchzuführen und in historischen Tagungen junge Wissenschaftler und ehemalige und heutige Mitglieder der Arbeiterjugendorganisationen in Seminaren und Tagungen zusammenzuführen. Seit 1978 erscheint in der Herausgeberschaft der SJD — Die Falken die Schriftenreihe des Archivs der Arbeiterjugendbewegung, die mit einer Bibliographie des Arbeiterjugendverlages von 1919-1933 begann. Bis heute sind acht Publikationen, darunter drei Dissertationen erschienen. Thematisch sind sie auf die sozialistische Arbeiterjugend- und die Kinderfreundebewegung konzentriert.

Als das Projekt »Archiv« in das Stadium der konkreten Verwirklichung ging, war allen Beteiligten klar, daß es sich nicht um ein Verbandsarchiv der Falken handeln könne, sondern die Breite der Arbeiterjugendbewegung in Geschichte und Gegenwart repräsentieren müsse. Die Bereitschaft der anderen Arbeiterjugendorganisationen in der Bundesrepublik, sich an diesem Projekt ideell und mit Materialgaben zu beteiligen, war groß. Als Aufgabenstellung für das Archiv war gleichermaßen deutlich, daß es sich bei der Dokumentensammlung vor allem auf die Organisationen konzentrieren muß, die über keine eigenen, fachgerechten Archivierungsmöglichkeiten verfügen. Organisationen wie die Gewerkschaftsjugend, die Jungsozialisten und das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt sollten selbstverständlich weiterhin ihre Archivmöglichkeiten bei den Erwachsenen-Organisationen nutzen und das Archiv der Arbeiterjugendbewegung lediglich mit ihren Publikationen ausstatten. Zehn interessierte Arbeiterjugendverbände sind inzwischen über das Kuratorium mit dem Archiv verbunden. Das Kuratorium dient wesentlich der inhaltlichen Beratung des Archivs, der Zusammenarbeit bei der Durchführung von Tagungen zur Geschichte der Arbeiterjugendbewegung und der Gestaltung der Schriftenreihe, die nun auch allen beteiligten Jugendorganisationen offensteht. Ein Fördererkreis wurde ins Leben gerufen, dem insbesondere ehemalige Mitglieder der Arbeiterjugendbewegung, Wissenschaftler und heutige Aktive als Mitglieder angehören. Sie fördern das Archiv nicht nur ideell, sondern mit ihrem jährlichen Beitrag von in der Regel 40,- DM auch finanziell.

Der Standort des Archivs in Oer-Erkenschwick ist in mehrfacher Hinsicht vorteilhaft. Einmal liegt das Archiv im unmittelbaren Einzugsgebiet mehrerer Universitäten und Hochschulen in Dortmund, Bochum, Wuppertal, Essen, Düsseldorf, Duisburg, Münster. Von dort aus ist das Archiv für Studenten in Tagesfahrten erreichbar, so daß die teuren Übernachtungskosten, die bei Archivarbeiten in der Regel entstehen und für Studenten

nur in seltenen Fällen erschwänglich sind, entfallen. Zum anderen ist das Archiv räumlich unmittelbar mit dem Sozialistischen Bildungszentrum, der Bundes- und Landesbildungsstätte der SJD — Die Falken, verbunden. Damit ergibt sich die Möglichkeit der unmittelbaren Verknüpfung der Jugendbildungsarbeit mit dem Archiv, Kopien der historischen Dokumente, Dias, Bilder, Filme können unmittelbar vom Archiv aus in die Jugendbildungsarbeit Eingang finden. Der langwierige Umweg über Publikationen ist, zumindest was die Bildungsarbeit in Oer-Erkenschwick betrifft, nicht in gleichem Maße wie sonst erforderlich. Es ist so möglich, dem auch bei Jugendlichen gestiegenen Bedürfnis, direkt mit historischen Quellen umzugehen, leichter Rechnung zu tragen. Das Archiv wird auf diese Weise von einem fruchtlosen Autismus bewahrt. Es wird aktuell gefordert, muß sich nicht als Gedenkstätte oder gar Ruhestätte für die Zeugnisse aus der Geschichte begreifen, sondern kann sich zum lebendigen Dienstleistungsbetrieb für die heutige Arbeiterjugendbewegung und die historische Forschung entwickeln.

Die bisherigen Bestände des Archivs umfassen eine Archivbibliothek mit etwa 7000 Büchern und Broschüren (davon ca. 400 aus der Zeit vor 1933). Es handelt sich dabei vor allem um Publikationen der Arbeiterjugendverbände, die nicht im Buchhandel erschienen und außerhalb ihres engen Verbreitungsgebietes nicht bekannt geworden sind. Darüber hinaus umfassen die Zeitschriften etwa 650 Titel, insbesondere der SJD — Die Falken.

Das Übergewicht des Falkenverbandes und seiner Vorläuferorganisationen (SAJ und Kinderfreunde) ist auch im Bildarchiv, der Plakatsammlung, dem Tonarchiv und besonders in der eigentlichen Aktsammlung vorhanden. Dies soll jedoch in Zukunft anders werden. Im August 1983 wurde mit der Naturfreundejugend Deutschlands eine Vereinbarung getroffen, nach der sie ihre Organisationsdokumente nach Archivreife dem Archiv der Arbeiterjugendbewegung zur Aufarbeitung und Verzeichnung anvertraut. Ähnliche Vereinbarungen wurden mit der Internationalen Falkenbewegung/Sozialistische Erziehungsinternationale und der Schweizerischen Kinderfreundeorganisation getroffen. Die Bestände sind jedoch erst zu einem kleinen Teil verzeichnet. Eine optimale Nutzung der Bestände wird deshalb erst in einigen Jahren möglich sein. Zur Zeit ist das Archiv offiziell für Benutzungen noch nicht geöffnet. Eine Benutzung ist deshalb nur nach Vereinbarung möglich. Bis jetzt wurde noch kein Interessent zurückgewiesen.

Über die laufenden Aktivitäten und Vorhaben, Bestandserweiterungen und Neuerscheinungen auf dem Gebiet der Geschichte der Arbeiterjugendbewegung informieren die »Mitteilungen des Archivs der Arbeiterjugendbewegung«, eine Beilage zu der Zeitschrift der Falken »Schlaglichter«. Weitere Informationen über das Archiv und die Benutzungsmöglichkeiten bei: Archiv der Arbeiterjugendbewegung, Haardgrenzweg 77 in 4353 Oer-Erkenschwick (Telefon 02368/55993)

Andreas Westphal

Eine hundertprozentig synthetische Partei

**Der Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreich (PSF)
in Bourg-en-Bresse am 28., 29. und 30. Oktober 1983**

Der Wahlsieg von Mitterrand, die Regierungsübernahme von Sozialisten und Kommunisten, das ist nicht der Sozialismus. Eine Sozialistische Partei muß sich aber fragen, was mit dem Sieg gewonnen ist, wie er gewinnbringend für den anderen Sieg, den des Sozialismus

eingesetzt werden kann. Zweieinhalb Jahre sind seit der Siegesfreude auf dem Place de la Bastille vergangen — zweieinhalb Jahre, in denen der Jubel des linken Volkes mehr und mehr abgelöst wurde vom aggressiver werdenden Geschrei der Rechtsparteien und der rechten Gewerkschaften. Die Regierung operiert heute ohne eine aktive Massenunterstützung, ihre politischen Maßnahmen können sich nicht auf gesellschaftliche Aktionen stützen, um mit diesen eine sich gegenseitig verstärkende Einheit zu bilden. Die Ergebnisse der letzten Kommunalwahlen sind erschütternd: Eine Reihe von bisher fest in der Hand von Sozialisten oder Kommunisten befindlichen Städten fiel den Rechtsparteien, vor allem den Gaullisten, zu. Die Wahlabstinz traditioneller Wählerpotentiale der Linken wächst. Die Wahlen zur Sozialversicherung zeigen einen Trend zur Schwächung der linken Gewerkschaften CGT und CFDT, die vor allem der rechtssozialdemokratischen Force Ouvriere (FO) zugute kommt.

Wer vor diesem Hintergrund auf dem Parteitag eine heftige, selbstkritische Diskussion erwartet, sieht sich enttäuscht. Viele Redner zeigen sich beunruhigt über die Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse. *Jean Poperen*, Mitglied des nationalen Sekretariats der PSF, drückte das im Rechenschaftsbericht so aus: »... wir haben keine Volksbewegung zustande gebracht, die die politischen Veränderungen begleitet.« (Alle Zitate wurden vom Autor übersetzt.) Was aber, wenn die politischen Veränderungen, die die Regierung gegenwärtig unternimmt, andere sind, als ein erheblicher Teil der Linkswähler von einer Linksregierung erwartet? Der erste Sekretär der PSF, *Lionel Jospin*, stellte fest, daß »... die öffentliche Meinung vor der 'Politik der Härte' zurückschreckt.« Die »Politik der Härte« (*politique de la rigueur*) bezeichnet den fundamentalen Wechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der im Mai 1982 begann. Im ersten Regierungsjahr wurde eine linkskeynesianische Politik betrieben: Erhöhung der staatlich festgesetzten Mindestlöhne um zuerst 14%, dann noch einmal um 15%, der Mindestrenten um 20%, der Familien- und Wohnbeihilfen um 25%, Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 39 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Dadurch wurde die Kaufkraft der privaten Haushalte im zweiten Halbjahr 1981 und im ersten Halbjahr 1982 um zusammen 7,9% erhöht. Die seit 1980 andauernde Rezession konnte so abgebremst und ein erneutes Wachstum der industriellen Produktion bis etwa Mitte 1982 hergestellt werden. Auf der Grundlage der kontraktiven Wirtschaftspolitik, die die wichtigsten Handelspartner Frankreichs durchführen und die erheblich niedrigere Inflationsraten in diesen Ländern zur Folge hat, und der hohen Importquote der französischen Wirtschaft kam jedoch ein erheblicher Teil der erhöhten Nachfrage den Importen und nicht der Erhöhung der inländischen Produktion zugute. Das Handelsbilanzdefizit erreichte Mitte 1982 den Rekordstand von 93 Mrd. FF. Dies wurde zum Hauptargument der Regierung für die »Politik der Härte«, die trotz gegenteiliger Beteuerungen eine rigide Sparpolitik ist. Die Gesamtnachfrage soll 1983 um 65 Mrd. FF. gesenkt werden, wodurch man sich die Reduzierung des Handelsbilanzdefizits verspricht. Dazu werden die Zuschüsse für die Sozialversicherung gekürzt und die Eigenbeiträge erhöht. Die Einführung der 35-Stundenwoche bis 1985 wurde aufgegeben. Die Tarifverträge sollen keinen automatischen Inflationsausgleich mehr enthalten. Eine auf das Niveau der Handelspartner gesenkte Inflationsrate und Kostenentlastungen für die Unternehmen sollen die Exporte erhöhen, um so Beschäftigung und Investitionen im Inland zu stärken. Damit ist eine Annäherung der französischen Wirtschaftspolitik an die Angebotsorientierung konservativer Regierungen erkennbar, wobei in Frankreich allerdings der Staat eine entscheidende Rolle bei der Umgestaltung der Industriestruktur spielt.

Das Hauptcharakteristikum des Parteitages in Bourg-en-Bresse ist, daß die »Politik der

Härte« von den meisten Rednern nicht in ihrer neuen, z.T. im Widerspruch zum Wahlprogramm und zur Praxis des ersten Regierungsjahres stehenden Qualität gesehen und analysiert wird. Die teils taktische, teils überzeugte Solidarisierung der Partei mit der Regierung führt zur fast widerspruchslösen Übernahme ihrer Behauptung, man verfolge jetzt nur mit anderen Mitteln die gleichen Ziele. Allein vom linkssozialistischen CERES kommt eine grundlegende, wenn auch vorsichtig formulierte Kritik. In der Rede von *Jean-Pierre Chevènement* wird als Feind nicht direkt die Regierung, sondern allgemein die »Wachstumsfeindlichkeit« angegeben: »Die Deflation schafft nicht nur Arbeitslosigkeit, bremst nicht nur die Modernisierung (der Produktionsanlagen, der Autor), schwächt nicht nur den industriellen Organismus ..., sie untergräbt das Vertrauen in die Zukunft, sie unterstützt die schlimmsten Tendenzen des Egoismus ...« In Bourg-en-Bresse wurden drei alternative Orientierungsanträge von den verschiedenen Strömungen vorgelegt. Die Anhänger von Mitterrand, Mauroy, Defferre und Poperen hatten zusammen den Antrag 1 ausgearbeitet. Die Anhänger des rechtssozialdemokratisch-marktwirtschaftlich orientierten *Michel Rocard* hatten sich gespalten. Rocard selbst hatte sich mit einigen seiner Anhänger dem Antrag 1 angeschlossen, der somit bei einer Probeabstimmung vor dem Parteitag auf 77% der Stimmen kam. Der Rest der Rocard-Anhänger, die »Neo-Rocardisten«, legten einen eigenen Antrag vor und kamen auf 4% der Stimmen. Der CERES konnte mit dem Antrag 2, 18% der Stimmen erzielen. Der *Antrag 1* betont: »Der eingeschlagene Weg war gut. Vor dem Sieg im Mai 1981 hatten wir dieselbe Analyse der nationalen und internationalen Krise wie heute«. Zwar wird gesagt, man dürfe die »Beschäftigung nicht der Inflationsbekämpfung opfern«, aber eine Analyse der depressiven Wirkungen der Politik des Superministers Delors wird nicht gewagt. Der *Antrag 2* ist nicht prinzipiell gegen die »Politik der Härte«, fragt aber, wie ohne Wirtschaftswachstum, ohne Aufrechterhalten oder Wachsen der Kaufkraft, die inländischen privaten Investitionen angeregt werden können, was eine notwendige Bedingung für die Modernisierung der Produktionsanlagen ist. Das kurzfristige Ziel der Reduzierung des Handelsbilanzdefizits darf nicht das mittelfristige Ziel der Stärkung der internationalen Konkurrenzposition Frankreichs infrage stellen. Der *Antrag 2* stellt auch die Mitgliedschaft im Europäischen Währungssystem infrage, da diese verhindere, daß die vorläufig höhere Inflationsrate Frankreichs durch entsprechende Wechselkursänderungen ausgeglichen werden kann. Hintergrund dieser Überlegung ist, mit einer so entstehenden Verteuerung der Importprodukte auf dem französischen Markt die Bedingungen dafür zu schaffen, daß eine expansive Wirtschaftspolitik nicht vorrangig eine Erhöhung der Importe bewirkt.

Eine weitere Differenz zwischen den Strömungen bildet die Einschätzung des Verhältnisses von Partei und Regierung. Der CERES, der wiederholt des unsolidarischen Verhaltens gegenüber der Regierung bezichtigt wurde, formulierte: »Die Partei bildet nicht die Regierung und hat ihr nicht das Verhalten zu diktieren«. Aber: »Die Sozialistische Partei hat weniger die Aufgabe, der Regierung zu folgen, als ihr voranzueilen, um den Weg zu weisen.« Der Zwang zum Wohlverhalten gegenüber der Regierung, der schon die durchaus divergierenden Strömungen hinter dem Antrag 1 versammelt hatte, war hingegen so stark, daß Chevènement es zu einer der Hauptfronten seiner Rede machen mußte, für ein freies Äußern und Austragen der Differenzen in der Partei einzutreten.

Weitgehende Übereinstimmung gibt es dagegen in außenpolitischen Fragen. Unter der Überschrift »Aus der Blocklogik herauskommen« wird in *Antrag 1* gefordert, daß Frankreich, obwohl Freund und Verbündeter der USA und der westeuropäischen Staaten, keinen Atlantismus üben darf. Die ultra-protektionistische Handelspolitik der USA, ihre

egoistische Geldpolitik, ihre abenteuerliche Politik in Zentralamerika, wie z.B. die Invasion in Grenada, werden ebenso verurteilt wie die sowjetische Aggression in Afghanistan. Bezüglich der Mittelstreckenraketen ist die Auffassung durchgängig, daß die Sowjetunion mit der SS 20 eine neue Rüstungsrunde eingeleitet hat, die die Installation der amerikanischen Mittelstreckenraketen notwendig mache, wenn in Genf keine Verhandlungslösungen zustandekommen. Eine Einbeziehung der französischen »force de frappe« in die Genfer Verhandlungen wird strikt abgelehnt, da man diese »nur der Abschreckung dienende« Atomstreitkraft nicht mit den Vernichtungspotentialen der beiden Großmächte vergleichen könne.

Nach einer zwölfstündigen nächtlichen Beratung der Antragskommission kam es schließlich zur Synthese auf Grundlage des Antrags 1, wobei der CERES 20 teils mehr, teils weniger bedeutsame Änderungsanträge durchsetzen konnte. Dieses Verhandlungsergebnis wurde vom Parteitag ohne Gegenstimme angenommen. Warum kam es zu dieser Synthese? — Zunächst ist es ein handfestes Interesse der Mehrheit in der PS-Führung, die Einigkeit der Partei auch über die 77%, die der Antrag 1 vor dem Parteitag erzielt hatte, hinaus zu demonstrieren, um so den kommunistischen Regierungspartner straffer an die Leine nehmen zu können. *Jospin* hatte in seiner Rede betont, daß die aktive Unterstützung der Regierungspolitik durch die PCF auch in den umstrittenen Fragen der Wirtschafts- und Militärpolitik mehr als bisher gewährleistet sein und daß erneut über die Vereinbarungen zur gemeinsamen Regierungsbildung verhandelt werden müsse. In diesem Zusammenhang wäre es ungünstig, wenn die Kommunisten auf die Kritik der Regierungspolitik in den Reihen der Sozialisten verweisen könnten. Der CERES durfte sich seinerseits nicht in die Rolle des »Spalters«, d.h. in die politische Isolation drängen lassen. Die Anträge 1 und 2 sind in ihrer Analyse in verschiedenen Punkten gegensätzlich: die Änderungsanträge des CERES verkleinerten zwar auf der Ebene der Formulierungen, des Textes, nicht aber auf der Ebene der analytischen Stoßrichtung, des Kontextes, die politischen Differenzen. Wenn z.B. an verschiedenen Punkten die Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums in den Text aufgenommen wurde, ändert das nichts am Schweigen über die depressiven Aspekte der Regierungspolitik. Doch für die PS-Linke stand noch mehr auf dem Spiel als nur der Inhalt des Antrages. Denn in den nächtlichen Verhandlungen ging es auch um die Macht in der Partei, d.h. in den einzelnen Förderationen und mittelbar auch im Sekretariat. Ohne die Synthese wäre der CERES auf diesen Ebenen sicherlich stark dezimiert worden. Seine Zustimmung darf als letzter Vertrauenskredit an die Regierung gewertet werden, einen Kurswechsel doch noch zustandezubringen.

Eine wahrhaft synthetische Synthese also. Doch angesichts der bei Fortsetzung der »Politik der Härte« wachsenden Widersprüche auch eine kurzlebige.

Joachim Günther

Ratlosigkeit in Schlips und Kragen

Fachtagung der SGK zum Thema »Wirtschaftspolitik in Städten, Gemeinden und Kreisen« am 13./14. Oktober 1983 in München

Ein noch junges Kind der deutschen Sozialdemokratie ist die SGK, die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. Als

Nachfolgerin des Referats für Kommunalpolitik beim SPD-Parteivorstand wurde die SGK 1978 in Kassel gegründet, also in einer Zeit, als sich Sozialdemokraten reihenweise aus den Stadträten und Bürgermeistereien verabschiedeten, weil sie selbst in ihren einstigen Domänen vielfach keine Antworten mehr auf die Misere angesichts immer drastischer Sparpolitik einerseits und Zentralisierung von Entscheidungsbefugnissen andererseits wußten. Inzwischen ist die Bundes-SGK zu einer stattlichen Organisation herangewachsen: Circa 25 000 Mitglieder — überwiegend kommunale Mandatsträger — zählt die Organisation heute.

Quantitativ eindrucksvolle Organisierung allein reicht jedoch nicht, um in Zukunft auf der kommunalen Ebene zu einer sozialdemokratischen Offensive zu kommen. Auch nach dem Regierungswechsel in Bonn hat sich das Dilemma sozialdemokratischer Kommunalpolitik weiter verschärft. Drastisches Kennzeichen dafür ist etwa, daß im sozialdemokratisch regierten Nordrhein-Westfalen bereits über ein Dutzend Städte und Gemeinden aufgrund ihrer Schulden Situation unter Staatsaufsicht gestellt wurden. Dabei ist es nicht absehbar, daß es in nächster Zeit zu einer Umkehr des Trends zugunsten der Kommunen kommen wird, da das »Spielbein« kommunalpolitischer Haushaltspolitik, die Investitionstätigkeit, zunehmend amputiert wird.

Die Münchner Fachtagung war zunächst einmal als eine allgemeine Bestandsaufnahme zu verstehen. Im Eröffnungsplenum stand der Bedingungsrahmen kommunalpolitischer Entscheidungen und Handlungsmöglichkeiten zur Debatte. In drei Arbeitskreisen wurden dann Strategien zur Arbeitsplatzbeschaffung im kommunalen Bereich in dreierlei Hinsicht diskutiert: Privater Sektor, die Kommunen, Förderung und Entwicklung neuer wirtschaftlicher Aktivitäten. Eingestimmt wurden die ca. 150 Gäste und Teilnehmer mit einem Thesenpapier, das allerdings Hoffnungen auf eine konstruktive Erörterung alternativer Strategien im kommunalen Bereich kaum aufkommen lassen konnte. So formuliert das Papier in artiger Manier, wie eine Politik, die schon jahrelang den Unternehmen deftige Profitmöglichkeiten, den Kommunen aber keine Arbeitsplätze schuf, in Zukunft »noch« besser funktionieren könnte: »Zur Verbesserung des Umgangs mit der privaten Wirtschaft gehört für die Kommunen auch die Aufgabe, in Zukunft unbürokratisch und flexibel auf die Wünsche und Bedürfnisse der freien Wirtschaft einzugehen.« Und die Bemängelung einer Sparpolitik, die die strukturellen Defizite kommunaler Wirtschaftspolitik eher verschärfen als beseitigen dürfte, liest sich so: »Strukturell sind die Kommunen nicht dafür ausgerüstet, durch eigene personalpolitische Anstrengungen die allgemeinen Arbeitsmarktprobleme zu lösen. Im Gegenteil: Die desolate kommunale Haushaltssituation zwingt sie dazu, den gewaltigen Personalkostenanteil an den Verwaltungshaushalten langfristig sukzessive abzubauen«. So undifferenziert kam es dann im Einleitungsreferat von *Wolfgang Roth* als Vertreter der SPD-Bundestagsfraktion nicht mehr; er stellte öffentliche wie private Investitionen im Umweltbereich, gekoppelt mit Umweltabgaben, Mineralölsteuererhöhung und anderem, in den Mittelpunkt der Strategien zu Arbeitsplatzbeschaffung.

Ulrich Pfeiffer, ehemaliger Ministerialdirektor im Bundesministerium, gab ein Bekenntnis zur Förderung sozialer Institutionen und besonders belasteter Gebiete ab. Doch wie auch in den Einleitungsreferaten blieben Hinweise auf Strategien, die den kommunalpolitischen Spielraum und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse berücksichtigen, im Bereich »handwerklicher« Dimensionen. Darin haben sich auch jene Vertreter der »Wissenschaft« spezialisiert, die auf dieser Fachtagung auftraten, wie *Dieter Bullinger* von der Basler Prognos AG oder *Dr. Hans Heuer* vom Deutschen Institut für Urbanistik in Ber-

lin. Nicht von ungefähr waren diese Vertreter für privatwirtschaftliche Fragen zuständig: Wie die Kommunen mit Gewerbeflächen umgehen sollten (»Flächenrecycling«, ein schönes neudeutsches Wort), wie die technologischen Ressourcen in einer Kommune und deren betriebliches Potential genutzt werden können usw. Für die tägliche Praxis von Gemeinderäten war da gewiß manch interessanter Tip, doch von Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann man bei diesen Ansätzen nur insofern sprechen, als die clevere Ansiedlungspolitik einer Gemeinde Arbeitsplätze auf Kosten der anderen Gemeinden schafft. — Die Lichtblicke dieser Tagung lagen sicher dort, wo neue Überlegungen der kommunalen Wirtschaftssteuerung über den öffentlichen Sektor oder alternative wirtschaftliche Aktivitäten angesprochen wurden. Sehr aufschlußreich war — nach vielem Brimborium — und nicht zuletzt als Wahlkampfthema aufgemotzt —, aus erster Hand etwas über die Hamburger Erfahrungen mit dem sogenannten »zweiten Arbeitsmarkt« zu hören. *Jobst Fiedler* — einer der Inspiratoren des Hamburger Projekts — wies in aller Nüchternheit auf die Möglichkeiten und Grenzen hin: Selbst wenn es gelingt, jene Forderungen zu erfüllen, die gerade von gewerkschaftlicher Seite gegen ABM-Programme eingewendet werden (tarifliche Vergütung, kein verdeckter Ersatz von vorhandenen Planstellen), liegt der Wert des Programms in erster Linie in der Erschließung von Arbeitsfeldern der »zweiten und dritten Linie«, die von den Kommunen gegenwärtig kaum wahrgenommen werden können. Dabei erfordert es ein sehr hohes Engagement und sehr gründliche Planung, bei einer gegebenen Arbeitslosenstruktur passende Projekte zu initiieren, die nicht schon bestehende öffentliche Aufgaben und Tätigkeiten tangieren. — Die Chancen einer Ausweitung des öffentlichen Sektors — nicht des öffentlichen *Dienstes* — durch kommunale Investitionen wurde in München zunächst negativ diskutiert — als Ablehnung von Privatisierungsstrategien öffentlicher Unternehmen. Wie es sich herausstellte, gibt es noch genügend sozialdemokratische Kommunalpolitiker, die der Legende Glauben schenken, die Müllabfuhr sei privat billiger zu organisieren als in öffentlicher Organisation. Im Unterschied zum bereits oben erwähnten Thesenpapier, das sehr pauschal auf den (meist konservativ besetzten) Anti-Bürokratie-Zug aufsprang, um Sparpolitik (sprich Stellenabbau) zu proklamieren, war die Debatte in dem entsprechenden Arbeitskreis schon soweit gediehen, daß Vorschläge, Überhänge in Hauptverwaltungen in soziale Bereiche umzusetzen manchem Teilnehmer als umstürzlerisch erscheinen mußten. — Die generelle Alternative — eine Ausweitung des öffentlichen Sektors auf Bereiche, die bisher nicht in die kommunalen Aufgabenfelder fielen — wurde nur in Randbemerkungen erwähnt. Die grundsätzliche Forderung nach besserer Finanzausstattung der Kommunen sowie nach mehr Entscheidungskompetenzen wurde auf der Tagung zwar erhoben (sogar dahingehend, daß sich ein Wuppertaler Oberstadtdirektor in dieser Frage zu einer »Rebellion der Kommunalpolitiker« bekannte), systematisiert wurde dieser Aspekt nicht. Daher kam es zwar zu einer Erörterung der Prioritäten kommunaler Investitionsentscheidungen angesichts der leeren Kassen; daraus die programmatische Konsequenz, Investitionsprogramme gerade angesichts leerer Kassen zu formulieren, war wohl eine den meisten Teilnehmern sympathische Vorstellung, aber in ihrem Reife- und Konkretisierungsgrad noch nicht weit genug gediehen, um hier detailliert vorgetragen zu werden. So muß als Fazit festgestellt werden, daß die Wut im Bauch auch noch so vieler dezent gekleideter Amtsträger noch kein alternatives Konzept zur sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik in den Kommunen erzeugt. Es könnte aber sein, daß das praktische Elend in den Kommunen die Partei schon bald zwingt, generell über die wirtschaftspolitische Richtung nachzudenken, will sie den Marsch »von unten« an die Regierungsmacht wirklich erfolgreich antreten.

Besprechungen

Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (Hrsg.): Arbeiterkultur in Österreich 1918-1934, Wien, 12.-14. Februar 1981 (ITH-Tagungsbericht 16), Wien 1981
 In periodischen Abständen gelingt es in Österreich, Historiker aus Ost und West zu Tagungen zu nationalen und internationalen Problemen der Arbeiterbewegung zusammenzubringen. 1981 war die ausgezeichnete Ausstellung in Wien zur Arbeiterkultur in Österreich in der Zwischenkriegszeit («Mit uns zieht die neue Zeit») Anlaß und Rahmen, auf einer Sonderkonferenz die gleiche Problematik zu behandeln. Man muß sicherlich nicht so weit gehen wie Nationalrat Karl Blecha in seinem Vorwort, der der österreichischen Arbeiterbewegung ein »ungebrochenes Verhältnis« (5) zu ihrer Geschichte zusprach, um festzustellen, daß auch die Beteiligung der SPÖ-Parteiführung (Festvortrag von Bruno Kreisky) eine intensivere Beschäftigung mit der eigenen Geschichte dokumentiert, als wir das etwa für die SPD feststellen können. Hier ist allerdings glücklicherweise die wissenschaftliche Wiederentdeckung der Frage der Arbeiterkultur dem Parteiinteresse ein ganzes Stück voraus.

Der vorliegende Tagungsband enthält neben zwei Einführungen zum »Stellenwert der Arbeiterkultur in Österreich 1918-1934« und zur »Arbeiteralltagsgeschichte« Einzelreferate und Diskussionen zu den Themen sozialdemokratische Bildungsarbeit, Jugend- und Erziehungsbewegung, Verhältnis von Arbeiterbewegung und Intelligenz, Wehrhaftigkeit, Arbeiterliteratur, Massenästhetik und Massenspiel, Arbeitermusikbewegung, Wohnbaupolitik sowie Familie und Wohnen. Er umfaßt damit — nicht vollständig — jene Bereiche, die ein Spezifikum dessen ausmachen, was gemeinhin unter dem Begriff »Austromarxismus« verstanden wird.

Die Diskussionen zu den einzelnen Themenkomplexen sind insofern von Bedeutung, als dort nicht nur wissenschaftliche Kontroversen zu einzelnen strittigen Beurteilungen ausgetragen wurden, sondern sich auch »Augenzeugen« zu Wort meldeten. Exemplarisch sei hier nur der Beitrag von *Stella Klein-Löw* genannt, die unter anderem ausführte: »Für uns war bestimmend der Austromarxismus. Er war unser politisches Credo. Wir verstanden ihn als politisch wegweisend und als menschlich zielführend. Unser Lebensstil war den Gegebenheiten entsprechend. ... Form und Inhalt des Politischen und des Alltagslebens flossen ineinander zu einem Strom, der Lebensstil war und uns kennzeichnete, von anderen unterschied.« (42) Die Diskrepanz zur sozialdemokratischen Kultur von heute ist offensichtlich.

Der Band kann einen Einstieg für alle diejenigen bieten, die ein Interesse daran haben, sich intensiver mit den Ausdrucksformen von Arbeiterkultur auseinanderzusetzen, wie es sie in der Zwischenkriegszeit gab. Wem diese akademische Aufarbeitung alleine zu spröde ist, der sollte diesen Band parallel mit einer Veröffentlichung des Junius-Verlages lesen (Sozialismus und persönliche Lebensgestaltung. Texte aus der Zwischenkriegszeit, Wien 1981), in dem bei ähnlicher Aufgliederung zeitgenössische Autoren selbst zu Wort kommen.

Helene Maimann unterzieht den Versuch der österreichischen Arbeiterbewegung, eine Gegenkultur innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft aufzubauen, einer kritischen Betrachtung. Den immanenten Widerspruch sieht sie darin angelegt, einerseits die Inanspruchnahme all dessen anzustreben, was unter »fortschrittlicher« bürgerlicher Kultur verstanden wurde, und andererseits sich die möglichst wasserdichte Abschottung der Ar-

beiter von der bürgerlichen Welt zum Ziel zu setzen. Das Faszinierende an dieser Bewegung sieht sie trotz der genannten Problematik darin, »daß sie den Versuch unternommen hat, eine Revolutionierung der Alltags zumindest dem Anspruch nach durchzuführen und die Erziehung des 'Neuen Menschen' zum kulturpolitischen Programm zu erheben« (19). Die daraus resultierende Massenkulturarbeit ist für sie in dieser Form als historisch einmalig zu bezeichnen. Der von ihr entwickelte Kulturbegriff, Kultur als »Beziehung zwischen den Elementen einer ganzen Lebensweise ..., als ein Geflecht von klassen- und schichten-spezifischen Lebenszusammenhängen« (17), zeigt ein Defizit dieses Bandes auf: Verschiedene Bereiche dessen, was hier unter Arbeiterkultur verstanden wird, sind nicht abgedeckt. Dies beginnt beispielsweise bei der Frage der Arbeitsorganisation, setzt sich fort über die Rolle der Frauen und ihrer Organisationen (wird nur zum Teil bei Pirhofer/Sieder angerissen, s.u.) und endet bei der Frage des Arbeitersports.

Wolfgang Neugebauer arbeitet in seinem Referat über sozialdemokratische Jugend- und Erziehungsbewegung die Unterschiede zwischen deutscher und österreichischer SAJ heraus. Die kulturellen und erzieherischen Aktions- und Arbeitsformen (Wandern, Lager, Spiel, Volkstanz, Gesang usw.) werden in ihrer je unterschiedlichen Funktionsbestimmung dargestellt. Worum es in diesen Kontroversen ging, läßt sich am besten mit der Positionsbestimmung Heinz Soffners charakterisieren: »Klassenkampf läßt sich nicht erwandern und ersingen, sondern nur erkämpfen!« (59) Allgemeingut sozialdemokratischer Erziehungsarbeit in Österreich aber sei die Position gewesen, daß »neutrale« Erziehung unmöglich ist, daß der Klassenkampf der sozialistischen Erziehung die Aufgabe zuweist.

Die kommunalen Wohnbauten waren nach Auffassung von Rainer Bauböck mehr als alles andere politisches Manifest des Roten Wien und der Stärke der Sozialdemokratie. Sein Beitrag gibt zum einen Einblick in das, was er eine der »eindrucksvollsten Leistungen« (170) der Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit nennt. Zum anderen arbeitet er die Problemfelder heraus, in denen nach seiner Ansicht die Ansätze einer fortschrittlicheren Wohnungsbaupolitik und Architektur noch nicht weit genug entwickelt wurden. Dabei zeigt er auch die Schwierigkeiten auf, die sich daraus ergaben, daß die Gemeinde Wien gezwungen war, ihr Reformprogramm gegen die Widerstände der bürgerlichen Bundes- und Landesregierung(en) zu entwickeln. Mit seiner Kritik am Festhalten an der Parzellierung der Familien in Kleinwohnungen scheint mir Bauböck allerdings zu sehr vom Stand des heutigen Betrachters aus zu argumentieren. Zwar benennt er das Netz der sozialen Folgeeinrichtungen und den Hofcharakter der Bauten, versäumt es aber doch, den ungeheuren Fortschritt dieser Bauten in bezug auf ihre kollektive Nutzbarkeit, soziale Integration und die Aufhebung der Wohnung als Ware (vgl. Pepper, 192) im einzelnen zu beleuchten. Die gleichen kritischen Anmerkungen treffen den Beitrag von Gottfried Pirhofer und Reinhard Sieder über »Familie und Wohnen im Roten Wien«. Auch sie sehen im wesentlichen eine durch den Gemeindebau produzierte »Segmentierung von Handlungsabläufen« (190), demgegenüber dann — dieser Eindruck wird zumindest nicht ausgeräumt — sogar die alten Bassena-Häuser (Toiletten und Wasserstellen auf dem Flur) als fortschrittlicher, da kommunikativer, erscheinen. Pirhofer/Sieder beleuchten einen Aspekt etwas genauer, der einen eigenen Beitrag in dem Band verdient hätte: die Rolle der Frauen. Sie zeigen, wie auch unter veränderten Wohnverhältnissen die Rolle der Hausfrau kaum problematisiert wird und wie sich in der proletarischen Kleinfamilie repressive und patriarchalische Strukturen erhalten.

Wer diesen Band aus der Hand legt, hat gewiß kein Rezeptbuch gelesen, wie sich Arbeiterkultur bzw. eine Arbeiterkulturbewegung ähnlich der Zwischenkriegszeit wiederherstel-

len läßt. Darum kann es auch gar nicht gehen. So wenig ausreichend es wäre, die alten Programme wieder zu beschließen, um die »gute, alte revolutionäre Sozialdemokratie« wiederhergestellt zu haben, so wenig nützt uns ein nur nostalgisches Bestaunen der früheren kulturellen Leistungen der Arbeiterbewegung. Aber indem wir diese als Teil der Geschichte der Arbeiterbewegung uns kritisch aneignen, werden wir erst befähigt, zu einer neuen politischen und kulturellen Hegemonie der Arbeiterbewegung und ihrer Verbündeten *heute* beizutragen. Und wir werden befähigt, die allzu bequeme Trennung von Privatem und Politischem, Freizeit und Arbeit wenn nicht aufzuheben, so doch anzugehen.

Uli Schöler (Bonn)

Haug, Frigga (Hrsg.): Frauenformen 2. Sexualisierung der Körper (Argument-Sonderband 91), Argument-Verlag, Berlin/West, 1983 (204 Seiten, br., 16,80/f.Stud.13,80 DM)

Der Titel verleitet zu der Erwartung, es würden in diesem Buch weibliche Sexualprobleme wie Monogamie, Homo- oder Heterosexualität, Empfängnisverhütung usw. diskutiert. Dies werdet Ihr in dem Buch nicht finden. In der Folge des französischen Theoretikers Foucault (Sexualität und Wahrheit) fassen die Autorinnen Sexualität weiter: Sie umschreibt einen gesellschaftlichen Bereich, in dem über geschlechtliche Anordnungen wie Mann/Frau und Eltern/Kind (Dispositiv) und bestimmte Handlungsrituale — so der Zwang zur Heterosexualität, Monogamie (Diskurs) — die Durchsetzung staatlicher Macht über die Einordnung menschlicher Körper stattfindet. Durch diese Einordnung werden die Menschen individualisiert, unterworfen und zugleich mit ihrem eigenen Wollen und Handeln fremdvergesellschaftet. Darüber hinaus ist dies der Bereich, in dem die geschlechtsspezifische Unterwerfung von Mädchen mit ihrem Erwachsenwerden eingeübt und tagtäglich reproduziert wird. Die Eingrenzung des Erkenntnisgegenstandes auf weiblichen Sex bedeutet — so die Autorinnen — das Akzeptieren des Dispositivs und damit der Handlungsstrukturen, die Unglück und Leid der Frauen erzeugen. Mit diesem Ansatz begründen die Frauen zum einen die Notwendigkeit ihres Buches, obwohl es schon eine ganze Reihe anderer Bücher zum Thema Frauen, Körper und Sexualität gibt. »Wenn wir nun nicht über Techniken forschten, nicht über erogene Zonen und ihre Manipulierbarkeit, sondern über die Unfähigkeit zum Glück bei fortgesetzter Suche, sie im sexuellen Feld zu finden, müßten wir dann nicht *Orientierungen* herausarbeiten können, die über das bislang schon Geschriebene hinausgehen könnten?« (5, Hervorh. d. Verf.) Zum anderen grenzen sie sich mit ihrem Ansatz entschieden gegen eine Tendenz innerhalb der Frauenbewegung ab, geschlechtsspezifische Verhaltensweisen zu akzeptieren und in ihnen Erlebnisfülle, Sensibilität und Reichtum zu finden. Frauen »stellen fest, daß die männlichen Zuschreibungen, in denen sie leben, weniger sind als das, was sie 'wirklich erleben', daß sie also Selbstzuschreibung brauchen. So entstand eine ausgedehnte feministische 'Körperkultur'. In ihr werden die Körper umsorgt, erforscht, entfesselt. Und die Frauen durchqueren diese Festlegung, indem sie zugleich Geschlechterpolitik betreiben und weibliche kulturelle Lebensweisen praktizieren.« (128)

Den Argument-Frauen geht es statt dessen um die Konstituierung dieses sexuellen Bereichs, ihre eigene Hinwendung; Sexualisierung und Individualisierung untersuchen sie exemplarisch, um genauere Aussagen über Motivation, Handlungselemente und Normen machen zu können. Ihr Material sind Geschichten, ihre Erinnerungen an den Prozeß der »Sexualisierung unschuldiger Körperteile«, wie sie es nennen. Die Geschichten gruppieren sie um verschiedene kleine Forschungsprojekte, zum Beispiel Geschichten über die

Haare, die Beine, Anforderungen und Verhaltensweisen an ihren Körper, die Sklavinnenhaltungen produzieren.

Besonders interessant fand ich die Aussagen der Frauen zu ihrer »Erinnerungsarbeit«, also zu den Überlegungen und Methoden, im Kopf Versunkenes zurückzuholen, sich vieler Details zu besinnen, sich gegen allzu glatte Theorisierungen zu wehren und schließlich mit Brüchen und Leerstellen dieses Materials zu arbeiten. Gelungen ist die Umsetzung dieses Programms im Projekt Haare. Anhand alltäglicher Szenen, wie wir sie als Mädchen wohl alle erlebt haben, beweist die Autorin, daß hinter dem Familienkampf um kurze oder lange Haare der 12-, 13- oder 14jährigen Mädchen auch deren Wunsch steckt, so wie andere sein zu wollen, »auch die Suche nach Sicherheit, nach Unauffälligkeit. Zwar widerständig gegenüber den elterlichen Anordnungen, stützt er zugleich die reibungslose Ein- und Anpassung an die dominante Kultur. Der Effekt der Widerstandsformen gegen die Familie war hier Eingewöhnung in die Normalität dieser Gesellschaft.« (63) Gegen die allzu einfache Unterwerfungstheese, mit der Frauen sich als Opfer männlicher oder elterlicher Unterdrückung begreifen, ist es eine — wenn auch nicht ganz neue, so dennoch aufregende — Feststellung, daß sich Frauen im Widerstand, sogar im lustvollen Tun selbstbe-scheiden können.

Unglaublich dagegen fand ich die Verbindung von Erinnerungsarbeit und Theoriebildung im Projekt Beine. Zum einen, weil hier dramatisch Scheinprobleme inszeniert werden, wie etwa folgendes: »Wir vermuten, daß das *Glück beim Lernen* die Schiene war, auf welcher die Einübung in die herrschende Geschlechter- und Klassenordnung durch die Körperhaltung erfolgte. Wir beschlossen, dieser Vermutung weiter nachzugehen, weil sie uns zugleich neu und schrecklich erschien: Wenn das Glück beim Lernen für das Ein- und Unterordnen in Anspruch genommen werden kann, so stehen wir hinsichtlich unserer Befreiungsperspektive vor einem 'strategisch' schwierigen Problem: Wir hatten bisher ungebrochen das 'Lob des Lernens' (vgl. B. Brecht: Die Mutter) gesungen, Lernen war für uns die Tätigkeit, welche uns aus Abhängigkeit und Unterdrückung herausführen sollte. Offenbar kann aber sehr verschiedenes gelernt werden.« (110) Welch eine Feststellung! Nach der mehrjährigen Opfer/Täter-Diskussion tun nun die Initiatorinnen dieser Debatte so, als hätten sie gerade erst festgestellt, daß weibliche Verhaltensweisen deshalb besonders renitent gegen Veränderungen sind, weil Frauen sie lernten, sie mit Bewußtsein akzeptierten und guthießen. Zum anderen überzeugt mich nicht der Weg der Bearbeitung dieses Problems: »Hatten sich die Theorien, auf die wir uns stützen bei der Bearbeitung einer Theorie weiblicher Sozialisation, überhaupt diese Frage gestellt? Wir untersuchen unter diesem Aspekt Ergebnisse der Kritischen Psychologie und des Projekts Ideologie-Theorie. Obwohl wir eine Reihe von Entdeckungen machten, können uns die Theorien natürlich nicht sagen, wie der Zusammenhang von den Individuen, insbesondere von uns Frauen, konkret gelebt wird. Dazu machen wir die Erinnerungsarbeit.« (110) Damit erhält der eigentlich neue Ansatz dieses Buches eine nachgeordnete Rolle, Erinnerungen werden zum Material, an dem eine liebgewordene Theorie durchbuchstabiert wird. Frauenproblemen kommt die Ehre zu, auf Lücken in einer ansonsten abgeschlossenen Theoriebildung hinzuweisen.

In Teil 3 des Buches gehen die Frauen näher auf die Körperliteratur der Frauenbewegung ein, im Mittelpunkt ihrer Kritik steht ein Buch der amerikanischen Frauenbewegung, »unser körper — unser leben«. Dies ist ein zweibändiges Werk, in dem eine Fülle von Rat-schlägen, Literatur, Erlebnisberichten, Adressen und sonstige Hinweise erhalten sind, alles, was Frauen sich wechselseitig raten. Die Argument-Frauen stellen nun fest, »daß es

nicht die einzelnen Vorschläge waren, die uns Unbehagen verursachten, sondern die 'Anordnung', in der sie vorgeführt wurden. 'Anordnung' heißt, daß die einzelnen Vorschläge nicht nur die Antwort auf ein jeweils einzelnes, isoliertes Problem sind. Sie sind miteinander verbunden durch sehr viel allgemeinere Ziele, die erreicht werden sollen, werden die Ratschläge befolgt.« (173) Es folgt eine Kritik an der Sprache des Buches, die Herrschaftsstrukturen zeigt, ein Verweis auf einen unkritischen Krankheits- bzw. Gesundheitsbegriff, kurzum alles, was wir zuvor im Kapitel über Foucault über das Herrschaftsdispositiv im Bereich des Sexuellen gelernt haben, finden wir hier wieder. Soweit leistet das Argument-Frauenbuch eine Ideologiekritik. Aber den Frauen geht es ja um mehr, um »Orientierungen«, darum, denkend in die Verhältnisse einzugreifen.

Und was rate ich nun nach der Lektüre dieses Buches meiner Freundin und mir: Wir haben zwar eine feste Beziehung, wollen aber ganz gern mit einem anderen Mann schmusen, den wir gerade kennengelernt haben? Ganz klar! Wir gründen ein Forschungsprojekt. Nach einer längeren, produktiven Arbeitsphase fassen wir dann in einem Zwischenergebnis zusammen, daß wir uns diesem Problem so gar nicht stellen dürfen, da es uns auf das Dispositiv festlegt, also unterdrückt. Das trifft sich gut, denn in der Zwischenzeit ist die alte Fragestellung hinfällig geworden ... Karin Westermann (Berlin/West)

Glaser, Hermann: Im Packeis des Unbehagens. Eine persönliche Bilanz des Generationenkonflikts, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn 1982 (216 Seiten, br., 29,80 DM)

In den vergangenen Jahren mußte man froh sein, wenn die sozialdemokratische Reformpolitik theoretisch untermauert und verteidigt wurde. Obwohl aus persönlicher Sicht geschrieben und durchaus nicht repräsentativ, stellt Glasers Buch einen Beitrag hierzu dar. Der Autor arbeitet erfolgreich als Schul- und Kulturdezernent der Stadt Nürnberg und ist Hauptinitiator der dortigen fortschrittlichen kulturellen Initiativen.

Ausgehend von Th. Fontanes Gedicht »Die Alten und die Jungen«, in einer »Darstellungsstruktur«, die darin besteht, »daß das Bemühen um Verallgemeinerung bzw. die Anstrengung des Begriffs immer wieder 'aufgehoben' werden soll in der persönlichen Erfahrung, auch in der Bekundung des Widerspruchs zwischen Objektivierung und Subjektivierung, der als solcher oft genug nicht aufgelöst wird« (7), will er einen Beitrag liefern »zur Existenzanalyse der Älteren«. Er möchte »Unverständnis in Verständnis umschlagen« lassen und durch »Abstraktion, der emotionalen Negation enthoben, über sie 'erhaben'« (8) machen. Glaser beruft sich auf die »Dialektik der Aufklärung« (Horkheimer/Adorno), kritisiert mit dem Begriff vom »Jargon der Eigentlichkeit« die »Kulturheuchelei« der bürgerlichen Gesellschaft, aber auch der APO(!), um dann, inspiriert von Habermas' Theorie der »kommunikativen Kompetenz«, den »Diskurs als Chance« anzubieten.

Die Spirale der »assoziativen Hermeneutik«, wie er seine Methode nennt, schleudert ihn von dieser begrifflichen Höhe in die Niederungen des »Protestes damals und heute«; die Entwicklung ist die Änderung von mehr reflexiven Protestverhalten hin zur direkten Aktion: »after action satisfaction«. nach einem historischen Abriß der Jugendbewegungen lotet Glaser die »Perspektiven der Reformpolitik« aus. Die Frage nach der Partizipation von Jugendlichen an der bestehenden Gesellschaftsordnung ist für ihn zentral. Die jetzige Krisensituation sieht er begründet in einer Verhärtung des Verhältnisses von »System und Bewegung«, mahnt aber diejenigen, »die heute sehr leichtfertig ... 'System' als Negativ- und 'Bewegung' als Positivvokabel in den Mund nehmen, ... die dahinter lauernden Gefahren selbstkritisch zur Kenntnis« zu nehmen (80). Jugendpolitik stellt in diesem Sinne ei-

nen mittleren Zustand zwischen der »Legalität« des Systems und der »Legitimität« der Bewegung dar (85-98). Wer sich auf diesen mittleren Zustand nicht einläßt, stelle sich selbst in den narzistischen Schmollwinkel: »Die Enttäuschung an der Gesellschaft wird zum Vehikel, mit dem man sich von der Dreckarbeit der Reform entfernt, um im Status der Unverbindlichkeit dem Kult des Ichs ... nachgehen zu können.« (100)

Anschließend behandelt Glaser verschiedene Schlagwörter, mit denen die Situation der heutigen Jugend in Zusammenhang gebracht wurde. Der »Neue Sozialisationstypus«, die »Entfremdung«, die »Sogkraft der Regression«, die »Außenlenkung durch die Interessen der Technologie und Ökonomie« in der »Gleichgewichtsgesellschaft«, das »Szenarium des Weltuntergangs«, »Aussteigen und Einsteigen«, die »Romantik des einfachen Lebens«, das »Grün hat braune Ränder« und ähnliches wird hier durchgespielt. Glaser kritisiert aber diese Begriffe nicht, sondern verfährt nach dem Goetheschen Motto: »Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen.« In seinem »Erfahrungshunger« erinnert Glasers Buch an das sobenamte von Michael Rutschky, nur ist seine Erfahrung vor allem eine literaturgeschichtliche, und seinen Mund füllt er mit umfangreichen Zitatensammlungen: zum »Packedes des Unbehagens« packt er der Jugend noch das Packedes bildungsbürgerlicher Ausdrucksweise. Für viele Jugendliche ist das Buch schier unlesbar, denn der »Erfahrungshunger« ist zum »Begriffshunger« geworden.

Im Gegensatz zu Rutschky gelingt ihm auch keine Positionsbestimmung oder gar Selbstvergewisserung: »In diesem Buch, so die Ankündigung, werde versucht, die Frage zu beantworten, ob die Kluft und das Packedes zwischen den Generationen ein besonderer gesellschaftlicher und politischer Tatbestand unserer Zeit und Welt sei oder lediglich ein gleichbleibend generationenspezifisches Problem signalisiere. Ich weiß es nicht.« (211) Und: »Warum aber soll man, wenn man schon über Spontaneismus schreibt, nicht auch spontaneistisch schreiben?« (213) Warum soll man, so möchte man antworten, wenn man schon über »Verständigungsschwierigkeiten« (15) schreibt, nicht auch unverständlich schreiben? Walter Benjamin drehte sich im Grabe um, wüßte er, daß Hermann Glaser dergestalt seine manchmal fragmentarische Schreibweise als »schöne Regellosigkeit« für sich reklamiert. Mit einem Blick durchs Schlüsselloch in die Studierstube Adornos erhascht Glaser seine Begriffe, seinen »Jargon der Eigentlichkeit«. Aber weil sie ihm der Mühe nicht wert scheinen, sie auf die neuen sozialen Probleme zu beziehen, ergreift er anstelle eines politischen Handelns Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns, verdünnt sie zum »steten Diskurs«, seinem Lieblingswort, und reinigt so den Generationskonflikt von seiner sozio-ökonomischen Brisanz: »Der demokratische gesellschaftliche Konsens ist immer zuerst ein Konsens der Begriffe. Und gleichermaßen muß der gesellschaftliche Dissens ein Dissens der Begriffe sein; denn nur die Stärke der Begriffe verhindert, daß die Gewalt des Stärkeren sich durchsetzt.« (21) Die sozialen Realitäten haben der Metaphysik der Begriffe zu weichen: Hermann Glaser und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie!

Hermann Glaser treibt in seinem Buch Schindluder mit den sozialphilosophischen Begriffen der kritischen Gesellschaftstheorie. Gerade die Entwertung und Inhaltsleere der Begriffe macht hilflos gegen neopositivistische Angriffe. Hans Albert schrieb in seinem Aufsatz »Der Mythos der totalen Vernunft« (Adorno u.a., Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, 2. Aufl., Darmstadt und Neuwied 1979, S.218): »Adornos Urteil, das gesamte Wertproblem (Beim Neopositivismus, P.B.) sei falsch gestellt, hat keinen Bezug auf eine bestimmte Formulierung dieses Problems und ist daher kaum zu beurteilen: eine umfassend klingende, aber risikolose Behauptung« — und dies meine, so formuliert Glaser über sich selbst, wenn einer »eingezwängt, hin- und hergeschoben zwischen Argumen-

ten und Materialien, zwischen Einsichten und Fragwürdigkeiten, zwischen Unsicherheiten und dem Wunsch nach Verstehen und Faßbarkeit«, schließlich »ein schizoides Buch« (211) schreibt. Glaser öffnet konservativen Angriffen Tür und Tor, denn er geht nicht vom Abstrakten zum Konkreten, sondern vom Konkreten zum Abstrakten. Er mißt die »neue Jugendbewegung« an den herbeizitierten Maßstäben seines kulturellen Olymp. Der Small Talk einer Cocktailparty gibt sich als fortschrittliches Bewußtsein.

Mit Fontane plädiert Glaser dafür, »ein bißchen heiterer, gemütlicher, alternativer« zu leben »in einer guten neuen alten Zeit, einer gelasseneren, freundlicheren, überschaubaren, menschlicheren Welt« (214). Das erinnert an den sozialdemokratischen Wahlkampfslogan von einst: »Für mehr Menschlichkeit«, und Glasers Begriffsinstrumentarium erscheint mir als bildungsbürgerliche Variante der Halbherzigkeit und Schwammigkeit sozialliberaler Jugend- und Bildungspolitik der letzten Jahre. Die sozialen Probleme der Jugend werden *sprachlich* entschärft; während der Wall um die Startbahn West errichtet ist und die besetzten Häuser zu einem Großteil geräumt sind, bietet das »Establishment« Dialog und Vermittlung an: »In der Grauzone zwischen herrschender Legalität (des Systems, P.B.) und beanspruchter Legitimität (der Jugendbewegung, P.B.) muß darauf hingewirkt werden, daß Legalität sich mehr legitimiert und Legitimitätsansprüche die Grenzen der Legalität überschreiten.« (91) Glasers sozialdemokratischer Problemnenner entpuppt sich als fauler Kompromiß; faul für diejenigen jugendlichen Arbeitslosen, die sich nutzlos und abgeschoben vorkommen. Wieder einmal, so scheint es, soll die Jugend zur parlamentarischen Demokratie gebracht werden statt umgekehrt.

So gelangt Glaser nicht auf das Niveau der aktuellen Probleme einer besonders sensiblen sozialen Gruppe, sondern hängt sich eher als Bremswagen an den rollenden Zug. Darin liegt die politische Brisanz von Hermann Glasers hochgestellter sprachlicher Eigendynamik: Während die meisten Politiker den »Dialog mit der Jugend« suchen, hat er sie schon längst verdialogisiert im »steten Diskurs«. Insofern ist Glaser als Nürnberger Politiker seiner Zeit (und dem Gros seiner Partei) voraus, aber als Theoretiker hinkt er ihr hinterher. Es ist vielleicht das größte Dilemma sozialdemokratischer Reformstrategie, daß ihre Halbheiten und Halbherzigkeiten in Theorie und Praxis nachher von rechts der Reformpolitik als solcher angelastet und insofern Reformen als politisches Mittel auf der Linken diskreditiert werden. Hermann Glaser muß sich fragen lassen, ob seine begriffliche Augenwischerei der fortschrittlichen Sache nicht mehr schadet als nützt. Derartige impotente sprachliche Grillen zirpen nur kurz, auf Dauer geht ihnen die Luft aus. Es sollte nicht wieder möglich sein, daß die semantische Abteilung beim CDU-Parteivorstand der Sozialdemokratie zur Unzeit eine Grundwertedebatte aufs Auge drückt und ihre Programmaussagen durch den Kakao zieht, nur weil führende Sozialdemokraten diese selbst nicht wissenschaftlich und empirisch untermauert haben. In diesem Sinne plädiere ich für extreme Dogmatik, gegen jeglichen Begriffsoportunismus. Glaser kann es nicht sozialdemokratischen Bildungsbürgern und der »neuen Jugendbewegung« gleichzeitig recht machen. Das ist — auf Perspektive — ein zweischneidiges Schwert.

Patrik Baab (Mannheim)

Carlebach, Emil, und Fritz Noll: Die Meldung als Waffe. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1982 (132 Seiten, br., 6,50 DM)

Die Phantasie des Krimischreibers verblaßt hinter der Wirklichkeit. Diese Erkenntnis mag die beiden Medien-Insider Emil Carlebach und Fritz Noll dazu gebracht haben, sich in ih-

rem Buch »Die Meldung als Waffe« darauf zu beschränken, Wirklichkeit zu dokumentieren und kommentieren. Daß sie sich dabei häufig auf allgemein zugängliche Quellen und Materialien gestützt haben, schafft einen Grad an Authentizität, der die Leser packt und ihnen erschreckend deutlich macht, daß sie keine Kriminal-Story vor sich haben, sondern über Kriminal-Affären lesen.

Dabei fängt alles so ehrenvoll an: »Achtung vor der Wahrheit und wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberstes Gebot der Presse.« (aus dem Ehrenkodex des deutschen Presserates — zum stillen Gedenken!) Doch dann kommt es Schlag auf Schlag. Zuerst eine »Bomben«-Story aus der ARD-aktuell-Redaktion: Wie Chefredakteur Edmund Gruber mit Neutronenbomben umgeht (journalistisch — versteht sich), und was seine Untergebenen dagegen sagen. Als erste Reaktion auf solche journalistischen Mitbestimmungsversuche wird der Kommentar von NDR-Intendant Räuher wiedergegeben: »Wir machen den Redakteursausschuß so oder so hin.« Die zweite Reaktion kam erst nach Drucklegung. Im Juni 1983 bestätigten die ARD-Oberen nach Bonner Intervention »Bunker-Ede« im Amte und gaben ihm noch ein paar Kompetenzen mehr.

Die folgenden Beispiele aus dem Alltag der Printmedien zeigen, was die Kolleginnen und Kollegen der schreibenden Zunft erwartet, wenn sie über Annoncen-Gebühr hinaus über Themen berichten, die Anlaß zu Diskussionen in der Öffentlichkeit bieten. Bei Strafe des Berufsverbots, der Kriminalisierung, der Entlassung, der Versetzung oder Beschäftigung mit Rätselecken ist untersagt, NATO-Politik, Probleme mit dem §218, Berufsverbotspolitik sowie u. a. Weiße-Kragen-Täter und deren Machenschaften unbotmäßig zu behandeln. Dies gilt um so mehr, wenn die wirtschaftlichen Interessen des jeweiligen Hauses oder ihrer Anzeigenkunden berührt werden.

Daß das mit der Waffe »Meldung« nicht nur bildlich zu verstehen ist, wird an historischen Beispielen deutlich gemacht: 1870 Emser Depesche, 1914 Extrablatt des Berliner Lokalanzeigers, 1939 Presse- und Funkkampagne nach dem vorgeblich polnischen Überfall auf den Sender Gleiwitz. Als 1979 ein Journalist zur Öl-Politik der arabischen Länder schrieb: »Die Antwort kann nur lauten: Einmarsch«, wurde er angeklagt, »zum Angriffskrieg aufgestachelt zu haben« — und mit der Begründung freigesprochen: »Aufstacheln müsse mehr sein als nur ein Vorschlagen in einem Artikel ...«. Der Richter hatte wohl nicht gelesen, was Wilhelm Liebknecht schon 1891 in seiner Schrift: »Die Emser Depesche oder Wie Kriege gemacht werden.« festgehalten hatte.

Jedenfalls die Tendenz der Medien scheint geschützt. Pressekonzentration und Ausgewogenheitsfunk sorgen heute dafür, wofür noch zu Beginn unseres »freiheitlichsten Staates auf deutschem Boden« Besatzungsmächte und Adenauerregierung mit rüden Zeitungsverboten sorgen mußten. Die Pressefreiheit soll die Freiheit der Wenigen bleiben, ungehindert ihre Meinung unter's Volk bringen zu können. Die Vielen dürfen sich die Freiheit nehmen, den Fernseher auszuschalten oder die Zeitung im Kasten zu lassen. Vergleicht man die dargestellte Wirklichkeit mit dem Ehrenkodex des Presserates, möchte man schier verzweifeln, wenn da nicht auch der Blick auf die gesellschaftliche Alternative freigegeben würde. Der Bericht über den '76er Streik der IG-Druck und Papier gegen Lohnraub und für Meinungsfreiheit ist mindestens genauso spannend zu lesen wie vorher die dargestellten Kampfformen der Medienezaren und -fürsten.

Derart gewappnet wird der Leser seine Zeitung und die Fernsehnachrichten zukünftig wohl noch genauer unter die Lupe nehmen. Carlebach und Noll bieten mit den abschließenden Stories über ein »Sowjetisches Spionageschiff im Hamburger Hafen«, einen toten Olympiasieger, der Interviews gibt, und »Rassenunruhen in Südafrika« hervorragende

Übungsstücke dazu an. Wer meint, die Beispiele seien überholt, reißerisch oder übertrieben, sei auf den aktuellen Fall eines NDR-Nachrichtenredakteurs verwiesen, der einer Agenturmeldung, die eine Äußerung des US-Wirtschaftswissenschaftlers Galbraith zur Abrüstungsproblematik wiedergibt, die Information voranstellte, Galbraith unterstütze die amerikanische Friedensbewegung. Obwohl der Wissenschaftler dies in einem Brief an den Redakteur als korrekt bezeichnete, muß der Kollege gegen eine personalrechtliche Ermahnung durch den NDR-Intendanten vorgehen, die dieser wegen eines seiner Ansicht nach »gravierenden Falls von unzulässiger Nachrichtenmanipulation« ausgesprochen hatte. Was wohl eine zulässige Nachrichtenmanipulation in den Augen Herrn Räukers ist?

Dieter Muth-Kerth (Hamburg)

Frankreich-Lexikon. Schlüsselbegriffe zu Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Geschichte, Kultur, Presse- und Bildungswesen. Von Bernhard Schmidt, Jürgen Doll, Walther Fekl, Siegfried Loewe. Band I: Académie — Jours de France (= Grundlagen der Romanistik, Band 7), Erich Schmidt Verlag, Berlin (West) 1981 (372 S., kart., 39,- DM).

Band II: Laïcité — Zone Franc, Erich Schmidt Verlag, Berlin (West) 1983 (ca. 400 S., kart., ca. 42,- DM)

Mit dem vorliegenden zweibändigen Werk führt der Erich Schmidt-Verlag seine Handbuchreihe »Grundlagen der Romanistik« fort, die bisher — in ca. 12 Bänden — weitgehend literaturwissenschaftlich und linguistisch orientiert war. Die vier oben angeführten Autoren, sämtlich erfahrene Romanisten, teilweise auch Hispanisten, haben unter der Mitarbeit einer Reihe weiterer Fachleute 600 Stichworte bearbeitet, haben dabei neueste Literatur verwandt und waren bemüht, den aktuellen Stand der politischen Entwicklung zu berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang schränken allerdings zwei Faktoren das ansonsten positive Gesamtbild des Werkes ein: Der erste Band (A-J) berücksichtigt mit dem Datum des Redaktionsschlusses Mitte 1980 die politische Entwicklung des Administrationswechsels von der konservativen Regierung zur Koalition der Linken nicht mehr; das Erscheinen des zweiten Bandes (L-Z), in den der Regierungswechsel noch Eingang fand, hingegen verzögerte sich derart, daß das Gesamtprojekt ca. zwei Jahre unvollständig blieb. Ein dritter, freilich nur bedingt stichhaltiger Einwand betrifft den Umfang an Stichworten. Mit 600 Beiträgen »Schlüsselbegriffe zu Wirtschaft, Gesellschaft, Politik ...« erfassen zu wollen, erscheint auf den ersten Blick als nur schwerlich erfolgreiches Unterfangen. Allerdings machen wirtschaftliche Erwägungen ein anderes Vorgehen kaum vorstellbar — eine mehrbändige, ein Vielfaches an Stichworten umfassende Enzyklopädie ist im deutschsprachigen Raum bei seinem, zumindest was die BRD und Österreich anbelangt, geringem Interesse für die Probleme unseres Nachbarlandes zu einem populären Preis nicht produzierbar. Zum anderen jedoch umfassen die einzelnen Artikel bei einiger Phantasie des Lesens, bei der ihn allerdings keine Verweise unterstützen, ein weitaus größeres Maß an Information als ein einzelnes Stichwort in einem herkömmlichen Lexikon.

Eine sehr wohltuende Qualität des Frankreich-Lexikons muß noch erwähnt werden: Der nahezu umfassende Verzicht auf die in der BRD durchaus üblichen undifferenzierten antikommunistischen Attacken. Im Artikel über die CGT beispielsweise wird (auf insgesamt 5 1/2 Seiten) die Geschichte der ältesten und größten französischen Gewerkschaft entwickelt und vor allem an Hand ihrer programmatischen Entwicklung ein organisches Bild ihrer nahezu einhundertjährigen Geschichte gezeichnet. »Organisationsstruktur und

Einfluß« ist die zweite Hälfte der Abhandlungen überschrieben, die sich auf die aktuelle Situation und die Hauptziele ihrer derzeitigen Politik bezieht. Die folgenden Literaturverweise umfassen, wie oben bereits angekündigt, eine große politische Breite.

Als Fazit der Besprechung ist dem Frankreich-Lexikon eine möglichst weite Verbreitung zu wünschen sowie bei einer möglichen Aktualisierung in einigen Jahren die Korrektur der o.a. wenigen Mängel.

Johannes M. Becker (Marburg)

Eppler Erhard: Die tödliche Utopie der Sicherheit. Rowohlt Verlag, Reinbek b. Hamburg, 1983 (220 Seiten, br., 24,- DM)

Eppler ist einer der wenigen Politiker, die für verschiedene Bewegungen stehen: Er ist Mitglied der SPD-Grundwertekommission und spielt eine wichtige Rolle in der evangelischen Kirche (Kirchentagspräsident 83) und in der Friedensbewegung. Seine Kritik des herrschenden Sicherheitskonzepts und seine Gegenutopien einer gewaltfreien, solidarischen Gesellschaft sind also vor allem als *politische* Eingriffe und Vorschläge zu beurteilen. Welche Handlungsmöglichkeiten wollen sie eröffnen?

Um den Angriffspunkt deutlicher zu machen, referiere ich kurz die in der SPD bisher bestimmende Position. *Egon Bahr* hatte sie 1981 auf einem SPD-Forum zur Sicherheitspolitik (*Egon Bahr* in: *Apel u.a.: Sicherheitspolitik contra Frieden?*, Bonn 1981) formuliert: »Gemeinsame Sicherheit läßt sich nur mit den Bündnissystemen herstellen. Sie haben die Funktion, »gemeinsam ... Sicherheit voreinander zu garantieren«, und sind »ein friedenssichernder, stabilisierender Faktor in Europa«. Diese Sicherheit ist für die SPD Ergebnis von Entspannungs- und Verteidigungspolitik, wobei »verteidigen« heißt: eine ausreichende militärische Stärke und politische Solidarität aufrecht zu erhalten, um gegenüber Aggressionen und anderen Formen von Druckanwendungen abschreckend zu wirken« (Parteitagsbeschuß 1979, zit. nach: ebd., 141). So konnte auch der Doppelbeschuß begründet werden, denn »Sicherheit verlangt Verlässlichkeit« (*Bahr*, ebd., 12) im Bündnis.

Epplers grundsätzliche Kritik beginnt, indem er »Sicherheit« in Opposition zu »Freiheit« bringt. Zwar sei Sicherheit zunächst eine nützliche Sache, ein Versuch der Menschen sich vor Unwetter, Krankheit etc. zu schützen. Sie werde immer dann zum Problem, wenn »totale Sicherheit« (17) herzustellen versucht würde, denn dies sei nur mit einem »riesigen Apparat« verwirklichtbar, der die Freiheit einschränke (17). Im Übrigen sei Sicherheitsdenken im Bezug auf Friedenspolitik historisch überholt. Daß Rüstung mit »Sicherheit« begründet werde, falle mit der Entstehung der Nationalstaaten zusammen. »Erst im 19. und 20. Jahrhundert wurden die Kriege zur Kraftprobe ganzer Nationen.« (23) (Damit verbunden z.B. Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.) »Die Sicherheit der Bürger« wurde durch die Verteidigung des Landes gewährleistet. Bei der Abschreckung gehe es jedoch nicht mehr um Verteidigung. Während klassische Verteidigungspolitik damit drohte, den anderen bei Gefährdung des Territoriums hinauszuerwerfen, droht die atomare Abschreckung die Vernichtung an (24f.). In diesem Sinne zitiert Eppler die UNO-Kernwaffenstudie: »So kann Abschreckung als eine *offensive* Fähigkeit verstanden werden, die darauf beruht, dem Gegner nicht hinnehmbare Schäden zufügen zu können.« (25) Inzwischen gehe es den Amerikanern jedoch um noch mehr: »Ist atomar die totale Abschreckung gelungen, das 'Fenster der Unverwundbarkeit' geschlossen, ist die Überlegenheit zur See unangefochten, steht überdies jederzeit eine gewaltige Eingreifarmee bereit, dann können die US-Interessen wieder so wahrgenommen werden, wie es sich für eine Weltmacht gehört.« (66) Damit rückt die mögliche Katastrophe näher. »Steckte in der

Strategie der gegenseitigen gesicherten Zerstörung, gerade durch die darin enthaltene Selbstabschreckung noch eine vernünftige Chance, wenigstens vorläufig das Inferno zu vermeiden« (69), so sei die jetzige Utopie »tödlich« (69).

Daraus müsse für die SPD folgen: Ihre bisherige Konzeption muß verworfen werden, da sie von falschen Voraussetzungen ausgeht. Die Interessenidentität mit den Amerikanern hat es nie gegeben. Es ging beim Doppelbeschluß nicht um die »Sicherheit der Europäer, sondern um die Handlungsfähigkeit der Amerikaner« (81). Pershing II und Cruise waren nie als ein Gegengewicht zu den SS 20 gedacht (80), da die auf Mitteleuropa gerichteten sowjetischen Mittelstreckenraketen für die Amerikaner keine Bedrohung darstellten; vielmehr sollte durch die neuen Erstschlagwaffen ein Atomkrieg auf Europa begrenzt und mit Aussicht auf Erfolg führbar gemacht werden. So kann es für die Amerikaner kein Interesse an einem Verhandlungsergebnis geben. (79-81)

Wie nun die eigenen europäischen Interessen durchsetzen? Die Amerikaner und die Sowjetunion haben nach Eppler das gleiche Interesse an der Disziplin innerhalb der Blöcke (188). Dagegen sollen sich die Europäer zusammenschließen. »Politischer Spielraum, der auf der einen Seite der Demarkationslinie genutzt, gefüllt und ausgeweitet wird, schafft neuen Spielraum auf der anderen Seite.« (189) Davon verspricht sich Eppler eine »Dynamik gemeinsamer europäischer Interessen, ja eine Form europäischer Solidarität« in der Perspektive, »die Paktsysteme relativieren, lockern, überwölben und schließlich ersetzen« (190) zu können. Mittelfristig will Eppler die Aufhebung des Blockgegensatzes. Diesen Schritt werden noch die europäischen Nationen tragen müssen. Längerfristig sieht er aber die Notwendigkeit, den Nationalstaat selbst aufzuheben (192), und zwar in zwei Richtungen: a) nach oben: Abgabe von Souveränitätsrechten an EG und UNO (193); b) nach unten: Dezentralisierung, Verstärkungen lokaler und regionaler Selbstverwaltung (194).

Epplers Stärke liegt darin, daß er Probleme zum Gegenstand macht, die bisher in der FB unzureichend diskutiert wurden, deren Klärung mir aber notwendig erscheint, um Perspektiven über den Stationierungserbst hinaus zu entwickeln: Rüstung und 3. Welt, Frieden und Ökologie, Rüstung und Wirtschaftsmacht, Europa und Nationalstaat. Seine Schwächen liegen dort, wo er Ursachen der Aufrüstung analysiert. Problematisch ist sein Politikkonzept.

Einen Grund dafür, daß seine Friedensutopien bisher nicht mehrheitsfähig werden konnten, sieht Eppler in den beidseitigen Feindbildern, die nach seiner Auffassung nichts mit den Gesellschaftssystemen zu tun haben müssen: »Es spricht einiges dafür, daß wir heute auch dann im Zeichen eines Ost-West-Konfliktes zu leben hätten, wenn in Rußland noch der Zar regierte.« (133) Im weiteren wird die Systemkonkurrenz auf einen Interessengegensatz verharmlost, der für ihn nach Beseitigung eines falschen Denkens (»Feindbilder«) prinzipiell lösbar erscheint. »Wo Interessen offen dargelegt und nicht hinter ideologischen Phrasen versteckt werden ..., stellt sich manche Frage weniger dramatisch« (123). Hier scheinen mir Ursache und Wirkung vertauscht, denn: »Mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern ist dem kapitalistischen System politisch, ökonomisch und auch militärisch ein weltweites Gegengewicht gegenübergetreten, daß die Handlungsmöglichkeiten und die Herrschaftsansprüche der kapitalistischen Länder und ihrer führenden Monopolgruppen wesentlich eingeengt hat.« (Herforder Thesen, 21981, 30). Die ideologischen Feindbilder entstehen mit einer bestimmten Notwendigkeit.

Wie denkt sich Eppler nun seine »Politik des Friedens«? Zunächst müsse Politik wieder den Vorrang vor dem Militärischen gewinnen. »Ist die Wiedereinsetzung der Politik in ihre Rechte und Pflichten nirgendwo dringlicher als in der Außenpolitik.« (170) Die Zustän-

digkeit für diese Politik denkt Eppler recht traditionell. »Staaten und damit die politisch Verantwortlichen in diesen Staaten haben für äußere Sicherheit zu sorgen.« (23) Nicht in Frage gestellt wird die Zuständigkeit von Staat und Politikern für die Friedenspolitik. Dies schlägt auf *sein* Politikkonzept durch. Es bedarf nach Eppler eines »sozialen Bündnisses« der klassischen Arbeiterbewegung und der »neuen sozialen Bewegungen« (219), um eine neue Politik mehrheitsfähig zu machen, die allerdings selbst im Zuständigkeitsbereich der traditionellen Politik bleibt. »Weil Friedenspolitik auf Zeichen des Friedens angewiesen ist (Atomwaffenfreie Zonen, Aktionen etc., d. Verf.), braucht die klassische Arbeiterbewegung die neuen sozialen Bewegungen. Und weil Zeichen des Friedens nur Hoffnung geben, wo sie eine realistische Politik des Friedens ermutigen können, brauchen die neuen Bewegungen die Arbeiterbewegung« (220). Ich denke, es kann nicht um eine solche »Arbeitsteilung« gehen, sondern darum, daß die SPD sich als ein Teil der Friedensbewegung begreift und dort an einer Politik des Friedens mitarbeitet, statt »die Politik« für die Friedensbewegung zu machen.

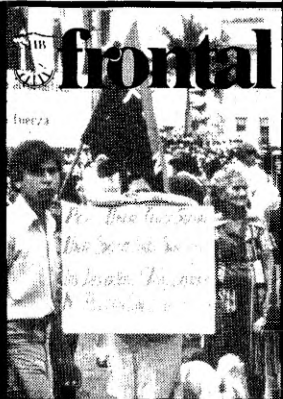
Jürgen Blume (Berlin/West)

Ein Angebot

frontal, das sozialistische Studentenmagazin, berichtet regelmäßig über Friedensbewegung, Sozialdemokratie, Frauenbewegung, Internationalismus, Hochschule.

frontal-Titelthema im Dezember: Nikaragua bedroht.

- Zur Situation in Nikaragua schreiben u. a.: Ernesto Cardenal, Omar Cabezas vom Innenministerium Nikaraguas, Freddy Balzan, Exekutivsekretär des Antimperialistischen Tribunals in Lateinamerika.
- Vertreter der FDR/FMLN und Radio Venceremos zum Befreiungskampf in El Salvador.
- Hintergrundbericht zur US-Intervention in Grenada.
- Interview mit Inti-Illimani.
- Wolfgang Abendroth und Peter Glotz zum Thema „SPD und Friedensbewegung“.
- Walter Riestler von der IG Metall Bezirksleitung Stuttgart zur 35-Stunden-Woche.
- Interview mit Fechtweltmeisterin Cornelia Hanisch.
- Urabstimmung und Antistationierungstreik der Hochschulen.



BUENOS DIAS



NICARAGUA

1984

GESCHENKT bekommt jeder neue Abonnent den Wandkalender 1984 „Buenos dias Nicaragua“, hrsg. vom Kulturministerium Nikaraguas.

KOSTENLOS möchte ich die frontal kennenlernen. Schickt mir bitte ein Exemplar gratis für 14 Tage unverbindlich zur Probe. Wenn ich Euch nach Ablauf der 14 Tage nicht schriftlich mitteile, daß ich auf ein frontal-Abonnement verzichte, erhalte ich die frontal im Abonnement und bekomme als Geschenk „Buenos dias Nicaragua“, Wandkalender 1984, hrsg. vom Kulturministerium Nikaraguas. Der Preis für ein Jahresabonnement (6 Hefte) beträgt 12 DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer. Nach Ablauf eines Jahres verlängert sich das Abonnement um ein weiteres Jahr, ich kann jedoch den Bezug jeweils zum Jahresende beenden.

Name

Adresse

Datum/Unterschrift

frontal, Meckenheimer Allee 152, 5300 Bonn

Über die Autorinnen und Autoren

Albers, Kersten, geb. 1956; Student der Rechtswissenschaften an der Universität Hamburg. Mitglied im Vorstand des Vereins »Museum der Arbeit e.V.«, Deputierter der Kulturbehörde der Stadt Hamburg. Mitglied in SPD, AWO und GEW.

Albert, Claudia, geb. 1953; Wiss. Mitarbeiterin der FU Berlin (Germanistik). Arbeitsgebiete: Ideologietheorie, Kulturtheorie, Ästhetik. Veröffentlichung: Diss. »Der melancholische Bürger« (1982). Mitglied der GEW.

Baab, Patrik, geb. 1959; Student der Germanistik und der Politischen Wissenschaften in Mannheim. Arbeitsgebiete: Literaturtheorie, marxistische Philosophie, Ideengeschichte der sozialen Bewegungen; Geschichte der Arbeiterbewegung, DDR. Mitglied der SPD.

Blume, Jürgen, geb. 1960; Studium der Germanistik und Geschichte an der FU Berlin. Mitglied in SPD und HBV.

Burian, Carmen, geb. 1944; Studium der Psychologie und Soziologie, Beraterin für Studentinnen an der Zentralen Studienberatung der Universität Bielefeld, Mitglied der AG Frauen in Hochschule und Forschung der GEW und Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses der GEW.

Buttgereit, Monika, geb. 1949; Lehrerin. Mitglied der SPD und GEW, Landesvorsitzende der Berliner Jungsozialisten und Bundesparteitagsdelegierte in Köln.

Gransow, Volker, geb. 1945; Dozent an der Uni Bielefeld. Arbeitsgebiet: Politische Soziologie. Letzte Veröffentlichung: Mikroelektronik und Freizeit (1982). Mitglied im Komitee für Grundrechte.

Griechen-Hepp, Karin, geb. 1952; Dipl.-Pädagogin, z.Zt. AB-Maßnahme am Hochschuldidaktischen Zentrum Dortmund zu »Frauenforschung und Frauenstudien an nordrheinwestfälischen Hochschulen«, Mitarbeit in der GAL-Fraueninitiative Essen, Mitglied der GEW.

Hens, Doris, geb. 1953; Pädagogin, z.Zt. AB-Maßnahme am Hochschuldidaktischen Zentrum Dortmund zu »Frauenstudien an nordrheinwestfälischen Hochschulen«, Mitglied der GEW und Mitarbeit in der Arbeitsloseninitiative Bochum.

Hornauer, Uwe, geb. 1953; Studium der Germanistik und der ev. Theologie. Arbeitsgebiet: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Mitglied in SPD und GEW.

Michal, Wolfgang; Journalist. Redakteur des »Vorwärts«, Mitglied der SPD.

Muth-Kerth, Dieter, geb. 1954; Dipl.-Pädagoge. Mitglied der SPD und der RFFU.

Oehlke, Paul, geb. 1943; Wissenschaftlicher Mitarbeiter in Bonn. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Arbeiterbewegung. ÖTV-Mitglied, Betriebsrat.

Sonnet, Peter, geb. 1956; Stipendiat der Ernst-Strassmann-Stiftung in der FES-Bonn. Mitglied der SPD.

Schöler, Ulrich, geb. 1953; Jurist, Doktorand. Mitglied der SPD und der ÖTV.

Steffen, Margret, geb. 1952; Studium der Sozialwissenschaften und Geschichte, wiss. Mitarbeiterin am Zentrum für Wissenschaft und berufliche Praxis im Projekt Wissenschaftsladen, Mitglied der AG der IFF (Interdisziplinäre Forschungsgruppe Frauenforschung), Mitglied der GEW.

Strieder, Peter, geb. 1953; Richter am Arbeitsgericht Berlin. Mitglied der SPD und ÖTV, Ersatzdelegierter zum Bundesparteitag in Köln.

Westermann, Karin, geb. 1955; Staatsexamen in Politikwissenschaft und Chemie, z.Zt. Doktorandin und Stipendiatin der FES. Arbeitsgebiete: Kulturtheorie und Sozialdemokratische Kulturpolitik nach 1945. Mitglied der SPD.

Wilke, Heike, geb. 1944; Dipl.-Bibliothekarin und Leiterin einer Stadtbibliothek. Mitglied in SPD, ÖTV und der autonomen Argument-Frauenredaktion, Mitarbeit in der Berliner »Volksuni«.

Wollenberg, Jörg, geb. 1937; Hochschullehrer. Arbeitsgebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung und Arbeiterbildung. Jüngste Veröffentlichung: Von der Krise zum Faschismus (1983), Mitglied in SPD und ÖTV.

Zellner, Wolfgang, geb. 1953; Dipl.-Soziologe. Mitglied der SPD und GEW. Von 1980-1983 Vorsitzender des Sozialistischen Hochschulbundes.

Zipser, Matthias, geb. 1959; Dipl.-Politologe. Stellv. Landesvorsitzender der Berliner Jusos. Mitglied im Vorstand der SPD Charlottenburg und ÖTV.



Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Inhaltsverzeichnis
6. Jahrgang 1983
spw 18 bis 21

spw-Verlag Berlin/West 1983

Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loewe (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West).

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Darmstadt), Herbert Grimberg (Bremen), Joachim Günther (Berlin-West), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Ludger Rosengarten (Münster), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West).

Redaktion: Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Hans Raßmes, Christiane Rix, Dieter Scholz, Andreas B. Westphal.

Redaktionssekretariat: Christiane Rix

Verlag, Redaktion und Auslieferung: Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38, Tel.: (030) 803 34 29

Anzeigen (ohne Tausch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45, Tel.: 030/7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, Berlin/West, HRB 13699
Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz

Sekretäre: Dieter Klumpp und Joachim Pieczkowski

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1983.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. Auflage: 1.-3. Tausend Dezember 1983

Die spw erscheint 1983 in 4 Hefen mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 5028300 (BLZ 100 101 11)

Postcheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Editorials und Verlagsmitteilungen

Editorial	18/ 7
Verlagsmitteilungen	18/ 3
Ergebnisse der Leserumfrage in <i>spw</i> 16	18/ 5
Editorial	19/131
Verlagsmitteilungen	19/133
Editorial	20/259
Verlagsmitteilungen	20/261
Editorial	21/403
Verlagsmitteilungen	21/405

Aufsätze

<i>Ahrens, Norbert</i> : Wie ein Land ruiniert wird: Das Lehrstück Chile	
Bilanz nach 10 Jahren Militär-Diktatur	20/356
<i>Albers, Detlev</i> : Unsere Aufgaben nach dem 6. März	19/209
<i>Albers, Kersten</i> : Museum der Arbeit in Hamburg. Ein Projektbericht	21/440
<i>Baab, Patrik</i> : Mit uns zieht die neue Zeit! Ziele und Widersprüche der neuen Programmdiskussion	21/463
<i>Bäcker, Gerhard, und Reinhard Bispinck</i> : Flexibilisierung der Arbeitszeit	20/281
<i>Beling, Günter, und Olaf Scholz</i> : Nach dem Scheitern des »Godesberger We- ges« Thesen zur Perspektive von marxistischen Sozialdemokraten aus der Op- position	19/213
<i>Bispinck, Reinhard</i> : s.u. <i>Bäcker, Gerhard</i>	
<i>Bloomfield, Jon</i> : Jahr der Entscheidung	20/329
<i>Bömer, Hermann</i> : Beispiel Stahlkrise — das Ringen um Alternativen	20/299
<i>Däubler, Wolfgang</i> : Friedensbewegung, Widerstand und Recht	20/323
<i>Damkowski, Wulf, und Jutta Rother</i> : »Politik links von CDU« (Willy Brandt) — Zum Verhältnis von SPD, SPD-Linken, Gewerkschaften und Grünen	18/ 15
<i>Demele, Ottwald</i> : Ist ein konjunktureller Aufschwung in Sicht?	20/304
<i>Ernst-Pörksen, Michael</i> : Bewegung in der alternativen Wirtschaftspolitik Memoranden und Wirtschaftsprogramm der Grünen	20/291
<i>Fricke, R., K. Gröning, I. Günther, U. Neumann, M. Tiltmann</i> : Frauen hört die Signale	19/143
<i>Gransow, Volker, und Michael Krätke</i> : Paul Levi oder das Problem, Links- sozialist in der Sozialdemokratie zu sein	18/101
<i>Gransow, Volker</i> : Notizen zum Neokonservatismus	21/413
<i>Gröning, Katharina</i> : s.u. <i>Fricke, Ruth</i>	
<i>Günther, Ilse</i> : s.u. <i>Fricke, Ruth</i>	
<i>Häupl, Michael, und Peter Pelinka</i> : Das Ende einer Ära. Österreich nach den Nationalwahlen vom 25. April	19/219
<i>Hofschen, Heinz-Gerd</i> : Ein neues Programm als Konsequenz der Wahlneh- derlage? Zur beginnenden Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm der SPD	20/346

<i>Holtfort, Werner</i> : Menschenrechte und Verfassungswirklichkeit. Die Geschichte der Einschränkung demokratischer Rechte	18/ 53
<i>Hoplitschek, Ernst</i> : Grün-Rote Koalition? Positionen und Widersprüche im Verhältnis Grüne-SPD	18/ 22
<i>Huß-Michel, Angela</i> : Vor 50 Jahren: Der Faschismus an der Macht	18/ 47
<i>Jansen, Mechtild</i> : Frauenfriedenszeichen in der Politik	19/172
<i>Karl, Fred</i> : Über Strukturen und Inhalte einer »neuen Mehrheit«	18/ 33
<i>Killig, Wolfgang, und Petra Müller</i> : Sozialdemokratie und Technik	20/362
<i>Klöckner, Bärbel</i> : Solidarität tut Not! Ausländische und deutsche Frauen in der Krise	19/161
<i>Kowalsky, Wolfgang</i> : Anmerkungen zum »Französischen Linksexperiment«	19/182
<i>Krätke, Michael</i> : Dieser Sozialstaat ist der unsre nicht!? Einige Bemerkungen zum linken Unbehagen am Sozialstaat in der Krise (II)	18/ 59
<i>Kremer, Uwe</i> : Vor einem neuen Stadium des Reformismus? Mehr als eine Replik auf Albers und Beling/Scholz	20/339
<i>Krusewitz, Knut</i> : Gesellschaft, Ökologie, Militarismus. Zur Militarisierung der Ökologiepolitik	18/ 85
<i>Müller, Petra</i> : s.u. <i>Killig, Wolfgang</i>	
<i>Muth-Kerth, Dieter</i> : Die Mediengewerkschaft. Eine Antwort der Arbeiterbewegung auf medien- und kulturpolitische Herausforderungen	21/446
<i>Neumann, Ulrike</i> : s.u. <i>Frieke, Ruth</i>	
<i>Oehlke, Paul</i> : Die »Ästhetik des Widerstands« — heute gelesen	21/427
<i>Ott, Erich</i> : Ziel: 35-Stunden-Woche	20/269
<i>Pelinka, Peter</i> : s.u. <i>Häupl, Michael</i>	
<i>Rodejohann, Jo</i> : Rüstungsabhängige Arbeitsplätze. Arbeit für wenige — Arbeitslosigkeit für viele	19/201
<i>Rohr, Barbara</i> : Wachsam und unbescheiden! Einige Überlegungen zur Frauenfrage angesichts politischer Rechtsentwicklung	18/ 27
<i>Roth, Karin</i> : Zum Reich der Gleichheit und Freiheit	19/156
<i>Rother, Jutta</i> : s.u. <i>Damkowski, Wulf</i>	
<i>Sandkühler, Hans-Jörg</i> : Gramsci-Debatte und Marx-Diskussion	18/ 96
<i>Schöler, Ulrich</i> : Schluß mit den Scheingefechten! Einige Anmerkungen zur »Bremer Diskussion« um eine Revision des Godesberger Programms	21/451
<i>Scholz, Olaf</i> : s.u. <i>Beling, Günter</i>	
<i>Statz, Albert</i> : Möglichkeiten und Grenzen des Konzepts einer atomwaffenfreien Zone Europa	19/191
<i>Steffen, Margret, Carmen Burian, Karin Griechen-Hepp, Doris Hens</i> : Nicht gesellschaftsfähig? Frauen — Gewerkschaften — Wissenschaft	21/470
<i>Wenzel, Anne</i> : Zur Persönlichkeit von Frauen	19/167
<i>Westermann, Karin</i> : Hehre Ziele — tiefe Abgründe: Eine Einschätzung sozialdemokratischer Kulturpolitik	21/434
<i>Wolf, Klaus-Peter, und Burkhard Zimmermann</i> : Wird die »neue Mehrheit links von der CDU« ein Reformbündnis?	18/ 39

<i>Wollenberg, Jörg</i> : Lernen aus verpaßten Chancen. Antifaschismus und Arbeiterbewegung in Bremen	21/418
<i>Zellner, Wolfgang</i> : Nur Diskussion oder wirkliche Veränderung der Politik? Zur laufenden Programmdiskussion in der SPD	21/457
<i>Zimmermann, Burkhard</i> : s.u. <i>Wolf, Klaus-Peter</i>	
<i>Zipser, Matthias</i> : Stahlkrise und IG Metall	21/478
<i>Zmuda-Schamper, Erna</i> : Rationalisierung in Handel und Büro: Zur besonderen Betroffenheit von Frauen	19/152

Kommentare und Berichte

<i>Albert, Claudia, und Uwe Hornauer</i> : Lebensverhältnisse und Kultur der Arbeiterschaft. 2. Tagung der Kommission »Arbeiterkultur« der deutschen Gesellschaft für Volkskunde	21/493
<i>Baab, Patrik</i> : Demokratischer Sozialismus als »blockfreie Ideologie«? Seminar der FES und der Zeitschrift L'80, 20.-22.5.83, Saarbrücken	20/380
<i>Butterwegge, Christoph</i> : Die Demokratischen Sozialisten — wie weiter?	19/229
<i>Buttgereit, Monika, und Peter Strieder</i> : Das »Nein« der SPD	21/407
<i>Eppe, Heinrich</i> : Das Archiv der Arbeiterjugendbewegung	21/499
<i>Ernst-Pörksen, Michael</i> : Frühjahrsgutachten: Bitte wenden!	19/134
<i>Grill, G., U. Kikl, J. Repl und A. Weiß-Gänger</i> : Feminismus/Sozialismus. Seminar der Frauen in der Jungen Generation (JG), 28.-30.1.82, Wien	20/369
<i>Günther, Joachim</i> : Ratlosigkeit in Schlips und Kragen. Fachtagung der SGK zu »Wirtschaftspolitik in Städten, Gemeinden und Kreisen«	21/505
<i>Heidenreich, Frank</i> : Nicaragua und Vietnam	19/138
<i>Hornauer, Uwe</i> : s.u. <i>Albert, Claudia</i>	
<i>Kikl, Uli</i> : s.u. <i>Grill, Gertraud</i>	
<i>Kroll, Angela, und Martina Tiltmann</i> : Arbeitstagung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) am 20./21.11.1982 in der Goethe-Universität, Frankfurt/Main	18/108
<i>Krusewitz, Knut</i> : Verantwortung für den Frieden. Naturwissenschaftler warnen vor neuer Atomrüstung. Kongreß 2.-3.6.83, Mainz	20/377
<i>Lüker, Gabriele</i> : »Frauenalltag und Frauenbewegung in Frankfurt 1890-1980«	19/225
<i>Mackenthun, Gerald</i> : Internationaler Kongreß »Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden«	18/109
<i>Meng Richard</i> : Lernprozeß und Parteitaktik in Hessen	18/ 11
<i>Michal, Wolfgang</i> : Sehnsucht der Nation	21/410
<i>Pelinka, Peter</i> : Zweiter Bundeskongreß der »Alternativen Liste Österreichs« (ALÖ) am 29./30.1.1983 in Linz	18/111
<i>Pentzlin, Joachim</i> : Richter und Staatsanwälte für den Frieden. 1. Forum für Frieden, 4.6.83, Bonn	20/375
<i>Repl, Jutta</i> : s.u. <i>Grill, Gertraud</i>	

<i>Rix, Christiane</i> : Gibt der Klügere nach? Zu den Initiativen im Rahmen der Genfer Verhandlungen	18/ 9
<i>Rix, Christiane</i> : 2. Konferenz für Europäische Atomare Abrüstung, 9.-14.5.83, Berlin/West	20/372
<i>Scholz, Dieter</i> : Tarifaueinandersetzungen 1983 — Niederlage der Arbeiterbewegung	19/136
<i>Scholz, Olaf</i> : Bundeskongreß der Jungsozialisten am 26./27.3.83	19/233
<i>Schott, Dieter</i> : Bundesweite Tagung der Geschichtswerkstatt e.V. zum Thema »Widerstand«, 28.-29.5.83, Bochum	20/383
<i>Schwenger, Hannes</i> : Aufwärts, abwärts oder rückwärts?	18/ 13
<i>Strieder, Peter</i> : Weniger Demokratie wagen!	20/265
<i>Strieder, Peter</i> : s.u. <i>Buttgereit, Monika</i>	
<i>Thoenissen, Otto</i> : Marxens Reflexionsniveau oder Krise des Marxismus als Krise der Wissenschaft. Über den Marx-Kongreß der FES vom 3.-4.2.83	19/226
<i>Tiltmann, Martina</i> : s.u. <i>Kroll, Angela</i>	
<i>Wehr, Andreas</i> : Willy Brandt und die Dialektik der Rüstungsideologen	21/408
<i>Weiß-Gänger, Anita</i> : s.u. <i>Grill, Gertraud</i>	
<i>Westphal, Andreas</i> : Eine hundertprozentig synthetische Partei. Der Parteitag der PS Frankreich	21/502
<i>Wilke, Heike</i> : 7. Sommeruniversität für Frauen	21/496
<i>Wolf, Klaus-Peter</i> : Es ist noch nicht zu spät: Die SPD vor ihrem »Nachrüstungsparteitag«	20/263

Archiv und Dokumentation

<i>Bauer, Otto</i> : Schaffen die Kriegsschiffe Arbeitsgelegenheit?	19/223
<i>Bieligk, Fritz</i> : Am Anfang	18/106
<i>Dallinger, Alfred</i> : Unterwegs zur arbeitslosen Gesellschaft?	20/313
Gewerkschaftspositionen zur Friedenspolitik. Reden und Beschlüsse des 14. ordentlichen Gewerkschaftstags der IG Metall und des 13. ordentlichen Gewerkschaftstags der IG Druck und Papier	21/485
<i>Levi, Paul</i> : Voraussetzungen einer Koalition	18/104

Interviews

Frauenarbeit der SPD-Bundestagsfraktion. Martina Tiltmann interviewt <i>Hertha Däubler-Gmelin</i> , Bundestagsabgeordnete	19/180
Gewerkschaften in der Defensive? Interview mit <i>Julius Lehlbach</i> , Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Rheinland-Pfalz	20/319
»Kein Sozialismus ohne Feminismus ...« Katharina Grönig interviewt <i>Lydie Schmit</i> , Präsidentin der Sozialistischen Fraueninternationale	19/177

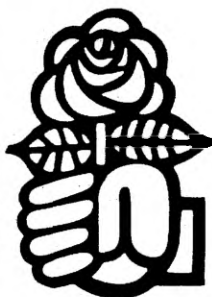
Briefe an Redaktion und Autoren

Betr.: Kündigung meines <i>spw</i> -Abos zum 1.10.1983 (<i>R. Blanke-Bohne</i>)	18/113
Betr.: Behling/Scholz in <i>spw</i> 19 (<i>J. Blume</i>)	20/388
Betr.: Polen-Diskussion (<i>H. Czitrich</i>)	18/114
Betr.: <i>spw</i> allgemein (<i>G. Schmidt</i>)	19/235
Betr.: Frauenschwerpunkt <i>spw</i> 19 (<i>H. Wilke</i>)	20/387

Besprechungen

Arbeiterkultur in Österreich 1918-1934 (<i>U. Schöler</i>)	21/508
<i>Bahr, Egon</i> : Was wird aus den Deutschen? (<i>R. Krämer und K. Rudolph</i>)	18/123
<i>Barzel, Rainer</i> : Unterwegs. Woher und wohin? (<i>H.-D. Bamberg</i>)	19/245
<i>Bell, Daniel</i> : Die Zukunft der westlichen Welt (<i>R. Hillgärtner</i>)	19/250
<i>Bünnig, Jens u.a.</i> : Stahlkrise — Regionalkrise (<i>J. Zimmer</i>)	20/391
<i>Carlebach, Emil und Fritz Noll</i> : Die Meldung als Waffe (<i>D. Muth-Kerth</i>)	21/514
<i>Emmerich, Wolfgang</i> : Kleine Literaturgeschichte der DDR (<i>P. Baab</i>)	19/244
<i>Eppler, Erhard</i> : Die tödliche Utopie der Sicherheit (<i>J. Blume</i>)	21/517
<i>Glaser, Hermann</i> : Im Packeis des Unbehagens (<i>P. Baab</i>)	21/512
<i>Glotz, Peter</i> : Die Beweglichkeit des Tankers (<i>G. Mackenthun</i>)	20/394
<i>Haug, Frigga (Hrsg.)</i> : Frauenformen 2. Sexualisierung der Körper (<i>K. Westermann</i>)	21/510
<i>Heimann, Horst und Thomas Meyer (Hrsg.)</i> : Reformsozialismus und Sozialdemokratie (<i>F. Walter</i>)	18/117
<i>Huck, Gerhard (Hrsg.)</i> : Sozialgeschichte der Freizeit (<i>H. Glaser</i>)	19/248
<i>IMSF (Hrsg.)</i> : Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus (<i>B. Paschert</i>)	20/396
<i>Kaminski, Franz u.a.</i> : Antonio Gramsci — Philosophie und Praxis (<i>R. Staudhammer</i>)	19/238
<i>Klotzbach, Kurt</i> : Der Weg zur Staatspartei (<i>K. Helf</i>)	19/242
<i>Meggeneder, Oskar</i> : Streiks in den Niederlanden (<i>W. Lecher</i>)	20/393
<i>Priester, Karin</i> : Hat der Eurokommunismus eine Zukunft? (<i>V. Gransow</i>)	18/124
<i>Ravaioli, Carla</i> : Frauenbefreiung und Arbeiterbewegung (<i>K. Gröning</i>)	19/240
<i>Schmidt, Bernhard, u.a.</i> : Frankreich-Lexikon (<i>J. Becker</i>)	21/516
<i>Schreiber, Ulrich</i> : Die politische Theorie Antonio Gramscis (<i>A.G. Frei</i>)	19/237
<i>Spöhring, Walter</i> : Streiks im internationalen Vergleich (<i>W. Lecher</i>)	20/391
<i>Stephan, Cora</i> : »Genossen, wir dürfen uns nicht von der Geduld hinreißen lassen!« (<i>T. Lindenberger</i>)	18/121
<i>Streisand, Joachim</i> : Kulturgeschichte der DDR (<i>H. Glaser</i>)	19/243
<i>Trotnow, Helmut</i> : Karl Liebknecht. Eine politische Biographie (<i>H. Glaser</i>)	18/116
<i>Weinzen, Hans Willi</i> : Gewerkschaften und Sozialismus. Naphtalis Wirtschaftsdemokratie und Agartz' Wirtschaftsneuordnung (<i>H. Albrecht</i>)	18/120

spw



WIRTSCHAFTSKRISE und regionale Gegenwehr

Sozialdemokratische Konzepte
für Vollbeschäftigung
und Lebensqualität

Mit einer Dokumentation
regionaler Wirtschafts- und
Beschäftigungsprogramme

SONDERHEFT 4

SOZIALISMUS

Die marxistische
Zeitschrift
Sozialismus
erscheint seit 1976
alle 2 Monate.

Im letzten Jahrgang schrieben
und diskutierten u.a.:

E. Eppler, M. Coppik, H.
Kleinert (Grüne), E.J. Hobs-
bawm, St. Holland (Labour),
P. Ingrao (PCI), S. Kebir, E.
Meinecke (SPD), D. Motcha-
ne (PS), P. v. Oertzen, K.
Schacht (DKP), B. Trentin
(CGIL), K.D. Voigt

Ab 15. Oktober
monatlich
60 Seiten; DM 5,—

Abo (10 Hefte + 1 Doppelheft)
DM 50,— (+ 5,— Porto)

Im Buchhandel oder bei VSA
Postfach 50 15 71
2000 Hamburg 50

Kritisches Wörterbuch des Marxismus

herausgegeben von **Georges Labica**
unter Mitarbeit von Gerard Bensussan

Herausgeber der dtsh. Fassung

Wolfgang Fritz Haug

Titel der Originalausgabe

Dictionnaire Critique du Marxisme

Presses Universitaires de France, Paris 1982

ISBN 3-88619-033-1

Kritisches Wörterbuch des Marxismus

Band 1
Abhängigkeit bis Band

Argument

Im Oktober 1983 erschien der erste Band der deutschen Ausgabe des **Kritischen Wörterbuchs des Marxismus**. Das Gesamtwerk soll bis Ende 1985 geschlossen vorliegen. Es wird aus zwei Teilen bestehen:

1. Die deutsche Übersetzung des **Dictionnaire critique du marxisme**, das 1982 von Prof. Georges Labica (Universität Paris X) unter Mitarbeit von Gerard Bensussan im Verlag der **Presses universitaires de France** herausgegeben worden ist. Die Übersetzung beruht auf der in Vorbereitung befindlichen verbesserten und wesentlich erweiterten zweiten Auflage. Sie erscheint in 7 Bänden zu je ca. 200 Seiten bis Ende 1984.

Über 60 marxistische Wissenschaftler Frankreichs, aus unterschiedlichen Generationen und von unterschiedlicher politischer Orientierung, bearbeiten über 400 Begriffe der marxistischen Theorie.

2. Im Anschluß sollen 2 bis 3 **Ergänzungsbände** zur deutschen Ausgabe erscheinen. Die behandelten Stichwörter werden teils Lücken des französischen Werks ausfüllen, teils ergänzende Aspekte zu bereits behandelten Stichwörtern hinzufügen. Das Konzept der Ergänzungsbände ist noch in Entwicklung. Anregungen sind willkommen.

Das Subskriptionsangebot gilt bis 30. September 1984. Die Subskription verpflichtet zur Abnahme des Gesamtwerks. Ausgabe in frz. Broschur: Subskription 19,80 DM pro Band (später 24,- DM). Leinenausgabe: 29,80 DM (später 34,- DM).

Pressestimmen

»Dieses Wörterbuch bereichert beträchtlich die verfügbaren Mittel einer seriösen Kenntnis des Marxismus.« Lucien Sève in »Le Monde«

»... liest sich so spannend wie ein Geschichtsbuch.« Libération

»Kurz, eine Summe, die man unbedingt in den Händen haben muß, wenn man die Welt des Marxismus verstehen will. Nicht nur ein Wörterbuch, sondern ein Ganzes, das es bis heute noch nicht gab.« La gazette

»... ein unentbehrlicher Instrumentenkasten für die 80er Jahre« Frieder O. Wolf in »Moderne Zeiten«.

Fordern Sie den ausführlichen Sonderprospekt
zum **Kritischen Wörterbuch des Marxismus** an.

ARGUMENT-Verlag, Tegeler Str. 6, D-1000 Berlin 65, Tel. 030/4619061